

# Die Pluralismuskritik in der Staatslehre von Carl Schmitt

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des akademischen Grades eines  
Doktors der Sozialwissenschaft (Dr. rer. soc.)

der

Ruhr-Universität Bochum

vorgelegt von

Thor v. Waldstein

aus Mannheim

1989





Digitized by the Internet Archive  
in 2026



Die Pluralismuskritik in der  
Staatslehre von Carl Schmitt

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des akademischen Grades eines  
Doktors der Sozialwissenschaft (Dr.rer.soc.)

der

Ruhr-Universität Bochum

vorgelegt von

Thor v. Waldstein

aus Mannheim

1. Referent: Prof.Dr. Bernard Willms

2. Referent: Prof.Dr.Dr. Wilhelm Bleek

Tag der mündlichen Prüfung: 11. Dezember 1989

Dem Gedächtnis meines Großvaters

Otto v. Waldstein

(1885 - 1978)



"Die Interessenpsychologie, die zuerst von französischen Aristokraten des 18. Jahrhunderts und dann vom englischen Utilitarismus entwickelt wurde, ist überall da von großem Nutzen, wo kalkuliert, gemessen und gewogen wird. Doch der Mensch ist im Kern kein kalkulierendes Wesen: Er ängstigt sich um seine Existenz, er fürchtet die Zukunft, er empfindet Haß gegen seine Feinde, er ist bereit, sein Leben zu opfern, wo es ihm um eine große Sache geht. ... Im Alltag mag Politik eine Sache des Interessenkalküls und des Interessenausgleichs sein; sobald aber Ungewöhnliches und Bedrohliches eintritt, sind für zahlreiche Menschen Emotionen weit wichtiger als Interessen, auch wenn diese Emotionen nur in seltenen Fällen den vorgestellten oder vorstellbaren Interessen direkt entgegengesetzt sind: Empörung, Zorn, Trauer, Haß, Verachtung, Angst, aber auch Enthusiasmus, Hoffnung, Glaube an eine große Aufgabe."

(Ernst Nolte, 1987)

"Die stärksten und dauerndsten menschlichen Vergemeinschaftungen beruhen nicht auf organisatorischer, zweckbewußter Interessenverbindung, sondern haben einen organischen, naturhaften Kern. Die wichtigsten naturhaften Bindungen, welche die Menschen ohne ihr Zutun zusammenführen und von anderen absondern, sind das Blut und der Boden, die Abstammung und die Landschaft. Beide bilden auch natürliche Grundlagen der Nation."

(Hermann Heller, 1925)

"Ich kann mich über das, was in Deutschland vorgeht, freuen, sofern ich in den jetzigen Verhältnissen die einzige Möglichkeit sehe, ein einiges Deutschland erstehen zu machen - aber es kann doch nur dann etwas aus der Sache werden, wenn Ordnung und Gesetz fortbestehen, und wenn sich irgendeine zentrale Gewalt erhält. Wir sind aber auf dem besten Wege, dies alles über Bord zu werfen. Die Vorgänge in Berlin haben dort nicht allein, sondern im ganzen Land jede Autorität tief erschüttert. Nur große Klugheit und Mäßigung können sie langsam wieder herstellen. Ein Angriff von außen in diesem Augenblick wäre ein großes Glück; aber unsere Nachbarn im Osten und Westen werden warten, bis wir uns selbst in Parteien zersplittert und verzehrt haben werden."

(Helmuth v. Moltke in einem Brief vom 29. März 1848)



## Vorwort

In einer Zeit, in der der dogmatische Marxismus leninistischer Prägung zerfällt, taucht das Zauberwort "Pluralismus" wieder häufiger am Ideenhorizont auf. Manche halten die Formel von der pluralistischen Gesellschaft für ein politisches Passepartout, mit dem sich die Völker Osteuropas am Ende von Jalta neue Ordnungen erschließen könnten.

Die vorliegende Arbeit hegt diesen Glauben nicht. Sie hält den Begriff einer pluralistischen Ordnung für eine *contradictio in adjecto*. Tatsächlich werden mit dem Wegfall des ideologischen Gegenspielers des Westens die inneren Bruchstellen des liberalistischen Politikentwurfs deutlicher sichtbar werden. Nur genügsame Naturen werden sich weiter mit den leeren Worthülsen "westliche Werte", "Freiheit", "Demokratie" und eben "Pluralismus" zufrieden geben. Die Gretchen-Frage im Europa des 21. Jahrhunderts wird jedenfalls nicht sein, wie man das philosophische Auslaufmodell von der "greatest happiness of the greatest number" über die politischen Runden bekommt, sondern wie man eine staatliche Ordnung rekonstituiert, die handlungsfähig ist und die die Kraft hat, bei der Bewältigung der uns überflutenden Problemlawine Nägel mit Köpfen zu machen.

Der real existierende Pluralismus, der sich seiner Strukturlosigkeit rühmt, wird diese Kraft nicht entwickeln können. Wer wissen will, warum dies so ist, muß Carl Schmitt lesen.

Für vielfältige Hilfe bei der Erstellung meiner Dissertation habe ich Dank zu sagen. Zuallererst gilt dieser Dank meinem Doktorvater, Herrn Prof.Dr. Bernard Willms - - Bochum -, der die Arbeit von Anfang an mit Engagement

unterstützt hat und der mir wichtige Gedankenlinien aufgezeigt hat. Dem Zweitgutachter, Herrn Prof.Dr.Dr. Wilhelm Bleek - Bochum - habe ich für eine selten gewordene wissenschaftliche Fairness zu danken, mit der er sich, obgleich er vielen meiner Schlußfolgerungen skeptisch gegenübersteht, mit der Arbeit auseinandergesetzt hat. Herrn Dr. Hans-Dietrich Sander - München - verdanke ich neben vielem anderen mein Interesse an Carl Schmitt. In zahllosen Gesprächen, die mehr den Charakter von Privatvorlesungen hatten, hat er meinen Sinn für politische Analysen geweckt und mich gelehrt, mit wachen Augen die politische Wirkungsweise meiner Zeit zu erkennen. Herrn Prof.Dr. Hans-Joachim Arndt - Heidelberg - danke ich für viele Gespräche, bei denen sich Ideen ventiliert haben, die im stillen Doktorandenkämmerlein verdorrt wären. Er hat meine Arbeit einer gründlichen Kritik unterzogen und meinen Blick für ihre Stärken und Schwächen geschärft. Herrn Prof.Dr. Piet Tommisen - Grimbergen/Belgien - danke ich für eine interessante Unterredung sowie für einige wichtige Hinweise. Herrn Dr. Günther Herzogenrath-Amelung - Regensburg - und Herrn Manfred Libner - Bad Brückenau - danke ich für eine sorgfältige Durchsicht und Kritik der Arbeit. Mein besonderer Dank gilt schließlich Herrn Günter Maschke - Frankfurt -, der mit einem in unserer utilitaristischen Epoche ungewöhnlichen Aufwand an Zeit und Mühe mir den Blick in die Weiten und Tiefen des Schmitt'schen Denkens eröffnet hat. Seinem Esprit und seiner geradezu unglaublich gründlichen Kenntnis des Werkes von Carl Schmitt verdanke ich neben vielen Fingerzeigen und Literaturhinweisen die wichtigsten Impulse zu der vorliegenden Arbeit.

|   |                                                                       |    |
|---|-----------------------------------------------------------------------|----|
| A | <u>Einleitung</u>                                                     |    |
|   | Problemstellung, Rechtfertigung, Aufbau                               | 1  |
| B | <u>Hauptteil</u>                                                      |    |
|   | <u>I Der Begriff des Pluralismus</u>                                  | 13 |
|   | 1) Ausgangslage                                                       | 13 |
|   | 2) Die verschiedenen Pluralismusbegriffe                              | 13 |
|   | a) Der philosophische Pluralismusbegriff                              | 13 |
|   | b) Der Pluralismusbegriff bei Laski und Schmitt                       | 14 |
|   | c) Der neopluralistische Pluralismusbegriff                           | 16 |
|   | 3) Zugrundeliegender Pluralismusbegriff                               | 17 |
|   | <u>II Die Gestalt des Pluralismus</u>                                 | 19 |
|   | 1) Historische Herleitung                                             | 19 |
|   | 2) Gierke                                                             | 21 |
|   | 3) England um die Jahrhundertwende                                    | 24 |
|   | 4) Maitland                                                           | 25 |
|   | 5) Figgis                                                             | 27 |
|   | 6) Cole                                                               | 30 |
|   | 7) Laski                                                              | 33 |
|   | a) Biographisches                                                     | 34 |
|   | b) Philosophische Herleitung des Pluralismusbegriffs                  | 34 |
|   | c) Einfluß durch Barker                                               | 36 |
|   | d) Grundlinien des Laski'schen Pluralismus                            | 38 |
|   | e) Zeitgenössische Kritik an Laski im anglo-amerikanischen Schrifttum | 45 |
|   | f) Fazit                                                              | 48 |



|                                                                                                                                |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <u>III Carl Schmitts Kritik des Pluralismus in</u><br><u>entwicklungsgeschichtlicher Darstellung</u><br><u>(1926 - 1934)</u>   | 50  |
| 1) Ausgangsposition                                                                                                            | 50  |
| 2) Jahre der Inkubation (1926 - 1928)                                                                                          | 52  |
| a) Programmatischer Auftakt                                                                                                    | 52  |
| b) Antiparlamentarismus und Antipluralismus                                                                                    | 53  |
| c) Staatenpluriversum contra Binnenpluralismus:<br>Der Begriff des Politischen (1927)                                          | 53  |
| d) Politische Einheit vs. Pluralismus:<br>Verfassungslehre                                                                     | 56  |
| 3) 1929 - Das Schlüsseljahr der Pluralismuskritik                                                                              | 58  |
| a) Historisch-politische Lage                                                                                                  | 58  |
| b) Pluralismus als rechtssoziologisches<br>Staatsgemälde                                                                       | 58  |
| c) Faschistische Alternative: stato corporativo                                                                                | 59  |
| d) Der Staat als Vertragsgebilde                                                                                               | 62  |
| e) Der Leviathan als Prometheus:<br>Staatsethik und pluralistischer Staat                                                      | 63  |
| f) Pluralismus im Kaiserreich                                                                                                  | 74  |
| g) Homogener Wirtschaftsstaat vs. Pluralismus                                                                                  | 75  |
| 4) Weimars Jahre der Entscheidung 1930 - 1932                                                                                  | 76  |
| a) Historisch-politische Lage                                                                                                  | 76  |
| b) Die Gesellschaft über dem Staat                                                                                             | 77  |
| c) Zwischen der Skylla der Entökonomisierung<br>und der Charybdis der Verwirtschaftlichung                                     | 80  |
| d) Die Kulissen der Pseudo-Staatlichkeit                                                                                       | 84  |
| e) Die Verfassung zwischen den Mühlsteinen<br>von Pluralismus, Polykratie und Föderalismus:<br>Der Hüter der Verfassung (1931) | 85  |
| f) Legalität und Legitimität als taktische<br>Waffen                                                                           | 98  |
| g) Das cogito ergo sum des Staates                                                                                             | 101 |
| h) Das Polypol der Politik: Vorträge in der<br>Weimarer Endzeit                                                                | 102 |

|                                                                                   |     |
|-----------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 5) Konkrete Ordnung vs. Pluralismus (1933 - 1934)                                 | 106 |
| a) Historisch-politische Lage                                                     | 106 |
| b) Der Totenschein für Weimar                                                     | 108 |
| c) Antiliberalismus in nuce:<br>Der Begriff des Politischen (1933)                | 111 |
| d) Die Dreigliederung der politischen<br>Einheit: Staat, Bewegung, Volk           | 112 |
| e) Von der Paulskirche zum Pluralismus:<br>Der Sieg des Bürgers über den Soldaten | 116 |
| f) Im antipluralistischen Ideenzentrum:<br>das Institutionendenken                | 119 |

|                                                                                                                                    |     |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <u>IV Carl Schmitts Pluralismuskritik im Spiegel des politischen und staatsrechtlichen Denkens im postwilhelmschen Deutschland</u> | 124 |
| 1) Der Geist von Weimar und die<br>Konservative Revolution                                                                         | 124 |
| 2) Staatsrechtslehre und Pluralismusdebatte                                                                                        | 132 |
| 3) Im Reich der Normen:<br>Hans Kelsens Reiner Rechtsstaat                                                                         | 140 |
| 4) Die Überwindung der deutschen Staatsfremdheit:<br>Rudolf Smends Integrationslehre                                               | 147 |
| 5) Von der kapitalistischen Gesellschaft zur<br>sozialistischen Gemeinschaft:<br>Hermann Hellers Staatsideal                       | 155 |
| 6) Aus den Arsenalen des Korporativismus:<br>Othmar Spann's Ständestaat                                                            | 163 |

|                                                                            |     |
|----------------------------------------------------------------------------|-----|
| <u>V Positionen und Begriffe im Antipluralismus von Carl Schmitt</u>       | 174 |
| 1) Das katholische Ethos                                                   | 174 |
| a) Der Affekt gegen die Moderne                                            | 174 |
| b) Die politische Idee des Katholizismus<br>und der Geist des Kapitalismus | 178 |

|                                                                                  |     |
|----------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 2) Der politische Nomos                                                          | 183 |
| a) Die Entschleierung des Liberalismus                                           | 183 |
| b) Individualismus und Pluralismus                                               | 187 |
| c) Die politische Einheit                                                        | 191 |
| d) Pluralismus der Staatenwelt                                                   | 208 |
| 3) Die konkrete Ordnung                                                          | 211 |
| a) Ausgangslage                                                                  | 211 |
| b) Konkretes Ordnungsdenken und national-sozialistischer Pluralismus             | 213 |
| c) Maurice Hauriou, Carl Schmitt und die Überwindung des Laski'schen Pluralismus | 221 |

## C Schlußbetrachtung

|                                                                            |     |
|----------------------------------------------------------------------------|-----|
| Carl Schmitts Kritikansätze und die neopluralistische Gegenwartsdiskussion | 226 |
|----------------------------------------------------------------------------|-----|

|                 |     |
|-----------------|-----|
| - Bibliographie | 234 |
| - Lebenslauf    | 259 |

## A. Einleitung

### I.

"Von Carl Schmitt sprechen, heißt, das Schicksal des Staates zu zitieren."<sup>(1)</sup> Ist dieses Schicksal nicht schon längst besiegelt? Leben wir nicht in einer schönen, neuen Welt, die den Leichnam Staat mit glücklichen Augen betrachtet und die sich delektiert an der schrankenlosen Orgie des weltlosen Ich, wie Hugo v. Hofmannsthal einmal den Geisteszustand des Individuums nach Abtritt des Staates von der Bühne der Geschichte bezeichnet hat?

Der Blick in das Antlitz des Staates ist immer auch ein Blick in uns selbst. Seit der Antike ist das Spannungsfeld zwischen Individuum und Gemeinschaft der Nährboden für politische Ideen, der Maßstab staatlichen Denkens gewesen. Alte Ordnungen sind versunken und neue sind erstanden; das Streben der Menschen nach politischen Formen ihrer Existenz, nach "Menschenfassungen"<sup>(2)</sup>, blieb die Konstante aller historischen Abläufe.

Am Ende des 20. Jahrhunderts ist die politische Idee des Staates gründlich diskreditiert: Das alte Europa, in der die Wiege des antiken und des modernen Staates stand, ist gekennzeichnet von einem geistigen human's-lib-Ambiente, in dem die Ideale der Französischen Revolution über den klassischen Ordnungsanspruch des Staates triumphiert haben und diesen in den Wartesaal der Ideengeschichte verwiesen haben.

(0) Die der vorliegenden Arbeit vorangestellten Zitate sind folgenden Büchern entnommen: Helmuth von Moltke - Ein Lebensbild, herausgegeben vom Luftwaffenführungsstab I c/VIII, Stuttgart o.J., S. 32; Hermann Heller, Sozialismus und Nation (1925), wieder abgedruckt in: Gesammelte Schriften, Band I, Leiden 1971, S. 452; Ernst Nolte, Der europäische Bürgerkrieg 1917 - 1945, Frankfurt/Berlin 1987, S. 22/23.

(1) Rüdiger Altmann, Staatsdenker mit linken Epigonen - Carl Schmitt - ein fruchtbares Ärgernis, in: Deutsche Zeitung Nr. 27 vom 6. Juli 1973, S. 6.

(2) So der begriffsschöpfende Titel einer erkenntnispolitologischen Arbeit von Walter Seitter, München 1985.

Bei einem solchen Befund liegt es nahe, die Struktur des Staates von einem genuin theoretischen Ansatz her zu untersuchen; einen schmalen Beitrag zu dieser Anatomie des Staates in Gestalt einer Darstellung von Carl Schmitts Pluralismuskritik zu liefern, ist daher das Bestreben dieser Arbeit.

## II.

"La obra de Schmitt es un claro símbolo de la situación de crisis." (3) Wer die Frontlinien des ideologischen Bürgerkrieges im 20. Jahrhundert abläuft und dabei früher oder später auf den Namen Carl Schmitt stößt, wird dieser luziden Feststellung von José Caamano Martinez nicht widersprechen können.

In Carl Schmitts Werk schneiden sich die politischen Strömungslinien seiner Zeit. Sein Auge, an patristischen und gegenrevolutionären Vorbildern geschult, hatte klarer als andere den Kern der Krise des modernen Staates erkannt: den Verlust des Nomos. Schmitt verfügte über die Fähigkeit, die in der dünnen Luft der Politiktheorie gewonnenen Erkenntnisse in imposante sprachliche Szenarios umzusetzen. Als "ein guter Schriftsteller, der begriffliche Prägnanz mit überraschenden, geistreichen Assoziationen verbinden konnte, ... behielt er, bei aller Klarheit der Sprache, den Gestus des Methaphysikers, der in die Tiefe führt und gleichzeitig eine schnöde Realität entlarvt." (4) Die Gedanken und Ideen Carl Schmitts kreisen unablässig um den Stoff, aus dem die Staaten sind. Gefüge, Struktur und Ordnung sind klassische, immer wiederkehrende Topoi in seiner Staatslehre: "Wer Carl Schmitt sagt, sagt Form." (5) Das

(3) Jose Caamano Martinez, El pensamiento juridico-politico de Carl Schmitt, Porto 1950, S. 169.

(4) Jürgen Habermas, Die Schrecken der Autonomie- Zu zwei früheren Publikationen des deutschen Staatsrechtlers Carl Schmitt, in: Babylon - Beiträge zur jüdischen Gegenwart, Heft 1/1986, S. 113.

(5) Günther Krauss, Erinnerungen an Carl Schmitt, Teil 1: 1929 - 1931, in: Criticon Nr. 95 (Mai/Juni 1986), S. 127.

Formlose in Gestalt zu bringen, war sein staatsrechtliches Ethos.

Den Zerfall des Christentums hat Carl Schmitt als die Tragödie der Neuzeit empfunden. Die Wellen der Säkularisation, die seit den Zeiten der Renaissance immer stärker gegen das Ufer des christlichen Ordo brandeten, waren für ihn die Inkarnation eines Alptraumes. Die verweltlichte Menschheit ohne Glauben und ohne Hoffnung war für ihn die Verkörperung der "human tragedy". Gegenüber diesem Geist der zerstörten Arcana und der Auflösung jeglicher Ordnung verstand Carl Schmitt seine Staatsphilosophie als antimodernistischen Katechon. Sicher hat er die Sisyphe-Dimensionen einer solchen Rolle gespürt, vielleicht hat er sich tatsächlich - wie Nicolaus Sombart meint(6) - als "Verfechter einer 'Cause perdue'" gefühlt. Dennoch hat er seine Staatslehre mit großem essayistischen Können in die intellektuelle Auseinandersetzung seiner Epoche eingebracht. Gerade in der Weimarer Republik, die den Aufstieg des jungen unbekannten Juristen zum vielbeachteten Berliner Staatsrechtsprofessor erlebte, entstehen die fast schon klassischen Begriffsprägungen, mit denen Schmitt im Kampf um das Schicksal der ersten deutschen Republik Position bezog.(7)

Seit dieser Zeit(8) gilt Carl Schmitt in Deutschland als "umstritten", ein Adjektiv, das selten uninteressanten und belanglosen Denkansätzen angeheftet wird. Die Palette der Einschätzungen reicht vom "große(n) Alte(n)

(6) Nicolaus Sombart, Carl Schmitt - Ein deutsches Schicksal, in: Klaus Hansen / Hans Lietzmann (Hrsg.), Carl Schmitt und die Liberalismuskritik, Opladen 1988, S. 20.

(7) Vgl. auch Bernd Rüthers, Entartetes Recht - Rechtslehren und Kronjuristen im Dritten Reich, München 1988, S. 19/20; Besprechung dieses Buches durch: Friedrich-Christian Schroeder, Die Perversion des Rechts-Lernen aus der Zeit des "Dritten Reichs", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Nov. 1988.

(8) Und nicht etwa erst seit 1933 oder gar erst seit 1945; vgl. dazu nur die beißende Kritik an Carl Schmitts Verfassungslehre (1928) von Margit Kraft-Fuchs, Prinzipielle Bemerkungen zu Carl Schmitts Verfassungslehre, in: Zeitschrift für öffentliches Recht, Band 9 (1930), S. 311 ff..

der europäischen Politikwissenschaft"(9) bis zum "größte(n) Verbrecher"(10), vom "Proteus der Wissenschaft"(11) bis zum "Zuhälter der Gewalt"(12), von der "Sphinx unter den modernen Staatsrechtlern"(13) über das "Chamäleon des deutschen Staatsrechts"(14) bis zum "Haustier des nationalsozialistischen Dogmas"(15). Den einen gilt er als "fundamentale Inspirationsquelle der deutschen staatsrechtlichen Literatur"(16), den anderen als "die intellektuelle fons et origo malorum Germanicorum"(17). Wird er auf der einen Seite eingeschätzt als die "Schlüsselfigur der Konservativen Revolution"(18), brandmarkt man ihn auf der anderen Seite als den "Mephisto der deutschen Vor-Hitlerzeit"(19). Schmitt figuriert einmal als "die geistige Potenz, die alles Intellektuellengeschreibsel um Haupteslänge überragt"(20), ein andermal als "der wohl charakterloseste und geistig unredlichste Vertreter des geistig orientierungslosen Bürgertums der 20er Jahre"(21). Wir hören sowohl von einem "Mann, der

(9) Gianfranco Miglio, Einleitung von 1971 zur italienischen Ausgabe von "Der Begriff des Politischen", in: Helmut Quaritsch (Hrsg.), *Complexio Oppositorum* - Über Carl Schmitt, Vorträge und Diskussionsbeiträge des 28. Sonderseminars 1986 der Hochschule für Verwaltungswissenschaft Speyer, Berlin 1988, S. 275; vgl. zu diesem Speyerer Sonderseminar die Berichte von Gertrude Lübke-Wolf, Von der Unperson zum Klassiker - Eine Tagung über Carl Schmitts Stellung in den Rechts- und Geisteswissenschaften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Okt. 1986 sowie Armin Mohler, Links-Schmittisten, Rechts-Schmittisten und Establishment-Schmittisten, in: *Criticon* Nr. 98 (Nov./Dez. 1986), S. 265 ff.; Besprechungen von "Complexio Oppositorum" finden sich bei Roman Schnur, Aufklärung - Bemerkungen zu einem Sammelband mit Studien über Carl Schmitt, in: *Der Staat* 1988, S. 437 ff. sowie bei Dieter Grimm, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, Heft 45, 1988, S. 2870 f..

(10) Robert M. W. Kempner, *Ankläger einer Epoche*, Berlin 1983, S. 263.

(11) Josef Isensee, Diskussionsbeitrag, in: Quaritsch (Hrsg.), *Complexio Oppositorum* aaO S. 603.

(12) Christian Graf von Krockow, Antwort auf die Frage "Welche geschichtlichen Gestalten verachten Sie am meisten?": "Zuhälter der Gewalt, zum Beispiel Carl Schmitt", in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung - Magazin*, Heft 320 vom 18.4.1986, S. 28.

(13) Erich Schwinge, *Der Methodenstreit in der deutschen Rechtswissenschaft*, Bonn 1930, S. 19.

(14) Karl Schultes, *Der Niedergang des staatsrechtlichen Denkens im Faschismus - Die Lehre des Herrn Prof. Carl Schmitt, Kronjurist der Gegenrevolution*, Weimar 1947, S. 12.

(15) Ernst Niekisch, *Das Reich der niederen Dämonen*, Hamburg 1953 (entstanden in den Jahren 1935/36), S. 200.

(16) Ulrich Scheuner, Carl Schmitt - heute, in: *Neue Politische Literatur*, 1. Jg. (1956), Heft 3, Sp. 183.

(17) Karl Loewenstein, Max Weber als 'Ahnherr' des politischen Führerstaats, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie / Neue Folge der Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie*, 13. Jg. (1961), Heft 2, S. 287.

(18) Armin Mohler, *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932*, 2. Aufl., Darmstadt 1972, S. 319.

(19) Loewenstein aaO.

(20) Jacob Taubes in einem Brief an Mohler vom 14. Febr. 1952, abgedruckt in: *Jacob Taubes, Ad Carl Schmitt - Gegenstreilige Fügung*, Berlin 1987, S. 31.

(21) Rene König, *Soziologie in Deutschland*, Wien 1987, S. 253.

den lebenden Parlamentarismus sezierte"(22), als auch von einem Mann, der "das Cäsarische in seiner Gedankenwelt brauchte, um sich mit der Lage eines Mannes abfinden zu können, der zuschauen muß, wo andere handeln können."(23)

Wie immer man Carl Schmitt einschätzt, ob als "letzte(n) Bismarckianer"(24) oder als "Untergangsdenkler aus den Weimarer Tagen"(25), ob als "Zerstörer humanistischer Illusionen"(26) oder als "Philosoph des 'entfesselten Seins'"(27), ob als "staats-theoretischen Starpartisan"(28) oder als "aufreizenden Staatsrechtler"(29), man wird nicht darüber streiten können, daß er die Ideenwelt des 20. Jahrhunderts entscheidend mitgeprägt hat.(30) Schmitt wurde wie kaum ein anderer zu einer "paradigmatischen Gestalt der deutschen Geistesgeschichte"(31) bzw. zum "Ariadnefaden für seine Epoche"(32). Daher schließt eine Arbeit über Carl Schmitt immer auch eine Betrachtung über das Schicksal des europäischen Staates im 20. Jahrhundert mit ein.

(22) Friedrich Karl Fromme, Der Mann, der den lebenden Parlamentarismus sezierte - Carl Schmitt wird 85, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juli 1973.

(23) Carlo Schmid, Erinnerungen, 3. Band der Gesammelten Werke, Bern / München / Wien 1979, S. 140.

(24) Nicolaus Sombart, Carl Schmitt - Ein deutsches Schicksal, aaO S. 20 sowie derselbe, Erbe des Zweiten Reiches - Der politische Theoretiker Carl Schmitt (zum 100. Geburtstag), in: Die Welt vom 9. Juli 1988.

(25) Roderich Reifenrath, Der Propagandist des Ausnahmezustandes - Ein Relikt aus den Weimarer Jahren ist gestorben: Der Staatsrechtler Prof. Carl Schmitt, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 84 vom 11. April 1985, S. 18.

(26) Günter Maschke, Der Tod des Carl Schmitt - Apologie und Polemik, Wien 1987, S. 11; vgl. dazu die Besprechungen von H. Quaritsch, in: Der Staat 1988 (27. Band), Heft 2, S. 303 ff. und D. Grimm aaO.

(27) Heinrich Wohlgemuth, Das Wesen des Politischen in der heutigen deutschen neuromantischen Staatslehre, juristische Dissertation Erlangen 1932, Emmendingen 1933, S. 95.

(28) Helmut Ridder, Ex oblivione malum - Randnoten zum deutschen Partisanenprogreß, in: Gesellschaft, Recht und Politik - Wolfgang Abendroth zum 60. Geburtstag, Neuwied / Berlin 1968, S. 311.

(29) Armin Adam, Carl Schmitt: Scharfsinn und Amoral - Zur Neuausgabe von 'Positionen und Begriffe', in: Süddeutsche Zeitung Nr. 43 vom 21. Febr. 1989, S. 22.

(30) So auch Kurt Sontheimer, Der Macht näher als dem Recht - Zum Tode Carl Schmitts, in: Die Zeit Nr. 17 vom 19. April 1985; gerade die vielen emotionsgeladenen Äußerungen über Carl Schmitt sind "nur ein Reflex seiner allgemeinen Bedeutung", vgl. Heinrich Muth, Carl Schmitt in der deutschen Innenpolitik des Sommers 1932, in: Historische Zeitschrift, Beiheft 1 (Beiträge zur Geschichte der Weimarer Republik), München 1971, S. 79.

(31) Roman Schnur, Preuße, an Deutschland gescheitert - Zum Tode des Staatsrechtlers Carl Schmitt, in: Die Welt vom 11. April 1985; vgl. auch Rütters aaO S. 101 ff. unter der Überschrift "Carl Schmitt als Paradigma - Person und Werk im Zwielicht"; ebenso Muth aaO S. 76.

(32) Bernard Willms, Carl Schmitt - jüngster Klassiker des politischen Denkens?, in: "Quaritsch (Hrsg.), Complexio Oppositorum aaO S. 583.

### III.

Wer über Carl Schmitt schreibt, betritt einen heißen Boden. Wie über keinen zweiten Staatslehrer des 20. Jahrhunderts - sieht man einmal von Hans Kelsen ab - hat sich über Carl Schmitts Leben und Werk eine Flut von Sekundärliteratur ergossen, die sich seit seinem Tod im Jahre 1985 noch verstärkt hat.(33) Trotzdem ist das Schmitt'sche Ideenterrain noch über weite Strecken terra incognita. Es wimmelt geradezu an Forschungsdesiderata. Die Gefahr, daß Carl Schmitt "verstanden" wird(34) und sein Werk von wissenschaftlichen Interpretationszäunen umgeben wird, dürfte derzeit gering sein. Im Gegenteil scheint die verstärkte Beschäftigung mit Carl Schmitt die Rätsel, mit denen sein Werk umrankt ist, nur vergrößert zu haben. Der richtige Befund, daß "the questions raised by Schmitt have not been effectively answered"(35), muß um die Feststellung ergänzt werden, daß es auf viele Fragen Schmitts keine Antworten gibt. Gerade weil Schmitts "System" kein System ist, gerade weil er seinen brillanten Fragestellungen nur vexierbildhafte Antworten beigegeben hat, entgeht seine

(33) Vgl. dazu nur die selbständigen Arbeiten, die im Jahre 1988 über Carl Schmitt in Westdeutschland erschienen sind: Matthias Kaufmann, *Recht ohne Regel?* - Die philosophischen Prinzipien in Carl Schmitts Staats- und Rechtslehre, Freiburg / München 1988; Heinrich Meier, *Carl Schmitt, Leo Strauss und 'Der Begriff des Politischen'* - Zu einem Dialog unter Abwesenden, Stuttgart 1988; Hansjörg Viesel, *Jawohl, d e r Schmitt - Zehn Briefe aus Plettenberg*, Berlin 1988; Hansen / Lietzmann (Hrsg.) aaO; Quaritsch, (Hrsg.) aaO; vgl. auch den ausführlichen Carl-Schmitt-Teil bei Rüthers aaO S. 101 ff. sowie die in Belgien erschienene Arbeit von Piet Tommissen (Hrsg.), *Schmittiana I*, Brüssel 1988; eine Besprechung der genannten Bücher von H. Meier, H. Quaritsch (Hrsg.) und P. Tommissen (Hrsg.) findet sich bei Robert Hepp, *Die Beisetzung Carl Schmitts im Pantheon der Wissenschaft*, in: *Criticon* Nr. 107 (Mai/Juni 1988), S. 146 ff.; für 1989 sind angekündigt: R. Kramme, *Helmut Plessner und Carl Schmitt - Eine historische Fallstudie zum Verhältnis von Anthropologie und Politik in der deutschen Philosophie der zwanziger Jahre* (Duncker und Humblot); Claus D. Wieland, *Carl Schmitt 1932 - 1945* (Oldenbourg); G.L. Ulmen, *Carl Schmitt und Max Weber (Acta humaniora)*; zur italienischen, französischen und spanischen Carl-Schmitt-Diskussion vgl. Gennaro Malgieri, *La recezione di Carl Schmitt in Italia*, in: *Julien Freund / Piet Tommissen (Hrsg.), Miroir de Carl Schmitt*, Genf 1978, S. 181 ff.; G. Maschke, *Carl Schmitt in Europa - Bemerkungen zur italienischen, spanischen und französischen Nekrologdiskussion*, in: *Der Staat* 1986, S. 575 ff.; derselbe, *Der Tod des Carl Schmitt* aaO S. 70 ff. und passim; derselbe, *Die Carl-Schmitt-Diskussion in Spanien*, in: *Criticon* Nr. 87 (Jan./Febr.1985), S. 41; Wolfgang Schieder, *Carl Schmitt und Italien*, in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte*, 37. Jg. (1989), 1. Heft, S. 1 ff.; zur Carl-Schmitt-Forschung im anglo-amerikanischen Raum vgl. George Schwab, *Progress of Schmitt Studies in the English-Speaking World*, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 447 ff..

(34) Vgl. Willms aaO S. 595 ff..

(35) Paul Bookbinder, *From the Other Judge to the Other German - Carl Schmitt 1910 - 1936*, Brandeis University 1972, S. VIII.

Staatslehre dem Makulatortod, der im juristischen Schrifttum ansonsten reiche Ernte zu halten pflegt.

Was für viele Arbeiten von Carl Schmitt gilt, gilt auch für die meisten Arbeiten über ihn: Sie sind Parameter der Denkstrukturen ihrer Entstehungszeit: Dominierte noch bis zum Ende der 20er Jahre die streng sachliche, wissenschaftliche Kritik an seinem Werk, so zogen in der Weimarer Endphase die ersten Wolken der polemischen Auseinandersetzung um sein Werk auf.(36) Bewegte sich die Diskussion um Schmitts "Der Begriff des Politischen", die erst Anfang der 30er Jahre richtig einsetzte, noch auf einem außerordentlich hohen wissenschaftlichen Niveau(37), so versank die Carl-Schmitt-Interpretation nach 1933 in völkischen Mißverständnissen.(38)

Nach 1945 stand zunächst die Rolle Carl Schmitts im Dritten Reich im Vordergrund der Betrachtung. Das Thema "Carl Schmitt und der Nationalsozialismus" legte sich wie Mehltau auf sein Werk und verspernte die Sicht auf die Grundaussagen seiner Staatslehre.(39) Der Rubikon der Carl-Schmitt-Forschung wurde 1964 von Hasso Hofmann überschritten.(40) Ihm gelang es zum ersten Mal, eine Gesamtanalyse des Denkens von Carl Schmitt jenseits von Apologie und Polemik zu präsentieren. Wenngleich danach die cum-ira-et-studio-Beschäftigung um Carl Schmitt

(36) Exemplarisch hierfür: Hans Kelsen, Wer soll der Hüter der Verfassung sein?, in: Die Justiz, Band VI, 1930/31, Heft 11/12, S. 576 ff..

(37) Als pars pro toto hierfür: Leo Strauss, Anmerkungen zu Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 67 (1932) S. 732 ff., jetzt wieder abgedruckt in: H. Meier aaO S. 97 ff.. Diese Arbeit wurde auch von Carl Schmitt außerordentlich geschätzt, vgl. seinen Brief an Ludwig Feuchtwanger, den Leiter des Verlages Duncker und Humblot, vom 10. Juni 1932 in: H. Meier aaO S. 16, Fußn. 7.

(38) Beispielhaft für diese Phase: Hans Krupa, Carl Schmitts Theorie des 'Politischen', Leipzig 1937 sowie Wilhelm Hanemann, Der Begriff des Politischen in der deutschen Wissenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts, philosophische Dissertation Heidelberg 1934, Urach 1935.

(39) Exemplarisch sei genannt: Jürgen Fijalkowski, Die Wendung zum Führerstaat - Ideologische Komponenten in der politischen Philosophie Carl Schmitts, Köln / Opladen 1958.

(40) Legitimität gegen Legalität - Der Weg der politischen Philosophie Carl Schmitts, Neuwied und Berlin 1964; vgl. hierzu die Besprechung von Ernst Wolfgang Böckenförde, in: Die Öffentliche Verwaltung 1967, Heft 19, S. 688 ff..

mitnichten ein Ende fand(41), so war es Hofmann doch gelungen, eine Plattform für die sachliche Kritik an Schmitts Werk zu schaffen, die es ermöglichte, "Carl Schmitt die Gerechtigkeit einer angemessenen Auseinandersetzung widerfahren zu lassen."(42)

#### IV.

Die vorliegende Untersuchung versucht, von der von Hofmann gewonnenen sachlichen Argumentationsebene aus, ein Element der Schmitt'schen Staatslehre, die Pluralismuskritik, herauszugreifen und dieses von allen Seiten zu beleuchten.(43) Ein solches Unternehmen kämpft mit der Schwierigkeit, die sachliche Begrenzung des Themas einzuhalten, gleichzeitig jedoch die pluralismusrelevanten Hauptstränge der Schmitt'schen Gedankenwelt vollständig freizulegen. Wer die aphoristische Denkmethode und den essayistischen Arbeitsstil von Carl Schmitt kennt, weiß um die Dimensionen dieses Dilemmas. Aus der verengten Blickspanne ergibt sich darüber hinaus, daß die "großen Themen" wie z.B. Carl Schmitt und der Katholizismus,

(41) Wenn etwa Klaus Schulz in seinem Buch "Thomas Hobbes und Carl Schmitt - Das Verhältnis von Staatstheorie und Klassenkampf im 17. und 20. Jahrhundert", Roskilde 1980, Carl Schmitt als "klassenbewußte(n) Reaktionär" (ebd. S. 38) bezeichnet, dessen Vorstellung der politischen Einheit einer "vorkapitalistischen Kollektiv-Idylle" (ebd. S. 66) entsprochen habe und dessen historisches Verständnis sich in einem "pseudomythischen Schema von Paradies, Sündenfall und totaler Entfremdung (einer modernen Hölle sozusagen)" (ebd. S. 65) erschöpft habe, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die ideologischen Vorgaben des Autors das Eindringen in Schmitts Werk verhindert haben. Die Wertungen von Schulz entziehen sich so naturgemäß einer wissenschaftlichen Kritik; auf einer ähnlichen unwissenschaftlichen Ebene operieren die Arbeiten von Joachim Petzold, Die Büchse der Pandora oder die politische Funktion Carl Schmitts vor 1945, in: Jahrbuch für Geschichte, Band 10 (1974), S. 403 ff. sowie von Armin Steil, Die imaginäre Revolte - Untersuchung zur faschistischen Ideologie und ihrer theoretischen Vorbereitung bei Georges Sorel, Carl Schmitt und Ernst Jünger, Marburg 1984; vgl. dazu Carl Schmitt, Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen (1914), Hellerau 1917: "Was inhaltlos ist, kann nicht widerlegt, was ganz im Absurden steckt, kann nicht ad absurdum geführt werden. Man muß es der Zeit überlassen, auf die es sich beruft." (ebd. S. 7).

(42) Klaus Hansen, Feindberührungen mit versöhnlichem Ausklang - Carl Schmitt und der Liberalismus, in: Hansen / Lietzmann (Hrsg.) aaO S. 9.

(43) Eine allein dem Antipluralismus Schmitts gewidmete Analyse ist unseres Wissens bislang nur von dem japanischen Kelsen-Forscher Satoru Kuroda unternommen worden; vgl. dessen unübersetzte Arbeiten "Pluralismus und der totale Staat", in der japanischen Zeitschrift "Recht und Wirtschaft", Band 1 (1934), Heft 2, S. 31 ff. sowie Heft 4, S. 63 ff. und "Politischer Pluralismus und der Begriff des Politischen", in: Hogaku-Ronsoh (Universität Kyoto), Band 31, Heft 6 (Dez. 1934), S. 1 ff.; diese Arbeiten setzen sich ausführlich mit dem ideenpolitischen Kräftefeld zwischen Laski und Schmitt auseinander; vgl. dazu Masanori Shiyake, Zur Lage der Carl Schmitt Forschung in Japan, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 493 ff..

Carl Schmitt und der Nationalsozialismus, Carl Schmitt und der Expressionismus, nur angerissen werden können. Allein zum Thema "Carl Schmitt und der Liberalismus" hoffen wir, einige Ideengänge und Werkstücke liefern zu können. Carl Schmitts Pluralismuskritik ist nämlich - wie sich im Fortgang der Untersuchung zeigen wird - lediglich ein Segment seiner Liberalismuskritik. Wegen der starken Situationsbedingtheit des Schmitt'schen Oeuvres erschien eine entwicklungsgeschichtliche Darstellung, die freilich versucht, wichtige Begriffsprägungen des Schmitt'schen Antipluralismus herauszustellen, geboten.(44)

Die vorliegende Arbeit versteht sich als Grenzgänger zwischen Politikwissenschaft und Jurisprudenz. Wer Carl Schmitt nur unter juristischen Vorzeichen liest, läuft Gefahr, den kaum zu überschätzenden geistesgeschichtlichen Hintergrund seines Werkes unterzubelichten. Eine solche Vorgehensweise - eine bei Juristen weitverbreitete Berufskrankheit(45) - würde auf unzulässige Weise den interdisziplinären Horizont seiner wichtigsten Arbeiten verkürzen sowie die starken Verbindungslinien Carl Schmitts zum ideenpolitischen Umfeld verleugnen. In dieser Beziehung trifft Roman Schnurs Feststellung, "daß man Schmitts Werk im Ganzen nicht verstehen kann, wenn man seine Einbettung in die 'allgemeine Geistesgeschichte' Europas ab dem Jahre 1910

(44) So auch Hofmann aaO S. 7 ff..

(45) Vgl. dazu Julius von Kirchmann, Die Werthlosigkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft, 3. Aufl., Berlin 1848: "Dies ist eben das Klägliche der Jurisprudenz, daß sie die Politik von sich aussondert, daß sie damit sich selbst für unfähig erklärt, den Stoff, den Gang der neuen Bildungen zu beherrschen oder auch nur zu leiten, während alle anderen Wissenschaften dies als ihren wesentlichen Teil, als ihre höchste Aufgabe betrachten ... Das Fundament zu legen, den neuen Bau kräftig in die Höhe zu führen, das können die Juristen nicht. Aber wohl, wenn der Bau fertig ist, wenn die Säulen ihn tragen, dann kommen sie, wie die Raben, zu tausenden und nisten in allen Winkeln und messen die Grenzen und Dimensionen bis auf Zoll und Knie und übermalen und überschnörkeln den edlen Bau, daß Fürst und Volk kaum noch ihrer Taten Werk darin erkennen" (ebd. S. 31); dazu Carl Schmitt, Gesetz und Urteil (1912), 2. Aufl., München 1969, S. 53 f. Fußn. 1; vgl. auch Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, 2. Aufl., Berlin 1840: "... das Recht existiert nur als Zweig eines Ganzen, als sich rankende Pflanze eines an und für sich festen Baumes." (ebd. § 141, S. 204) sowie Hermann Heller, Die Krisis der Staatslehre (1926), in: derselbe, Gesammelte Schriften, Band 2, Leiden 1971; "Rechtswissenschaft ist überhaupt keine konstitutive Wissenschaft. Die ihr ... zuge dachte Autonomie geht ihr ab, sie harmonisiert soziale Gegebenheiten ... sie konstituiert sie aber nicht, sondern findet sie bereits vor." (ebd. S. 24).

unterläßt"(46), den Kern des Problems. Wer indes Carl Schmitt nur politologisch betrachtet, beraubt sich ohne Not einer wichtigen Kategorie, ohne die seine Staatslehre unverständlich bleiben muß.(47) Sein vielbeschriebener(48), mit Aphorismen und Begriffen jonglierender, sich scheinbar jeglicher Systematisierung widersetzender Stil wird nämlich von juristischen Denkstrukturen durchzogen und in eine strenge, "römische"(49) Form eingefaßt. Diese Formenstrenge sichert sein Werk vor dem Absturz ins Essayistische.

Die intellektuelle Architektur des Schmitt'schen Gedankengebäudes setzt sich somit zusammen zum einen aus einem juristisch-tragenden, zum anderen aus einem politisch-gestalterischen Element. Aus der Spannung zwischen diesen beiden Polen erklärt sich die Wirkkraft vieler Schriften von Carl Schmitt. Eine Untersuchung über einen Teil seiner Staatslehre muß dieser Tatsache Rechnung tragen: Die vorliegende Schmitt-Analyse pendelt daher unablässig zwischen Staatsrechtslehre und

(46) Aufklärung ... aaO S. 438 und passim; vgl. hierzu auch den erhellenden Beitrag von Ellen Kennedy, Politischer Expressionismus: Die kulturkritischen und metaphysischen Ursprünge des Begriffs des Politischen von Carl Schmitt, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 233 ff..

(47) Ebenso Günther Krauss, Erinnerungen an Carl Schmitt, Teil 3: 1933, in: Tommissen (Hrsg.), Schmittiana I aaO S. 55 ff.: "Der Versuch, Carl Schmitt ohne Kenntnis seiner spezifisch juristischen - wen auch keineswegs 'rein' juristischen - Arbeiten zu würdigen, läuft auf dasselbe hinaus wie eine Würdigung Mozarts ohne Kenntnis seiner Konzertarien oder Beethovens ohne Kenntnis seiner Violinsonaten." (ebd. S. 63/64).

(48) Peter Schneider, Ausnahmezustand und Norm - Eine Studie zur Rechtslehre von Carl Schmitt, Stuttgart 1957, S. 19 ff.; Volker Neumann, Der Staat im Bürgerkrieg - Kontinuität und Wandlung des Staatsbegriffs in der politischen Theorie Carl Schmitts, Frankfurt / New York 1980, S. 10 ff.; Nicolaus Sombart, Jugend in Berlin 1933 - 1943, München / Wien 1984, S. 259 sowie Wohlgemuth aaO S. 57.

(49) Nach Ernst Niekisch, Gewagtes Leben, Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs, Band 1 (1889 - 1945), Köln 1974, S. 242, sagte Schmitt einmal zu Niekisch in Weimarer Tagen: "Meine Welt ist nicht die Ihrige. Ich bin Römer nach Herkunft, Tradition und Recht"; vgl. auch: Niekisch, Das Reich der niederen Dämonen, S. 200; Hugo Ball, Carl Schmitts Politische Theologie, in: Hochland, 21. Jg. (1923/24), Band 2, S. 263 ff.: "Schmitts Auffassung ist die lateinische." (ebd. S. 274); dazu Joseph W. Bendersky, Carl Schmitt - Theorist for the Reich, Princeton University Press 1983: "Indeed, there was an element of truth in this self-characterization. Short and vivacious, he appeared far more Latin than Germanic." (ebd. S. 4); zu Benderskys Buch vgl. die Besprechungen von Helmut Rumpf, Neues westliches Echo auf Carl Schmitt, in: Der Staat 1983, S. 389 ff. sowie Hasso Hofmann, Carl Schmitt oder: Die eigene Frage als Gestalt, in: Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte 1985, S. 64 ff..

Politikwissenschaft(50); sie versucht, politikwissenschaftliche Erkenntnisse auf verfassungsrechtlicher Grundlage zu gewinnen. Im Vordergrund steht dabei eine Werkanalyse, die sich zuallererst an den Schmitt'schen 'Originalschriften' orientiert und die streng textbezogen argumentiert. Eine solche Methode wurde in der Hoffnung gewählt, daß sich durch diese Art der Darstellung konkrete Ergebnisse eher herauschälen lassen als durch eine - in vielerlei Hinsicht die Sekundärliteratur über Carl Schmitt kennzeichnende - Zitatenschnitzeljagd, die Schmitt'sche Aussagen als Transmissionsriemen für eigene Spekulationen und Mutmaßungen instrumentalisiert.(51)

#### V.

Im Zentrum der Betrachtung stehen die Jahre von 1926 bis 1934, der eigentliche Kern der antipluralistischen Phase Schmitts. Seinen Aussagen mußte eine knappe Darstellung von Begriff und Gestalt der pluralistischen Theorie vorangestellt werden (Kap. I u. II), um Einblicke in die vorhandenen bzw. fehlenden Zusammenhänge zwischen einer politischen Theorie und ihrer Kritik zu ermöglichen. In der Endphase der ersten deutschen Republik verquicken sich Schmitts

(50) Zur Beziehung zwischen beiden Disziplinen vgl. Heinrich Triepel, Staatsrecht und Politik - Rede beim Antritt des Rektorats der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin am 15. Okt.1926, Berlin / Leipzig 1927; Rudolf Smend, Die politische Gewalt im Verfassungsstaat und das Problem der Staatsform (1923) und Der Einfluß der deutschen Staats- und Verwaltungsrechtslehre des 19. Jahrhunderts auf das Leben in Verfassung und Verwaltung (1939), beides wieder abgedruckt in: derselbe, Staatsrechtliche Abhandlungen, 2. Aufl., Berlin 1968, S. 68 ff., S. 326 ff.; Carl Schmitt, Besprechung von Leo Wittmayer, Reichsverfassung und Politik, Tübingen 1923, in: Schmollers Jahrbuch, 47. Jg., München / Leipzig 1924, S. 349 ff.; Manfred Heinrich Mols, Allgemeine Staatslehre oder politische Theorie - Interpretationen zu ihrem Verhältnis am Beispiel der Integrationslehre Rudolf Smends, Berlin 1969, S. 19 ff. und passim; Kurt Sontheimer, Politische Wissenschaft und Staatsrechtslehre, Freiburg 1963.

(51) Ein aktuelles Beispiel für diese Art der Carl-Schmitt-Betrachtung ist die Arbeit von M. Kaufmann aaO; vgl. dazu Helmut Rumpf, Carl Schmitt und Thomas Hobbes, Berlin 1972: "Die Geschichte der politischen Theorien hat es mit dem Gehalt literarischer Werke und nicht mit dem Studium des Charakters ihres Verfassers zu tun." (ebd. S. 36/37); vgl. auch Carl Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze, 3. Aufl., Berlin 1985, Anm. von 1957 zu "Legalität und Legitimität": "Meine staatsrechtlichen Auffassungen ergeben sich aus meinen Schriften, nicht aus Gerüchten oder Kombinationen, und auch nicht ex post durch Rückblenden aus späteren, ganz anders strukturierten Situationen ..." (ebd. S. 350).

pluralistische Theoriekritik und seine Zeitkritik am Weimarer System zu einem komplizierten Ideenbündel. An dieser Stelle die Strukturen seines Denkens offenzulegen, ist eines der Hauptziele der Arbeit. Bei diesem Versuch, die antipluralistischen Ansätze Schmitts mit Hilfe einer entwicklungsgeschichtlichen Methode herauszuarbeiten (Kap. III), steht die Darstellung, nicht die Wertung der Schmitt'schen Gedankenwelt im Vordergrund.

Im analysierenden Teil der Arbeit soll Schmitts Antipluralismus zunächst in dem politischen und staatsrechtlichen Denken des postwilhelminischen Deutschland gespiegelt werden (Kap. IV), um anschließend die wichtigsten seine Pluralismuskritik beherrschenden Topoi herauszuarbeiten und im Lichte des Gesamtwerkes untersuchen zu können (Kap. V).

Im Schlußteil der Arbeit werden wir die aus der vorangegangenen Analyse gewonnenen Ergebnisse auf die neopluralistische Diskussionsebene der Gegenwart übertragen und der Frage nachgehen, inwieweit die pluralismuskritischen Erkenntnisse Carl Schmitts die wissenschaftliche Debatte noch zu befruchten in der Lage sind.

## B. Hauptteil

### I. Der Begriff des Pluralismus

#### 1) Ausgangslage

"The term pluralism, however, seems to us an unhappy one: it is ambiguous and it is extremely misleading", stellte Kung Chuan Hsiao schon im Jahre 1927 fest.(1) Verfolgt man die Pluralismuskussion von dem Ort ihrer Entstehung, dem von Arbeitskämpfen und schweren sozialen Auseinandersetzungen geprägten England der Jahrhundertwende, bis in die politologischen Seminare über Neo-Pluralismus im Westdeutschland der Gegenwart, so gewinnt man den Eindruck, daß die begriffliche Unschärfe und die terminologische Verschwommenheit des Wortes "Pluralismus" die dauernden Wegbegleiter der inhaltlichen Auseinandersetzung um den Pluralismus sind. Es ist daher erforderlich, der nachfolgenden Untersuchung eine kurze begriffsgeschichtliche Herleitung des Terminus "Pluralismus"(2) voranzuschicken.

#### 2) Die verschiedenen Pluralismusbegriffe

##### a) Der philosophische Pluralismusbegriff

Der auf **Christian Wolff** (1679 - 1745) zurückgehende Ausdruck "Pluralismus" bezeichnet ursprünglich einen philosophischen Standpunkt, der die Wirklichkeit als aus vielen selbständigen Wesenheiten

(1) Kung Chuan Hsiao, Political Pluralism, London 1927, S. 126/127; vgl. auch Helmut Quaritsch, Zur Entstehung der Theorie des Pluralismus, in: Der Staat 1980, S. 55; "Pluralismus" ist eine internationale Theorie, aber sie bedeutet in jedem Land etwas anderes, weil die nationalen Eigentümlichkeiten die Wirklichkeit der theoretischen Struktur bestimmen."

(2) Zur etymologischen Erklärung des Begriffes Pluralismus vgl. Oskar Peter Spandl, Schulpädagogik und pluralistische Gesellschaft, München 1973, S. 17 f.

bestehend auffaßt, denen kein Prinzip durchgehender Einheit zugrunde liegt.(3) Schärfere Konturen gewinnt dieser Begriff dann, wenn er mit der philosophischen Gegenposition des Monismus konterkariert wird(4), dessen Unzulänglichkeit darin gesehen wurde, "dass er die vorhandene Mannigfaltigkeit der Erfahrung und des Lebens in einer ganz augenscheinlichen Weise vergewaltigte" bzw. "dass er nie imstande war, sich der Herkunft der Verschiedenheit, der Vielheit und der Mannigfaltigkeit aus einem sich selbst identischen Ursprung nicht einmal ungefähr zu erklären ..."(5). Tatsächlich umreißt das Wort "Pluralismus" ein philosophisches Fundamentalproblem, das schon von den Vorsokratikern erörtert wurde und von der amerikanischen pragmatischen Philosophie des ausgehenden 19. Jahrhunderts wieder in den Mittelpunkt der philosophischen Diskussion gerückt wurde.(6) Der Begründer des amerikanischen Pragmatismus, **William James**, hatte in seinem Werk "A Pluralistic Universe"(7) die Zentralbegriffe Monismus und Pluralismus gegenübergestellt und den Vielheitscharakter der Welt zum Angelpunkt seiner Philosophie gemacht.

#### b) Der Pluralismusbegriff bei Laski und Schmitt

Diesen philosophischen Pluralismusbegriff **William James'** nahm **Harold J. Laski** während des I. Weltkriegs als Ausgangspunkt, übertrug ihn auf den Staat(8) und instrumentalisierte ihn als politiktheoretischen

(3) Vgl. Heinrich Schmidt, Philosophisches Wörterbuch, 21. Aufl., Stuttgart 1982, S. 544.

(4) So auch William James, Some Problems of Philosophy, Reprint New York 1968: Pluralism "only has the negative significance of contradicting monism's thesis that there is absolutely no disconnection." (ebd. S. 115).

(5) Boris Jakowenko, Vom Wesen des Pluralismus, Bonn 1928, S. 17.

(6) Vgl. Adolf M. Birke, Pluralismus und Gewerkschaftsautonomie in England, Stuttgart 1978, S. 16, Fußn. 18.

(7) London 1909.

(8) Carl Schmitt, Staatsethik und pluralistischer Staat (1930), in: derselbe, Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar - Genf - Versailles 1923 - 1939, unveränderter Nachdruck der Ausgabe Hamburg 1940, Berlin 1988, S. 135; vgl. zur Neuauflage die Glosse von Horst Heinrich Jakobs, Carl Schmitt auf dem Wege der wissenschaftlichen Wahrheit, in: Juristenzeitung 43. Jg., Heft 23 vom 2. Dez. 1988, S. 1116.

Schlüsselbegriff einer neuen Staats- und Gesellschaftskonzeption(9). Der von Laski als erster(10) geprägte politische Pluralismusbegriff war danach im wesentlichen polemisch bestimmt(11) als Gegenposition gegen die Vorstellung einer Allmacht des Staates. Laski betonte gegenüber diesen Omnikompetenzansprüchen die Bedeutung der Kirchen, Gewerkschaften und sonstiger Verbände, die deutlich machten, "that society (is) pluralist and not monist in its nature"(12).

In der Ende der 20er Jahre in Deutschland beginnenden Auseinandersetzung mit den Laski'schen Positionen definierte dann **Carl Schmitt** den Pluralismus als "eine Mehrheit festorganisierter, durch den Staat, d.h. sowohl durch verschiedene Gebiete des staatlichen Lebens, wie auch durch die territorialen Grenzen der Länder und die autonomen Gebietskörperschaften hindurchgehender, s o z i a l e r Machtkomplexe, die sich als solche der staatlichen Willensbildung bemächtigen, ohne aufzuhören, nur soziale (nicht-staatliche) Gebilde, zu sein ... Der Pluralismus bezeichnet die M a c h t mehrerer sozialer Größen ü b e r d i e s t a a t l i c h e W i l l e n s b i l d u n g ."(13) Wesen des

(9) Birke aaO S. 16.

(10) Vgl. Hsiao aaO: "It was Mr. Laski ..., who first adopted the term 'pluralistic state' ..." (ebd. S. 126).

(11) So auch Winfried Steffani in: Franz Nuscheler / Winfried Steffani (Hrsg.), Pluralismus, München 1972, S. 9.

(12) H. J. Laski, Platonism in Politics - Rezension zu E. Barker, Political Thought in England from Herbert Spencer to Today, in: The New Republic, 3. Juli 1915, S. 236; auf das erste Auftauchen des Begriffs Pluralismus in diesem Rezensionssatz hat Birke aaO S. 16, 204 aufmerksam gemacht; vgl. hierzu auch Quaritsch, Zur Entstehung ... S. 38.

(13) Carl Schmitt, Der Hüter der Verfassung (1931), 3. Aufl., Berlin 1985, S. 71; vgl. auch die spätere Präzisierung in "Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches", Hamburg 1934: "Das Wort 'Pluralismus' ist hier nicht eine äußerliche und oberflächliche Kennzeichnung irgendeiner Vielzahl von Gruppierungen, wie es sie bei der Mannigfaltigkeit des sozialen Lebens überall und zu allen Zeiten gibt, sondern ein präziser technischer Ausdruck der Staats- und Verfassungslehre. Er bezeichnet eine spezifische Art des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, eine bestimmte Struktur des sozialen Lebens in ihrem Verhältnis zur politischen Einheit. Dieses System entwickelt sich in der typischen Weise für ein bestimmtes Stadium der bürgerlichen Gesellschaft, in einer Zeit, in der eine Mehrzahl von Gewerkschaften, Kartellen, Religionsgesellschaften und anderer sozialer und kultureller Verbände und Organisationen, jede auf ihrem Gebiet, auf der formalrechtlichen Grundlage der liberalen Freiheit, aus der Sphäre des Sozialen und des Privaten heraus, das öffentliche Leben beherrscht und die politische Einheit zum Abfallprodukt ihrer täglichen Kompromisse macht." (ebd. S. 45/46).

Pluralismus ist es danach, "die souveräne Einheit des Staates, d.h. die politische Einheit zu leugnen und immer wieder hervorzuheben, daß der einzelne Mensch in vielen sozialen Verbindungen lebt ..." (14). Dieser Schmitt'sche Pluralismusbegriff bestimmte dann die politiktheoretische Diskussion der Weimarer Endzeit, wobei "mehr oder weniger bewußt eine Kritik an dem pluralistischen Parteienstaat subintelligiert" (15) wurde.

### c) Der neopluralistische Pluralismusbegriff

Nach dem II. Weltkrieg tauchte der Pluralismus in neuem ideenpolitischen Gewand auf. Ernst Fraenkel, der 1964 die Nachkriegsdebatte über den Pluralismus eröffnete, reduzierte dessen Sinngehalt auf eine reine Gegenposition zum Totalitarismus (16) und setzte im übrigen Pluralismus mit freiheitlicher Demokratie gleich. (17) Seither wurde die Bezeichnung "pluralistische Gesellschaft" für die real existierende politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zum Gemeinplatz, was vor allem damit zusammenhängen dürfte, daß der Pluralismus jegliche begriffliche Konturen verloren hat und in diesem semantischen Nebel jeder unter der Flagge "Pluralismus" seinen ideologischen Kurs steuert. (18)

(14) Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, zuerst in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 58 (1927), S. 12.

(15) Joseph H. Kaiser, Die Repräsentation organisierter Interessen, Berlin 1956, S. 316; vgl. Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 5. Aufl., Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1973, S. 46; vgl. auch Hans Kramm, Von der dialektischen Demokratie zum Pluralismus, in: Günther Doeberl / Winfried Steffani (Hrsg.), Klassenjustiz und Pluralismus - Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag, Hamburg 1973, S. 384.

(16) Ernst Fraenkel, Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie, in: derselbe, Deutschland ... aaO S. 199 ff.; vgl. auch Winfried Steffani, Artikel "Pluralismustheorien", in: Wolfgang M. Mickel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983; "War der Totalitarismus die Negation des Pluralismus, so versteht sich der Neo-Pluralismus als Negation der totalitären Negation." (ebd. S. 348).

(17) Quaritsch, Zur Entstehung ... S. 29; auf der Ebene dieses Fraenkel'schen Pluralismusbegriffs bewegt sich auch die heutige Forderung nach "mehr Pluralismus" in den Ostblockstaaten, die von denjenigen erhoben wird, die ein Ende des kommunistischen Dogmas herbeiführen wollen, ohne sich freilich auch nur annähernd darüber im klaren zu sein, wie denn dieser Pluralismus realiter aussehen soll.

(18) Vgl. Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, Text von 1932, Berlin 1963, S. 119 (Hinweis von 1963).

### 3) Zugrundeliegender Pluralismusbegriff

Die nachfolgende Untersuchung blendet den philosophischen und den neopluralistischen Pluralismusbegriff weitgehend aus und versteht in Anlehnung an die Definitionen von Laski und Schmitt unter Pluralismus das Phänomen, daß zwischen dem Staat und dem Einzelnen organisierte Gruppen auftreten, die auf die Politik des Staates Einfluß zu nehmen trachten; hierbei ist die Frage, in welchem Verhältnis diese Gruppen und Verbände zu dem Staat stehen, von besonderer Bedeutung. (19)

Pluralistisch ist danach ein Staat, "dessen Willensbildung und Politik beeinflusst - wenn nicht dirigiert - werden durch den Kampf und den Kompromiß von wirtschaftlich-sozialen, im nichtstaatlichen Raum angesiedelten Mächten"(20) bzw. "wenn die von den Gruppen repräsentierten Ideen und Interessen entweder infolge nachdrücklicher Einflußnahme auf den Staatsapparat von diesem in erheblichem Maße berücksichtigt werden oder wenn sie auf Grund staatlicher Duldung von den Gruppen selbst verwirklicht werden."(21) Im Mittelpunkt steht also das Phänomen, "daß die organisierten natürlichen Interessen in zunehmendem Maße zu mehr oder minder autonomen Gebilden führen, die sich nun auf Kosten der staatlichen Herrschaftsfunktionen entfalten und den Staat auf die Rolle eines Dachverbandes mit begrenzten schiedsrichterlichen Funktionen verweisen."(22) Der

(19) So auch Roman Herzog, Artikel "Pluralismus", in: Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart 1966, Sp. 1541.

(20) Götz Briefs, Artikel "Pluralismus", in: Staatslexikon, 6. Aufl., Freiburg 1961, Sp. 296.

(21) Herzog aaO.

(22) Winfried Martini, Freiheit auf Abruf - Die Lebenserwartung der Bundesrepublik, Köln / Berlin 1960, S. 346/347.

Pluralismus als "die Macht sozialer Größen über die staatliche Willensbildung"(23) wird dabei maßgeblich von seiner antithetischen Stellung zum Monismus gekennzeichnet, der pluralistische Staat ist vor allem der antimonistische Staat, ein Staat, "in which there exists no single source of authority that is all-competent and comprehensive, namely, sovereignty, no unified system of law, no centralized organ of administration, no generalization of political will."(24)

(23) Johannes Popitz, Wer ist Hüter der Verfassung?, in: Germania vom 17. April 1931, wieder abgedruckt in: Carl Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 102.

(24) Hsiao aa0 S. 8.

## II. Die Gestalt des Pluralismus

### 1) Historische Herleitung

Die Wurzeln des politischen Pluralismus reichen zurück bis zur Französischen Revolution. Der Geist von 1789 hatte die politische Formenwelt des ancien régime und die Restbestände einer feudalen mittelalterlichen Herrschaftsstruktur hinweggefegt. Der Sturm auf die Bastille hatte den politischen Individualismus neuzeitlicher Prägung inthronisiert; auf den Trümmern der alten Ordnung entfaltete sich der Dualismus von Staat und Individuum, der keine Zwischengewalten in Form von Ständen, Zünften, Gilden und anderen Gemeinschaftsordnungen mehr duldete. Nach der Zerstörung dieser "corps intermédiaires" tat sich zwischen Staat und Individuum ein Niemandsland auf, das zum Nährboden für die Allmacht des Staates gegenüber dem atomistisch versprengten und politisch nicht formierten Einzelnen wurde.<sup>(1)</sup> An dieser staatlichen Übermacht konnte auch die den Bürgern zugestandene "égalité" nichts ändern, vielmehr wurde ihnen gerade hierdurch bewußt, wie sie nun alle gleichermaßen ohnmächtig waren.

Und so wurde der Gleichheitssatz zur Keimzelle pluralistischer Entwicklung. Es war **Alexis de Tocqueville**, der bei seinen politischen Beobachtungen der amerikanischen Demokratie 1840 als erster den Zusammenhang zwischen der Gleichheit und dem

(1) So auch die Enzyklika Pius' XI: Über die gesellschaftliche Ordnung, ihre Wiederherstellung und ihre Vollendung nach dem Heilsplan der Frohbotschaft (Quadragesimo Anno, 1931): "In der Auswirkung des individualistischen Geistes ist es soweit gekommen, daß das einst blühende und reich gegliederte, in einer Fülle verschiedenartiger Vergemeinschaftungen entfaltete menschliche Gesellschaftsleben derart zerschlagen und nahezu ertötet wurde, bis schließlich nur noch die einzelnen Menschen und der Staat übrigblieben - zum nicht geringen Schaden für den Staat selber. Die Gesellschaft verlor ihre Form und Führung und der Staat, der sich mit all den Lasten belud, die vorher jene nun zerstörten Gemeinschaften trugen, wurde unter einem Übermaß von Obliegenheiten und Verpflichtungen zugedeckt und erdrückt." (zitiert nach Walter Heinrich, Schlüsselbegriffe der ganzheitlichen Gesellschafts- und Staatslehre, in: derselbe und andere (Hrsg.), Othmar Spann, Gesamtausgabe, Band 21, Graz 1979, S. 359).

Vereinigungsstreben der Bürger erkannte:

"Die Menschen brauchen in den aristokratischen Gesellschaften keine Vereinigung zu bilden, um zu handeln, weil ihr Zusammenhalt stark ist. Jeder Bürger, der reich und mächtig ist, stellt darin gleichsam das Haupt eines beständigen und zwangsmäßigen Vereins dar, der aus allen denen besteht, die von ihm abhängig sind und die er an der Ausführung seiner Absichten teilnehmen läßt. In den demokratischen Völkern sind im Gegensatz dazu alle Bürger unabhängig und schwach; sie vermögen aus eigener Kraft fast nichts, und keiner kann seinesgleichen zwingen, ihm Hilfe zu leisten. Sie verfallen mithin alle der Ohnmacht, wenn sie nicht lernen, sich freiwillig beizustehen. ... Die Zusammenschlüsse sind es, die in den demokratischen Völkern die mächtigen Einzelnen ersetzen müssen, die die Gleichheit der Bedingungen zum Verschwinden gebracht hat. ... In den demokratischen Ländern ist die Lehre von den Vereinigungen die Grundwissenschaft; von deren Fortschritt hängt der Fortschritt aller anderen ab. ... Damit die Menschen gesittet bleiben oder es werden, muß sich unter ihnen die Kunst des Zusammenschlusses in dem Grade entwickeln und vervollkommen, wie die Gleichheit der Bedingungen wächst." (2)

Der Drang der Menschen, sich zu Vereinigungen zusammenzuschließen, erwies sich stärker als der herrschende politische Individualismus nach 1789. Der Wille zu Repräsentation und sozialer Fortbildung der einzelnen Glieder der Gesellschaft füllte daher nach und nach das politische Vakuum, das die Zerteilung in Staat und Individuum hinterlassen hatte. In Anlehnung an das mittelalterliche Zunftvorbild konstituieren sich in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

(2) Alexis des Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1985, S. 249/250, 252, 253.

Handwerker- und Bauernverbände als Vorreiter für zahlreiche andere Gruppierungen, die in der politischen und wirtschaftlichen Vereinigung den einzigen Weg sahen, ihre gemeinsamen Interessen wirksam zu vertreten.

## 2) Gierke

Vor diesem historischen Hintergrund entwarf **Otto v. Gierke** seine Genossenschaftslehre(3) als einen "Versuch eines totalen Neubaues der gesamten Lehre vom rechtlichen Wesen der Verbände. Ihr Ziel war der Ersatz der herrschenden romanistischen Korporationstheorie durch eine aus dem deutschen Rechtsgedanken herausgestaltete moderne Körperschaftstheorie. ... Den Kern der Genossenschaftstheorie bildet die von ihr dem Phantom der persona ficta entgegengestellte Auffassung der Körperschaft als realer Gesamtperson."(4)

Von seinem Lehrer, dem Rechtshistoriker **Georg Beseler**, der die Genossenschaft in seinem Werk "Volksrecht und Juristenrecht" (1843) auf den Begriff gebracht hatte(5), maßgeblich beeinflusst, entwickelte Gierke in seinem zwischen 1868 und 1913 erschienenen vierbändigen Monumentalwerk "Das deutsche Genossenschaftsrecht" seine Verbändetheorie im großen historischen Zusammenhang: "Was der Mensch ist, verdankt er der Vereinigung von Mensch und Mensch. Die Möglichkeit, Assoziationen hervorzubringen, die nicht nur die Kraft der gleichzeitig Lebenden erhöhen, sondern vor allem durch ihren die Persönlichkeit des Einzelnen überdauernden Bestand die vergangenen Geschlechter mit den kommenden verbinden, gab uns die Möglichkeit der Entwicklung, der Geschichte."(6) Als ein Gelehrter

(3) Nach Hsiao aaO "the first shot of the pluralistic revolt" (ebd. S. 32).

(4) Otto v. Gierke, Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung, Berlin 1887, S. 4/5.

(5) Otto v. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, Band I (1868), Neudruck Graz 1954, S. 5.

(6) Ebd. S. 1.

deutschrechtlicher Prägung, der später an führender Stelle bei der Entstehung des BGB "den Kampf für die bedrohten germanischen Gedanken im künftigen deutschen Privatrecht"(7) führen sollte, wendete er sich gegen "die begriffliche Schmalspur der romanistisch-kanonistischen Doktrin von der juristischen Person"(8) und setzte dieser juristischen Fiktion seine Lehre von der realen Verbandsperson, "seinen deutschen Personenbegriff"(9) entgegen: "Sind vielleicht die menschlichen Verbände reale Einheiten, die mit der Anerkennung ihrer Persönlichkeit durch das Recht nur das empfangen, was ihrer wirklichen Beschaffenheit entspricht? Mit vielen antworte ich: Ja! Und mir scheint, daß jeder so antworten muß, der mit der individualistischen Gesellschaftsauffassung gebrochen hat und das menschliche Gemeinleben als ein Leben höherer Ordnung betrachtet, dem sich das Einzelleben eingliedert."(10)

Der politischen Unterordnung in den staatlichen Herrschaftsverband ordnete Gierke den freiwilligen sozialen Zusammenschluß in den Genossenschaftsverband zu(11). Während sich in jenem der - von Gierke nie verleugnete(12) Souveränitätsanspruch des Staates widerspiegeln, bilde dieser die politische Form für den "unerschöpflichen germanischen Assoziationsgeist, der allen engeren Gliederungen des Staates ein eigenes, selbständiges Leben zu wahren versteht und doch noch Kraft genug übrig behält, um für die allgemeinsten, wie für die vereinzeltsten Zwecke menschlichen Daseins aus den noch ungebundenen Elementen der Volkskraft

(7) Otto v. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, Band IV (1913), Neudruck Graz 1954, S. VII.

(8) Quaritsch, Zur Entstehung ... S. 33.

(9) Hermann Heller, Die Krisis der Staatslehre aaO S. 11.

(10) Otto v. Gierke, Vom Wesen der menschlichen Verbände, Berliner Rektoratsrede vom 15. Okt. 1902, Darmstadt 1954, S. 13.

(11) Vgl. Rudolf Kjellén, Der Staat als Lebensform, Leipzig 1917, S. 13.

(12) So auch Steffani, in: Nuscheler / Steffani (Hrsg.), Pluralismus, S. 16.

lebensvolle, nicht von oben belebte, sondern von innen heraus tätige Genossenschaften in' unübersehbarer Reichhaltigkeit zu erschaffen." (13)

Als Anhänger des organischen Staatsgedanken wendete sich Gierke gegen die individualistische Entleerung und Entwertung des Staates zum bloßen künstlichen Zweckverband, bei dem die Willkür des einzelnen das Maß der Dinge ist. Ein Staat bedeutet für ihn mehr als die Summe seiner einzelnen Glieder. Staatszweck ist für ihn mehr als die multiplizierte Privatwohlfahrt der Bürger. Das vom Einzelwohl innerlich zu scheidende Gemeinwohl des staatlichen Organismus, das *bonum commune* als solches ist der Maßstab seiner Staatsauffassung. Dieses Gemeinwohl läßt sich - so Gierke - unmöglich aus den Individualrechten und -pflichten, sondern nur aus überindividuellen Lebenskreisen ableiten, unter denen die Genossenschaften eine zentrale Rolle spielen. Höchste Instanz dieser organisch strukturierten Gemeinschaftsvorstellung bleibt aber "der durch seine souveräne Machtvollkommenheit über alle erhöhte Staat". (14)

Wenngleich also der Souveränitätsanspruch des Staates als solcher nicht geleugnet wurde, so planierte die organische Staatslehre Gierkes dennoch den Boden, auf dem dann das Lehrgebäude von der Wesensgleichheit aller menschlichen Verbände errichtet wurde. In dieser Relativierung des Staates gegenüber seinen Gliedern "steckte jene Sprengkraft, die den pluralistischen Angriff auf den 'monistischen Staats- und Souveränitätsbegriff' auszeichnete." (15) Der Virus für das Schwinden des Suprematie-Ideals war in den staatlichen Organismus gelangt, der Anfang vom Ende der

(13) Otto v. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, Band I, S. 3.

(14) Otto v. Gierke, Vom Wesen der menschlichen Verbände, S. 33.

(15) Steffani, in: Nuscheler / Steffani (Hrsg.) aaO S. 17; vgl. auch Rolf Badke, Existenz und Ethos in der politischen Theorie Carl Schmitts, philosophische Dissertation Bonn 1956, S. 67.

alten Souveränitätsvorstellung war gemacht.(16) Auf diese Weise wurde Otto v. Gierke zum "patron saint of political pluralism"(17), auch wenn es andere waren, die die von ihm entworfenen Linien weiterzogen.(18)

### 3) England um die Jahrhundertwende

Es gehört zu den Kuriositäten der Ideengeschichte des Pluralismus, daß die deutschrechtliche Verbandslehre Gierkes ausgerechnet im spät- und nachviktorianischen England der Jahrhundertwende den Nährboden für ihre Metamorphose zum "political pluralism" finden sollte. Die Rezeption der Gierke'schen Lehre von der realen Verbandspersönlichkeit in England wurde durch zwei Faktoren entscheidend begünstigt: Der anti-römisch-rechtliche Affekt in Gierkes Staatslehre mußte gerade in dem Land Interesse wecken, "das das römische Recht nicht rezipiert, das sich gegen die Übernahme der Souveränitätstheorie Bodins gesträubt und das Jean Rousseau niemals ernst genommen hat. ... Der Pluralismus hat zuerst in dem Lande Wurzeln geschlagen, das an dem auf das Mittelalter zurückgehenden common law

(16) Darin liegt das kaum zu überschätzende revolutionäre Moment der organischen Staatslehre Gierkes. So konnte Carl Herz etwa sagen, manche Stellen des 1. Bandes des "deutschen Genossenschaftsrechts" erinnerten ihn an das kommunistische Manifest, vgl. Carl Schmitt, Hugo Preuß - Sein Staatsbegriff und seine Stellung in der deutschen Staatslehre, Tübingen 1930, S. 30, Anm. 11.

(17) Morris Raphael Cohen, *Communal Ghosts and Other Perils in Social Philosophy*, in: *Journal of Philosophy, Psychology and Scientific Methods*, Band XVI, Nr. 25 vom 4. Dez. 1919, S. 683.

(18) "Gierke trocknete das Pulver, aber er hielt nicht das Feuer an die Lunte." (Steffani, in: Nuscheler / Steffani (Hrsg.) aaO S. 17); der Umstand, daß Gierke quasi wider Willen zum "Stammvater des Pluralismus" (Fraenkel aaO S. 214) wurde, mag auch mit der begrifflichen Unschärfe seiner organischen Staatslehre zusammenhängen, deren Grundgerüst nicht immer klar erkennbar ist und die sich daher gefallen lassen mußte, wenn sich Anhänger aller denkbaren staatsrechtlichen Vorstellungen die Rosinen aus dem Gierke'schen Kuchen herauspickten und sie für ihre eigenen Ideen instrumentalisierten. Vgl. dazu Carl Schmitt, Hugo Preuß ... aaO S. 10 ff.; Gierke hat im übrigen später durchaus erkannt, daß seinem Genossenschaftsbegriff etwas "Nebelhaftes" anhaftet. (Otto v. Gierke, Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung, S. 2); die Rolle von Gierkes Staatslehre als einem Passepartout für alle möglichen politischen Richtungen bewog Carl Schmitt 1933 sogar dazu, den Genossenschaftsgedanken als "deutsch-rechtliche Tarnung" zu bezeichnen, unter der "dann eine ziel- und zweckbewußte Rechtslehre das Führerprinzip des preußischen Staatswesens" erschütterte (Carl Schmitt, Staat, Bewegung, Volk, Hamburg 1933, S. 34); zu Gierke, vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde, Die deutsche verfassungsgeschichtliche Forschung im 19. Jahrhundert, Berlin 1961, S. 147 ff. sowie Hans Krupa, Otto v. Gierke und die Probleme der Rechtsphilosophie, Breslau 1940.

festgehalten und die mittelalterliche Institution des Parlaments niemals zugunsten einer absolutistischen Monarchie abgegeben hat." (19) Daneben hatte sich in dem von sozialen Umbrüchen gezeichneten England der Jahrhundertwende herausgestellt, daß die bisherige Begriffswelt des englischen Rechts nicht ausreichend war, um den auf den Plan getretenen Interessengruppen - in erster Linie den Gewerkschaften und den Kirchen - gerecht zu werden. In berühmt gewordenen Gerichtsentscheidungen wie z.B. im Taff Vale Case (1901), im Free Church of Scotland Case (1904) und im Osborne Case (1909) (20) war die Unvollkommenheit des englischen Korporationsrechts offenbar geworden. Die Zeit schien reif für eine grundsätzliche juristische Anerkennung der Verbände als sowohl vom einzelnen als auch vom Staat unabhängige, selbständige Organismen. Ein neuer soziologischer Befund - das Auftreten der Verbände - erforderte eine neue juristische Form.

#### 4) Maitland

Der Mann, der die Gierke'sche Begriffswelt von der realen Verbandspersönlichkeit in die englische Jurisprudenz transplantierte, war **Frederic William Maitland**. Von Kindheit an mit der deutschen Sprache und Kultur vertraut (21), übersetzte dieser an der Universität Cambridge lehrende Jurist und Historiker 1899 aus dem 3. Band des Gierke'schen Genossenschaftsrechts den Abschnitt über die mittelalterliche Staats- und Gesellschaftslehre und veröffentlichte ihn mit einer grundlegenden Einleitung unter dem Titel "Political Theories of the Middle Age". (22) Mit Gierke lehnte er eine lediglich fiktive

(19) Fraenkel aaO S. 214/215.

(20) Vgl. dazu im einzelnen Birke aaO S. 88 ff..

(21) Zur Biographie Maitlands vgl. C.H.S. Fifoot, Frederic William Maitland, Cambridge 1971; Birke aaO S. 153 ff..

(22) Cambridge 1900.

Anerkennung von Verbänden ab; die Korporationen seien keine Staatsschöpfungen, sondern wirkliche Personen mit eigenen Rechten. Hauptanliegen der Maitland'schen Staatslehre ist es, to "create a body which by no fiction of law, but by the very nature of things, differs from the individuals of whom it is constituted." (23)

Maitland machte den englischen Juristen bewußt, daß der de-facto-Anerkennung realer Verbände, wie sie in England schon vor Gierke üblich war (24), die de-jure-Konstitutionalisierung nachfolgen müsse. Für diese "Versöhnung von Recht und sozialer Wirklichkeit" (25) lieferte er die rechtstheoretischen und rechtshistorischen Leitplanken. Über Gierke hinausgehend, dessen philosophische Grundlegung der Genossenschaftslehre er ablehnte (26), behauptete er die völlige juristische Unabhängigkeit der Verbände gegenüber dem Staat, letztlich seien sie "the ultimate normal unit" (27) und damit die eigentliche, von Suprematieansprüchen des Staates freie, letzte Instanz in einer menschlichen Gemeinschaftsordnung: "No permanent group, permanently organized for a durable object, can be regarded as a mere sum of persons, whose union, to have any rights or duties, must receive a legal confirmation. Permanent groups are themselves persons, group-persons with a group-will of their own and a permanent character of their own; and they have become group-persons of themselves, without any 'creative' act of the State. In a word, group-persons are real persons; and just because they are so, and possess such attributes of persons as will and character, they cannot have been made by the State." (28)

(23) So die von Maitland oft zitierte Formulierung A.V. Diceys, zitiert nach Birke aaO S. 179.

(24) Quaritsch, Zur Entstehung ... S. 34.

(25) Birke aaO S. 180.

(26) Birke ebd..

(27) Zitiert nach Kaiser aaO S. 316.

(28) Ernest Barker, Political Thought in England 1848 to 1914, Reprint der 2. Aufl. von 1928, London 1947, S. 153.

Maitlands Lehren, die freilich im juristisch gesteckten Rahmen blieben und es sorgsam mieden, die politische Arena zu betreten, hatten im von Gewerkschaftsunruhen erschütterten England jene explosionsartigen Wirkungen, die bei Gierkes Genossenschaftslehre in der Fin-de-siècle-Stimmung des kaiserlichen Deutschlands ausblieben. Der germanophile, englische Professor fungierte als Gelenkstück zwischen deutschrechtlicher Theorie und englischer Realität. Maitland "came to demolish ... the old conception of the State"(29) und lieferte damit das juristische Rüstzeug für die nach ihm folgende politische Auseinandersetzung um den Pluralismus. Darin liegt seine zentrale Bedeutung für die Pluralismustheorie.(30)

#### 5) Figgis

Auf dem von Maitland vorbereiteten juristischen Terrain setzte sein Schüler **John Neville Figgis** die Eckpfeiler der politischen Theorie des Pluralismus. Nach wichtigen Vorarbeiten **William Martin Geldarts**(31), der die Verbandsdiskussion vier Jahre nach dem Tode Maitlands (1906) neu entfacht hatte und auf "die enge Verflechtung der jungen Pluralismusdiskussion mit den verbandsrechtlichen Schwierigkeiten der Trade Unions"(32) hingewiesen hatte, war es der anglikanische Ordensmann Figgis, der als erster die juristischen Gefilde verließ und in seinem 1913 erschienen Werk "Churches in the Modern State" politiktheoretischen Boden betrat.

Er sah den mittelalterlichen Streit zwischen Papst und Kaiser als Keimzelle für das Heranreifen intermediärer

(29) John Neville Figgis, Churches in the Modern State, London 1913, S. 249.

(30) Zu Maitland vgl. Ernest Barker aaO S. 152 f. sowie Thomas Hughes Griffiths, Politischer Pluralismus in der zeitgenössischen Philosophie Englands, philosophische Dissertation Gießen 1933, S. 27 f..

(31) Auf die Bedeutung Geldarts für die Entwicklung der Pluralismustheorie hingewiesen zu haben, ist das Verdienst Birkes, vgl. aaO S. 133 ff. 181 ff..

(32) Birke aaO S. 135.

Gewalten und vertrat die Auffassung, daß die Staatslehre dem faktischen Auftreten politischer, wirtschaftlicher und religiöser Vereinigungen Rechnung tragen müsse: "More and more it is clear that the mere individual's freedom against an omnipotent State may be no better than slavery, more and more it is evident that the real question of freedom in our day is the freedom of smaller unions to live in the whole." (33) Von Maitland stark beeinflusst, lehnte er die Fiktionstheorie ab und stellte ihr ein Bild von der Kirche als "societas perfecta" gegenüber, die eine vom Staat unabhängige, ihr eigenes Leben entfaltende selbständige Vereinigung sei, die dem Zugriff des Staates entzogen sei. Im politischen Atomismus, in dem der einzelne ohne Zwischenstrukturen, ohne jegliches soziale Öl dem Staat ausgeliefert wird, sah er die politische Hauptgefahr: "There is no more dangerous superstition than that political atomism which denies all power to societies as such, but ascribes absolutely unlimited competence over body, soul and spirits to the imposing unity of the State. It is indeed 'the great leviathan' made up of little men, as in Hobbes's title-page." (34)

Figgis beschränkte sich jedoch nicht auf die im Zuge des Streites um die schottische Freikirche aktuell gewordene Forderung nach größerer Unabhängigkeit der Kirche vom Staat. Über seinen Lehrer Maitland hinausgehend, griff er den klassischen staatlichen Suprematieanspruch an und setzte zu einer folgenreichen "Demontage der überlieferten Souveränitätslehre" (35) an. Der Feind war für ihn die totale, staatliche Herrschaftsgewalt, "die entnervende Einförmigkeit des allmächtigen, alles erfassenden Staates" (36): "The great Leviathan of Hobbes, the plenitudo potestatis of the canonists, the

(33) John Neville Figgis aaO S. 51.

(34) Ebd., S. 252.

(35) Quaritsch, Zur Entstehung ... S. 35.

(36) Griffiths aaO S. 29.

arcana imperii, the sovereignty of Austin are all names of the same thing - the unlimited and illimitable power of the law-giver in the State, deduced from the notion of its unity."(37) Demgegenüber plädierte er für eine "Teilsouveränität" der Verbände, ohne jedoch expressis verbis dem Staat seine Rolle als "communitas communitatum" abzusprechen.

Das Figgis'sche Konzept von einer solchen "plurality of sovereignties" war der entscheidende Einstieg in die Unterminierung der klassischen Staatsvorstellung. In dem von syndikalistischen Ideen berührten England der Vorkriegszeit fanden die Figgis'schen Thesen von der Relativierung der Staatsgewalt den Nährboden für ihre Verbreitung und trugen entscheidend dazu bei, "die integrative Funktion des Staates infrage zu stellen."(38) Und so wurde "Churches in the Modern State" neben den Arbeiten Gierkes und Maitlands, deren Gedanken Figgis "popularisierte und politisierte"(39), zum theoretischen Markstein des politischen Pluralismus(40), zu einem "der wichtigsten Bücher, von denen die angelsächsische pluralistische Theorie ausgeht"(41).

#### 6) Cole

Neue Dynamik floß den pluralistischen Ideen aus den Belastungen und Spannungen zu, denen der englische Staat mit Ausbruch des 1. Weltkrieges ausgesetzt war. Wenngleich die theoretische Grundlegung des Pluralismus in die Vorkriegszeit fiel(42), so zeigten sich doch erst im grellen Licht des Krieges die entscheidenden

(37) Figgis aaO S. 79.

(38) Birke aaO S. 189.

(39) Birke ebd.

(40) Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, S. 41/42.

(41) Carl Schmitt, Staatsethik und pluralistischer Staat aaO S. 135; zu Figgis vgl. Henry M. Magid, John Neville Figgis, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, hrsg. von David L. Sills, Band 5, New York / London 1968, S. 424 ff..

(42) Quaritsch, Zur Entstehung ... S. 36.

politischen Schwachpunkte des "in Verruf geratenen Staates"(43). Diese Defizite waren der maßgebliche Angriffspunkt für die - nach dem kirchlichen Ansatz von Figgis - zweite entscheidende Attacke gegen den klassischen Souveränitätsbegriff des Staates. Der in alten, saint-simonistischen Ideen wurzelnde(44) und im gewerkschaftlichen Ambiente entstandene Gildensozialismus forderte "a functional balance between politics and economics"(45), bei der die wirtschaftliche Sphäre dem staatlichen Souveränitätsanspruch entzogen sei.

Führender Kopf der gildensozialistischen Bewegung war **G.D.H. Cole**, der - seit 1908 Mitglied der Labour Party und zwischen 1913 und 1915 Member der einflußreichen Fabian Society - später die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung schreiben sollte. Neben den Schriften von Figgis übten die Vorlesungen des Oxforder Historikers **Alexander Dunlop Lindsay** einen nachhaltigen Einfluß auf Cole aus. Lindsay hatte das rein individualistische Menschenbild des englischen Utilitarismus bekämpft und mit seiner korporativen Verbandstheorie versucht, den zunehmenden kollektivistischen Strömungen seiner Zeit eine adäquate politische Form zu geben.(46) Aufbauend auf **A.J. Penty**, der in seinem 1906 in London erschienenen Buch "The Restoration of the Guild System" die Wiederherstellung mittelalterlicher Gildenverhältnisse gefordert hatte, um den industriellen Lohnarbeiter aus seiner sklavenähnlichen Objektrolle zu befreien und ihn zu einem mitbestimmenden Teil des Arbeitsprozesses zu machen, zog Cole in einem 1915 gehaltenen Vortrag über

(43) So der Titel eines vielzitierten Aufsatzes von Ernest Barker, *The Discredited State - Thoughts on Politics before the War*, in: *The Political Quarterly*, Heft 2 (Febr. 1915), S. 101 ff..

(44) Kaiser aaO S. 318, Fußn. 21; zu kurz gegriffen ist daher die Annahme von Griffiths aaO, der Gildensozialismus sei "rein englischen Ursprungs". (ebd. S. 52).

(45) Hsiao aaO S. 121.

(46) Zu Lindsay vgl. Birke aaO. S. 189 ff..

"Conflicting Social Obligation"(47) die Grundlinie der gildensozialistischen Staatstheorie als "an attempt to combine the truths in Marxism and syndicalism"(48). Ausgehend von "einer besonderen Fassung des Begriffes Demokratie"(49), die beinhaltet, daß echte Repräsentation nicht die Vertretung einzelner Menschen, sondern nur die Vertretung "von Zielen und Zwecken, die Menschen gemeinsam sind"(50), bedeuten könne, forderte Cole im Rückgriff auf das mittelalterliche Zunftsystem die Schaffung von Gilden, um darin per "functional representation" alle in einem Industriezweig tätigen Personen - "Hand- und Kopfarbeiter"(51) - zu organisieren. Cole ermahnte die Gewerkschaften, sich nicht auf eine reine Arbeiterinteressenvertretung zu beschränken, sondern "eine Organisation zu schaffen, die nicht nur fähig ist, den Kapitalismus zu stürzen - was eine verhältnismäßig leichte Sache ist -, sondern den Kapitalismus zu ersetzen - was eine viel schwieriger Sache ist."(52) Nach Coles Verständnis sollten die Gilden eigenverantwortliche Körperschaften bilden und sich - nach föderalistischem Vorbild - selbst verwalten, um damit bewußt einem wirtschaftlichen Monismus, der den Arbeiter vereinzelt und ihn der kapitalistischen Übermacht ausgeliefert hatte, entgegenzuwirken: "... a national body is to be established, which is to be based upon the representation of functional as well as territorial divisions."(53) Der Staat als solcher sei nicht mehr *communitas communitatum*, sondern lediglich ein Verband unter anderen, dem allenfalls noch ein gewisser Rest an politischer Leitfunktion zugestanden wird, dem jedoch im wirtschaftlichen Bereich jede Souveränität fehlt.(54)

(47) Veröffentlicht in: *Proceedings of the Aristotelian Society*, New Series, 15 (1915), S. 140 ff..

(48) Hsiao aaO S. 115.

(49) G.D.H. Cole, *Gilden-Sozialismus*, Dresden 1920, S. 12/13.

(50) Ebd. S. 13.

(51) Ebd. S. 15.

(52) Ebd. S. 16.

(53) Hsiao aaO S. 121.

(54) Birke aaO S. 194.

In dieser ökonomischen anti-monistischen Tendenz liegt das pluralistische Element des Gildensozialismus(55), dessen ideologisches Movens die Brechung der kapitalistischen Macht war, während die damit verbundene Relativierung der Staatsgewalt quasi nur ein unvermeidbares Nebenprodukt dieses "Molekular-Individualismus freiwilliger Gruppen"(56) war. Nichtsdestoweniger wird durch die Gleichordnung von Gilden, Genossenschaften und anderen Verbänden mit dem Staat - wie bei Figgis - eine Pluralität der Souveränitäten begründet, die beim einzelnen zu Loyalitätskonflikten führen muß. In dem einzelnen Menschen kreuzen sich die Ansprüche der Verbände und des Staates, das Individuum gerät in einen Loyalitätsirrgarten, aus dem es nach Wegfall des klassischen Prioritätsanspruchs des Staates kein Entrinnen gibt. Der einzelne ist also im Konfliktfall unentwegt gezwungen, sich für Gilde oder Staat zu entscheiden. Dabei soll nach Cole der einzelne "the good of the community as a whole"(57) zum Maßstab seiner Entscheidung machen, was eine "anthropologisch wie sozialphilosophisch gleichermaßen naive Empfehlung"(58) darstellt. Tatsächlich entpuppen sich Cole's Verweise auf die unklar gebliebenen Topoi "Gemeinwohl" und "soziale Werte" nur als eine rhetorische Fassade, hinter der die Defizite einer Staatstheorie verborgen werden sollen, die den Staat aus seiner klassischen Herrschaftsposition verdrängt hat, ohne einen politischen Nachfolger zu präsentieren.(59)

Hieraus erklärt sich, warum Coles Ideen trotz ihrer großen Wirkung in gewerkschaftlichen Denkkreisen schon bald nach dem 1. Weltkrieg in Vergessenheit

(55) Hsiao aaO S. 116.

(56) Walter Lippman, Die öffentliche Meinung (1922), München 1964, S. 203.

(57) Cole, Conflicting Social Obligations, S. 158.

(58) Quaritsch, Zur Entstehung ... S. 36/37.

(59) Coles staatstheoretischer Offenbarungseid veranlaßte dann auch einige Zeitgenossen zu beißender Kritik, vgl. Lippmann aaO: "Manchmal nimmt ein gescheiter Mann allerlei Längen auf sich, um der vollen Anerkennung der Rolle der Gewalt auszuweichen, wie das Buch von G.D.H. Cole über den Gildensozialismus zeigt ... Wenn man der Geschichte Glauben schenken darf, wäre eine Regierung, die dem Buchstaben nach entsprechend diesem Prinzip geführt würde, entweder ein beständiger Kuhhandel oder ein Chaos von sich bekriegenden Werkstätten." (ebd. S. 203/207).

gerieten.(60) Die Konturen des "gildensozialistischen Luftschlosses"(61) versanken im Nebel einer harten politischen Realität; was blieb, waren ideengeschichtliche Schneisen auf dem Weg zur Ohnmacht des Staates. Coles gildensozialistische Idee wurde damit zum ungleichen Weggefährten der kirchlichen Verbandstheorie von Figgis. Beide halfen, das Fundament zu bauen, auf dem dann Harold J. Laski die tragenden Säulen des politischen Pluralismus errichten sollte.(62)

### 7) Laski

Mit **Harold Laski** trat die Entwicklung des Pluralismus in eine neue, entscheidende Phase. Er prägte nicht nur als erster(63) den Begriff "Pluralismus" als polemische Vokabel gegen einen "mystic monism"(64), er war es, der den alten Souveränitätsgedanken theoretisch zu Grabe trug und dann eine individualistisch gefärbte, politische Philosophie begründete, die den Staat entthront und die in Verbänden organisierten Interessen des einzelnen zum Maß der Dinge macht.

Mit Laski, dem "prince of pluralistic thinkers"(65), zog "etwas von Bakuninscher Berserkerwut in den englischen Pluralismus"(66) ein, mit ihm gelang dem politischen Pluralismus der publizistische Durchbruch(67), er wurde wie kein anderer repräsentativ für die neue pluralistische Schule(68). Diese zentrale Bedeutung

(60) Birke aaO S. 195.

(61) Quaritsch, Zur Entstehung ... S. 37.

(62) Zum Gildensozialismus vgl. Ernest Barker, Political Thought ... S. 158; W.Y. Elliott, The Pragmatic Revolt in Politics (1928), Kap. VI, S. 177 ff. sowie Othmar Spann, Der wahre Staat, 3. Aufl., Jena 1931, S. 236.

(63) Vgl. Hsiao aaO S. 126.

(64) Harold J. Laski, Studies in the Problem of Sovereignty, New Haven 1917, S.

3.

(65) Laski hatte Hobbes den "prince of monistic thinkers" genannt, ebd. S. 25.

(66) Kaiser aaO S. 317.

(67) Birke aaO S. 231.

(68) Kaiser aaO S. 317.

Laskis als "the accepted leader of contemporary political pluralism"(69), die auch Carl Schmitt indirekt bestätigte, indem er seine Pluralismuskritik vor allem an den Ideen Laskis festmachte, erfordern eine eingehendere Analyse seines Denkens.

#### a) Biographisches

Harold J. Laski war eine intellektuelle Ausnahmeerscheinung besonderen Ranges. 1893 in Manchester geboren, schloß er in kaum zwei Jahren sein Studium der Geschichte in Oxford im Jahre 1912 mit Auszeichnung ab. In Oxford war er mit den geistigen Strömungen seiner Zeit - Syndikalismus und Gildensozialismus - in Berührung gekommen. Nach einer kurzlebigen Mitarbeit in der Redaktion des syndikalistisch orientierten "Daily Herald" ging er 1914 als Dozent für Geschichte nach Montreal, wechselte 1916 nach Harvard, um 1920 wieder nach England zurückzukehren. Dort lehrte er - unterbrochen von zahlreichen Gastdozenturen - bis zu seinem Tode im Jahre 1950 politische Wissenschaft an der London School of Economics and Political Science, einer Gründung der Labour-nahen Fabian Society, deren führendes Mitglied Laski von 1921 - 1936 war.(70)

#### b) Philosophische Herleitung des Pluralismusbegriffs

Geprägt von den Arbeiten Gierkes, Maitlands und Figgis'(71) und beeinflusst von León Duguits

(69) Elliott aaO S. 167.

(70) Zur Biographie im einzelnen vgl. Herbert A. Deane, The Political Ideas of Harold J. Laski, New York 1955, S. 3 ff. und passim; Bernard Zylstra, From Pluralism to Collectivism, The Development of Harold Laski's Political Thought, Assen 1968, S. 1 ff. und passim; vgl. auch Birke aaO S. 200 ff. sowie Quaritsch, Zur Entstehung ... S. 37 f..

(71) Ernest Barker analysierte die geistigen Quellen Laskis in seinen Memoiren treffend als er schrieb: "It was Figgis, and Maitland behind Figgis, and Gierke behind Maitland, who influenced his thought.", zitiert nach Birke aaO S. 203.

verfassungsrechtlichen Erkenntnissen(72), trug sich Laski schon als 21jähriger Lecturer mit dem Gedanken, ein englisches Genossenschaftsrecht - quasi als Pendant zu Gierkes Opus - zu schreiben.(73) Ihn faszinierte die in Verbänden und Gruppen zum Ausdruck kommende Mannigfaltigkeit des menschlichen Lebens; dieser Vielfalt eine politische Form zu geben, war sein staatstheoretisches Anliegen.

Zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen wurde die pragmatische Philosophie von William James. Diese utilitaristischen Geist atmende Philosophie hatte die Welt als Pluriversum, als Kriegsschauplatz widerstreitender Kräfte, auf dem der Mensch seinen Willen durchzusetzen habe, zu begreifen versucht. Diese pluralistische Welt - so James - dürfe nicht von monistischen Fassungen eingerahmt werden, die den bunten Vielheitscharakter des menschlichen Lebens vergewaltigen und in die farblose Zwangsjacke eines lebensfremden Monismus pressen.(74)

Laski erkannte die politische Sprengkraft dieser philosophischen Ideenwelt und lenkte die James'schen Positionen instinktsicher in politisches Fahrwasser: "... as James endeavored to expel the demons of absolutism and monism from philosophy, so Laski aims to drive them from the precincts of political thought"(75). Obgleich er sich nicht grundlegend mit der James'schen

(72) Laski übersetzte 1919 zusammen mit seiner Frau Duguits Grundlagenwerk "Les transformations du droit public" (1913) und zeigte sich außerordentlich beeindruckt von Duguits Ablehnung der Staatssouveränität; vgl. dazu Birke aaO S. 211.; über den Einfluß Duguits auf die Entwicklung des Pluralismus siehe Hsiao aaO S. 13 ff.; Zylstra aaO S. 46 ff. sowie Carl Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 76, Fußn. 30; eine prägnante Darstellung und Kritik des Duguith'schen Denkens findet sich bei Elliott aaO S. 251 ff.; vgl. auch Hermann Heller, Die Souveränität (1927), in: Gesammelte Schriften, Band 2, S. 47 f..

(73) "That next book of mine ought to do something that badly wanted doing - a Das Englische Genossenschaftsrecht ...", Laski in einem Brief an einen Freund vom 9. Juli 1915, zitiert nach Birke aaO S. 203; über den Einfluß Gierkes auf Laski siehe Zylstra aaO S. 33 ff..

(74) Zu James im einzelnen siehe sein philosophisches Hauptwerk "A Pluralistic Universe", London 1909.

(75) Deane aaO S. 21.

Philosophie beschäftigt hatte(76) und obwohl er später eingestehen sollte: "I am not a Jamesian by any means"(77), instrumentalisierte er den James'schen Pluralismus als den politiktheoretischen Schlüsselbegriff in seinem Kampf gegen den Monismus. Aufmerksamen Analytikern war jedoch der logische Sprung, die wissenschaftliche Inkonnexität zwischen James und Laski nicht entgangen: "Mr. Laski claims intellectual lineage directly from William James; and the pluralistic state is presumably intended to be an exact replica of James' pluralistic universe", but "there is no logical connection between pragmatism and pluralism in general, so that a 'pluralistic' theory of politics may consistently be built upon some other philosophical position."(78) Dessen ungeachtet hatte Laski mit dem "Pluralismus" eine griffige Vokabel, ein "Etikett"(79) für seine Verbandslehre auf die politische Bühne gezaubert, von dem - wie die spätere Entwicklung zeigen sollte - eine enorme politische Sogwirkung ausging.

#### c) Einfluß durch Barker

Es war kein Zufall, daß Laski das neue politische Zauberwort "Pluralismus" ausgerechnet in der Rezension eines Buches seines Lehrers **Ernest Barker** aus der Taufe hub. Barker hatte als Tutor Laskis in Oxford diesen nachhaltig beeinflußt und dessen Interesse früh auf die Arbeiten Gierkes und Maitlands gelenkt. Selbst stark von Maitland beeinflußt, war Barker dessen Beispiel gefolgt und hatte Teile des

(76) Birke aaO S. 210

(77) Laski in einem Brief vom 24. März 1917; zitiert nach Birke aaO S. 212; die Feststellung Deanes, daß Laski in der James'schen Philosophie "found a point of view that was extremely congenial to his own opposition to idealism and monism" (aaO S. 21), erscheint angesichts des erwähnten Bekenntnisses Laskis zumindest zweifelhaft.

(78) Hsiao aaO S. 126, 176; vgl. dort auch Kap. VIII, The Philosophical Background of Political Pluralism, S. 175 ff.

(79) Birke aaO S. 213.

Gierke'schen Genossenschaftsrechts übersetzt und eingeleitet. -- Obwohl er an der Gierke'schen Konstruktion der Verbandspersönlichkeit die begriffliche Schärfe vermißte(80), lehnte Barker ebenso die Fiktionstheorie ab und verstand die Verbände als in Gruppen zusammengeschlossene Individuen, denen die Rechtsordnung die Anerkennung nicht versagen dürfe: "If we are individualists now, we are corporate individualists. Our 'individuals' are becoming groups. No longer do we write The Man versus the State: we write The Group versus the State."(81)

Barker war jedoch der erste der Verbändetheoretiker, der die Gefahren erkannte, die von einer soziologischen Unterwanderung der Jurisprudenz ausgingen. Der pluralistische Einstieg in eine "bill of rights" für Verbände mußte früher oder später den juristischen Anspruch des Staates, an dem Barker festhielt, in Frage stellen. Barker sah dunkle anarchische Wolken am pluralistischen Horizont aufziehen: "Any unqualified theory of the 'inherent rights' of associations is likely to do as much harm as the unqualified theory of the inherent or natural rights of the individual man once did. No rights are so inherent that they have not to be adjusted to other rights ...".(82) Daher plädierte Barker dafür, den Handlungsspielraum der Verbände zu begrenzen und dem Staat seine Bedeutung als letzte Entscheidungsinstanz zu belassen: "We see the State invited to retreat before the advance of the guild, the national group, the Church. Yet whatever rights such groups may claim or gain, the State will still remain a

(80) "To talk of the real personality of anything, other than the individual human being, is to indulge in dubious und perhaps nebulous speech.", Barker, Political Thought ... S. 153.

(81) Ebd. S. 158.

(82) Ebd. S. 157.

necessary adjusting force; and it is even possible that if groups are destined to gain new ground, the State will also gain, perhaps even more than it loses, because it will be forced to deal with ever graver and ever weightier problems of adjustment." (83)

Dennoch: trotz Barkers Versuch (84), die polyarchischen Kräfte "einzurahmen", die pluralistischen Geister, die er - wie Gierke, Maitland und Figgis - gerufen hatte, drängten darauf, die stickige Stube des Monismus zu verlassen, um die klare Luft des Pluralismus zu atmen.

#### d) Grundlinien des Laski'schen Pluralismus

Der Mann, der die Fenster öffnete, war Harold J. Laski. Er dachte die Verbändelehre konsequent zuende und leitete die Liquidation des staatlichen Suprematieanspruches ein.

Nachdem er in dem schon erwähnten Rezensionsaufsatz (85) den "Pluralismus" als politiktheoretischen Begriff eingeführt hatte, umriß er im November 1915 in dem Vortrag "The Sovereignty of the State" vor der Columbia Universität die Grundlinien seiner pluralistischen Theorie des Staates: "It denies the rightness of force. It dissolves what the facts themselves dissolve - the inherent claim of the State to obedience. It insists that the State, like every other association, shall prove itself by what it achieves. It sets group competing against group in a ceaseless striving of progressive expansion. What it is and what it becomes it then is and becomes by virtue only of its moral programme. It denies that the pursuit of evil can be made good by the character of the performer. It makes claim of the member of the State that he undertake ceaseless examination of its moral foundations. It does not try to work out with

(83) Ebd. S. 159/160.

(84) Zu Barker vgl. Steffani aaO S. 17.

(85) Siehe Kap. I, Fußn. 12 dieser Arbeit.

tedious elaboration the respective spheres of State or group or individual. It leaves that to the test of the event. It predicates no certainty because history, I think fortunately, does not repeat itself. It recognises the validity of all wills to exist, and argues no more than that in their conflict men should give their allegiance to that which is possessed of superior moral purpose.(86)

Souveränität bedeute nichts anderes als die "ability to secure assent"(87), die der Staat sich im politischen "struggle for life", im Wettbewerb mit anderen Assoziationen immer wieder neu erstreiten müsse: "The will of the State obtains pre-eminence over the wills of other groups exactly to the point where it is interpreted with sufficient wisdom to obtain general acceptance, and no further. It is a will to some extent competing with other wills, and, Darwin-wise, surviving only by its ability to cope with its environment. Should it venture into dangerous places it pays the penalty of its audacity. It finds its sovereignty by consent transformed into impotence by disagreement."(88) In Anlehnung an **David Humes** berühmten Satz "It is ... on opinion only that government is founded"(89), verstand Laski den Staat als "a will-organisation"(90), dessen einzige legitime Geschäftsgrundlage "the consent of the human mind"(91) und dessen ausschließliche Existenzberechtigung "the solidity of its moral achievement"(92) sei: "It is sheer illusion to imagine that the authority of the State has any other safeguard than the wills of its members."(93)

(86) Laski, *Studies in the Problem of Sovereignty*, S. 23/24.

(87) Ebd., S. 14.

(88) Ebd.

(89) David Hume, *Essays Moral, Political and Literary* (1741/42), Oxford University Press, London 1963, S. 29.

(90) Laski, *Studies ...* aaO S. 14.

(91) Ebd..

(92) Ebd., S. 19.

(93) Ebd., S. 14.

Im Herzen von Laskis voluntaristischem Staat herrscht das Individuum, das kraft seiner eigenen Souveränität dem Staat - wie jedem anderen Verband auch - nur die Rechte zuteilt, die ihm - nach Ansicht des Individuums - moralisch zukommen(94). Staatliche Souveränität kann sich somit nur noch im Rahmen eines nicht näher definierten "fused good-will"(95) der Bürger entfalten. Dem auf diese Weise entmachteten Staat spricht dann Laski konsequenter-weise seine Rolle als Träger der Rechtsordnung ab, das Recht residiert danach nur noch im Willen des einzelnen: "Men accept its dictates either because their own will finds part expression there or because, assuming the goodness of intention which lies behind it, they are content, usually, not to resist its imposition. But then law clearly is not a command. It is simply a rule of convenience. Its goodness consists in its consequences. It has to prove itself."(96) Laskis Lehre erweist sich somit als "... an individualistic theory of the State - no pluralistic attitude can avoid that."(97)

Mit einer für einen 22jährigen Historiker bemerkenswerten stilistischen Brillanz faßte er am Ende seines Vortrages in einem rhetorischen finale furioso sein Wollen noch einmal zusammen: "We do not want to make our State a cattle-yard in which only the shepherd shall know one beast from another. Rather we may hope to bring from the souls of men and women their richest fruition. If they have intelligence we shall ask its application to our problems. If they have courage we shall ask the aid of its compelling will. We shall make the basis of our State consent to disagreement. Therein shall we ensure its deepest harmony."(98)

(94) Ebd. S. 19.

(95) Ebd. S. 12.

(96) Ebd. S. 12/13.

(97) Ebd. S. 24; vgl. auch Birke aaO S. 207 sowie Deane aaO S. 23.

(98) Laski aaO S. 25.

Nachdem Laski in diesem Vortrag seine pluralistische Lehre skizziert hatte, bemühte er sich in den Folgejahren, seine Skizze mit feinem Pinsel auszumalen und seine pluralistische Welt in allen Details darzustellen. Nach zahlreichen wichtigen Vorarbeiten(99) war es Laskis erstes systematisches Werk, "A Grammar of Politics" (1925)(100), in dem uns der pluralistische Staat in filigranem Antlitz vorgestellt wird.

Der Staat erscheint hierin als eine "association to protect the interest of men as citizens"(101), als eine Einrichtung, über deren Wohl und Wehe allein der Bürger entscheidet: "Citizenship that is to say, means the contribution of our instructed judgment to the public good. It may lead us to support the State; but it may lead us also to oppose it. The will of the State is only my will in so far as I freely lend my judgment to its enforcement. I make my own obligations from scrutiny of its demands, or they are not, in any real sense, obligations at all. My support must be freely given, for, obviously, if I am penalised in weighing right and wrong, I become, sooner or later, a merely vacant recipient of decisions and lose the qualities which make me

(99) Neben den Aufsätzen "The Personality of Associations" (1916) und "The Pluralistic State" (1919), abgedruckt in: Harold J. Laski, *The Foundations of Sovereignty and Other Essays*, London 1922, S. 139 ff. bzw. S. 232 ff., auf die Birke aaO S. 208 und 210 aufmerksam gemacht hat, ist die Arbeit Laskis über "De Maistre and Bismarck", in: *Studies in the Problem of Sovereignty* (1917), New York 1968, S. 211 ff. von besonderer Bedeutung. Die Niederlage Bismarcks im Kulturkampf war für Laski das historische Beispiel des 19. Jahrhunderts für den Befund, daß die Zeiten allumfassender Suprematie des Staates vorbei waren: " ... the German State ... was worsted in the Kulturkampf. It was simply demonstrated that men belong not to one all-inclusive group, the State, but a variety of groups, and that, in the last resort, they will follow the demands of their conscience. It was useless for Bismarck to demand its subjugation to the needs of the State, to urge that in marking war on the State the Church was usurping one of the State's prerogatives. Such argument was born from the failure to understand that the State is an institution like any other and that rights must find their justification in the support they can command. There may be a divorce between politics and morals, but, in all final questions we begin to perceive the clear sign of their essential identity. It was Bismarck's difficulty that he failed to understand their union, and was thus unable to resolve his problem into its constituent parts." (ebd. S. 262/263).

(100) Zitiert nach 5. Aufl., London 1967; in unserem Zusammenhang ist vor allem der 1. Teil (S. 15 - 291) von Interesse, er stellt "the climax of the pluralistic phase in Laski's thought" (Zylstra aaO S. 95) dar.

(101) *A Grammar of Politics*, S. 70.

distinctively a person. I am a part of the State, but I am not one with it. An adequate theory of social organisation must always begin by recognising that the individual is finite. If he is a member of the herd, he is also outside it and passing judgment upon its actions."(102)

Der Laski'sche Staat versteht sich als öffentliches Dienstleistungsunternehmen zur Befriedigung der Konsumenten, als eine "balance of power between the consumers' and producers' parliament"(103): "In an aspect of this kind, the State is obviously a public service corporation. It differs from every other association in that it is, in the first place, an association in which membership is compulsory. It is, in the second place, essentially territorial in nature. The interests of men as consumers are largely neighbourhood interests; they require satisfaction, for the most part in a given place. And, at a given level, the interests of its members are identical interests. They all need food and clothing, education and shelter. The State is the body which seeks so to organise the interests of consumers that they obtain the commodities of which they have need."(104)

Die Autorität eines Staates - so Laski - hängt ab von seiner moralischen Anziehungskraft auf die Bürger(105), die dem Staat ihrerseits Loyalität nur im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Rechnung entgegenbringen: "The State ... exacts loyalty upon the same grim condition that a man exacts loyalty from his friends. It is judged by what it offers to its members in terms of the things they deem to be good. Its roots are laid in their minds and hearts. In the long run, it will win support, not by the theoretic programme it announces, but by the perception of ordinary citizens

(102) Ebd. S. 29, vgl. auch S. 289.

(103) Hsiao aaO S. 71.

(104) Laski, A Grammar of Politics, S. 69/70.

(105) Ebd. S. 249.

that allegiance to its will is a necessary condition of their own well-being. It must offer them assurances that it seeks to protect that well-being. It has no moral claim upon their loyalty save in so far as they are offered proof of its realisation."(106)

Obwohl Laski in dem von ihm avisierten zukünftigen Weltstaat "no room for separate sovereignties"(107) mehr sieht, verbannt er den Staat dennoch nicht ganz aus dem menschlichen Gemeinschaftsleben. Er zieht dem Staat jedoch sämtliche Zähne und beraubt ihn so jeglicher Zwangsmittel, so daß Zweifel aufkommen müssen, ob Laskis entmanntem Leviathan überhaupt noch das Prädikat "Staat" zukommt: "For, after all, the State is not itself an end, but merely the means to an end, which is realized only in the enrichment of human lives. Its power and the allegiance it can win depend always upon what it achieves for that enrichment. We are, that is to say, subjects of the State, not for its purpose, but for our own. Realisable good means always some happiness won for the lives of persons, or it means nothing. Power, therefore, must seek the widest possible distribution of such happiness. We are entitled to suspect the State save as we see under its aegis the unfettered growth of human personality. We are entitled to condemn it save as its powers are used deliberately to defeat the forces which stand in the way of that growth. Ultimately at least, the minds of men can give service to no end less than the realisation of what is best in themselves. They can give allegiance to no lesser ideal. They exercise most truly their citizenship when they seek with wisdom a release from the servitude, alike material and spiritual, that is born of the perversion of power."(108)

(106) Ebd. S. 37.

(107) Ebd. S. 66.

(108) Ebd. S. 88.

Dominierend in allen pluralistischen Arbeiten Laskis ist sein souveränitätsfeindlicher, antimonistischer Affekt, sein Bestreben, dem Staat die Rolle als potentieller Zwingherr der Individuen zu nehmen und den einzelnen, den "Menschen" als neuen Souverän zu inthronisieren. Folgerichtig soll sich also das Individuum einer überindividuellen Instanz - gleichviel ob Gruppe oder Staat - nur soweit unterordnen, wie der Willenshorizont des einzelnen reicht. Eine staatliche Autorität, die jenseits dieses omnipräsenten Plebiszits herrscht und aus eigener Machtvollkommenheit die Grundlinien der Politik bestimmt, ist für Laski<sup>109</sup> d e r staats-theoretische Alptraum schlechthin. Der Laski'sche Staat ist ein Souveränitätenpluriversum, das die staatliche Willkür mit der Willkür des Individuums vertauscht hat. Der Pflichten gegenüber der Gemeinschaft weitgehend enthoben, bestimmt der einzelne mit seinen Rechten das Schicksal eines Staates, der zur Erosion verurteilt ist.

Hinter dieser pluralistischen Kulisse wittern die anarchischen Kräfte Morgenluft, vor denen Barker gewarnt hatte. Laski war sich selbst dieser Gefahr bewußt, tat sie jedoch mit rhetorisch zündenden, inhaltlich aber keineswegs überzeugenden Formulierungen ab.(109) So bleibt also die Frage, wie der Interessenausgleich bei einer solchen Pluralität der Souveränität zustandekommen soll, das Tabu in Laskis Gedankengebäude. Eine Antwort auf diese zentrale Frage der Staatstheorie ist er schuldig geblieben.

(109) Laski, *Studies in the Problem of Sovereignty*, S. 24/25; überhaupt ist das rhetorische Genie Laskis der Schlüssel zum Verständnis seines großen Einflusses auf das Denken seiner Zeit. Wer den rhetorisch glänzenden Lack abkratzt und Laskis Aussagen in nuce betrachtet, blickt nicht selten ins Leere und wird an Jose Ortega y Gasset's Worte erinnert: "Die Rhetorik ist der Friedhof der menschlichen Wirklichkeiten, bestenfalls ihr Altersasyl." (*Der Aufstand der Massen*, Stuttgart 1947, S. 77).

e) Zeitgenössische Kritik an Laski am anglo-amerikanischen Schrifttum

Die Defizite und Widersprüche in Laskis Gedankengängen wurden von der zeitgenössischen politischen Wissenschaft in England und vor allem in den USA schon früh erkannt. Exemplarisch für diese Kritik wollen wir zwei Beiträge herausgreifen, die die entscheidenden Schwachstellen der Laski'schen Konzeption bloßlegten.

**Morris Raphael Cohen** war einer der ersten, der die Laski'sche These von der realen Verbandspersönlichkeit einer grundlegenden Kritik unterzog. In einem im Dezember 1919 veröffentlichten Aufsatz mit dem süffisanten Titel "Communal Ghosts and Other Perils in Social Philosophy"(110) machte er zunächst semantische Bedenken geltend, indem er den Streit zwischen der Fiktionstheorie und der Korporationstheorie als einen "quarrel over words"(111) bezeichnete. Eine Personengemeinschaft sei nämlich nie selbst Person, ihr fehle "the red blood of living personality"(112). Laski habe den alten Wortsinn von "personality" überdehnt, dadurch daß er der Gruppe Personenqualität zugeschrieben habe, damit habe er eine intellektuelle Begriffsverwirrung herbeigeführt, denn "... we must recognize that intellectual resolutions can not rob words of their old flavor or of the penumbra of meanings which they carry along with them in ordinary intercourse. The attempt therefore to use old popular words in new senses is always productive of intellectual confusions."(113) Eine Gruppe - so Cohen - könne nie mehr sein als ein Interaktionssystem ihrer Mitglieder, die Gruppe selbst habe keinen Willen,

(110) Veröffentlicht in: The Journal of Philosophy, Psychology and Scientific Methods, Band XVI, Heft 25 vom 4. Dez.1919, S. 673 ff..

(111) Ebd. S. 681.

(112) Ebd. S. 684.

(113) Ebd. S. 681.

sondern bündele nur den Willen der einzelnen Mitglieder. Laskis reale Verbandsperson erweise sich somit als eine erkenntnistheoretische Fata Morgana, was Cohen an Hand eines einprägsamen Beispiels erläutert: "... when two oxen are yoked together they not merely tend to but do create a body, to wit, a team, which 'from no fiction of the law but from the very nature of things differs from the individuals of whom it is composed,' for a team of oxen can really do things which two oxen separately can not. But that does not prove that a new ox is thereby created." (114)

Doch Cohen beschränkt sich keineswegs auf semantische Einwände, ihm geht es gerade auch um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den "partisans of pluralistic sovereignty" (115). Wenngleich er dem Laski'schen Pluralismus zugestand, daß er auf die Gefahren eines monistischen Wild-wuchses im omnipotenten Staat aufmerksam gemacht habe, so legte er an zwei entscheidenden Stellen den Finger auf die pluralistischen Wunden: "The first danger is that small groups or communities may be far more oppressive to the individual than larger ones. ... The second danger is that if the state gives up its sovereignty over any group there will be nothing to prevent that group from oppressing the rest of the community." (116) Cohen betrachtete die Herrschaft der Verbände mit dem Mißtrauen, das Laski der Herrschaft des Staates entgegenbrachte. Cohen erkannte, daß mit Abtritt des Staates von der politischen Bühne der Souveränität kein herrschaftsfreier Zustand entstehen würde, sondern daß dieses

(114) Ebd. S. 683.

(115) Ebd. S. 687.

(116) Ebd. S. 687/688.

Machtvakuum sofort von den Verbänden besetzt werden würde und der entkernte Staat so zu einem Dorado der Pressure Groups werden würde:

"The evils of an absolute state are not cured by the multiplication of the absolutes."(117)

Eine weitere Kritik erfuhr Laski durch **W.Y. Elliott**(118), der ebenfalls Laskis Souveränitätensdschungel in den Mittelpunkt seiner Betrachtung stellte. Elliott analysiert sorgfältig "Mr. Laski's attack on the doctrine of sovereignty"(119) und bewertet die Laski'schen Thesen nach streng staatsrechtlichen Kriterien. Dabei kommt er zu ernüchternden Erkenntnissen: "But unless the law is to be treated as no more than the sum of social forces, there must exist within any society an area within which the interests at issue must be submitted to arbitrament. Legal sovereignty is very far from being merely idle theory. The supineness with which men accept despotism after a period of rulerless anarchy shows how fundamental a need it fulfills. A state in which this area is so unclearly delimited as to permit law to be made by 'direct action,' ... is simply a state in which legal sovereignty is in abeyance, in the strict use of the term, no state at all."(120)

Wer - wie Laski - das Recht entthronen und damit den Staat entmachte, liefere das Individuum hilflos den organisierten Verbänden aus: "The authority he has taken from law he has given to the pseudo-individuals whom he calls corporate persons."(121) Der Staat - so Elliott - degeneriere zu einem der vielen Kombattanten(122) auf

(117) Ebd. S. 689; zu Cohens Kritik an Laski vgl. auch Zylstra aaO S. 35 ff., Birke aaO S. 213 f. und Fraenkel aaO S. 203 f..

(118) The Pragmatic Politics of Mr. H.J. Laski, in: The American Political Science Review, Band XVIII, (Mai 1924), S. 251 ff.; dieser Artikel wurde überarbeitet und ergänzt um einen Abschnitt "An Ethics of Politics (Mr. Laski's Grammar)" wieder abgedruckt in: Elliott, The Pragmatic Revolt in Politics aaO.

(119) Elliott, The Pragmatic Politics of Mr. H.J. Laski aaO. S. 255.

(120) Ebd. S. 257.

(121) Ebd. S. 260.

(122) Ebd. S. 259.

dem pluralistischen Schlachtfeld und "in such a community the individual grows less and less, the corporation grows more and more, until one, like the medieval church, tends to absorb all. Just as in the case among business corporations, the big fish swallows the little, until society becomes ill from this cannibalistic diet." (123) Elliott sah, daß der Staat in "this 'Get on who can' struggle of group-forces" (124) zuletzt unterliegen muß und erklärte eine gleichberechtigte Position des Staates im Kanon der Verbände, wie sie Laski vorschwebte, zur blanken Illusion: "Either there is the expectation of the return of the Golden Age at the back of Mr. Laski's theories, or he is not particularly concerned with whether or not the lamb-like state will ever rise from where it has attempted to lie down beside these corporate lions." (125)

#### f) Fazit

Die massive zeitgenössische Kritik an Laskis Thesen, die hier nur kurz skizziert werden konnte, minderte jedoch die Attraktivität des Pluralismus als politische Idee keineswegs; im Gegenteil war diese Kritik (126),

(123) Ebd. S. 260.

(124) Ebd. S. 268.

(125) Ebd. S. 262; zur Kritik an Laski vgl. auch Carl Brinkmann, *Recent Theories of Citizenship in its Relation to Government*, New Haven (Yale University Press) 1927, S. 89 ff..

(126) Diese Kritik wurde jedoch mitursächlich für Laskis späteren Entschluß, wesentliche Aussagen seiner pluralistischen Theorie zu widerrufen. Nachdem er Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre allmählich zum Marxismus umgeschwenkt war, rückte für Laski das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft in den staatstheoretischen Mittelpunkt. Auf dem Weg zu diesem Ziel könne der Pluralismus nur Etappe sein: "... the pluralist attitude to the state and law was a stage on the road to an acceptance of the Marxian attitude to them." (Einleitungskapitel "The Crisis in the Theory of the State" zur 4. Aufl. von "A Grammar of Politics", 1938, S. XII). Er bezeichnete den Pluralismus jetzt als a "reaction from the Moloch-like demands of the state in war-time" (S. XI) und stellte die Schwächen seiner Lehre von der Pluralität der Souveränitäten heraus: "It did not sufficiently realise the nature of the state as an expression of class-relations. It did not sufficiently emphasise the fact that it was bound to claim an indivisible and irresponsible sovereignty because there was no other way in which it could define and control the legal postulates of society." (ebd. S. XI, XII). Cohens Kritik erkannte Laski im Todesjahr jenes amerikanischen Rechtsphilosophen, 1948, ausdrücklich an (Morris Cohen's Approach to Legal Philosophy, in: *University of Chicago Law Review*, 15 (Frühjahr 1948), S. 575 ff.: "I was myself converted by Professor Cohen's power of logical analysis to see the error of my ways." (ebd. S. 577); zu Laskis Abrücken von seinen pluralistischen Positionen vgl. Deane aaO S. 153 ff., Birke aaO S. 214 ff., Steffani aaO S. 20 f. und Fraenkel aaO S. 204.

vorgetragen von den bedeutendsten intellektuellen Köpfen in England und Amerika, ein sicheres Indiz für den politiktheoretischen Erdrutsch, den Laski mit seinen Aussagen herbeigeführt hatte. Trotz zahlreicher innerer Widersprüche hatte sich der Pluralismus einen Platz im Tempel der politischen Theorien erobert, was neben Laskis kaum zu überschätzendem brillanten rhetorischen Talent vor allem mit einem Befund zusammenhängt:

Der Pluralismus nährt sich aus seiner antithetischen Spannung zum Monismus(127) und gewinnt in dem Maße politische Anziehungskraft, in dem der einzelne oder die Gruppe durch monistische Überdehnungen wie z.B. Zentralisierungen in ihren Freiräumen eingeengt werden. Als Abbild des real existierenden gesellschaftlichen Seins mußte der Pluralismus fast notgedrungen eine versinkende monistische Welt beerben, in der der Kaiser abgetreten und in der Gott tot ist. Diese dialektische Position zum Monismus macht den Pluralismus zu einem klassischen Element staatsrechtlichen Denkens(128), das bei einer Betrachtung der modernen politischen Ideengeschichte nicht mehr vernachlässigt werden kann.(129)

(127) Vgl. auch Michel Fourest, Les theories du Professeur Harold J. Laski - Le declin de l'etat moniste et l'avenement de l'etat pluralist, Paris 1943; Michael Freund, Politik (1964), in: derselbe, Die Politik der Freiheit - Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaft und Geschichte der Politik, Bremen 1970: "Der Staat ist nicht die einzige Quelle der Macht. Deshalb stellte sich gegen seinen 'Monismus' ein 'politischer Pluralismus', der alle sozialen Organisationen als politisch begreift, insoweit sie menschliches Handeln bestimmen." (ebd. S. 15); zum Phänomen der antithetischen Spannung in der Ideengeschichte s. Ernst Jünger, Strahlungen, 5. Aufl., Tübingen 1955: "In der Geschichte setzen sich die Ideen nicht geradlinig fort. Sie entwickeln aus sich heraus die Gegenkräfte, sowie das sinkende Gewicht der Uhr nicht nur die Zeiger, sondern zugleich sein Gegengewicht bewegt." (ebd. S. 55).

(128) Vgl. Kaiser aaO S. 318.

(129) Vgl. zur Entwicklung des Pluralismus im Ganzen: Francis William Coker, Pluralist Theories and the Attack upon State Sovereignty, in: Ch.E. Merriam / H.E. Barnes (Hrsg.), A History of Political Theories, New York 1924, Kap. 3; stellvertretend für die weltweite Breitenwirkung von Laskis Theorien sei nur sein prägender intellektueller Einfluß auf den indischen Staatsgründer Jawahar Nehru genannt, der in den 20er Jahren bei Laski in London studierte; vgl. Giselher Wirsing, The Indian Experiment - Key to Asia's Future, New Delhi 1972, S. 68, 72.

### III. Carl Schmitts Kritik des Pluralismus in entwicklungsgeschichtlicher Darstellung (1926 - 1934)

#### 1) Ausgangsposition

Es waren die klassischen Elemente einer modernen politischen Theorie, die Carl Schmitt(1) am Pluralismus reizten. Mitte der 20er Jahre wendet sich Schmitts Interesse verstärkt den neuen Ideen aus der anglo-amerikanischen Welt zu. Was hierfür der Auslöser war, läßt sich nicht exakt rekonstruieren. Begünstigt wurde Schmitts Pluralismus-Interesse durch die Auflösungstendenzen des Weimarer Staates, deren strukturelle Hintergründe Karl Dietrich Bracher so beschrieben hat: "In der Weimarer Republik ... wurde das Gegeneinander der sozialen und politischen Gruppen, die sich in ihrer Kompromißfähigkeit als verhängnisvoll eingeschränkt erwiesen, von Anbeginn mit prinzipieller Schärfe ausgetragen und blockierte sogleich den staatlichen Organismus selbst."(2) Die Ursachen dieser Lähmung staatsrechtlich herauszukristallisieren, dürfte eines der maßgebenden Motive für Schmitt gewesen sein, sich mit Laskis Theoremen auseinanderzusetzen. Mit dessen Hauptwerk "A Grammar of Politics"(1925) hatte sich Schmitt schon kurz nach dem Erscheinen beschäftigt. Wichtige Impulse gingen von dem im Mai 1926 abgeschlossenen Grundlagenwerk über den Pluralismus von Kung Chuan Hsiao "Political Pluralism" (1927) sowie von

(1) Zur **Biographie** Schmitts vgl. Hasso Hofmann, Artikel "Schmitt, Carl", in: Staatslexikon, 7. Aufl., Band 4, Freiburg / Basel / Wien 1988, Sp. 1052 ff.; Piet Tommissen, Bausteine zu einer wissenschaftlichen Biographie (Periode: 1888 - 1933), in: Quaritsch (Hrsg.), Complexio Oppositorum aaO S. 71 ff. sowie derselbe (Hrsg.), Schmittiana I; instruktiv auch Bendersky aaO.

Zur **Bibliographie**: Piet Tommissen, Carl-Schmitt-Bibliographie, in: H. Barion / E. Forstthoff / W. Weber (Hrsg.), Festschrift für Carl Schmitt zum 70. Geburtstag, Berlin 1959, S. 273 ff. (1. Teil); derselbe, Ergänzungsliste zur Carl-Schmitt-Bibliographie vom Jahre 1959, in: H. Barion, E.-W. Böckenförde / E. Forstthoff / W. Weber (Hrsg.), Epirrhosis - Festgabe für Carl Schmitt zum 80. Geburtstag, Berlin 1968, S. 739 ff. (2. Teil); derselbe, Over en in zake Carl Schmitt, Brüssel 1975, S. 127 ff. (3. Teil); derselbe, Zweite Fortsetzungsliste der Carl Schmitt-Bibliographie vom Jahre 1959 (abgeschlossen am 1. Mai 1978), in: Julien Freund / Piet Tommissen (Hrsg.), Miroir de Carl Schmitt, Genf 1978, S. 187 ff. (4. Teil).

(2) Die Auflösung der Weimarer Republik, 3. Aufl., Villingen 1960, S. 31.

der Arbeit "Recent Theories of Citizenship" (1927) des Heidelberger Nationalökonom **Carl Brinkmann** aus, mit dem Carl Schmitt zu dieser Zeit in Kontakt stand.(3) Von besonderer Bedeutung war zudem die Verbindung Schmitts mit **Moritz Julius Bonn**, der den jungen Staatsrechtsprofessor in den Weimarer Anfangsjahren protegiert hatte und ihn schließlich 1928 an die Handelshochschule Berlin auf den Lehrstuhl von Hugo Preuß holte. Bonn und Schmitt korrespondierten 1926 über das pluralistische Thema, das Schmitt schon zu dieser Zeit faszinierte.(4)

Der Pluralismus, den Schmitt am Beginn seiner Auseinandersetzung als die "weitaus interessanteste Staatslehre, die im letzten Jahrzehnt aufgestellt worden ist"(5) apostrophierte, war als politische Theorie im damaligen Deutschland zur Gänze unbekannt, was diesen für Schmitt nur noch interessanter gemacht haben dürfte. Er hatte nämlich ein ausgesprochenes Faible für intellektuelle Novitäten. Als "ein Jäger, der von der Pirsch gewöhnlich ein seltenes Wild nach Hause brachte"(6), liebte es Schmitt, Kollegen und Schüler mit geistigen Neuheiten bzw. Neuentdeckungen zu verblüffen.

(3) Vgl. Carl Schmitt, Demokratie und Finanz (1927), in: Positionen und Begriffe, S. 86, Fußn. 1.

(4) M.J. Bonn an Schmitt (Brief vom 11. Juni 1926): "Was den Pluralismus betrifft, so haben Sie mich, glaube ich, mißverstanden. In der Homogenität sind wir einig. Ich habe im Gegenteil im einzelnen systematisch auszuführen gesucht, welcher Art die Probleme der Demokratie sind und welches die Methoden ihrer Lösung sind. Nur im Vorübergehen möchte ich bemerken, dass kein Engländer das britische Reich als Demokratie bezeichnet. Es setzt sich zusammen aus einer Anzahl Demokratien und einer geographisch verteilten Autokratie. Was in Indien heute vorgeht, zeigt das ja deutlich genug. Der Pluralismus, von dem ich spreche, ist nicht eine Vielheit von Gruppen, sondern in Anlehnung an die englische Literatur - das Wort Pluralismus stammt nicht von mir, sondern ist vor allen Dingen von Laski in die Diskussion geworfen worden - ein geteilte Souveränität.", zitiert nach Tommissen, Bausteine ... aaO S. 98; Bonns Buch "Die Krisis der europäischen Demokratie" (München 1925) hat Schmitt maßgeblich beeinflusst, vgl. dazu Bendersky aaO S. 56, 71 und Tommissen, Bausteine ... aaO S. 97 ff.; wichtig auch: Moritz Julius Bonn, Die Auflösung des modernen Staats, Berlin 1921; Bonns Memoiren sind diesbezüglich leider unergiebig und leiden unter allzu starken polemischen Ausfällen, die jedoch gerade auf die frühere enge Verbindung zwischen beiden Männern hindeuten, vgl. Moritz Julius Bonn, So macht man Geschichte - Bilanz eines Lebens, München 1953, S. 330 ff..

(5) Der Begriff des Politischen (1927) aaO S. 12; in der Ausgabe von 1932, S. 41, fehlt diese Einschätzung.

(6) Ernst Niekisch, Das Reich der niederen Dämonen: "Es hatte den Reiz der Schmitt'schen Schriften vor 1933 ausgemacht, daß sie immer eine überraschende Seite der Dinge aufzeigten, daß sie bisher Verdecktes ans Licht zogen. Sie stöberten Verborgenes auf und brachten Verdunkeltes an die Sonne ." (ebd. S. 200).

Nach wenigen Jahren der Inkubation (1926 - 1928) verweben sich dann Schmitts Kritik an Laski mit einer sich verstärkenden Kritik an Weimar. In der Anfangsepoche des nationalsozialistischen totalen Staates (1933 - 1934) verschärft sich bei der Rückschau auf die erste deutsche Republik die antiliberalistische Attitüde der Schmitt'schen Pluralismuskritik. Daneben stehen die Bemühungen Schmitts, das Gegenbild zum Pluralismus, den Staat als politische Einheit des Volkes, mit staatsrechtlichen Strukturskizzen zu zeichnen.

## 2) Jahre der Inkubation (1926 - 1928)

a) Die erste Erwähnung des Begriffes "Pluralismus" durch Carl Schmitt finden wir in seiner **Rezension von Friedrich Meineckes "Idee der Staatsräson"**(7). Wenngleich er der "'pluralistischen'(!) Staatstheorie von Laski"(8), die er "zwar nicht für eine Staatstheorie, sondern für die Negation einer solchen und für ein Symptom der Auflösung"(9) hält, nur zwei Sätze widmet, so hat dieser Auftakt seiner Pluralismuskritik dennoch etwas Programmatisches: Indem Schmitt dem Pluralismus seinen "Ordnungsbegriff"(10) und sein Postulat von der "soziale(n) Einheit"(11) gegenüberstellt, zieht er seine immer wiederkehrenden antithetischen Hauptpositionen zum Pluralismus quasi vor die Klammer der in den folgenden Jahren einsetzenden Auseinandersetzung mit den pluralistischen Thesen. Die beiden Topoi Ordnung und Einheit liefern die Prüfsteine, mit denen er die pluralistischen Ansätze auf ihren staatsrechtlichen Gehalt untersucht.

(7) Zu Friedrich Meineckes "Idee der Staatsräson", zuerst veröffentlicht in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 56, Heft 1 (1926), S. 226 ff.; wieder abgedruckt in: Positionen und Begriffe, S. 45 ff..

(8) Ebd. S. 52.

(9) Ebd.

(10) Ebd.

(11) Ebd.

b) In der Vorbemerkung zur 2. Auflage von "Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus"(12) verknüpft Carl Schmitt seine ersten pluralismuskritischen Erkenntnisse mit seinen bekannten antiparlamentaristischen Positionen. Nach dem Wegfall von Diskussion und Öffentlichkeit als den tragenden Prinzipien des Parlamentarismus(13) verwandelten sich "alle öffentlichen Angelegenheiten in Beute- und Kompromißobjekte von Parteien und Gefolgschaften".(14) An die Stelle des Kampfes der Meinungen um den richtigen, gemeinsamen Weg sei nach Wegfall des Arguments im klassischen Sinne ein "Kampf der Interessen"(15) der sozialen und wirtschaftlichen Machtgruppen geworden, bei dem es nicht mehr darum gehe, "den Gegner von einer Richtigkeit oder Wahrheit zu überzeugen, sondern die Mehrheit zu gewinnen, um mit ihr zu herrschen".(16)

Mögen diese Beobachtungen auch als Lageanalysen von Interesse gewesen sein, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Pluralismus waren sie noch nicht.(17)

c) Die erste ausführlichere Beschäftigung Carl Schmitts mit den pluralistischen Ideen findet sich in der ersten Fassung von "Der Begriff des Politischen" (1927)(18), dessen Hauptthesen in den Bonner Seminaren

(12) Berlin 1926; diese Vorbemerkung ist nahezu deckungsgleich mit dem Aufsatz "Der Gegensatz von Parlamentarismus und moderner Massendemokratie", in: Positionen und Begriffe, S. 52 ff..

(13) Positionen und Begriffe S. 52.

(14) Ebd. S. 55.

(15) Ebd. S. 56.

(16) Ebd. S. 57; vgl. dazu auch Verfassungslehre (1928), 6. Aufl., Berlin 1983: "Das Parlament ist heute in den meisten Staaten ... nicht mehr die Stätte gegenseitiger rationaler Überredung ... Vielmehr bilden feste Parteiorganisationen eine ständig anwesende Vertretung bestimmter Berufsteile der Wählermassen. ... Die Besprechung in den Ausschüssen des Parlaments oder außerhalb des Parlaments in sog. interfraktionellen Zusammenkünften sind nicht Diskussion, sondern geschäftliche Berechnungen und Verhandlungen; die mündliche Erörterung dient hier dem Zweck einer gegenseitigen Berechnung der Macht- und Interessengruppierung." (Ebd. S. 319).

(17) Das gleiche gilt für Carl Schmitts Artikel zum 400. Todestag Macchiavellis, wo er ausführt, "daß sich das Politische, daß nun einmal ein unausrottbarer Teil der menschlichen Natur ist, bei Macchiavelli von selbst versteht und noch nicht zum Diener anonym und unsichtbarer Mächte geworden ist." (Kölnische Volkszeitung, 68. Jg., Nr. 448 vom 21. Juni 1927).

(18) Zuerst veröffentlicht in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 58, Heft 1, (1927), S. 1 ff.; zu den verschiedenen Fassungen von "Der Begriff des Politischen" vgl. H. Meier aaO S. 14/15, Fußn. 5.

Schmitts in den Jahren 1925 und 1926 entstanden sind.(19)

Von Interesse ist zunächst der Standort der Pluralismus-Auseinandersetzung: Nachdem Schmitt im ersten Abschnitt der Arbeit die staatliche Ebene von der politischen abgeschichtet hat(20), präsentiert er im zweiten Abschnitt seine berühmte Begriffsdefinition des Politischen, das "Ursubstrat der Politik"(21):

"Die spezifische politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind."(22)

Im dritten Abschnitt stellt Schmitt den Krieg als Erscheinungsform der Feindschaft und als "das extremste politische Mittel"(23) dar, um dann im vierten Teil seiner Schrift den Staat als das Subjekt seiner Politiktheorie vorzustellen. Dem Staat als der maßgebenden politischen Einheit wird sodann(24) ein

(19) So der Hinweis Carl Schmitts aus dem Jahre 1940 bei einem Teilabdruck von "Der Begriff des Politischen", in: Positionen und Begriffe, S. 313; vgl. dazu Christian Meier, Zu Carl Schmitts Begriffsbildung - Das Politische und der Nomos, in: Quaritsch (Hrsg.), Complexio Oppositorum, S. 537. Interessant ist, daß Schmitt bei dieser Teilübernahme die pluralismuskritischen Abschnitte in toto berücksichtigt hat, während er die Grundlegung seines Politikbegriffs nicht mitaufnahm; vgl. dazu H. aao.

(20) Der Begriff des Politischen (1927), S. 1: "Der Begriff des Staates setzt den Begriff des Politischen voraus."

(21) Helmut Rumpf, Carl Schmitt und Thomas Hobbes, S. 55.

(22) Der Begriff des Politischen (1927), S. 4; die Formel geht zurück auf Alamo de Barrientos' Satz "lo político es la distincion entre amigo e enemigo"; hierauf hat Günter Maschke, Der Tod des Carl Schmitt, S. 80, aufmerksam gemacht; zum Feindbegriff bei Schmitt vgl. Erich Brock, "Der Begriff des Politischen" - Eine Auseinandersetzung mit Carl Schmitt, in: Hochland, Band 2 (April 1932 - Sept.1932), S. 394 ff.; Albrecht Erich Günther, Der Staatsfeind, in: Deutsches Volkstum, 2. Januarheft 1934, S. 45 ff.; Heinz Laufer, Das Kriterium politischen Handelns - Eine Studie zur Freund-Feind-Doktrin von Carl Schmitt auf der Grundlage der Aristotelischen Theorie der Politik, juristische Dissertation Würzburg 1961; Mathias Schmitz, Die Freund-Feind-Theorie Carl Schmitts - Entwurf und Entfaltung, Köln / Opladen 1965; Hasso Hofmann, Feindschaft - Grundbegriff des Politischen?, in: Zeitschrift für Politik 1965, Heft 1 (Febr.), S. 17 ff.; Jürgen Fijalkowski, Das politische Problem der Feindschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 1965, Heft, 1, S. 105 ff. sowie das erhellende Resümee von Helmut Schelsky, Der "Begriff des Politischen" und die politische Erfahrung der Gegenwart - Überlegungen zur Aktualität von Carl Schmitt, in: Der Staat, Band 22 (1983), S. 321 ff.: "Wer als politischer Denker 'realistischer' das Wesen der Politik beurteilt und dabei noch ein 'ideales' Ziel sozusagen im Hinterkopfe verfolgt, muß in seiner Zeit stets scheitern. Er gerät unter den Schatten des 'Leviathan', weil er sich annaßt, denkerisch selbst der Souverän zu sein," (ebd., S. 325).

(23) Der Begriff des Politischen (1927), S. 8; vgl. die hiergegen aus pazifistischer Sicht erhobenen Einwände von Werner Becker, Nochmals zu Carl Schmitts "Begriff des Politischen", in: Der Friedenskämpfer, 5. Jg. (1929), Heft Nr. 1 (Jan.), S. 1 ff.

(24) Der Begriff des Politischen (1927), S. 11 - 14.

Pluralismus gegenübergestellt, der diese Einheit leugnet bzw. sie in politischen Vielheiten aufzulösen bestrebt ist. Nachdem er zunächst León Duguits lapidare Feststellung aus dem Jahre 1908 "L'Etat personnel et souverain est mort ou sur le point de mourir" mit einigen Fragezeichen versehen hat(25), setzt er sich im folgenden mit der "sogenannten pluralistischen Staatstheorie von Harold J. Laski"(26) auseinander.

Den Feststellungen Laskis, der Mensch lebe in zahlreichen Assoziationen, von denen keine - auch der Staat nicht - allmächtig sei, widerspricht Schmitt nicht. Die politische Gretchen-Frage, "welche 'soziale Einheit' ... den Konfliktfall entscheidet und die maßgebende Gruppierung nach Freund und Feind bestimmt"(27), sei damit aber noch nicht beantwortet. Da allein der Staat als politische Einheit das "jus belli" habe, sei er die maßgebende Einheit. Dieser Umstand mache seinen "politischen Charakter" aus, der ihn von anderen Assoziationen unterscheide:(28) "Eine pluralistische Theorie, welche diese Einheit bestreitet und eine politische Assoziation neben andere, z.B. religiöse oder ökonomische Assoziationen stellt, vermag auf die Frage nach dem spezifischen Inhalt des Politischen keine Antwort zu geben."(29) Letztlich bleibe, so Schmitt, bei Laski unklar, "was nunmehr der 'Staat' überhaupt noch sein soll"(30), wenn er keine besondere Substanz habe, die ihn von anderen Assoziationen unterscheide.

Laski verkenne das Wesen des Politischen, wenn er die politische Assoziation den übrigen Assoziationen gleichrangig zuordne und sie mit diesen in Konkurrenz treten lasse: "In Wahrheit gibt es keine politische

(25) Ebd. S. 12.

(26) Noch fehlt der Hinweis auf Cole, der sich im Begriff des Politischen (1932), S. 41 findet.

(27) Der Begriff des Politischen (1927), S. 13.

(28) Ebd..

(29) Ebd..

(30) Ebd. S. 14.

'Gesellschaft' oder 'Assoziation', es gibt nur eine politische Einheit, eine politische Gemeinschaft. Die reale Möglichkeit der Gruppierung von Freund und Feind genügt, um über das bloß Gesellschaftlich-Assoziative hinaus eine maßgebende Einheit zu schaffen, die etwas spezifisch Anderes und gegenüber den übrigen Assoziationen etwas Entscheidendes ist. Entfällt diese Einheit, so entfällt auch das Politische selbst." (31)

Nachdem Schmitt im fünften Teil noch einmal ausführlich auf das *jus belli* als dem entscheidenden Merkmal eines Staates eingeht (32), beschäftigt er sich im sechsten Abschnitt (33) mit dem Pluralismus der Staatenwelt. Im Gegensatz zu Laski, der den Pluralismus *i n n e r - h a l b* des Staates postuliert, projiziert Schmitt den Pluralismus in die politische Welt der Tausend Staaten. In diesem Pluriversum figurieren die - in sich selbst geschlossenen, unpluralistischen - Staaten als die Träger des politischen Willens eines Volkes. Erst wenn "ein 'Weltstaat' die ganze Erde und die ganze Menschheit" (34) umfassen sollte und damit das Staatenpluriversum beseitigt sein sollte, könne die Grundlage dieser politischen Weltanschauung entfallen.

d) In Carl Schmitts **"Verfassungslehre"** von 1928 (35) spielt der Begriff der politischen Einheit als Antipode zum Pluralismus eine Schlüsselrolle. Schmitt definiert den Staat als die politische Einheit eines Volkes (36) und versteht unter Verfassung "den Gesamtzustand politischer Einheit und Ordnung" (37) bzw. die "Gesamt-Entscheidung über Art und Form der politischen Einheit" (38). Schmitt betont, daß jede politische

(31) Ebd..

(32) Ebd. S. 15 ff..

(33) Ebd. S. 19 ff..

(34) Ebd. S. 21.

(35) Zum politikwissenschaftlichen Rang dieser Schmitt'schen Arbeit vgl. André Doremus, *Introduction à la pensée de Carl Schmitt*, in: *Archives de Philosophie* 45 (1982), S. 585 ff.:" ... la Verfassungslehre est la critique de la démocratie parlementaire au sens où le Capital de Marx est la critique de l'économie bourgeoise." (ebd. S. 621).

(36) *Verfassungslehre*, S. 3.

(37) Ebd..

(38) Ebd. S. 20.

Einheit "ihren Wert und ihre 'Existenzberechtigung' nicht in der Richtigkeit oder Brauchbarkeit von Normen, sondern in ihrer Existenz"(39) habe. Schmitt bemüht zur Unterstützung seiner Einheitsthese das historische Beispiel der Französischen Revolution, deren politische Größe darin bestanden habe, "daß trotz aller liberalen und rechtsstaatlichen Prinzipien der Gedanke der politischen Einheit des französischen Volkes keinen Augenblick aufhörte, der entscheidende Richtpunkt zu sein."(40)

Identität und Repräsentation sind für Schmitt zwei zur politischen Existenz eines Volkes notwendige "Orientierungspunkte für die konkrete Gestaltung der politischen Einheit"(41), das Parlament ist "Repräsentant der politischen Einheit des Volkes"(42). In deutlichem Gegensatz zu der pluralistischen Lehre von der Wesensgleichheit der Verbände betont Schmitt, daß die Idee der Repräsentation gerade darauf beruhe, "daß ein als politische Einheit existierendes Volk gegenüber dem natürlichen Dasein einer irgendwie zusammenlebenden Menschengruppe eine höhere und gesteigerte, intensivere Art Sein hat. Wenn der Sinn für diese Besonderheit der politischen Existenz entfällt und die Menschen andere Arten ihres Daseins vorziehen, entfällt auch das Verständnis für einen Begriff wie Repräsentation."(43) Es fällt auf, daß Carl Schmitt solche

(39) Ebd. S. 22; vgl. dazu Hofmann, Legitimität ... S. 85 ff., 131 ff. und Ulrich Storost, Staat und Verfassung bei Ernst Forsthoff, Frankfurt / Bern / Las Vegas 1979, S. 273.

(40) Ebd. S. 51.

(41) Ebd. S. 206.

(42) Ebd. S. 209; vgl. dazu auch Carl Schmitt, Der bürgerliche Rechtsstaat, in: Abendland, Heft 3, 1928, S. 201 ff.. Dieser schmale Artikel, nach Maschke, Der Tod ... S. 90, Fußn. 156 "die Verfassungslehre in Kürzestform", faßt das Zentrum seines staatsrechtlichen Denkens brennglasartig zusammen: "Heute ist die notwendige politische Einheit in Deutschland mehr notdürftig von außen hergestellt. Das Deutsche Reich ist in erster Linie eine Reparationseinheit ... Es ist aber politisch nichts notwendiger als die Aufgabe der Integrierung des deutschen Volkes zur politischen Einheit von innen her ins Auge zu fassen." (ebd. S. 203).

(43) Ebd. S. 210; vgl. hierzu Kaiser aaO S. 314 ff. und passim; Wolfgang Mantl, Repräsentation und Identität, Wien / New York 1975, S. 121 ff. und passim; Hasso Hofmann, Repräsentation - Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert, Berlin 1974; Volker Hartmann, Repräsentation in der politischen Theorie und Staatslehre in Deutschland, Berlin 1979, S. 199 ff., S. 265 ff. und passim; Gerhard Leibholz, Das Wesen der Repräsentation, Berlin und Leipzig 1929.

antipluralistischen Stellungnahmen nur en passant in seine Verfassungslehre einfließen ließ. Eine systematische Verortung seiner Pluralismuskritik in der Verfassungslehre fehlt. Das mag einmal an dem Carl-Schmitt-typischen "Dilemma zwischen System und Aphorismus"(44) liegen, vor allem aber traten in den Jahren von 1926 bis 1928 die inneren verfassungspolitischen Spannungen in Weimar noch nicht sichtbar an die Oberfläche. Bei einem so situationsbedingten Denker wie Schmitt dürfte hier die Ursache zu suchen sein, warum er dem Pluralismus noch nicht die ideengeschichtliche Bedeutung beimißt wie in den darauffolgenden Jahren.

### 3) 1929 - Das Schlüsseljahr der Pluralismuskritik

a) Die im Jahre 1929 einsetzende Wirtschaftskrise in Deutschland machte die politischen Defizite des Weimarer Staates schlaglichtartig deutlich. Waren in den Vorjahren mit dem sozialen Öl relativer Prosperität viele Wogen der Weimarer Krisen zu dämpfen gewesen, so führten jetzt die sturkturbedingten Gegensätze und Auseinandersetzungen zwischen zahlreichen Gruppierungen zu einer schweren politischen Dauerkrise mit bekanntem Ausgang.(45) Es nimmt daher nicht Wunder, daß Carl Schmitt, der "ein feines Gespür für alles (hatte), was politisch gerade en vogue war"(46), ausgerechnet das Jahr 1929 als Zeitpunkt für eine gründliche Kritik der pluralistischen Thesen auswählte.

b) In dem schon im August 1928 abgeschlossenen Aufsatz "Das Reichsgericht als Hüter der Verfassung"(47)

(44) Der Begriff des Politischen (1932), S. 17 (Vorwort von 1963).

(45) Zum Verständnis des historischen Hintergrundes unerläßlich: Werner Conze, Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30, in: Historische Zeitschrift, Band 178, Heft 1 (1954), S. 57 - 83; vgl. auch Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960 sowie Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, 1933, Berlin 1935; vgl. auch Carl Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze, Vorwort von 1957, S. 7.

(46) Neumann, Der Staat im Bürgerkrieg, S. 16.

(47) Zuerst veröffentlicht in: Die Reichsgerichtspraxis im deutschen Rechtsleben, Festgabe der Juristischen Fakultäten zum 50jährigen Bestehen des Reichsgerichts (1. Okt.1929), Band 1, S. 154 - 178, Berlin und Leipzig 1929; wieder abgedruckt in: Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 63 - 100.

leitete Carl Schmitt den "nicht immer systematischen und homogenen"(48) Pluralismus Harold Laskis rechtsgeschichtlich und rechtstheoretisch von Gierke und Duguit, philosophisch von James ab und bescheinigte der pluralistischen Staatstheorie, daß "deren eigentlicher rechtswissenschaftlicher Wert in einer phänomenologisch richtigen Darstellung heutiger Staatlichkeit"(49) liege. Dieser rechtssoziologische richtige Befund ändert jedoch für Schmitt nichts an der Tatsache, daß die Auflösung des Weimarer Staats in dem Maße fortschreite, in dem sich der politische Pluralismus auch praktisch durchsetze.(50)

c) In der im Februar 1929 veröffentlichten **Besprechung des Buches "Wesen und Werden des faschistischen Staates"** von Erwin v. Beckerath(51) werden die kapitalismuskritischen Aspekte des Schmitt'schen Antipluralismus deutlich. Mit ungewöhnlicher Schärfe konterkariert Schmitt den faschistischen "s t a t o c o r p o r a t i v o" mit dem liberalen "stato agnostico", dem italienischen Pendant zum "Nachtwächterstaat" der deutschen Liberalismuskritik. Der "heroische Versuch" des Faschismus, "die Würde des Staates und der nationalen Einheit gegenüber dem Pluralismus ökonomischer Interessen zu halten und durchzusetzen"(52), und "die Überlegenheit des Faschismus über wirtschaftliche Interessen"(53) sind für Schmitt die politischen Boni des neuen Italien.

Dem modernen Staat des 20. Jahrhunderts eröffnen sich nach Schmitt drei Möglichkeiten, sein zukünftiges Schicksal zu gestalten: Entweder thront er - wie der

(48) Ebd. S. 76, Fußn. 30.

(49) Ebd.

(50) Ebd. S. 75/76.

(51) In: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, Band 53, Heft 1, S. 107 ff.; wieder abgedruckt in: Positionen und Begriffe, S. 109 ff.; Beckeraths Buch war 1927 in Berlin erschienen.

(52) Ebd. S. 110.

(53) Ebd.; vgl. dazu Hans Reupke, Das Wirtschaftssystem des Faschismus, Berlin 1930 sowie Walter Heinrich, Die Staats- und Wirtschaftsverfassung des Faschismus, Berlin 1929.

faschistische Staat - als "höherer Dritter" über den wirtschaftlichen und sozialen Kräftefeldern oder er macht sich - so "die bekannte marxistische These" - zum "bewaffnete(n) Diener einer jener wirtschaftlichen und sozialen Klassen." Schließlich bleibe dem Staat - so Schmitt - noch die dritte Rolle als "eine Art von neutralem Dritten, ein pouvoir neutre et intermédiaire (was er bis zu einem gewissen Grade heute faktisch in Deutschland ist ...)(54). Der Faschismus, der "aus guten Gründen Wert darauf (legt), revolutionär zu sein"(55), habe sich "mit Hilfe einer geschlossenen, ordensmäßigen Organisation"(56) für die erste Möglichkeit entschlossen, die "Suprematie des Staates gegenüber der Wirtschaft"(57) wiederhergestellt und hierdurch den "anonymen Cliques und Interessengruppen"(58) die Grundlage ihres politischen Einflusses genommen. Wenngleich es dem Staat **Benito Mussolinis** noch nicht endgültig gelungen sei, im "stato corporativo" die vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Spannungen aufzulösen, so werde dieser jedoch - prognostiziert Carl Schmitt im Jahr 1929 - "auf die Dauer den Arbeitnehmern zugute komm(en), und zwar deshalb, weil diese heute das Volk sind und der Staat nun einmal die politische Einheit des Volkes ist."(59)

Die politische Potenz eines Staates bemißt sich für Schmitt danach, inwieweit er in der Lage ist, in seiner Rolle als Zwingherr der Interessengruppen zu bestehen. Mit einem tiefen Griff in das sozialistische Argumentationsarsenal fährt er fort: "Nur ein schwacher Staat ist kapitalistischer Diener des Privateigentums. Jeder starke Staat - wenn er wirklich höherer Dritter ist und nicht einfach identisch mit den wirtschaftlich

(54) Wesen und Werden des faschistischen Staates aaO S. 110.

(55) Ebd. S. 113.

(56) Ebd. S. 112.

(57) Ebd..

(58) Ebd. S. 111.

(59) Ebd. S. 113.

Starken - zeigt seine eigene Stärke nicht gegenüber den Schwachen, sondern gegenüber den sozial und wirtschaftlich Starken."(60)

Mussolini habe die "Atmosphäre ideologischen Betrug, die heute von Millionen empfunden und gehaßt wird", durchstoßen und sei "zum konkret Existentiellen"(61) vorgedrungen, indem er im Staat Roß und Reiter benannt habe: "Der faschistische Staat will mit antiker Ehrlichkeit wieder Staat sein, mit sichtbaren Machtträgern und Repräsentanten, nicht aber Fassade und Antichambre unsichtbarer und unverantwortlicher Machthaber und Geldgeber."(62) Carl Schmitt taxiert jedoch den innerstaatlichen Pluralismus überwindenden, korporativen Staat, auf dessen Struktur er indes nicht näher eingeht(63), nicht nur gegenüber dem Kapitalismus, sondern auch gegenüber dem marxistischen Sozialismus als überlegen ein. Die Crux des Sozialismus bestehe in seinem "Menschheitsbegriff und seinem ideologisch-abstrakt-gespenstischen M o - n i s m u s , ein echt liberales Erbstück, das der proletarische Sozialismus nur so lange weiterschleppen wird, als er nicht im Besitz der staatlichen Macht ist, und das der Faschismus überwunden zu haben glaubt, weil er den konkreten P l u r a l i s m u s der Völker und Nationen, der vielen verschiedenen Bourgeoisien und der vielen verschiedenen Proletariate, mit antiker Simplizität erkennt und weiß, daß das italienische Volk seine konkrete Art nationalen Seins nur mit einem Aufgebot politischen Willens bewahren kann.(64)

Schmitts Interesse an der faschistischen Staatsstruktur ergab sich aus seiner Hoffnung, bei seiner Suche nach einem staatsrechtlichen Gegenmodell zu Laskis

(60) Ebd..

(61) Ebd., S. 114.

(62) Ebd..

(63) Siehe aber: Carl Schmitt, Staat, Bewegung, Volk, S. 13.

(64) Wesen und Werden ... S. 114/115, Hervorhebungen nicht von Schmitt; vgl. dazu auch Carl Schmitt, Die Diktatur, Vorwort zur 2. Aufl. von 1927, S. X; Gerhard Leibholz, Zu dem Problem des faschistischen Verfassungsrechts, Berlin 1928.

Pluralismus in Italien fündig zu werden.(65) In stringenter Konsequenz seiner staatsrechtlichen Erkenntnisse hat er sich dem seine Zeit beherrschenden Dualismus zwischen Kapitalismus und Sozialismus entzogen, auch wenn seine Antworten des "dritten Weges" weitgehend konturenlos sind und den Leser im Zweifel darüber lassen, wie denn nun Schmitts Idealstaat in concreto aussieht.

d) In seiner im März 1929 veröffentlichten ersten Fassung von **"Der Hüter der Verfassung"**(66) macht Schmitt seine Pluralismusanalyse wieder an den deutschen Realitäten fest. Fasse man den Staat - wie die Pluralisten - nicht mehr als durchgehende Einheit auf, so erscheine die Verfassung nur mehr als Vertrag und Kompromiß mehrerer Parteien: "Art und Form seiner politischen Existenz beruhen dann auf Verträgen oder Vereinbarungen, Abmachungen, Kapitulationen, Kompromissen, Rezessen, Stabilimenta, kurz auf mehrseitigen Verhältnissen mit wohlerworbenen Rechten, wie sie der mittelalterliche Ständestaat in großer Menge kennt und wie sie im heutigen Deutschland gelegentlich wieder aufzutauchen scheinen."(67)

Weimar drohe die "Auflösung von Staat und Verfassung in einem System von Verträgen"(68) bzw. "in einen Kompromiß heterogener Faktoren"(69). Ein solches "chaotische(s) Konglomerat einander überkreuzender sozialer Gruppen und Komplexe"(70) würde dann letztlich nur noch durch den Druck von außen zusammengehalten, die Einheit Deutschlands degeneriere zu einer reinen

(65) Vgl. Bookbinder aaO: "For Schmitt, Fascism was a concrete answer to political needs in the twentieth century, the age of mass man, mass technology, and mass communication." (ebd. S. 87); zu Schmitts Beckerath-Beurteilung vgl. Helmut Rumpf, Carl Schmitt und der Faschismus, in: Der Staat 1978, S. 240 ff.; zur Rolle der Partei im faschistischen Staat vgl. Carl Schmitt, Faschistische und nationalsozialistische Rechtswissenschaft, in: Deutsche Juristen-Zeitung, 41 Jg. (1936), Heft 10, Sp. 619/620.

(66) Archiv des öffentlichen Rechts, Neue Folge, Band 16, Heft 2 (März), S. 161 - 237.

(67) Ebd. S. 200/201.

(68) Ebd. S. 201/202..

(69) Ebd. S. 211.

(70) Ebd..

"Reparationseinheit".(71) Unter einem solchen "ständisch-pluralistischen Verfassungsbegriff"(72) wäre "der Gedanke eines allgemeinen Staatsgerichtshofes ... nur der innerpolitische Ausdruck dieser Verwandlung des Deutschen Reichs in ein pluralistisches Vertragssystem"(73).

e) Das Herzstück der Schmitt'schen Pluralismuskritik stellt der am 22. Mai 1929 auf einer Tagung der Kant-Gesellschaft in Halle gehaltene Vortrag **"Staatsethik und pluralistischer Staat"**(74) dar. Im Vordergrund steht hier die theoretische Auseinandersetzung mit dem Pluralismus, während die praktische, staatsrechtliche Pluralismusanalyse am Puls von Weimar späteren Arbeiten vorbehalten bleibt.(75)

Am Anfang seines Vortrages steht der Hinweis auf den Status quo, auf die Krise des europäischen Staatsgedankens: "... der alte Anspruch des Staates, die souveräne Einheit und Ganzheit zu sein, (ist) erschüttert"(76). Die "Vorstellung vom Staat als eine alle Gruppen überragende Einheit"(77) sei im Schwinden begriffen, es drohe die Unterordnung des Staates unter die Gesellschaft. Den Zerfall des Staates, der die notwendige Folge der sukzessiven Aufgabe seines Suprematieanspruches sein müsse, schildert Schmitt mit mythischen Bildern: "Wenn der 'irdische Gott' von seinem Throne stürzt und das Reich der objektiven Vernunft und Sittlichkeit zu einem 'magnum latrocinium' wird, dann schlachten die Parteien den mächtigen Leviathan und schneiden sich aus seinem Leibe jede ihr Stück Fleisch heraus".(78)

(71) Ebd.; Die Formulierung "Reparationseinheit" stammt aus dem oben (Fußn. 42) erwähnten Artikel "Der bürgerliche Rechtsstaat".

(72) Der Hüter der Verfassung (1929), S. 211.

(73) Ebd..

(74) Als Aufsatz zuerst veröffentlicht in: Kantstudien, Band 35, Heft 1 (1930), S. 28 ff.; wieder abgedruckt in: Positionen und Begriffe, S. 133 ff.; Der Aufsatz sollte zuerst unter dem wohl präziseren Titel "Das Deutsche Reich als pluralistisches Gebilde" in der Zeitschrift für Politik erscheinen (siehe Der Hüter der Verfassung, 1929, Archiv des öffentlichen Rechts, S. 202, Fußn. 83).

(75) Vor allem dem "Hüter der Verfassung" von 1931, siehe unten.

(76) Staatsethik ... S. 33.

(77) Ebd..

(78) Ebd.; vgl. dazu Hiob 41, 25.

Im zweiten Abschnitt referiert Schmitt knapp die Theorien von Cole und Laski. Beide wollten "nicht nur den Staat als eine höchst umfassende Einheit, sondern vor allem auch seinen ethischen Anspruch negieren, eine andere und höhere Art sozialer Verbindung zu sein als irgendeine der vielen anderen Assoziationen, in denen Menschen leben." (79) Die Loyalität zum Staat erscheine bei den Pluralisten nur als eine Loyalität unter vielen; für die Staatsethik gelte das gleiche. Überhaupt bleibe bei diesen Theorien die letzte ethische Instanz unklar; mit den nebulösen Begriffen "society" (Cole) und "Menschheit" (Laski) lasse sich jedenfalls keine "soziale Total-Ethik" (80) errichten.

Der philosophische Hintergrund und die empirisch richtige Gegenwartsanalyse des Pluralismus stehen im Blickfeld des dritten Teils von Schmitts Vortrag. Laski habe das James'sche philosophische Weltbild von der Auflösung der monistischen Einheit des Universums zu einem Multiversum in das Staatsrecht transplantiert. Laskis Auffassung vom Staat, dessen politische Einheit pluralistisch aufgelöst werden soll, gehöre insofern "in die geistesgeschichtliche Reihe der Phänomene, die ich als 'politische Theologie' bezeichnet habe." (81) Die Übereinstimmung theologischer und metaphysischer Weltbilder mit dem Bild vom Staat sei kein Novum in der Geschichte menschlichen Denkens; die pluralistischen Argumente ließen sich - so Schmitt weiter - mit alten staatsphilosophischen Theorien verbinden und gehörten insofern einer großen Tradition an. (82)

Wenngleich Coles Sozialethik und Laskis Pluralismus den gildensozialistischen bzw. gewerkschaftsbeherrschten Staat im Auge hätten und insoweit das Antlitz moderner politischer Theorien trügen, so würden sich dahinter altbekannte Ideenstränge verbergen. Verstaubte

(79) Ebd. S. 134.

(80) Ebd..

(81) Ebd. S. 135.

(82) Ebd..

argumentative Waffen nämlich, solche, "die sonst den Sozialphilosophen der römisch-katholischen Kirche ... dazu dienten, den Staat gegenüber der Kirche zu relativieren"(83), würden bei den Pluralisten lediglich zu neuen Zwecken - Gewerkschaft' statt Kirche - instrumentalisiert. Gerade aus dieser Überlegung heraus erklären sich - so Schmitt - die zahlreichen Hinweise Laskis auf Bismarcks Kulturkampf gegen die römisch-katholische Kirche. Wegen der historischen Parallele zwischen Kirche und Gewerkschaft im Kampf um ihre Autonomie gegenüber dem Staat sei das Werk von John Neville Figgis "Churches in the Modern State" aus dem Jahre 1913(84) von besonderer Wichtigkeit für die theoretische Grundlegung des Pluralismus. Der Wert der pluralistischen Betrachtungsweise des Staates liegt für Carl Schmitt vor allem darin, daß sie den "empirisch wirklichen Zustand, wie man ihn heute in den meisten industriellen Staaten beobachten kann"(85), richtig beschreibt. Die Modernität und Aktualität der pluralistischen Theorie beruhe auf ihrer zutreffenden Staatsanalyse: "Der Staat erscheint tatsächlich in weitem Maße von den verschiedenen sozialen Gruppen abhängig, bald als ein Opfer, bald als Ergebnis ihrer Abmachungen, ein Kompromißobjekt sozialer und wirtschaftlicher Machtgruppen, ein Agglomerat heterogener Faktoren, Parteien, Interessenverbände, Konzerne, Gewerkschaften, Kirchen usw., die sich untereinander verständigen. Im Kompromiß der sozialen Mächte ist der Staat geschwächt und relativiert, ja überhaupt problematisch geworden, weil schwer zu erkennen ist, was ihm noch an selbständiger Bedeutung zukommt."(86)

Der real existierende Staat sei "ein bloßes Produkt des Ausgleichs mehrerer kämpfender Gruppen"(87) geworden,

(83) Ebd..

(84) Siehe dazu oben Kap. B II 5.

(85) Staatsethik ... S. 135/136.

(86) Ebd. S. 136.

(87) Ebd..

bestensfalls existiere er noch als ein "pouvoir neutre et intermédiaire"(88). Ein solcher Staat, der sich jeder autoritären Entscheidung enthalte und völlig darauf verzichte, die sozialen, wirtschaftlichen und religiösen Gegensätze zu beherrschen, sei vielleicht noch "eine Art clearing office"(89) bzw. ein "stato agnostico"(90), er könne jedoch nicht mehr "Träger oder Adressat konkreter staatsethischer Ansprüche, Pflichten und Gefühle sein"(91). Der Wert und die Leistung eines Staates besteht für Schmitt darin, "daß er die konkrete Situation bestimmt, in welcher überhaupt erst moralische und rechtliche Normen gelten können."(92) Keine Norm gelte im Leeren. Wer dem Staat seinen Herrschaftsanspruch über die Verbände und seine Rolle als oberster Richter nehme, schaffe ein normatives Niemandsland, in dem das Individuum einem unlösbaren Pluralitätskonflikt zwischen zahllosen ethischen Bindungen überantwortet werde: "Bestimmt nicht mehr der Staat, sondern die eine oder andere soziale Gruppe von sich aus diese konkrete Normalität der Situation des einzelnen, die k o n k r e t e O r d n u n g , in welcher der einzelne lebt, so entfällt auch der ethische Anspruch des Staates auf Treue und Loyalität."(93)

Nach diesen Präliminarien stellt Carl Schmitt im vierten Abschnitt seines Vortrages die philosophischen Weltbilder Monismus und Pluralismus gegenüber und stößt dann zum eigentlichen Kern seiner staatsrechtlichen Pluralismuskritik vor. Seit Jahrtausenden hätten "alle Staatsphilosophen von Plato bis Hegel die Einheit des Staates als höchsten Wert"(94) aufgefaßt, was diese jedoch nicht gehindert habe, "sehr starke Kritik an

(88) Ebd..

(89) Ebd..

(90) Ebd..

(91) Ebd..

(92) Ebd..

(93) Staatsethik ... S. 137; Hervorhebung nicht von Schmitt; Interessant ist, daß der Begriff der konkreten Ordnung hier schon auftaucht, obwohl er erst fünf Jahre später zur "dritten Art des rechtswissenschaftlichen Denkens" werden sollte; vgl. Carl Schmitt, Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens (1934).

(94) Staatsethik ... S. 137.

monistischen Überspannungen und sehr viele Vorbehalte zugunsten selbständiger sozialer Gruppen der verschiedensten Art"(95) zu äußern. Thomas von Aquin habe mit seinem Satz "maxima unitas destruit civitatem" die zerstörerische Kraft monistischer Überdehnungen hervorgehoben. Die Forderung katholischer Philosophen, die Kirche neben dem Staat als selbständige *societas perfecta* zu konstituieren und der hieraus entstandene Dualismus sei zur ideengeschichtlichen Wiege des Pluralismus geworden. Der neuzeitliche Keil zwischen Staat und Kirche habe zur dualistischen Preisgabe der einfachen Einheit geführt. Gerade dieses laizistische Moment sei zur klassischen Einbruchsstelle der pluralistischen Ideen geworden und erkläre "jene auf den ersten Blick etwas seltsame geistesgeschichtliche Allianz von römisch-katholischer Kirche und gewerkschaftlichem Föderalismus."(96)

Die Parallelen zwischen Kirche und pluralistischen Verbänden seien jedoch - so Carl Schmitt weiter - begrenzt. Zwar seien beide gegen die bestehende staatliche Einheit gerichtet, doch sei die Kirche *i n s i c h* monistisch, während Laskis Verbände in sich pluralistisch strukturiert seien. Diesen Befund nimmt Schmitt zum Anlaß, in dezisionistischer Manier zu dem hieraus resultierenden Kernproblem vorzudringen: Zwangsläufig tauche nämlich für ein Mitglied in einem pluralistischen Verband die entscheidende Frage auf, "wer den unvermeidlichen Konflikt der vielen verschiedenen Treue- und Loyalitätsbeziehungen entscheidet".(97) Die extrem individualistischen Geist atmende Antwort der Pluralisten: "das einzelne Individuum entscheidet selbst"(98), verheddere sich in einen zweifachen Widerspruch:

Erstens sei es eine Illusion zu glauben, in einer sozialen Situation entscheide das Individuum und nicht

(95) Ebd..

(96) Ebd..

(97) Ebd. S. 138.

(98) Ebd..

die Gruppe. Selbst wenn es "einige gewandte und bewegliche Individuen" geben sollte, "denen das Kunststück gelingt, sich zwischen den vielen mächtigen sozialen Gruppen frei zu halten, wie man von einer Eisscholle zur anderen springt"(99), so würden doch regelmäßig "die verschiedenen sozialen Gruppen als solche die Entscheidung von sich aus, d.h. von ihren Gruppeninteressen aus, treffen"(100). Außerdem beraube sich der Pluralismus mit seiner - so Schmitt - typisch angelsächsischen individualistischen Konzeption gerade seines besonderen ideengeschichtlichen Reizes, nämlich der "Berücksichtigung der konkreten empirischen Macht sozialer Gruppen"(101). Letzten Endes werde der einzelne sein Verhalten eben doch an den Vorgaben der Gruppe orientieren, der er zugehört: "Sozialer Pluralismus im Gegensatz zu staatlicher Einheit bedeutet weiter nichts, als daß der Konflikt der sozialen Pflichten der Entscheidung der einzelnen Gruppen überlassen bleibt. Das bedeutet dann S o u v e r ä n i t ä t d e r s o z i a l e n G r u p p e n , nicht aber Freiheit und Autonomie des einzelnen Individuums."(102)

Den zweiten Widerspruch in der individualistischen Anlage der pluralistischen Theorie sieht Schmitt auf der ethischen Ebene. Korrelat zum Individualismus sei der Begriff der Menschheit, die bei Laski die Rolle einer höchsten Instanz bei Entscheidungen spiele. Dieser Rekurs auf die "Menschheit als Ganzes" sei aber "der denkbar weiteste und größte Universalismus und Monismus und alles andere als eine pluralistische Theorie."(103)

Nach diesen Hinweisen auf die inneren Widersprüche des Pluralismus wendet sich Schmitt dem pluralistischen

(99) Ebd..

(100) Ebd..

(101) Ebd..

(102) Staatsethik ... S. 138; Hervorhebung nicht von Schmitt.

(103) Ebd. S. 139.

Kritikobjekt, dem Staat als Einheit, zu. Die Pluralisten hätten aus naheliegenden polemischen Gründen die politische Einheit als "absolut monistisch und alle anderen sozialen Gruppen vernichtend"(104) dargestellt. Das sei - so Schmitt - in Wirklichkeit nie der Fall gewesen. Auch der absolutistische Herrscher des 17. und 18. Jahrhunderts(105) habe bei seinem Bestreben, "das pluralistische Chaos der Kirchen und Stände zu überwinden"(106), auf zahlreiche soziologische Faktoren wie z.B. Kirche und Familie Rücksicht nehmen müssen: "Die Einheit des Staates ist stets eine Einheit aus sozialen Vielheiten gewesen. Sie war zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Staaten sehr verschieden, immer aber komplex und in gewissem Sinne in sich selbst pluralistisch. Mit dem Hinweis auf diese selbstverständliche Komplexität ist vielleicht ein überspannter Monismus widerlegt, nicht aber das Problem der politischen Einheit gelöst."(107)

Im übrigen - so Schmitt - gebe es verschiedene Wege zur politischen Einheit. Das seien vor allem "Einheit von oben (durch Befehl und Macht) und Einheit von unten (aus der substantiellen H o m o g e n i t ä t eines Volkes)"(108). Die Staatsethik des Pluralismus sei beherrscht von dem Gegensatz "Einheit durch Macht und Einheit durch Konsens", wobei jene "nur die Einheit des Konsens ethisch gelten läßt."(109) Tatsächlich sei aber im Massenzeitalter der vermeintlich "freie" Konsens eine Frage der Macht. Wer nämlich "über die wirtschaftlichen, pädagogischen, psychotechnischen Mittel der verschiedensten Art, mit deren Hilfe erfahrungsgemäß ein Konsens herbeigeführt werden kann"(110), verfüge,

(104) Ebd..

(105) Vgl. dazu Carl Schmitt, Artikel "Absolutismus", in: Staatslexikon, herausgegeben von H. Sacher, 5. Aufl., 1. Band, Freiburg 1926, Sp. 29 ff..

(106) Staatsethik ... S. 139.

(107) Ebd.; vgl. dazu aus philosophischer Sicht: Boris Jakowenko aaO S. 17 ff. und das dort zitierte schöne Wort von H. Rickert: "Das All ist nur als Vielheit zu begreifen."

(108) Staatsethik ... S. 139; Hervorhebung nicht durch Schmitt.

(109) Ebd..

(110) Ebd. S. 140; zu Schmitts Auffassungen über Pressefreiheit und die Wirkungsweise der öffentlichen Meinung vgl. seinen Diskussionsbeitrag auf dem deutschen Soziologentag in Berlin 1930, in: Schriften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Band VII, Tübingen 1930, S. 56 ff.; über die "gespaltene öffentliche Meinung" im pluralistischen Staat vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Die Schweigespirale - öffentliche Meinung - unsere soziale Haut, München / Zürich 1980, S. 179 ff. und passim.

verfüge über die Macht: "Sind die Mittel in den Händen sozialer Gruppen oder einzelner Menschen und der Kontrolle des Staates entzogen, so ist es allerdings mit dem, was offiziell noch 'Staat' heißt, zu Ende, die politische Macht ist unsichtbar und unverantwortlich geworden ..." (111). Viele Unklarheiten der pluralistischen Lehre resultierten - so Schmitt - daraus, daß das Bild vom Staat bei den Pluralisten konturenlos und widersprüchlich bleibt. Während die einen sich völlig der Staatssubstanz bemächtigen wollten und diese unter die pluralistischen Gruppen aufteilen wollten, behalte bei anderen Pluralisten der Staat seine Rolle als integrierende politische Einheit, die quasi als Schiedsstelle über die "Ethik des 'pacta sunt servanda'" (112) wache.

Nachdem er auf die widersprüchlichen Staatskonzeptionen bei den Pluralisten hingewiesen hat, koppelt Carl Schmitt nun seine Pluralismuskritik an seinen Begriff des Politischen. Die zahlreichen theoretischen Unklarheiten bei den Pluralisten erklärten sich nämlich aus einer Fehlvorstellung über das Wesen des Politischen. Hier herrsche der Irrtum vor, "daß das Politische eine eigene Substanz neben anderen Substanzen 'sozialer Assoziationen' bedeute, daß es neben Religion, Wirtschaft, Sprache, Kultur und Recht einen besonderen Gehalt darstelle, und daß infolgedessen die politische Gruppe koordiniert neben die anderen Gruppen gestellt werden könne, neben Kirche, Konzern, Gewerkschaft, Nation, Kultur- oder Rechtsgemeinschaften, der verschiedensten Art." (113) Wer den Staat gegenüber den pluralistischen Verbänden gleichordne, führe ihn als politische Einheit ad absurdum und beraube ihn seines Wesenskerns: "Denn was bleibt vom Staat als der politischen Einheit übrig, wenn man alle anderen

(111) Staatsethik ... S. 140.

(112) Ebd..

(113) Ebd.; vgl. dazu Carl Schmitt, Hugo Preuß ... aaO S. 26, Anm. 1.

Gehalte, das Religiöse, Wirtschaftliche, Kulturelle usw. abzieht?"(114)

In Wirklichkeit bezeichne das Politische nur "den Intensitätsgrad einer Einheit"(115), von der aus sich die Bestimmung von Freund und Feind ergebe. Innerhalb einer politischen Einheit kommt es für Schmitt auf das Fällen einer E n t s c h e i d u n g und auf die auf dieser Entscheidung beruhenden O r d n u n g an: "Die politische Einheit ist die höchste Einheit, nicht, weil sie allmächtig diktiert oder alle anderen Einheiten nivelliert, sondern weil sie entscheidet und innerhalb ihrer selbst alle anderen gegensätzlichen Gruppierungen daran hindern kann, sich bis zur extremen Feindschaft (d.h. bis zum Bürgerkrieg) zu dissoziieren. Da wo sie ist, können die sozialen Konflikte der Individuen und sozialen Gruppen entschieden werden, so daß eine O r d n u n g , d.h. eine normale Situation besteht."(116)

Jede pluralistische Gruppe werde in dem Maße politisch, in dem sie an der Entscheidung teilhabe. Jeder Staat lebe aber von den verschiedenen Gebieten menschlichen Lebens und Denkens und ziehe aus Wissenschaft, Kultur, Religion, Recht und Sprache seine Energien: "Alles menschliche Leben, auch das der höchsten geistigen Sphären, hat in seiner geschichtlichen Realisierung wenigstens potentiell einen Staat über sich, der aus solchen Inhalten und Substanzen stark und mächtig wird, wie der mythische Adler des Zeus, der sich aus den Eingeweiden des Prometheus nährt."(117) Entzieht man - so kann man die dezisionistische Facette der Schmitt'schen Pluralismuskritik zusammenfassen - dem Staat jegliches Entscheidungssubstrat, so verlagert man das politische Gewicht auf die sozialen Gruppen, deren pluralistische Vielheit dann die alte politische Einheit beerbt.

Im fünften Teil seines Vortrages macht Carl Schmitt klar, welcher geistesgeschichtliche Rang einem "richtig

(114) Staatsethik ... S. 140.

(115) Ebd., S. 141.

(116) Staatsethik ... S. 141.

(117) Ebd.,

verstandenen Pluralismus"(118) zukommt. Sowohl "die Welt des objektiven Geistes"(119) als auch die politische Welt seien gekennzeichnet von einem real existierenden "Pluralismus der Rassen und Völker, der Religionen und Kulturen, der Sprache und der Rechtssysteme"(120). Schmitt kommt es nicht darauf an, "diesen gegebenen Pluralismus zu leugnen und mit Universalismen und Monismen zu vergewaltigen, vielmehr den Pluralismus richtig zu placieren."(121) In dieser pluralistischen Welt sind für Schmitt die Staaten als Verkörperung der politischen Einheiten die Träger des Pluralismus. Im Gegensatz zu Laski trocknet Schmitt den Pluralismus innenpolitisch aus, um ihn anschließend auf die außenpolitische Ebene zu übertragen. Sein Pluralismus ist zwischenstaatlich, Laskis Pluralismus binnenstaatlich konzipiert.

Laskis Idee der Menschheit ist für Carl Schmitt kein politisches Kriterium, da diese keinerlei Unterscheidungsmerkmale konstituiert. Im Gegenteil lasse sich ein so universalmonistischer Begriff wie Menschheit leicht als "ein furchtbares Instrument menschlicher Herrschsucht"(122) mißbrauchen: "Wenn aber erst höchste und universale Begriffe wie Menschheit politisch benutzt werden, um ein einzelnes Volk oder eine bestimmte soziale Organisation mit ihnen zu identifizieren, dann entsteht die Möglichkeit furchtbarster Expansion oder eines mörderischen Imperialismus. Hierfür läßt sich der Name der Menschheit nicht weniger mißbrauchen als der Name Gottes, und es könnte sein, daß sich bei vielen Völkern und großen Massen ein Gefühl verbreitet, dessen authentischer Ausdruck in der Abwandlung eines schlimmen Wortes von

(118) Ebd. S. 142.

(119) Ebd. S. 141.

(120) Ebd..

(121) Ebd.; so schon Carl Schmitt, Der Gegensatz von Parlamentarismus und moderne Massendemokratie (1926), in: Positionen und Begriffe, S. 61, Fußn. 1.

(122) Staatsethik ... S. 143.

Proudhon enthalten ist: 'Wer Menschheit sagt, will betrügen.'"(123)

Gegenüber einer "politischen Abnutzung solcher expansiven Ganzheiten"(124) sieht Carl Schmitt in der "Pluralität der zu Staaten geeinten Völker"(125) ein lebendiges Ordnungselement: "In einer vom Gesetz des Pluralismus beherrschten geistigen Welt ist ein Stück konkreter Ordnung wertvoller als die leeren Allgemeinheiten einer falschen Totalität."(126) Eine solche "wirkliche Ordnung"(127) habe mehr staatsethische Substanz als die politikfremden Fiktionen von Laski. Die Wahrung der politischen Einheit eines Volkes im Staatenpluriversum ist Schmitts staatsrechtlicher Imperativ.

Am Ende seiner Ausführungen beschäftigt sich Carl Schmitt mit der Frage, inwieweit ein pluralistischer Parteienstaat lebens- bzw. überlebensfähig ist. Staatsrechtliche *conditio sine qua non* sei eine gemeinsame, von allen Gruppierungen mitgetragene ethische Plattform bzw. ein Minimalkonsens zwischen den pluralistischen Gruppen. Laskis Staat habe hinreichende Lebenserwartung nur unter der Voraussetzung, daß "die zwei oder mehreren Parteien sich einigen, indem sie gemeinsame Prämissen anerkennen. Die Einheit beruht dann insbesondere auf der von allen Parteien anerkannten Verfassung, die als gemeinsame Grundlage unbedingt respektiert werden muß. Staatsethik wird dann zur *V e r f a s s u n g s e t h i k* ."(128) Eine solche Verfassung als Klammer der divergierenden Gruppeninteressen laufe jedoch immer Gefahr, zur bloßen Spielregel zu verkümmern. Verfassungsethik verwandele sich dann zuerst in eine "Ethik des fair play"(129), degeneriere dann weiter zu einer "Ethik des Satzes *pacta sunt servanda*"(130) und ende schließlich in einer "Ethik

(123) Ebd..

(124) Ebd..

(125) Ebd..

(126) Ebd., S. 143; Hervorhebung nicht von Schmitt.

(127) Ebd..

(128) Ebd.; Hervorhebung nicht von Schmitt.

(129) Ebd..

(130) Ebd., S. 145.

des Bürgerkrieges"(131). Wenn die politische Einheit in diesem pluralistischen Erosionsprozeß nur noch als "ein Agglomerat von wechselnden Vereinbarungen heterogener Gruppen"(132) bzw. als ein "Resultat eines ... kündbaren Bündnisses"(133) selbständiger politischer Größen erscheint, kann man - so Schmitt - nicht mehr von einem Staat oder von staatlicher Einheit sprechen. Zerfalle aber der Staat und mit ihm "die normale Situation und die Voraussetzung jeder ethischen und jeder rechtlichen Norm"(134), stelle sich für die Bürger - so Schmitts abschließender Appell - die Aufgabe, "ein Stück konkreter und realer Ordnung"(135) wiederherzustellen: "Dann tritt neben die Pflicht des Staates, die in seiner Unterwerfung unter ethischen Normen liegt, und neben die Pflichten gegenüber dem Staat eine weitere ganz anders geartete staatsethische Pflicht, nämlich die Pflicht zum Staat."(136)

f) Nach dieser theoretischen Grundlegung seines Antipluralismus war Schmitt in der Folgezeit bemüht, dieses Thema, das ihn im Jahre 1929 wie kein anderes beschäftigte, weiter in den öffentlichen Diskussionsmittelpunkt zu rücken. In einer **Besprechung des Buches "Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II."** von **Egmont Zechlin**, die am 10. Juli 1929 in der "Deutschen Allgemeinen Zeitung"(137) erschien, konstatiert Schmitt: "Bis jetzt spricht man in Deutschland noch nicht vom Pluralismus und dem mit diesem Wort bezeichneten Problem. Es ist anscheinend das Unglück nicht nur der Könige, sondern aller regierenden Gruppen, daß sie die Erörterung fundamentaler Fragen als unangenehm empfinden und sich lieber an den Gewinn und

(131) Ebd..

(132) Ebd..

(133) Ebd..

(134) Ebd..

(135) Ebd..

(136) Ebd.; vgl. zum Ganzen: Ernst Rudolf Huber, Positionen und Begriffe - Eine Auseinandersetzung mit Carl Schmitt, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 101. Band (1940), Heft 1, S. 15 f.

(137) Wieder abgedruckt in: Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 29 ff.; Zechlins Buch war 1929 in Stuttgart erschienen.

Applaus der Tagespolitik halten."(138) Nachdem die dynastisch-demokratische Doppelstruktur des Kaiserreiches, die die Entscheidung zwischen eben diesen beiden Prinzipien vertagt hatte(139), 1918 entfallen war, verwandelte sich Deutschland - so Schmitt - von einem dualistischen zu einem pluralistischen Staat: "In demselben Augenblick, in dem der bisherige Gegner des demokratischen Prinzips verschwand, traten innerhalb der Demokratie selbst die Gegensätze der verschiedenartigsten sozialen Gruppen und Parteien hervor, die sich in Zeiten des gemeinsamen Gegners nicht hatten entfalten können. Vielleicht bestand der größte Vorteil von Bismarcks Doppelkonstruktion darin, daß bei der Eigenart der Gegenspieler immer der eine benutzt werden konnte, um den anderen zu zwingen, national zu bleiben. Wenn dieser Zwang aufhört, entsteht die große Gefahr, daß das Nationale als eine Parteisubstanz neben anderen Parteisubstanzen erscheint, neben sozialen, wirtschaftlichen und konfessionellen Sachgehalten verschiedener Art. Das würde bedeuten, daß an die Stelle der dualistischen Struktur etwas Schlimmeres getreten ist, der P l u r a l i s m u s der sozialen und wirtschaftlichen Gruppen."(140)

g) In einer Rede auf der Tagung des Europäischen Kulturbundes in Barcelona ordnet Carl Schmitt am 12. Oktober 1929 unter dem Titel **"Das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen"**(141) den Pluralismus ein in die "allgemeine Tendenz zu einem geistigen Neutralismus, der für die europäische Geschichte der letzten Jahrhunderte charakteristisch ist."(142) Carl Schmitt sieht den Staat immer mehr seiner politischen Substanz beraubt, dadurch daß dieser seinen alten Machtanspruch, alle theologischen,

(138) Ebd. S. 32.

(139) Vgl. dazu Verfassungslehre, S. 31 ff. und die dortige Schmitt'sche Wendung vom "dilatatorischen Formelkompromiß".

(140) Staatsstreichpläne Bismarcks ... S. 32.

(141) Abgedruckt in: Positionen und Begriffe, S. 120 - 132 sowie in: Der Begriff des Politischen (1932), S. 79 ff..

(142) Positionen und Begriffe, S. 127.

geistigen, wirtschaftlichen und sonstigen Facetten und Elemente des menschlichen Lebens innerhalb des Staates zu beherrschen, aufgegeben habe. Gerade für den modernen "homogenen Wirtschaftsstaat" (143) aber kommt nach Schmitt alles darauf an, die Fäden der wirtschaftlichen Entwicklung weiter in Händen zu halten: "Ein Staat, der in einem ökonomischen Zeitalter darauf verzichtet, die ökonomischen Verhältnisse von sich aus richtig zu erkennen und zu leiten, muß sich gegenüber den sozialen Fragen und Entscheidungen für neutral erklären und verzichtet damit auf seinen Anspruch, zu herrschen." (144) Dankt der Staat in dieser Beziehung machtpolitisch ab, wird er - so kann man als Schmitts antipluralistische Quintessenz festhalten - zur Marionette der Verbände, die den Staat ihrerseits als taktische Waffe im Kampf untereinander mißbrauchen.

#### 4) Weimars Jahre der Entscheidung 1930 - 1932

a) Im Jahr 1930 verband sich in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung mit dem wirtschaftlichen Krisenbewußtsein auch ein politisches Ohnmachtsgefühl, das sich mit dunklen Zukunftsahnungen paarte. Mit dem Übergang von der Großen Koalition Hermann Müllers zum Präsidialkabinett Brüning im März 1930 und mit dem sprunghaften Anstieg des Anteils von Nationalsozialisten und Kommunisten bei den Septemberwahlen verlor das parlamentarisch-demokratische Regierungssystem "weiter von seiner nie sehr reichlich vorhandenen Popularität, nicht etwa nur bei den radikalen Rechten." (145) Das explosive Gegeneinander der pluralistischen Gruppen "bedeutete eine fortwährende Störung parlamentarischer

(143) Ebd. S. 126; Hervorhebung nicht von Schmitt.

(144) Ebd. S. 126/127.

(145) Conze aaO S. 70/71; vgl. auch Theodor Haubach, Positive Verfassungskritik - Ein Beitrag zur Reorganisation der Republik in: Die Justiz 1930/31, Band VI, Heft 11/12, S. 628 ff: "Die heillose Situation, in die die Republik durch die Septemberwahlen ... gekommen ist, hat ... einen starken Zweifel an der Haltbarkeit republikanischer Einrichtungen hervorgerufen. Das demokratische System ... scheint an einem unheilvollen inneren Widerspruch zugrunde gehen zu wollen." (ebd. S. 628).

Regierungstätigkeit und beließ den politischen Parteien, den sozialen Organisationen, den zahlreichen Interessenverbänden so weitgehende Souveränität, daß scheinbar einheitliche, äußerlich straff disziplinierte, einfach an das Bedürfnis nach staatlicher Souveränität und Einheit appellierende Bewegungen mit ihren Versprechungen, endlich Ordnung und Klarheit schaffen zu wollen, schon vom Organisatorischen her große Wirkung haben mußten."(146)

In jenen Tagen, in denen "die Klagen über die pluralistische Zersplitterung der Nation weitgehend die öffentliche Meinung in Deutschland (beherrschten)"(147), fielen Schmitts Strukturanalysen naturgemäß auf fruchtbaren Boden.(148)

b) In einer Rede über **"Hugo Preuß - Sein Staatsbegriff und seine Stellung in der deutschen Staatslehre"**(149) am 18. Januar 1930 in der Handels-Hochschule Berlin, in der Schmitt einen "kurzen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der letzten drei Generationen des deutschen Staatsrechts"(150) gibt, verquicken sich in auffallender Weise Schmitts rechtstheoretische Pluralismusanalysen mit konkreter politischer Kritik am Weimarer Staat.

Innerhalb des gesteckten rechtshistorischen Rahmens beschäftigt sich Carl Schmitt ausführlich mit Gierkes organischer Staatslehre, auf deren Boden sich Preuß gestellt habe.(151) Zunächst macht Schmitt semantische Bedenken geltend gegen "jenes Gewirr von Vieldeutigkeiten und Evasionen, deren charakteristisches Vehikel das Wort 'organisch'

(146) Bracher aaO S. 31; Nolte aaO S. 175 ff..

(147) Bracher aaO S. 42.

(148) Vgl. Otto Koellreutter, Volk und Staat in der Verfassungskrise, Berlin 1932.

(149) Als selbständige Schrift erschienen in der Reihe: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Heft 72, Tübingen 1930; nahezu inhaltsgleich ist der Aufsatz "Hugo Preuß in der deutschen Staatslehre", in: Die Neue Rundschau, Heft 3, März 1930.

(150) Hugo Preuß ... S. 3.

(151) Ebd. S. 10.

ist."(152) Die organische Staatslehre habe kein klares staatsrechtliches Profil, weswegen "alle denkbaren politischen Richtungen von Rechts bis Links, Monarchisten, Bismarckisten, Liberale, Demokraten"(153) Gierkes Lehren für ihre politischen Zwecke instrumentalisierten: "Auch die pluralistische Staatstheorie Laskis, welche die Einheit und überragende Ganzheit des Staates überhaupt leugnet und einem gewerkschaftlichen Sozialismus zugute kommt, kann sich in weitem Maß auf Gierke berufen."(154)

Inhaltlich habe Gierke mit seiner Genossenschaftslehre auf das staatstheoretische Hauptproblem des 19. Jahrhunderts, die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft, keine bündigen Antworten und Konzepte liefern können. Zwar habe man in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch daran festgehalten, "daß der Staat über der Gesellschaft steht, als eine Sphäre des Geistes und der Sittlichkeit, während die Gesellschaft die Region der Triebe, der Affekte und des Egoismus ... ist."(155) Nach der Reichsgründung 1871 und dem ab diesem Zeitpunkt einsetzenden "Abstieg des staatstheoretischen Bewußtseins"(156) habe jedoch die Gesellschaft sukzessive über den Staat triumphiert und es sei das eingetreten, was **Rudolf Gneist** so anschaulich als die "Überflutung des Staatsbaues durch die gesellschaftlichen Interessenkämpfe" bezeichnet hat.(157)

Schmitt parallelisiert das Aufkommen der Gierke'schen Genossenschaftslehre mit dem "innerpolitische(n) Vordringen des Bürgertums nach 1870" und ordnet die

(152) Ebd.; vgl. auch Carl Schmitt, Der Gegensatz von Gemeinschaft und Gesellschaft als Beispiel einer zweigliedrigen Unterscheidung - Betrachtungen zur Struktur und zum Schicksal solcher Antithesen, in: Estudios juridico - sociales - Homenaje al Profesor Luis Legaz y Lacambra, Universidad de Santiago de Compostela 1960, S. 165 ff.: "Mit Hilfe des Wortes und Begriffes 'organisch' glaubte man den Gegensatz von Staat und Gesellschaft zu überbrücken, den man für Deutschland nicht anerkennen wollte." (ebd. S. 168).

(153) Hugo Preuß ... S. 12.

(154) Ebd..

(155) Ebd. S. 13.

(156) Ebd. S. 14.

(157) Ebd..

organische Lehre als Instrument zur Relativierung der Staatssuprematie ein: "Es war nämlich eine ihrer wichtigsten Funktionen, die überragende Stellung des Staates gegenüber der Gesellschaft zu relativieren, indem sie den Staat als (wenn auch die höchste) Genossenschaft neben anderen Genossenschaften definierte."(158) In der Nachfolge Gierkes habe dann **Hugo Preuß** die Unterwanderung des Staates durch das Bürgertum forciert, "indem er ... die Wesensgleichheit aller menschlichen Verbände betonte und im Staat nur ein soziales Gebilde sah, das anderen sozialen Gebilden wesensgleich ist, freilich noch nicht in pluralistischem Nebeneinander und Durcheinander, sondern in einem Stufenplan von Gebietskörperschaften und immer noch unter dem Gesichtspunkt, daß der Staat die nationale Einheit und infolgedessen den entscheidenden Wert darstellt."(159)

Weimar schließlich verkörpert für Schmitt den vollendeten Sieg der gesellschaftlichen Kräfte über den Staat, der als machtvollkommener Leviathan abgedankt habe und zum bloßen Instrument des Pluralismus degeneriert sei: "Der Staat ist jetzt 'Selbstorganisation' der Gesellschaft. Während das deutsche Bürgertum des 19. Jahrhunderts sich in eine bestehende staatliche Ordnung hineinintegrierte und die monarchischen Institutionen der feste Rahmen waren, in den die neuen sozialen Elemente aufgenommen wurden, bleibt es nunmehr den Kräften der Gesellschaft überlassen, sich selbst zum Staat zu organisieren. Es wird nicht in einen bestehenden Staat hinein-, sondern der Staat selber wird integriert."(160) In einem Staat, der nicht mehr in der Lage sei, "die gegensätzlichen Gruppierungen innerhalb seiner selbst zu relativieren und ihre letzte Konsequenz, den Krieg, zu verhindern ... verlegt sich das Schwergewicht der Politik von außen nach innen. Die innerpolitischen Gegensätze werden dann zu den maßgebenden Freund- und Feindgruppierungen, und das bedeutet eben latenten oder akuten

(158) Ebd. S. 15.

(159) Ebd..

(160) Ebd. S. 21.

Bürgerkrieg."(161) Schmitt sieht den Kern der alten Staatsvorstellung, die Wahrung des Ganzen gegenüber den Teilen, dahinschmelzen unter der Regentschaft der Weimarer Parteibürokratien, die "die r e s p u b - l i c a des deutschen Volkes nach dem Gesetz der Quote unter sich verteilen."(162) Eine solche Selbstorganisation der Gesellschaft, die die Worthülse "Staat" nur noch als Tarnung benutzt, gefährdet für Schmitt die Freiheit des Individuums und droht, in einem Rückfall in einen pluralistischen Feudal- oder Ständestaat"(163) zu enden.

Zum Abschluß seiner Rede beschwört Carl Schmitt den "e s p r i t d e l a n a t i o n (164), der nicht dulden könne, daß der Staat zum "bloße(n) Werkzeug gesellschaftlicher Kräfte"(165) verkümmere. Deutschland brauche "eine von den organisierten Parteien unabhängige politische Intelligenz"(166), einen wahren "G e i s t d e r N a t i o n , für den, über die Mauern der Parteikasernen hinweg, mutige und unabhängige Menschen sich immer finden werden."(167)

In dieser Rede auf Preuß spannt Carl Schmitt sehr geschickt den Namen dieses berühmten Vaters der Weimarer Reichsverfassung vor den Karren seiner Pluralismuskritik(168), in der zum ersten Mal der Anti-Weimar-Affekt die theoretische Analyse überstrahlt.

c) In einem Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer Berlin am 8. April 1930 nimmt Carl Schmitt

(161) Ebd. S. 26.

(162) Ebd. S. 21.

(163) Ebd..

(164) Ebd. S. 22.

(165) Ebd. S. 23.

(166) Ebd. S. 24.

(167) Ebd..

(168) Die Gralshüter des nationalsozialistischen Dogmas aus dem Hause Rosenberg haben das später bei der Hatz auf Schmitt vorsätzlich falsch verstanden, als sie ihm im Wege einer kuriosen Zitatschnitzeljagd unterstellten, er habe den "Juden Hugo Preuß" über den grünen Klee gelobt; Anonym, Der Staatsrechtslehrer Prof.Dr. Carl Schmitt, in: Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage - Der Beauftragte des Führers für die Überwachung des gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP, Nr. 1/3, Jahr vom 8. Jan.1937, S. 2; vgl. dazu Günter Maschke, Das 'Amt Rosenberg' gegen Carl Schmitt, in: Zweite ETAPPE 1988, S. 96 ff..

unter dem Titel **"Das Problem der innerpolitischen Neutralität des Staates"**(169) das Neutralitätssujet vom Vorjahr(170) wieder auf und beleuchtet die wirtschaftlichen Machtstrukturen im Weimarer Staat und ihre Auswirkungen auf die verfassungsrechtliche Lage. Neben der Diagnose des pluralistischen Status quo, die die vorangegangenen Analysen bündelt, hält Schmitt verstärkt Ausschau nach staatsrechtlichen Gegengewichten zum **"l a b i l e n K o a l i t i o n s - P a r t e i e n - S t a a t"** (171).

Zu Beginn seines Vortrages rückt Schmitt die innerpolitische Kernfrage heutiger Staatlichkeit, nämlich die Frage des Verhältnisses des Staates zur Wirtschaft, in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Die aktuellen politischen Probleme des Staates, die in hohem Maße wirtschaftliche Ursache und Bezüge hätten, könnten - so Schmitt - "nicht mehr mit dem alten liberalen Prinzip unbedingter Nicht-Einmischung, absolut **N i c h t - I n t e r v e n t i o n**, gelöst werden"(172). Der Weimarer Republik, die ein Wirtschaftsstaat sei, fehle eine Wirtschaftsverfassung. Aus dieser Diskrepanz resultierten zwei gängige Hauptforderungen, die Schmitt jedoch beide verwirft: Die einen wollten den Staat völlig entökonomisieren und die Herrschaft der Wirtschaft über den Staat vor allem durch "sog. wirtschaftliche **I n k o m p a t i b i l i t ä t e n** (173), d.h. Unvereinbarkeiten von parlamentarischem Mandat und bestimmten wirtschaftlichen Berufen oder Stellung"(174) beenden oder zumindest beschränken. Auf diese Weise werde jedoch - so Schmitt - die Gesamtstruktur des staatlichen Lebens nicht verändert, das politische Manko

(169) Veröffentlicht in: Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin vom 10. Mai 1930; wieder abgedruckt in: Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 41 ff.; eine gekürzte Fassung dieses Beitrages erschien unter dem Titel "Neutralität gegenüber der Wirtschaft?" in: Germania, Nr. 166 vom 9. April 1930.

(170) Siehe Fußn. 141.

(171) Das Problem der innerpolitischen Neutralität ... S. 45.

(172) Ebd..

(173) Hervorhebung nicht von Schmitt; vgl. hierzu die bei Carl Schmitt entstandene Dissertation von Ruth Büttner, Wirtschaftliche Inkompatibilitäten, Bochum 1933, sowie Werner Weber, Parlamentarische Unvereinbarkeiten (Inkompatibilitäten), in: Archiv des öffentlichen Recht, Neue Folge 19, 1930, S. 161 ff..

(174) Das Problem ... S. 43.

der engen Verbindung von Staat und Wirtschaft bleibe bestehen, denn die "Massen der heutigen Wähler werden sich wahrscheinlich immer nach wirtschaftlichen Interessen gruppieren, und das läßt sich durch kein Gesetz wegdekretieren." (175)

Die entgegengesetzte Forderung, den Staat ganz zu verwirtschaftlichen und ihm eine "echte Wirtschaftsverfassung" (176) zu geben, habe nur den Sinn, den Staat der Ökonomie auszuliefern. Ein solches Verfahren "würde die Einheit des staatlichen Willens nicht stärken, sondern nur gefährden; die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze würden nicht gelöst und aufgehoben, sondern träten offener und rücksichtsloser hervor, weil die kämpfenden Gruppen nicht mehr gezwungen wären, den Umweg über allgemeine Volkswahlen und eine Volksvertretung zu machen." (177)

Nachdem Carl Schmitt so zwischen der Skylla eines entökonomisierten Staates und der Charybdis eines verwirtschaftlichten Staates hindurchgesehelt ist, bestimmt er nun seinen eigenen staatsrechtlichen Kurs. Zwischenziel ist für ihn die Beendigung des "pluralistischen Nebeneinander von Kompromissen und Verträgen, durch welche die jeweils am Koalitionsgeschäft beteiligten Parteien die Ämter und Einkünfte des Staates nach dem Gesetz der Quote unter sich verteilen und die Parität, die sie dabei beobachten, womöglich noch als Gerechtigkeit empfinden." (178)

Endziel ist die Transformierung egoistischer Parteiinteressen in einem dem Ganzen verantwortlichen, überparteilichen Staatswillen. Das Mittel, um zu einem solchen innerpolitisch neutralen, aber machtbewußten

(175) Ebd. S. 44.

(176) Ebd..

(177) Ebd..

(178) Ebd. S. 55.

Staat zu kommen, sei in erster Linie die Einrichtung eines echten "Beamtenstaates"(179), in dem die Beamten nicht mehr als "Beute- und Kompromißobjekte der Koalitionsfraktionen"(180), sondern als parteiunabhängige Institution aufgefaßt würden. Das Beamtentum entspräche in seiner Rolle als der "Gegensatz gegen die Kräfte und Methoden des labilen Koalitions-Parteien-Staates ... der geschichtlichen Tradition des deutschen Staates"(181) und sei nach Lage der Dinge der maßgebliche Motor bei der Aufgabe, "eine nach allen Seiten schielende Addierung von Augenblicks- und Sonderinteressen"(182) zu überwinden und "den Sinn für unparteiische Sachlichkeit (zu) retten."(183) Daneben könnten in beschränktem Maße Gutachtergremien, Reichsbank, Reichsbahn sowie einzelne deutsche Länder "Träger einer gewissen neutralisierenden Funktion werden."(184)

Für eine Dominanz dieser neutralen staatlichen Instanzen über die "apokryphe(n) Mächte"(185), die den Staat gefangen halten, seien jedoch besondere Stärke und Kraft notwendig, um die pluralistischen Gruppen im Zaume zu halten.(186) Nur durch eine solche Machtverlagerung weg von den Verbänden und hin zu den dem Ganzen verpflichteten, politischen Elementen könne - so Schmitt - die "völlige Zersplitterung der deutschen Einheit"(187) abgewendet und die politische Substanz des Staates gerettet werden.

Am Ende seines Vortrages bündelt Carl Schmitt wiederum seine Darlegungen in einer Kurzformel mit Appellcharakter: "Heute steht das deutsche Volk vor einer einfachen Alternative: entweder aus eigenem politischen Willen seine politische Einheit zu retten

(179) Ebd. S. 47; zur Bedeutung des Beamtentums in Schmitts Staatskonstruktion vgl. auch seinen Aufsatz "Wohlerworbene Beamtenrechte und Gehaltskürzungen", in: Deutsche Juristenzeitung vom 15. Juli 1931, Sp. 917 ff., wieder abgedruckt in: Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 174 ff..

(180) Ebd. S. 47.

(181) Ebd..

(182) Ebd. S. 46.

(183) Ebd. S. 48.

(184) Ebd. S. 53.

(185) Ebd. S. 47.

(186) Ebd. S. 57.

(187) Ebd. S. 56.

oder aber als Reparationseinheit kraft fremden Willens zu existieren."(188)

d) In einem Beitrag zur Aussprache über das Thema "Die deutsche Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und die Möglichkeiten zu ihrer Behebung"(189) vor dem Langnam-Verein, einem bedeutenden wirtschaftlichen Interessenverband, faßt Schmitt im Jahr 1930 seine Pluralismusanalysen zusammen: "Das Deutsche Reich ist heute ... ein pluralistisches Gebilde"(190), diagnostiziert Schmitt und betont die Bedeutung der "im Hintergrunde stehenden Energien"(191), jener nichtstaatlicher Elemente, die "die eigentlichen Träger der heutigen politischen Willensbildung"(192) seien. Schmitt sieht den Weimarer Staat durchzogen von zahllosen Querverbindungen zwischen pluralistischen Kräften, die die Handlungsfähigkeit des Reiches lähmten.

Er unterscheidet drei politische Machtfaktoren, die den Gang der Dinge im wesentlichen bestimmen: "Pluralismus der organisierten P a r t e i e n , Reste eines parteipolitischen neutralen B e a m t e n t u m s mit Reichswehr und Reichspräsident; schließlich die hin- und herflutenden Massen der Nichtorganisierten oder der im Schutz des Wahlgeheimnisses der Organisation sich entziehenden Staatsbürger, die ö f f e n t l i c h e M e i n u n g , oder wie man es bezeichnen mag ..." (193). Zur Überwindung dieses konfusen Status quo könnte man - so Schmitt - an eine "fundamentale Verfassungsreform"(194) denken, die versuchen muß, "die politischen Kräfte, die in Wirklichkeit den Staat beherrschen, zu zwingen, nun auch offen als solche auf die Bühne zu treten, die K u l i s s e n d e r

(188) Ebd. S. 58; über den Umfang der Reparationen vgl. Edgar Salin, Die deutschen Tribute, Berlin 1930.

(189) Veröffentlicht in: Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Neue Folge, Heft 19, Jahrgang 1930, S. 458 ff..

(190) Ebd. S. 460/461.

(191) Ebd. S. 460.

(192) Ebd. S. 461.

(193) Ebd. S. 462; Hervorhebung nicht von Schmitt.

(194) Ebd. S. 463.

P s e u d o - S t a a t l i c h k e i t niederzureißen und diejenigen, die die Macht haben, dazu bringen, daß sie ihre Macht offen gebrauchen, damit eine Verantwortung wieder möglich ist, damit man den Schuldigen erkennt und weiß, an wen man sich zu halten hat."(195)

Nach einigen rasonierenden Floskeln verwirft Carl Schmitt jedoch die Möglichkeit einer solchen Reform mit dem nicht näher begründeten Verweis auf eine notwendige Zurückhaltung "gegenüber radikalen Fragestellungen"(196). Vielmehr bleibe "im Augenblick nur eins", nämlich daß "die legale R e i c h s - r e g i e r u n g v o n i h r e n v e r f a s - s u n g s m ä ß i g e n M i t t e l n G e b r a u c h m a c h t ."(197) Auf diese Weise könnten die notwendigen Reformen und Programme durchgeführt werden. Der staatliche Apparat funktioniere noch und so komme alles darauf an, die deutsche "Reichsbürokratie"(198) - eventuell unter Zuhilfenahme von Art. 48 WRV(199) - gegen jene pluralistischen Mächte zu stemmen, denen jeglicher "staatlicher Verantwortungssinn und jede öffentliche Kontrolle fehlt, während zum Glück im deutschen Beamtentum noch staatliches Gefühl vorhanden ist."(200)

e) Den Höhepunkt der Auseinandersetzung Carl Schmitts mit dem Pluralismus stellt die im Frühjahr 1931

(195) Ebd. S. 462; Hervorhebung nicht von Schmitt.

(196) Ebd. S. 463.

(197) Ebd..

(198) Ebd. S. 464.

(199) Artikel 48 Weimarer Reichsverfassung lautet:

(Abs. 1) Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. (Abs. 2) Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten ...; vgl. Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches, Berlin 1921, S. 106 ff.; Zur Problematik Carl Schmitt, Die Diktatur des Reichspräsidenten, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer, Heft 1, Berlin und Leipzig 1924, S. 63 ff., wieder abgedruckt in: Die Diktatur, 2. Aufl., Berlin 1928, S. 219 ff.; hiermit weitgehend identisch ist der Abschnitt "Der Reichspräsident als Hüter der Verfassung", in: Der Hüter der Verfassung (1931), S. 132 ff.; siehe auch Carl Schmitt, Reichspräsident und Weimarer Verfassung, in: Kölnische Volkszeitung, 66. Jg., Nr. 198 vom 15. März 1925, S. 1.

(200) Langnam-Beitrag (1930), S. 464.

vorgelegte, zweite Fassung von "Der Hüter der Verfassung"(201) dar. Diese Schrift, die einige Aufsätze und Vorträge aus den Jahren 1929 und 1930 in den systematischen Zusammenhang stellt und mit neuen Aspekten verbindet(202), symbolisiert wie keine andere "Schmitts vernichtendes Urteil über den Pluralismus als politisches Prinzip ... Sie ist aus der Geschichte der 'Auflösung der Weimarer Republik' nicht wegzudenken. Sie hat Geschichte gemacht."(203)

Verkörperte der Vortrag "Staatsethik und pluralistischer Staat"(1930) die theoriegeschichtliche Seite seiner Pluralismuskritik, so stellt "Der Hüter der Verfassung" von 1931 das praktisch-analytische, Weimar-orientierte Pendant dazu dar. Diese beiden Abhandlungen sind die tragenden Säulen des Schmitt'schen Antipluralismus.

Schmitt leitet seine Querschnittsanalyse der Weimarer Verfassungswirklichkeit ein mit der orakelhaften Wendung: "Der Ruf nach einem Hüter und Wahrer der Verfassung ist meistens ein Zeichen kritischer Verfassungszustände"(204), um anschließend im ersten Hauptteil "Die Justiz als Hüter der Verfassung" auf "die

(201) Berlin 1931.

(202) Die Versatzstücke von "Der Hüter der Verfassung" (1931) sind im einzelnen: Die einleitende Übersicht sowie der I. Hauptteil "Die Justiz als Hüter der Verfassung", der verfassungskonstruktive Teil der Abhandlung, stellt eine stark überarbeitete Fassung von "Der Hüter der Verfassung" (1929), aaO S. 161 ff. und von "Das Reichsgericht als Hüter der Verfassung (1929) aaO S. 63 ff. dar. Der II. Hauptteil "Die konkrete Verfassungslage der Gegenwart", das antipluralistische Herzstück des Buches, setzt sich zusammen aus dem Artikel "Reichs- und Verfassungsreform" (Deutsche Juristenzeitung 1931, Heft 1, S. 5 ff.), dem Vortrag "Das Problem der innerpolitischen Neutralität des Staates" (1930, siehe oben) und neu erstellten Abschnitten. Von den letzteren hat Carl Schmitt den Abschnitt Ia ausgekoppelt in einen Artikel "Die Wendung zum totalen Staat", der im April 1931 in der "Europäischen Revue", Heft 4, S. 241 ff. erschien (wieder abgedruckt in: Positionen und Begriffe, S. 146 ff.); die "Übersicht über die verschiedenen Bedeutungen der innerpolitischen Neutralität" (Der Hüter der Verfassung 1931, S. 111 ff.) ist wieder abgedruckt in: Positionen und Begriffe, S. 158 ff.. Der III. Hauptteil "Der Reichspräsident als Hüter der Verfassung" führt alte Schmitt'sche Konzepte aus dem Jahr 1924 (siehe Fußn. 199) weiter und entspricht im wesentlichen den Ausführungen aus "Der Hüter der Verfassung" (1929), S. 212 - 237; vgl. dazu Lutz-Arwed Bentin, Johannes Popitz und Carl Schmitt - Zur wirtschaftlichen Theorie des totalen Staates in Deutschland, München 1972, S. 88. Die vorliegende Untersuchung geht im wesentlichen nur auf die neuen Ausführungen Schmitts im Hüter der Verfassung von 1931 ein. Der im April 1931 aus dem Hüter der Verfassung ausgekoppelte Aufsatz "Die Wendung zum totalen Staat" (siehe oben) wird nicht gesondert, sondern im systematischen Zusammenhang des "Hüters der Verfassung" behandelt.

(203) Fraenkel, Der Pluralismus als Strukturelement ... aaO S. 204.

(204) Der Hüter der Verfassung (1931), S. 1.

sehr engen Grenzen jeder Gerichtlichkeit"(205) bei dem Schutz der Verfassung hinzuweisen. Reduziere sich die Verfassung auf einen " K o m p r o m i ß der verschiedenen Träger des staatlichen Pluralismus"(206), so reklamierten die pluralistischen Elemente " R e c h t e an der Staatsgewalt selbst ..., weil sie sich darauf berufen können, die Träger des Kompromisses, d.h. die Kontrahenten des Vertrages zu sein, durch den sowohl die Verfassung wie alle weitere staatliche Wissensbildung zustande kommt."(207) Wenngleich es der Leipziger Staatsgerichtshof bislang vermieden habe, sich als "Instrument des staatlichen Pluralismus"(208) mißbrauchen zu lassen, so hält Schmitt dennoch an seiner These fest, daß die politischen Leitplanken nicht von gerichtlichen Instanzen markiert werden können: "Wenn daran festgehalten wird, daß die Weimarer Verfassung eine politische Entscheidung des einheitlichen deutschen Volkes als des Trägers der verfassungsgebenden Gewalt bedeutet und kraft dieser Entscheidung das Deutsche Reich eine konstitutionelle Demokratie ist, so läßt sich die Frage nach dem Hüter der Verfassung anders beantworten als durch fiktive Justizförmigkeiten."(209)

Im zweiten Hauptteil "Die konkrete Verfassungslage der Gegenwart" umreißt Schmitt den Weimarer Status quo mit den Begriffen Pluralismus, Polykratie und Föderalismus, die er jeweils diametral dem Gedanken der staatlichen Einheit entgegensetzt. Die Antipoden der Reichseinheit definiert er sodann wie folgt: P l u r a l i s m u s verkörpert für Schmitt "eine Mehrheit fest organisierter, durch den Staat, d.h. sowohl durch verschiedene Gebiete des staatlichen Lebens, wie auch

(205) Ebd. S. 11.

(206) Ebd. S. 63.

(207) Ebd. S. 64.

(208) Ebd. S. 69.

(209) Ebd. S. 70; vgl. zur Rolle der Justiz im Staat Carl Schmitts die diesem Hauptteil zugrunde liegende Abhandlung "Das Reichsgericht als Hüter der Verfassung" (1929) sowie "Was bedeutet der Streit um den 'Rechtsstaat'?", in: Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften, 95. Band (1935), S. 189 ff..

durch die territorialen Grenzen der Länder und die autonomen Gebietskörperschaften hindurchgehender, sozialer Machtkomplexe, die sich als solche der staatlichen Willensbildung bemächtigen, ohne aufzuhören, nur soziale (nicht-staatliche) Gebilde zu sein."(210)

P o l y k r a t i e bestimmt er als "eine Mehrheit rechtlich autonomer Träger der öffentlichen W i r t - s c h a f t , an deren Selbständigkeit der staatliche Wille eine Grenze findet."(211)

F ö d e r a l i s m u s versteht Schmitt als "das Neben - und Miteinander einer Mehrheit von Staaten ..., das innerhalb einer bundesstaatlichen Organisation besteht"(212), als "eine Pluralität von s t a a t - l i c h e n Gebilden auf s t a a t l i c h e m Boden."(213)

Carl Schmitt sieht den Weimarer Staat getragen von einer konfusen Gemengelage aus diesen drei Elementen, von einem "verwickelten Durcheinander zentrifugaler Kräfte und eines Systems von zentripetalen Gegenbewegungen."(214) Im Fortgang der Untersuchung nimmt Schmitt diese drei Elemente einzeln unter die staatsrechtliche Lupe.

Im ersten Abschnitt kommt er unter der Überschrift "Entwicklung des Parlaments zum Schauplatz eines pluralistischen Systems"(215) auf den fundamentalen Dualismus von Staat und Gesellschaft"(216) zurück. Während sich der Wille des Staates in der Regierung verkörpere, spiegelten sich die Interessen der Gesellschaft in der Legislative. Tatsächlich sei ein solcher dualistischer Staat konstruiert aus einem Balanceakt aus Regierungs- und Gesetzgebungsstaat.(217) Mit dem Vordringen der pluralistischen Legislative

(210) Der Hüter der Verfassung (1931), S. 71; vgl. Muth aaO S. 117.

(211) Der Hüter der Verfassung (1931), S. 71.

(212) Ebd..

(213) Ebd..

(214) Ebd. S. 72.

(215) Ebd. S. 73.

(216) Ebd. S. 74.

(217) Ebd. S. 75.

verliere der "moderne Staat, der ein Staat der Exekutive und der Regierung"(218) sei, gerade wieder das politische Machtsubstrat, das seine Modernität an der Schwelle zur Neuzeit ausgemacht habe: "Der seit dem 16. Jahrhundert seine Form gewinnende absolute Staat ist gerade aus dem Zusammenbruch und der Auflösung des mittelalterlichen, pluralistischen, feudalistischen Rechtsstaat und seiner Jurisdiktion entstanden und stützt sich auf Militär und Beamtentum."(219) Die Leistung dieses neuzeitlichen Staates besteht für Schmitt darin, daß er "eine Situation schafft, in welcher überhaupt erst Normen gelten können"(220) bzw. daß er "der Ursache aller Unordnung und Bürgerkriege, dem Kampf um das normativ Richtige, ein Ende macht."(221) Carl Schmitt kennzeichnet den bürgerlichen Rechts- und Verfassungsstaat des 19. Jahrhunderts als einen Staat der Legislative, in dem dem Gesetzgeber die Dezision überlassen ist und in dem das Parlament "zum wahren Hüter und Garanten der Verfassung" geworden ist.(222) Diese Entwicklung entsprach - so Schmitt - der Tendenz des liberalen 19. Jahrhunderts, "den Staat womöglich auf ein Minimum zu beschränken, ihn vor allem an Interventionen und Eingriffen in die Wirtschaft nach Möglichkeit zu hindern, ihn überhaupt gegenüber der Gesellschaft und ihren Interessengegensätzen möglichst zu neutralisieren, damit Gesellschaft und Wirtschaft nach ihren immanenten Prinzipien für ihr Gebiet die notwendigen Entscheidungen gewinnen ...(223) Schmitt nimmt seinen Topos von der Verwandlung des Staates zur Selbstorganisation der Gesellschaft wieder auf und fährt dann fort: "Organisiert sich die Gesellschaft selbst zum Staat, sollen Staat und Gesellschaft grundsätzlich identisch sein, so werden alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme unmittelbar s t a a t l i c h e Probleme und man kann nicht mehr

(218) Ebd..

(219) Ebd..

(220) Ebd., S. 76.

(221) Ebd..

(222) Ebd., S. 76, 78.

(223) Ebd., S. 78.

zwischen staatlich-politischen und gesellschaftlich-unpolitischen Sachgebieten unterscheiden." (224)

Der Staat sei gezwungen, sich in alles gesellschaftliche Leben einzumischen. Es gebe kein Gebiet für den Staat mehr, in dem er sich für neutral erklären könne: "In dem zur Selbstorganisation der Gesellschaft gewordenen Staat gibt es eben nichts, was nicht wenigstens potenziell staatlich und politisch wäre." (225) Schmitt verbindet dieses Phänomen mit der Formel Ernst Jüngers von der totalen Mobilmachung (226) und diagnostiziert anschließend eine "Wendung zum totalen Staat" (227). Diese F o r m e l v o m t o t a l e n Staat, die sich im desolaten Weimarer Staat wie ein Lauffeuer verbreitete, war eine jener Schmitt'schen Begriffsschöpfungen, die zahllosen Mißverständnissen, Irrtümern und Fehlinterpretationen ausgesetzt war und die maßgeblich Anteil an dem berühmten berüchtigten Ruf des Autors hatte. (228) Gemeint war mit dem totalen Staat ursprünglich allein das Phänomen der Vergesellschaftung des Staates, der gezwungen sei, das menschliche Leben innerhalb seiner Grenzen zur Gänze, also total zu umfassen und der Reserve nichtstaatlicher, "unpolitischer" Elemente nicht mehr dulden könne.

Diese Wendung zum totalen Staat offenbare sich heute - so Schmitt - auf wirtschaftlichem Gebiet, in dem sich Finanz- und Volkswirtschaft immer mehr verzahne, was

(224) Ebd. S. 78/79.

(225) Ebd. S. 79.

(226) Ernst Jünger, Die totale Mobilmachung, Berlin 1931.

(227) Der Hüter der Verfassung (1931), S. 79.

(228) Mitursächlich für die Begriffsinflation des totalen Staats war die Schrift "Der totale Staat" (Hamburg 1933) des Schmitt-Schülers Ernst Forsthoff, in der die Triumphgefühle über den am Boden liegenden Liberalismus dominieren und die einen präzisen politiktheoretischen Begriff auf dem Altar politischer Emphase opfert: "Totaler Staat ist die Entgegensetzung gegen den liberalen Staat; es ist der Staat mit umfassender inhaltlicher Fülle im Gegensatz zum inhaltlichen entleerten, durch Autonomisierungen, d.h. juristische Sicherungen vorausgesetzte Eigengesetzlichkeiten minimalisierten und nihilisierten liberalen Staat." (Forsthoff aaO S. 7); vgl. dazu Bentin aaO S. 105 f.; Storost aaO S. 54 ff. und passim; Heinz Otto Ziegler, Autoritärer oder totaler Staat, Tübingen 1932; zu Schmitts "Theorie des Totalitarismus" vgl. Hermann Flade, Die Chance der Freiheit, Meisenheim am Glan 1968, S. 54 ff.; zum Ganzen siehe Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt 1955 sowie Hans Buchheim, Totalitäre Herrschaft, München 1962, S. 11 ff. und passim.

letztlich eine vollständige Kontrollmöglichkeit des Staates über die Volkswirtschaft zur Folge haben müsse. Nimmt der Staat diese Möglichkeit nicht wahr und zieht er sich auf das Prinzip der Nicht-Intervention zurück, so bedeutet das für Schmitt, daß den pluralistischen Machtgruppen die politische Verfügungsgewalt überlassen wird: "Nicht-Intervention ist in einer solchen Lage nichts anderes als Intervention zugunsten des jeweils Überlegenen und Rücksichtslosen ..." (229). Folge einer solchen "Wendung zum Wirtschafts- und Wohlfahrtsstaat" (230) sei eine Wesensveränderung althergebrachter politischer Faktoren und Vorgänge. Die politische Partei, das Parlament und die Wahl als die zentralen Institutionen moderner republikanischer Staatlichkeit hätten ihren alten Bedeutungsinhalt verloren und sich zu Positionen des pluralistischen Staates transformiert.

Die politische Partei hat für Schmitt ihre alte Rolle als Mittel der staatlichen Willensbildung verloren. Sie hat aufgehört, "ein auf freier Werbung beruhendes, also nicht festes, nicht zu einem ständigen, permanenten und durchorganisierten sozialen Komplex gewordenen Gebilde" (231) zu sein: "Statt dessen sind heute die meisten größeren Parteien teils selbst feste, durchorganisierte Gebilde, teils stehen sie in einem durchorganisierten sozialen Komplex, mit einflußreichen Bürokratien, einem stehenden Heer bezahlter Funktionäre und einem ganzen System von Hilfs- und Stützorganisationen, in welchen eine geistig, sozial und wirtschaftlich zusammengehaltene Klientel gebunden ist." (232) Innerhalb des pluralistischen Parteienstaates hielten sich derartige soziale Machtkomplexe zwar gegenseitig in Grenzen und verhinderten dadurch die Omnipotenz des totalen Staates.

(229) Der Hüter der Verfassung (1931), S. 81.

(230) Ebd. S. 82.

(231) Ebd. S. 83.

(232) Ebd..

Die Tendenz zur Totalisierung werde dadurch jedoch nicht gebremst: "Durch die Pluralisierung ist ... die Wendung zum Totalen nicht aufgehoben, sondern nur sozusagen parzelliert, indem jeder organisierte soziale Machtkomplex soviel wie möglich - vom Gesangsverein und Sportklub bis zum bewaffneten Selbstschutz - die Totalität in sich selbst und für sich selbst zu verwirklichen sucht." (233)

Auch der Begriff der W a h l habe im pluralistischen Staat einen neuen Bedeutungsinhalt. Während man in vorpluralistischen Zeiten "jenes demokratische Grundaxiom von der Identität des Willens a l l e r Staatsbürger" (234) noch als communis opinio betrachten konnte, erweise sich im pluralistischen Staat die Vorstellung eines gemeinsamen Bandes jenseits der einzelnen Interessen als eine Fata Morgana. Tatsächlich führt für Schmitt das moderne, vom Verhältniswahlsystem beherrschte Wahlverfahren zu folgendem Vorgang: "Aus dem Dunkel geheimer Beratungen unkontrollierbarer Komitees wird eine Pluralität von Parteilisten mit einer langen Reihe von Namen den Wählermassen vorgelegt; diese teilen sich dann bei der Wahl nach den Parteilisten auf. Es ist nicht mehr davon die Rede, daß der einzelne Wähler unmittelbar den einzelnen Abgeordneten bestimmt; es liegt nur noch eine s t a t i s t i s c h e G r u p p i e r u n g u n d A u f t e i l u n g d e r W ä h l e r m a s s e n n a c h e i n e r M e h r - z a h l v o n P a r t e i l i s t e n v o r ." (235) Die Wahl verkümmere zu einem "Appell der stehenden Parteiheere" (236); Reste plebiszitähnlicher Elemente würden nur noch durch jene Bürger verkörpert, die von den pluralistischen Verbänden noch nicht organisatorisch erfaßt seien und als Flugsand zwischen den pluralistischen Bastionen umherflukturierten. Die Rolle des P a r l a m e n t s schließlich habe sich - so Schmitt - ebenfalls gewandelt. Aus dem lichten

(233) Ebd. S. 84.

(234) Ebd. S. 86.

(235) Ebd. S. 86/87.

(236) Ebd. S. 87.

parlamentaristischen Ideal, dem "Schauplatz einer einheitsbildenden, freien Verhandlung freier Volksvertreter, aus dem Transformator parteiischer Interessen in einen überparteiischen Willen" sei eine dunkle, pluralistische Realität, nämlich ein "Schauplatz pluralistischer Aufteilung der organisierten gesellschaftlichen Mächte" geworden. (237) Hinter der Fassade alter Begriffswelten sieht Carl Schmitt die neuen Träger der politischen Macht aufmarschieren. Die Treue gegenüber dem Staat verwandele sich in die Treue gegenüber der pluralistischen Gruppe. Hieraus resultiere schließlich ein Pluralismus moralischer Bindungen und Treueverpflichtungen, eben Laskis "plurality of loyalties", der die Auflösung des Staates forciert und dessen Einheit zunichte macht. Daneben entstehe "ein Pluralismus der Legalitätsbegriffe, der den Respekt vor der Verfassung zerstört und den Boden der Verfassung in ein unsicheres, von mehreren Seiten umkämpftes Terrain verwandelt, während es im Sinne jeder Verfassung liegt, eine politische Entscheidung zu treffen, die außer Zweifel stellt, was die gemeinsame, mit der Verfassung gegebene Basis der staatlichen Einheit ist." (238) Jede pluralistische Gruppe beanspruche für sich und ihre Interessen das Zepter der Legalität, um die jeweils andere Gruppe der Illegalität und Verfassungswidrigkeit zu ziehen und sie in eine politische Hors-la-loi-Position zu drängen. Zwischen diesen Mühlsteinen des pluralistischen Kampfes um die Legalität werde dann - so beschließt Schmitt seine Pluralismusbetrachtung - "die Verfassung selbst zerrieben." (239)

Im Gegensatz zum Pluralismus, unter dem Carl Schmitt "die Macht mehrerer sozialer Größen über die staatliche Willensbildung" (240) versteht, bedeutet Polykratie für Schmitt die Unabhängigkeit bzw.

(237) Ebd. S. 89.

(238) Ebd. S. 90.

(239) Ebd. S. 91.

(240) Ebd. S. 71; Hervorhebungen nicht von Schmitt.

Verselbständigung nichtstaatlicher Gebilde gegenüber dem Staat, was schließlich "ein Nebeneinander und Durcheinander zahlreicher, weitgehend selbständiger und voneinander unabhängiger, autonomer Träger der öffentlichen Wirtschaft"(241) zur Folge habe. Obwohl der moderne Staat längst ein Wirtschaftsstaat geworden sei, fehle es - so Schmitt - an maßgebenden einheitlichen Richtlinien des Staates in bezug auf die Wirtschaft. Statt dessen herrsche als direkte Folge des polykratischen Status quo allerorten "eine Desorganisation und Planlosigkeit, ja sogar Planwidrigkeit."(242) Innerhalb der Polykratie müsse man jedoch zwei Gruppen unterscheiden: Auf der einen Seite stünden die polykratischen Kräfte, die sich mit den Trägern des staatlichen Pluralismus verbündeten und aus dieser Symbiose ihre politische Bedeutung bezögen. Andere polykratische Kräfte wie z.B. Reichsbank und Reichsbahn verdankten dagegen einer Gegenbewegung gegen den Pluralismus ihre Existenz und garantierten, daß gegenüber der pluralistischen Aufteilung des Staates "bestimmte, für die Gesamtwirtschaft besonders schutzbedürftige Komplexe und Einrichtungen der parteipolitischen Beeinflussung entzogen und parteipolitisch neutralisiert werden."(243) Staatsrechtlich fatal wirkt sich - nach Schmitt - nur die erste Form der Polykratie aus: "Ihre eigentliche Bedeutung erhält die Polykratie der öffentlichen Wirtschaft dadurch, daß sie mit dem pluralistischen Auseinanderbrechen eines parlamentarischen Gesetzgebungsstaates bei gleichzeitiger

(241) Ebd. S. 91; der Begriff der Polykratie ist von Johannes Popitz entwickelt worden in einem Vortrag vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie am 19. Okt.1930, Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Selbstverlag, Berlin, S. 41 ff.; vgl. Bentin aaO S. 91.; vgl. auch die wiederum von Schmitt'schen Formulierungen beeinflusste Popitz'sche Definition von Polykratie: "das Vorhandensein jener Vielheit autonomer Träger der öffentlichen Wirtschaft, die mangelhaft verbunden nebeneinanderstehen und hinter einem starken Wall gesetzlichen und auch verfassungsgesetzlichen Schutzes rechtsstaatlich gesichert sind." ("Wer ist der Hüter der Verfassung?", in: Germania vom 17. April 1931, wieder abgedruckt in: Carl Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 103.

(242) Der Hüter der Verfassung (1931), S. 92.

(243) Ebd. S. 93.

i n t e n s i v s t e r E n t w i c k l u n g  
d e s S t a a t e s z u m W i r t s c h a f t s -  
s t a a t z u s a m m e n t r i f f t ."(244)

Pluralistischer Parlamentarismus und moderner  
Wirtschaftsstaat sind jedoch für Schmitt inkompatibel,  
was spätestens dann offenkundig werde, "wenn ein  
derartiger Wirtschaftsstaat mit einem derartigen  
pluralistisch determinierten Parlament, in großen  
wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einer abnormen  
wirtschaftlichen Situation, um überhaupt weiter zu  
bestehen, genötigt ist, einheitliche Richtlinien und  
große ... Wirtschafts- und Finanzpläne  
auszuführen."(245)

Neben Pluralismus und Polykratie ist für Schmitt der  
Föderalismus das dritte Strukturelement des Weimarer  
Staates, wobei dieser "als selbständige, mit den Größen  
der beiden anderen Reihen sich kreuzende oder  
verbindende, sie ausspielende oder von ihnen  
ausgespielte Größe"(246) fungiere. Ähnlich der  
Polykratie konstatiert Schmitt beim Föderalismus eine  
Doppelstruktur: "... einmal ist er ein Hilfsmittel  
echter territorialer Dezentralisation und zweitens kann  
er ... als Gegenmittel gegen die Methoden eines  
parteilichen Pluralismus angesehen werden."(247)  
Parlamentarismus und Föderalismus seien nur unter  
Inkaufnahme des Verlustes der staatlichen Einheit  
miteinander vereinbar.(248) Folge der "groteske(n)  
territoriale(n) Zersplitterung unserer heutigen  
bundesstaatlichen Organisation"(249) sei es, daß die  
föderalen Elemente an die pluralistischen Mächte  
ausgeliefert würden. Schmitt sieht das Reich und die  
einzelnen Länder zu Marionetten degradiert, die auf der  
Bühne des pluralistischen Kampfes um Positionsvorteile  
am Ende auf der Strecke bleiben müßten.(250) Das  
"heutige Deutsche Reich" ist für ihn "zu gleicher Zeit  
ein pluralistisches, ein polykratisches und ein

(244) Ebd. S. 93/94.

(245) Ebd. S. 94.

(246) Reichs- und Verfassungsreform, Deutsche Juristenzeitung 1931, S. 6, Anm.3.

(247) Der Hüter der Verfassung (1931), S. 96.

(248) Ebd. S. 95.

(249) Reichs- und Verfassungsreform aaO S. 7.

(250) Ebd.,

föderalistisches Gebilde - unglückliches Reich!" (251)

Nach dieser Diagnose des Weimarer Status quo nimmt Carl Schmitt die staatsrechtlich relevanten Gegenkräfte ins Visier, die in der Lage wären, das pluralistische Blatt zu wenden und eine neutrale Größe jenseits der zahllosen Parteiungen zu verkörpern. Er wiederholt seine

(251) Ebd. S. 6, Anm. 3; zu diesem Aufsatz schrieb der Politikwissenschaftler Adolf Grabowsky Carl Schmitt am 30. Jan. 1931 einen Brief, der wegen seiner besonderen Pluralismusrelevanz in voller Länge wiedergegeben werden soll:

Sehr verehrter Herr Prof. Schmitt,  
Sie haben die Freundlichkeit gehabt, mir Ihren Aufsatz "Reichs- und Verfassungsreform aus der Deutschen Juristenzeitung zu übersenden und haben dabei die Fussnote, die Ihre Theorie vom Pluralismus behandelt, rot angestrichen, wahrscheinlich mit Rücksicht auf die Ausführungen über die Staatsverfestigung in meiner Ihnen neulich übersandten Rezension der letzten Koellreuterschen Schrift. Gewiss ist der Begriff des Pluralismus sehr plastisch und ich gebe auch zu, dass er reale Erscheinungen im Staatsleben unserer Tage deckt. Aber das Nebeneinander grosser sozialer Organisationen und auch die von Popitz konstatierte Vielheit der allerverschiedensten Willenträger können doch meines Erachtens die Tatsache der Staatsverfestigung nicht aus der Welt schaffen. Der heutige Staat ist durchaus Wohlfahrtsstaat, und da er sehr viel komplizierter ist als der Polizeistaat des Merkantilismus, in eigentlich noch sehr viel höherem Grade Wohlfahrtsstaat als dieser. Die Caritas, die patriarchalische Sozialpolitik früherer Zeiten, der alte Fürsorgegedanke des Einstehens des einen für den anderen, ist - sehr zum Leidwesen namentlich der katholischen Kirche - abgelöst von einer Sozialpolitik der öffentlichen Hand, die letzten Endes immer wieder auf den Staat zurückführt. Länder wie England und die Vereinigten Staaten, die sich bis vor kurzer Zeit dem Gedanken des Berufsbeamtentums noch nicht voll geöffnet hatten, haben sich jetzt auch im civil service solches Beamtentum gestaltet. Physiokratie und Freihandel sind zugunsten des nationalen Handelstaates erledigt. Der moderne Staat tritt vor allem nach außen hin, in der Aussenpolitik, als ein ungeheuer starkes Gebilde auf, als ein Individuum ersten Ranges. Ich glaube, dass die Theorie des Pluralismus den Fehler macht, viel zu sehr innerpolitisch zu denken, die sehr viel wichtigere aussenpolitische Stellung des Staates aber zu vernachlässigen, die Position, in der erst seine Idee, seine Räson voll hervortritt. Überhaupt scheint mir ein wesentlicher Fehler aller heute herrschenden Staatslehre zu sein, dass sie viel zu sehr den Staat der Innenpolitik und viel zu wenig den der Aussenpolitik bedenkt. Die Anschauung davon gewinnt man freilich erst, wenn man den Gesamtaspekt der Epoche studiert, die ein Zeitalter des Imperialismus ist. Der Grundfehler, den Kelsen begeht und der der Angst vor der machtpolitischen Struktur des Staates entspringt, wird doch - in etwas gelinderter Form freilich - fast von der gesamten heutigen Staatslehre geteilt. Gerade deshalb ist ja auch zu verlangen, dass die Staatslehre 'national' werde, wobei man allerdings gewiss nicht an nationalistische Tendenzen denken darf. Noch aus einem anderen Grunde scheint mir die Theorie des Pluralismus nur eine verhältnismässige geringfügige Teilwahrheit zu geben. Innerpolitisch betrachtet, ist der heutige Staat nicht so sehr pluralistisch als dualistisch, denn aller Pluralismus wird überwogen durch den gigantischen Klassengegensatz im Hochkapitalismus. Aber - und hier näherte ich mich faschistischen Ideen - dieser Klassengegensatz kann geheilt werden durch die Aussenpolitik. Indem in der Aussenpolitik, namentlich im grossen aussenpolitischen Erlebnis, die Staatsideen nackt und bloss sich manifestiert, sinken Klassengegensatz und Klassenkampf unter. Sie gehen nicht zugrunde, wie es Mussolini annimmt oder anzunehmen vorgibt, aber sie können irrelevant werden. Deshalb hat gerade der Klassenstaat der Gegenwart die Aufgabe, möglichst breit ein Staat der Aussenpolitik zu sein. Wobei wir wieder an den Problemen des Imperialismus halten. In einem demnächst erscheinenden System der Politik werden Sie diese meine Gedanken weiter ausgeführt finden. Ich werde dann auch im Sinne dieses Briefes auf den Pluralismus eingehen.

Mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener  
(Grabowsky)

(Privatarchiv Tommissen).

Ausführungen zum Beamten- und Expertenstaat(252) und geht noch einmal auf den herrschenden "wirtschaftlich-finanziellen Ausnahmezustand"(253) ein, der "den Kern des Staates in seiner konkreten Eigenart" enthülle.(254) Sodann macht er deutlich, wen er als positive neutrale Größe zur Überwindung eines "verfassungswidrigen Pluralismus"(255) auserkoren hat:

Im dritten Teil nimmt Schmitt unter dem Titel "Der Reichspräsident als Hüter der Verfassung" Gedankenlinien aus der ersten Fassung von "Der Hüter der Verfassung" (1929)(256) wieder auf, beruft sich auf **Benjamin Constants** Lehre vom *pouvoir neutre* und fixiert den Reichspräsidenten als den ruhenden Pol seiner Verfassungsinterpretation. Dieser figuriert bei Carl Schmitt als eine vermittelnde, die pluralistischen Gegensätze in sich auflösende Instanz auf unmittelbarer demokratischer Grundlage: "Der Reichspräsident steht im Mittelpunkt eines ganzen, auf plebiszitärer Grundlage aufgebauten Systems von parteipolitischer Neutralität und Unabhängigkeit. Auf ihn ist die Staatsordnung des heutigen Deutschen Reiches in demselben Maße angewiesen, in welchem die Tendenzen des pluralistischen Systems ein normales Funktionieren des Gesetzgebungsstaates erschweren oder sogar unmöglich machen.(257)

Der Reichspräsident symbolisiert für Schmitt wie keine andere staatsrechtlich relevante Größe das klassische, die staatliche Einheit verkörpernde Gegengewicht zum pluralistischen Auflösungsprozeß. Die beiden letzten Sätze des "Hüters der Verfassung" bündeln noch einmal die Quintessenz seiner Staatsanalyse und münden ein in eine orakelhafte Beschworung des Schicksals von Weimar: "Die Verfassung sucht ... der Autorität des

(252) Dieser Teil des Hüters der Verfassung von 1931 (S. 96 - 110, 115 - 116) entspricht im wesentlichen seinem Vortrag "Das Problem der innerpolitischen Neutralität des Staates" von 1930; vgl. hierzu Fußn. 202 sowie oben Abschnitt 4c.

(253) Der Hüter der Verfassung (1931), S. 115.

(254) Ebd. S. 131.

(255) Ebd..

(256) Siehe oben Abschnitt 3d.

(257) Der Hüter der Verfassung (1931), S. 158.

Reichspräsidenten die Möglichkeit zu geben, sich unmittelbar mit diesem politischen Gesamtwillen des deutschen Volkes zu verbinden und eben dadurch als Hüter und Wahrer der verfassungsmäßigen Einheit und Ganzheit des deutschen Volkes zu handeln. Darauf, daß dieser Versuch gelingt, gründen sich Bestand und Dauer des heutigen deutschen Staates." (258)

f) Im Jahre 1932 verschärften sich die Konflikte und inneren Spannungen des Weimarer Staates immer mehr. Die wirtschaftliche Depression erreichte ihren Höhepunkt. In vielen Städten prägten bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden politischen Parteien das Straßenbild. Es nimmt nicht wunder, daß in einer solchen Lage in weiten Kreisen der Bevölkerung der Ruf nach einer das politische Chaos überwindenden staatlichen Größe immer stärker wurde. Die Staatstheorie Carl Schmitts, die am Ausnahmezustand orientiert war und die stets den bellum omnium contra omnes mit in ihr Kalkül gezogen hatte, mußte in jenen Tagen, in denen der politische Kurswert von Schönwetterphilosophien rapide abgesunken war, naturgemäß besonderes Interesse wecken. (259)

In seiner am 10. Juli 1932 fertiggestellten Schrift **"Legalität und Legitimität"** (260) ordnet Carl Schmitt seine Pluralismuskritik ein in seine Kritik am Gesetzgebungsstaat. Ein solcher durchlegalisierter Staat, für Schmitt "das typische Vehikel einer mit

(258) Ebd. S. 159.

(259) Vgl. dazu Muth aaO sowie Ernst Rudolf Huber, Carl Schmitt in der Reichskrise der Weimarer Endzeit, in: Quaritsch (Hrsg.), Complexio Oppositorum, S. 33 ff..

(260) München und Leipzig 1932, wieder abgedruckt in: Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 263; vgl. dazu O. Kirchheimer und N. Leites, Bemerkungen zu Carl Schmitts 'Legalität und Legitimität', in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 68 (1933), S. 457 ff sowie Rumpf aaO, der "Legalität und Legitimität" in eine Reihe mit "Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus" stellt und sodann über beide Schriften sagt: "Es gibt im deutschen Schrifttum zur Kritik der bürgerlich-liberalen Demokratie keine Veröffentlichungen, die diesen Abhandlungen an Durchblick, begrifflicher Schärfe und Eleganz des Stils gleichkommen." (ebd. S. 37); vgl. zum Ganzen jetzt: Vittorio Hösle, Carl Schmitts Kritik an der Selbstaufhebung einer wertneutralen Verfassung in "Legalität und Legitimität", in: Deutsche Vierteljahresshäfte für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte, 61. Jg. (1987), Heft 1.

Parteiprogrammen ausgerüsteten, reformistisch-revisionistisch-evolutionistischen Ära"(261), führe in letzter Konsequenz dazu, "sowohl die Legitimität (des Monarchen wie des plebiszitären Volkswillens) als auch jede auf sich selbst beruhende und höhere Autorität und Obrigkeit überflüssig zu machen und zu verneinen."(262) Im Gesetzgebungsstaat, der ständig gezwungen sei, die Interessen der sich hinter der legalen Fassade verschanzenden Machtgruppen zu berücksichtigen, drohe schließlich jegliche staatliche Substanz zur reinen Verfügungsmasse pluralistischer Verbände zu werden. Die Wahl als solche und die sie voraussetzende Homogenität der Bürger verschwänden und an ihren Platz trete "der gegenstandslose, inhaltsleere Funktionalismus rein arithmetischer Mehrheitsfeststellung."(263) Hierdurch werde die Wahl von einem Instrument der Willensbildung eines homogenen Volkes zu einer "quantitativ größere(n) oder geringere(n) Vergewaltigung der überstimmten und damit unterdrückten Minderheit. Die demokratische Identität von Regierenden und Regierten, Befehlenden und Gehorchenden hört dann auf; die Mehrheit befiehlt und die Minderheit hat zu gehorchen."(264) In einem solchen Staat, der das Prinzip der Homogenität aufgegeben hat, denkt - so Schmitt - die Masse der Staatsbürger nicht mehr einheitlich, sondern ist pluralistisch in eine Mehrzahl heterogener organisierter Komplexe aufgeteilt.(265) Das pluralistische System institutionalisiere das Parlament als eine zum Schein überpluralistische Ebene, auf der die Kompromisse zwischen den einzelnen Machtgruppen geschlossen würden.(266) Tatsächlich seien aber die pluralistischen

(261) Legalität und Legitimität S. 268.

(262) Ebd. S. 269.

(263) Ebd. S. 284.

(264) Ebd.; es ist hier nicht der Platz, die Kritik Schmitts an der modernen Wahl in extenso darzustellen, vgl. dazu Carl Schmitt ebd. S. 283 ff. sowie derselbe, Volksentscheid und Volksbegehren - Ein Beitrag zur Auslegung der Weimarer Verfassung und zur Lehre von der unmittelbaren Demokratie, Berlin und Leipzig 1927, S. 31 ff., 49 ff. und passim.

(265) Legalität und Legitimität S. 297.

(266) Ebd. S. 298, 337.

Elemente bei ihrem politischen Wirken überhaupt nicht auf den schützenden Mantel des Parlamentarismus angewiesen: "Ein folgerichtig durchgeführter Pluralismus braucht eine andere Art von Rechtfertigung als die Legalität des parlamentarischen Gesetzgebungsstaates. Feste, ihre Mitglieder unter weltanschaulichen, wirtschaftlichen und anderen Gesichtspunkten total erfassende Machtorganisationen, mit anderen Worten die Träger eines pluralistischen Systems, verwandeln alle staatlichen, föderalistischen, kommunalen, sozialrechtlichen und andere Zuständigkeiten in Positionen ihres Machtkomplexes; sie bilden durch Verträge und Kompromisse mit andern Partner des pluralistischen Systems den maßgeblichen staatlichen Willen und können sich - darauf kommt es hier vor allem an - für die ihnen lebenswichtigen Angelegenheiten nicht überstimmen und majorisieren lassen. Sie können, solange sie als solche politisch existieren, nicht darauf verzichten, von sich und ihrer politischen Existenz aus den Begriff der Verfassung und die Auslegung der Verfassung maßgebend zu beeinflussen." (267)

Auf diese Weise nähmen - so Schmitt - die pluralistischen Verbände Einfluß auf den staatlichen Willen, ohne gleichzeitig die Verantwortung für ihr Handeln übernehmen zu müssen. Die pluralistischen Machtkomplexe regierten aus dem Halbdunkel jenes Zwischenzustandes, "der es ihnen erlaubt, bald als 'Staat' und bald als 'nur soziale Größe' und 'bloße Partei' aufzutreten ..." (268). Das Prinzip der gleichen Wahlchance und damit die wesentliche Voraussetzung des Legalitätsbegriffs im pluralistischen Parteienstaat entfalle. Schließlich ständen die Träger des pluralistischen Staates, bar jeder eigenen inneren Autorität, hinter sämtlichen politischen Entscheidungen: "Ein pluralistischer

(267) Ebd., S. 337/338.

(268) Ebd., S. 338.

Parteienstaat wird nicht aus Stärke und Kraft, sondern aus Schwäche 'total'; er interveniert in alle Lebensgebiete, weil er die Ansprüche aller Interessenten erfüllen muß."(269)

In diesem schwachen Staat belauern sich - nach Schmitt - die pluralistischen Machtfaktoren gegenseitig und stehen unter dem notwendigen Zwang, "den Augenblick ihrer Macht auszunutzen, dem innerpolitischen Gegner zuvorzukommen und jede Art von Rechtfertigung als Waffe des innerpolitischen Kampfes zu betrachten. Legalität und Legitimität werden dann taktische Instrumente, deren sich jeder bedient, wie es im Augenblick vorteilhaft ist, die er beiseite wirft, wenn sie sich gegen ihn selber richten, und die einer dem andern fortwährend aus der Hand zu schlagen sucht."(270) In einem solchen pluralistischen Chaos sieht Schmitt jede Art von "Autoritätsresiduen"(271) dahinschmelzen. In diesem zerberstenden Staat könne die Verfassung am Ende nicht einmal mehr als "dilatorischer Formelkompromiß" weiterbestehen. Wiederum schließt Carl Schmitt seine Betrachtungen mit einem apodiktischen Entweder - Oder: Die Deutschen stünden vor der Alternative, entweder ein - nicht näher erläutertes - deutsches Verfassungswerk zu schaffen und damit die substanzhaften Inhalte und Kräfte des deutschen Volkes zu retten oder aber die bisherige funktionalistische Wertneutralität eines permeablen Staates weiterzuführen und damit unterschiedslos allen Inhalten, Zielen und Strömungen das Feld zu überlassen.(272)

g) In die pluralismusrelevanten Abschnitte der zweiten Fassung von **"Der Begriff des Politischen"** (1932)(273) hat Schmitt durchweg seine in den vergangenen fünf Jahren gewonnenen - oben dargestellten

(269) Ebd. S. 342.

(270) Ebd. S. 343.

(271) Ebd..

(272) Ebd. S. 344/345.

(273) München und Leipzig 1932; der Neudruck von 1963, nach dem wir zitieren, gibt den Wortlaut des Textes von 1932 wieder, enthält jedoch Veränderungen bezüglich Orthographie, Interpunktion sowie bezüglich der Einteilung von Absätzen und Fußnoten; vgl. hierzu H. Meier aaO S. 14 f., Fußn. 5.

- Erkenntnisse über das pluralistische Thema eingearbeitet. Neu gegenüber der ersten Fassung ist der Hinweis auf Gierke und Figgis als Vorläufer des Pluralismus(274) sowie die interessante Bezugnahme auf Hobbes' "mutual relation between Protection and Obedience", der für Schmitt "das c o g i t o e r g o s u m des Staates"(275) verkörpert. Hobbes wird sodann als Eideshelfer für Schmitts pluralistische Analysen herangezogen: "Hobbes hat diese Wahrheit in den schlimmen Zeiten des Bürgerkriegs erfahren, weil dann alle die legitimistischen und normativistischen Illusionen entfallen, mit denen sich die Menschen in Zeiten ungetrübter Sekurität über politische Wirklichkeiten gern hinwegtäuschen. Sind innerhalb eines Staates organisierte Parteien imstande, ihren Angehörigen mehr Schutz zu gewähren als der Staat, so wird der Staat bestenfalls ein Annex dieser Parteien, und der einzelne Staatsbürger weiß, wem er zu gehorchen hat."(276)

Schmitts Ausführungen zum Pluralismus im übrigen decken sich in allen maßgeblichen Punkten mit denen in der ersten Fassung des "Begriffs des Politischen"(277).

h) Nach dem "Preußenschlag" vom 20. Juli 1932, bei dem die preußische Regierung Braun - Severing von Reichspräsident Hindenburg aufgrund Art. 48 WRV amtsenthoben wurde, spitzten sich die politischen Spannungen immer mehr zu. Mit dem im Oktober 1932 dieser Reichsexekution nachfolgenden Verfahren vor dem

(274) Der Begriff des Politischen (1932), S. 42 f. nebst Fußn. 13 und 14.

(275) Ebd., S. 53.

(276) Ebd.; vgl. dazu Bernard Willms, Thomas Hobbes - Das Reich des Leviathan, München / Zürich 1987, S. 89 ff., 112 ff. und passim.

(277) Vgl. oben Abschnitt 2c.

Leipziger Staatsgerichtshof(278), bei dem Schmitt auf Seiten des Reichs auftrat und das ihn zu einer "political personality of some importance in 1932"(279) machte, trat die Weimarer Republik in ihre letzte, entscheidende Phase.

Im Spätjahr 1932 hielt Schmitt vor Wirtschaftsvereinigungen eine Reihe von **Vorträgen**(280), die die Weimarer Realität in erschreckender Nüchternheit analysierten und den Zuhörern den desolaten Zustand des Staates und dessen Ursachen überdeutlich vor Augen führten. Inhaltlich variierte Schmitt seine vorangegangenen Beschreibungen des pluralistischen Status quo geringfügig, erweiterte sie um den neuen Aspekt einer möglichen Selbstverwaltung der Wirtschaft und lud sie mit rhetorischen Verstärkungen auf.

Der Prozeß vor dem Staatsgerichtshof habe - so Schmitt - die gemeinsame Front der pluralistischen Kräfte gegen das Reich deutlich gemacht.(281) Statt des totalen Staates herrschten in Deutschland die totalen Parteien als die eigentlichen staatsfeindlichen, staatshemmenden oder staatszerspaltenden Kräfte(282): "Das

(278) Vgl. dazu: Preußen contra Reich vor dem Staatsgerichtshof; Stenogrambericht der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig vom 10. bis 14. und vom 17. Okt.1932, Berlin 1932; Carl Schmitt, Schlußrede vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig, in: Positionen und Begriffe, S. 180 ff.; die Lage nach dem "Preußenschlag" - Urteil analysiert aus dezidiert nationalsozialistischer Sicht: Paul Ritterbusch, Der Verfassungskompromiß von Weimar, das Experiment der Präsidialregierung und die nationalsozialistische Staatsidee, Wittenberg 1932; über die Rolle Schmitts bei dem Preußenschlag selbst, vgl. Ernst Rudolf Huber, Carl Schmitt in der Reichskrise ... aaO S. 33, 37; vgl. auch Carl Schmitt, Die Verfassungsmäßigkeit der Bestellung eines Reichskommissars für das Land Preußen, in: Deutsche Juristenzeitung, 37. Jg., Heft 15 vom 1. Aug.1932, Sp. 953 ff. sowie derselbe, 1 Jahr deutsche Politik - Rückblick vom 20. Juli 1932 - von Papen über Schleicher zum ersten deutschen Volkskanzler Adolf Hitler, Westdeutscher Beobachter, Amtl. Organ der NSDAP, 9. Jg., Nr. 176 vom 23. Juli 1933, S. 1; vgl. zum Ganzen Henning Grund, "Preußenschlag" und Staatsgerichtshof im Jahre 1932, Baden-Baden 1976.

(279) Bendersky aaO S. 168; auf der Seite des Reichs traten neben Schmitt Erwin Jacobi und Carl Bilfinger auf, auf der Seite Preußens standen unter anderem Hermann Heller und Gerhard Anschütz.

(280) Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang:

- Konstruktive Verfassungsprobleme, Rede des Prof. Dr. Carl Schmitt, gehalten auf der Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands e.V. am 4. Nov. 1932, als Manuskript gedruckt.
- Gesunde Wirtschaft im starken Staat, Nov. 1932 in: Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen ("Langnamverein"), Neue Folge, Heft 21, Düsseldorf 1932.
- Weiterentwicklung des totalen Staats in Deutschland, in: Europäische Revue, 9. Jg. (1933), Heft 2 (Febr.), S. 65 ff., wieder abgedruckt in: Positionen und Begriffe, S. 185 ff.

(281) Konstruktive Verfassungsprobleme, S. 4.

(282) Ebd. S. 10; Weiterentwicklung ... S. 186.

Nebeneinander mehrerer solcher totaler Gebilde, die auf dem Wege über das Parlament den Staat beherrschen und ihn, solange es pluralistisch zugeht, zum Objekt ihrer Kompromisse machen, ist die Ursache jener merkwürdigen q u a n t i t a t i v e n A u s d e h n u n g d e s S t a a t e s "(283). Zwischen Staat und Bürger habe sich ein Reich des Pluralismus entfaltet, das das Monopol bzw. - da pluralistisch strukturiert - das "Polypol"(284) der Politik für sich beanspruche.

Auf der Suche nach Staatselementen und -strukturen, die dieses Chaos zu bändigen in der Lage wären, kommt Carl Schmitt zunächst auf seine Forderung zurück, Inkompatibilitäten, also Unvereinbarkeiten zwischen staatlichen und wirtschaftlichen Ämtern zu konstituieren, um auf diese Weise staatliche und nichtstaatliche Sphären sauber trennen zu können. Das Beispiel der Reichswehr, der letzten "Insel in dem Meere der grenzenlosen Kompatibilitäten"(285), beweise, daß es trotz aller pluralistischen Tendenzen noch möglich sei, eine Ebene der Unparteilichkeit und Staatsgesinnung zu erhalten: "Es handelt sich darum, daß ein von den alles mediatisierenden totalen Parteien unabhängiger Staat, eine unabhängige Regierung, ein unabhängiges Beamtentum wieder imstande ist, die Geschäfte so zu führen, wie es im Interesse des Ganzen notwendig wird ..."(286)

Dabei ist sich Schmitt der Tatsache bewußt, daß sich gemeinsame wirtschaftliche Interessen immer in irgendeiner Form organisieren werden. Nicht diese nationalökonomische Selbstverständlichkeit zu leugnen, sondern diese in eine staatsrechtliche Form zu gießen, ist sein Anliegen: "Diese Selbstorganisation wieder zu sich selbst zu bringen, sie von der falschen politischen Kostümierung zu befreien, um sie dann wieder Auge in

(283) Weiterentwicklung ... S. 188; Hervorhebung nicht von Schmitt.

(284) Ebd..

(285) Gesunde Wirtschaft ... S. 22

(286) Konstruktive Verfassungsprobleme ... S 11.

Auge mit einem starken und unabhängigen Staate zu stellen, das scheint mir der Kern des Verfassungsproblems zu sein, vor dem wir heute stehen."(287) Zu diesem Zweck schlägt er vor, die alte "Gegenüberstellung unserer liberalen Großväter von Staat und freiem Einzelindividuum"(288) abzulösen und zwischen dem Einzelnen und dem Staat ein "Zwischengebiet"(289) zu konstituieren, in dem der Gedanke der wirtschaftlichen Selbstverwaltung dominiere. Erst die Schaffung einer solchen ständeartigen dritten Ebene ermögliche - so Schmitt - eine präzise Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und staatlichen Bereichen, die ihrerseits wiederum die *conditio sine qua non* für eine postpluralistische Staatlichkeit sei. Die Kraft, eine solche Trennung vorzunehmen, habe jedoch wiederum nur - so Schmitts Zirkelschluß - ein starker Staat mit entpolitisierender Dynamik.(290) Es gehe also darum, dem Weimarer Staat, "der ja heute nur noch stoß- und momentweise Staat ist, durch neue Einrichtungen und Institutionen gewisse solide Autoritätsgrundlagen zu verschaffen."(291) Wer die Träger dieser neuen Autorität sein sollen, wer die Frischzellen für die Staatsmacht liefern soll, sagt Schmitt freilich nicht. Er reißt zwar den Gedanken einer zweiten Kammer, eines Oberhauses nach englischem Vorbild kurz an, verwirft ihn aber - ohne ihn grundsätzlich abzulehnen - zum jetzigen Weimarer Zeitpunkt, der "zuerst einmal einen starken handlungsfähigen, seinen großen Aufgaben gewachsenen Staat"(292) erforderlich mache.(293) Als staatsrechtliches *Passepartout* zur Überwindung des schwachen Staates fungiert bei Schmitt wieder einmal Art. 48 WRV, der gegenüber dem Mißbrauch aller verfassungsmäßigen Einrichtungen reine Notwehrfunktion habe.(294)

(287) Ebd..

(288) *Gesunde Wirtschaft ...* S. 24.

(289) Ebd..

(290) Ebd. S. 26.

(291) Ebd. S. 27.

(292) Ebd. S. 30.

(293) Ebd. S. 27 ff.; *Konstruktive Verfassungsprobleme* S. 13 f..

(294) *Konstruktive Verfassungsprobleme* S. 14.

Nach der pluralistischen tabula rasa, die alle Verfassungseinrichtungen denaturiert habe und die sämtliche juristische Strukturelemente in Schutzwälle für den pluralistischen Kampf um die Macht im Staate verwandelt habe, sieht Carl Schmitt nur noch e i n e "letzte Säule der Weimarer Verfassungsordnung": "der Reichspräsident und seine aus vorpluralistischen Zeiten stammende Autorität." (295)

#### 5) Konkrete Ordnung versus Pluralismus (1933 - 1934)

a) Im Januar 1933 veränderte sich das politische Szenario schlagartig: Eine der Weimarer Bürgerkriegsparteien, die NSDAP, die von vorneherein erklärt hatte, die ganze Macht und nicht nur einen Anteil daran zu erstreben, hatte ihr Ziel erreicht: "Deutschland war ... zu einem Ideologiestaat geworden, wo ein Mann und eine Partei unter enthusiastischer Zustimmung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung die politische Macht ungeteilt in Händen hielt." (296) Die Geschäftsgrundlage für ein Verteilen der Macht unter den pluralistischen Verbänden war entfallen. Die hierzu erforderliche politische Verfügungsmasse war auf e i n e Partei übertragen, die gar nicht daran dachte, von diesem Kuchen irgendwelche Stücke abzugeben. So heißt es denn auch lapidar in § 1 des "Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat": "Nach dem Sieg der nationalsozialistischen Revolution ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem

(295) Weiterentwicklung ... S. 190.

(296) Nolte aaO S. 215.

Staat unlöslich verbunden." (297)

Mit dem Weg Adolf Hitlers "vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" (298) war den Schmitt'schen Pluralismusanalysen "am lebenden Corpus" der Boden entzogen. Der Weimarer Patient war tot. Was blieb, war die politiktheoretische Sezierung der Leiche mit dem Ziel, die Todesursache en detail auszubreiten. Schmitt ordnet in der Rückschau auf die erste deutsche Republik seine Pluralismuskritik nunmehr ein in eine allgemeine Kritik am liberalen Staat, wobei auffällt, wie seine antiliberalistischen Attitüden vom nationalsozialistischen politischen Ambiente beflügelt werden. (299) Daneben stehen Schmitts Bemühungen, den Nationalsozialisten, die ohne jegliches konkretes staatsrechtliches Konzept angetreten waren, Strukturvorschläge für den neuen Staatsaufbau vorzuschlagen. (300) Hier ist Carl Schmitt zum ersten Mal gezwungen, seinen pluralismuskritischen Diagnosen Weimarer Provenienz antipluralistische Therapieansätze gegenüberzustellen. Wie sich unten zeigen wird, zeichnet Schmitt sein Gegenmodell zum pluralistischen Staat nur in groben Skizzen und läßt an vielen Stellen die erforderliche staatsrechtliche Präzision in dem gängigen Wortnebel des neuen Deutschland

(297) Verkündet am 1. Dez. 1933, Reichsgesetzblatt, Jg. 1933, Teil I, S. 1016. Dieses Gesetz schloß eine ganze Welle von vereinheitlichenden Gesetzen des Jahres 1933 ab. Es lohnt sich, nur einmal einige wenige Gesetzesbezeichnungen anzuführen, um die antipluralistische Tendenz des nationalsozialistischen Gesetzgebers deutlich zu machen: Ermächtigungsgesetz, Gesetz über Gleichschaltung der Länder, Reichstatthaltergesetz, Beamtengesetz, Gesetz über die Eingliederung der Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront, Gesetz gegen die Neubildung der Parteien, Gesetz über die Volksabstimmung, und viele andere; vgl. Carl Schmitt, Ein Jahr nationalsozialistischer Verfassungsstaat, in: Deutsches Recht, Zentralorgan des Bundes National-Sozialistischer Deutscher Juristen, 4. Jg. (1934), S. 27 ff.; Rüthers aaO S. 105 ff..

(298) So der Titel der Tagebuchdarstellung vom 1. Jan. 1932 bis 1. Mai 1933 von Joseph Goebbels, 15. Aufl., München 1937.

(299) Vgl. dazu die nüchterne Analyse von Günter Krauss, Erinnerungen an Carl Schmitt, Teil 3: 1933, in: Piet Tommissen (Hrsg.), Schmittiana I, S. 55 ff.: "Solange eine Verfassung in Kraft ist, muß man mit ihr leben und Wege zu einer sinn- und situationsgemäßen Auslegung finden, was vertiefter Betrachtung oft möglich ist und Carl Schmitt hervorragend gelang. Er hatte Weimar alle Chancen geboten, die das Staatsrecht bieten kann; nachdem sie aber ungenutzt geblieben waren, stand durchgreifender Kritik nichts mehr im Wege." (ebd. S. 61).

(300) So auch Günter Maschke, Zum 'Leviathan' von Carl Schmitt, in: Carl Schmitt, Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes, Nachdruck der Erstausgabe 1938, Köln - Löwenich 1982, S. 179, 190; über die Motivation Schmitts für seine nationalsozialistische Option vgl. Taubes aaO: "Das Interesse von Schmitt war nur eines; daß die Partei, daß das Chaos nicht nach oben kommt, daß Staat bleibt". (ebd. S. 72).

untergehen.(301)

b) In verschiedenen Aufsätzen und Artikeln des Jahres 1933 spiegeln sich die Entwicklungsstufen der Schmitt'schen Haltung zum neuen nationalsozialistischen Staat wider.(302) Hatte er die Märzahlen noch skeptisch abgewartet, orientierte er sich danach in erstaunlich schnellem Tempo an der neuen verfassungsrechtlichen Lage. Am 1. Mai 1933 trat Schmitt in die NSDAP ein und bemühte sich anschließend, auf den staatsrechtlichen Gang der nationalsozialistischen Dinge Einfluß zu nehmen. Seine - uns hier interessierenden - Stellungnahmen zum Weimarer Pluralismus nehmen hierbei einen breiten Raum ein und dokumentieren den hohen Stellenwert, den das antipluralistische Moment in Schmitts Denken auch noch im Jahre 1933 einnimmt. In einer **Kommentierung zum Ermächtigungsgesetz**(303) ruft Schmitt zum Kehraus der Weimarer Ideenwelt auf und warnt davor, "mit der Sophistik des alten Parteienstaates die Rechtsgrundlagen des neuen Staates zu untergraben. Mit dem Staat wird auch das Staatsrecht und die Staatsrechtslehre gereinigt und erneuert werden müssen." (304) Schmitt weist hin auf die "Entstellungen der verfassungsmäßigen Einrichtung des Reichstags, wie sie der pluralistische Parteienstaat herbeigeführt

(301) Es ist hier nicht der Ort, das im übrigen sehr reizvolle Thema "Carl Schmitt und der Nationalsozialismus" in extenso zu behandeln. Es ist zu hoffen, daß die angekündigte Arbeit von Claus D. Wieland, Carl Schmitt, 1932 - 1945, München 1989, diesbezüglich Licht in ein Gebiet bringt, das - um nur die zwei kennzeichnenden Antipoden zu nennen - durch die Arbeiten von Fijalkowski und Bendersky eher künstlich verdunkelt wurde. Carl Schmitt war nämlich weder der böse Täter, der schon immer die Nationalsozialisten an die Macht bringen wollte, noch war er das arme Benito-Cereno-gleiche Opfer, das hilflos den Mannen Heydrichs ausgeliefert war. Tertium datur. Schmitts Ritt auf den nationalsozialistischen Tiger jenseits von Apologie und Polemik zu analysieren, wäre jedenfalls ein wichtiges Forschungsdesiderat; wichtig dazu: Rene Capitant, L'Etat national-socialiste, in: Piet Tommissen (Hrsg.) Schmittiana I aaO S. 119 ff.; siehe auch unten Kap. V, Abschnitt 3b.

(302) Von einer Zäsur in Carl Schmitts Denken im Jahre 1933 zu sprechen, wie das Ingeborg Maus, Rechtstheorie und Politische Theorie im Industriekapitalismus, München 1986, S. 93 ff. und Maschke, Der Tod ... S. 136 f. tun, ist nur zur Hälfte richtig. Die Zäsur erfolgte nur im Hinblick auf die Anerkennung einer neuen verfassungsrechtlichen Grundlage. Schmitts Staatsvorstellungen blieben im übrigen weitgehend unverändert, sodaß man mit gleichem Recht wie Maus und Maschke auch von einer Kontinuität im Denken Carl Schmitts im Jahre 1933 sprechen kann; richtig daher Hofmann, Legitimität ... aaO: "Schmitt verließ den Kreis nicht, in dem er schon vor 1933 dachte und schrieb." (ebd. S. 182).

(303) Carl Schmitt, Das Gesetz zur Hebung der Not von Volk und Reich, Deutsche Juristenzeitung, 38. Jg., Heft 7, 1933, Sp. 455 ff..

(304) Ebd. Sp. 458.

hat"(305) und lobt den nationalsozialistischen Gesetzgeber, der Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident als I n s t i t u t i o n jenseits pluralistischer Auszeichnungen wieder eingesetzt habe und damit "eine neue Art institutioneller Garantie geschaffen" habe.(306) Darüberhinaus sei der pluralistische "tägliche Handel um Existenzfragen von Volk und Reich" beendet und die "staats- und verfassungszerstörenden Methoden des bisherigen Mehrparteienstaates" abgelöst durch eine Regierung, die "Ausdruck eines national einheitlichen, politischen Willens" sei.(307)

In dem Artikel **"Das gute Recht der deutschen Revolution"**(308) hebt Schmitt die Bedeutung der G l e i c h a r t i g k e i t als den alles umspannenden Rechtsgedanken des nationalsozialistischen Gesetzgebungswerkes hervor. Dieser Begriff der Gleichartigkeit, in gewisser Hinsicht der völkisch aufgeladene Begriffsnachfolger der alten Schmitt'schen Homogenität, müsse die liberalistische "Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt", ablösen. Carl Schmitt begrüßt den "Strom des neuen Rechts, der sich über den Sumpf des bisherigen Systems ergießt" und betont die Unabhängigkeit revolutionärer Vorgänge von legalistischen Fesseln: "Wir brauchen uns nicht von den liberalen Hütern eines arg mißbrauchten Begriffes darüber belehren zu lassen, was Recht und Gerechtigkeit und was ein Rechtsstaat ist. Wir schaffen heute zunächst einmal die notwendige Gleichartigkeit; erst dann kann wieder eine vernünftige und gerechte Gleichheit herrschen ... Die deutsche Revolution läßt sich nicht in der Schlinge einer ihr fremden und feindlichen Legalität fangen." (309)

(305) Ebd. Sp. 457.

(306) Ebd..

(307) Ebd. S. 458.

(308) Westdeutscher Beobachter, Amtliches Organ der NSDAP, 9. Jg. Nr. 108 vom 12. Mai 1933, S. 1/2.

(309) Ebd..

Nach einem rüden Schwanengesang auf "Die deutschen Intellektuellen"(310), in der Schmitt sich als "geistige(r) Arbeiter des heutigen Deutschland" dem Volk und dem Ganzen zuordnet(311), skizziert er in "Der Staat des 20. Jahrhunderts"(312) die maßgeblichen Grundlinien zukünftiger nationalsozialistischer Staatlichkeit. Die Korruption im Weimarer Parteienstaat sieht Schmitt als das systemimmanente "Lebensprinzip" eines liberaldemokratischen Verteilerstaates, der zum Selbstbedienungsladen pluralistischer Anspruchsteller geworden war: "Die Quelle des Unheils und Unglücks lag darin, daß die liberal-demokratische Weimarer Verfassung einer großen Zahl von verschiedenartigen Verbänden und Organisationen die Möglichkeit gab, sich der staatlichen Machtmittel zu bedienen, ohne die Verantwortung oder die Gefahr des Politischen zu übernehmen."(313)

Dieses System der Machtverschleierungen hat - nach Schmitt - die NSDAP "als Trägerin der politischen E i n h e i t des deutschen Volkes" überwunden. Deutschland sei zu einem neuen Staatstypus, zum Staat des 20. Jahrhunderts durchgedrungen, der aus drei Elementen bestehe: Einmal aus dem deutschen B e - r u f s b e a m t e n t u m in Verwaltung und Justiz, zum anderen aus der staatstragenden P a r t e i als dem politischen Motor und drittens aus den K o r p o r a - t i o n e n als den Freiräumen wirtschaftlicher Selbstverwaltung jenseits pluralistischer Machtansprüche(314). Der neue nationalsozialistische Staat bekenne sich - so Schmitt - offen zum Prinzip der politischen Verantwortung und habe damit den apokryphen pluralistischen Herrschaftsstrukturen die politische Grundlage entzogen. Die politische Führung sei "dem Zwielficht liberal-demokratischer Anonymität und

(310) Westdeutscher Beobachter, 9. Jg. Nr. 126 vom 31. Mai 1933, S. 1/2.

(311) Dort auch der den Carl-Schmitt-Kenner verblüffende Satz: "Man weiß nichts von einem großen Menschen, wenn man nichts von seinem Volke weiß." (aaO).

(312) Westdeutscher Beobachter, 9 Jg. Nr. 151 vom 28.6.1933, S. 1/2.

(313) Ebd..

(314) Ebd.; der Gedanke der Dreiteilung des Staates wird dann in "Staat, Bewegung, Volk" (1933) ausführlich dargelegt, siehe unten.

Unverantwortlichkeit entrissen" worden und der NSDAP, einer "von einem Führer geleiteten Organisation" übertragen worden, die für Schmitt ein Stück Mächtigkeitsverkörperung verkörpert, weil sie nach dem neuen Staatsmodell gezwungen sei, zu ihren Entscheidungen zu stehen.(315)

Im Mittelpunkt der regen publizistischen Aktivitäten Schmitts im Jahre 1933 stand das Bemühen, die in der pluralistischen Diaspora zerstreute politische Einheit Deutschlands in Gestalt der "Einheit von Staat, Partei und Volk"(316) zu rekonstituieren. Daß er dabei der Weimarer Republik den staatsrechtlichen Totenschein ausstellte(317), erklärt sich aus dem anfänglichen Selbstverständnis des Dritten Reiches, das sich ganz bewußt als Anti-Weimar verstand und das sich an dem Versagen des ideengeschichtlichen Vorgängers legitimieren wollte. Diese nationalsozialistische message à la "Berlin ist nicht Weimar" mit staatsrechtlichen Inhalten zu füllen, war Schmitts staatsrechtliches Anliegen im Jahr 1933.

c) Die dritte Fassung von **"Der Begriff des Politischen" (1933)**((318) enthält, obgleich sich an dem Grundkonzept der Schrift nichts wesentliches geändert hat(319), entscheidende Nuancenverschiebungen in Richtung einer antiliberalistischen Politiktheorie. Sie kann in vielerlei Hinsicht als Parameter für das politische Denken in Deutschland am Anfang des Dritten Reiches gelten. Das Bewußtsein, den alten politischen Gegner des 19. Jahrhunderts, den Liberalismus, beerdigt

(315) Der Staat des 20. Jahrhunderts aaO.

(316) Carl Schmitt, Die Bedeutung des neuen Staates, in: Westdeutscher Beobachter, 9. Jg. Nr. 169 vom 16. Juli 1933, S. 1.

(317) Vgl. etwa Carl Schmitt, 1 Jahr deutsche Politik ... aaO: "Die Verfassung war geistig, moralisch und juristisch längst erledigt, als sie politisch beseitigt wurde."

(318) Hamburg 1933; vgl. dazu Ernst Niekisch, Zum Begriff des Politischen, in: Widerstand, Dez. 1933, S. 369 ff..

(319) Die Veränderung der 3. Ausgabe von 1933 gegenüber der 2. Ausgabe von 1932 sind stark geprägt von der Kritik Leo Strauss', Anmerkungen zu Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen aaO; H. Meier aaO hat diesen Einfluß von Strauss auf Schmitt präzise herausgearbeitet und minutiös mit Textveränderungen in "Der Begriff des Politischen" belegt.

zu haben und die Hoffnung, am Beginn einer langen postliberalen Epoche zu stehen, prägten auch die Gedankenwelt des Antiliberalen Carl Schmitt.

So nimmt es nicht wunder, daß nun die antiliberalistischen Elemente seiner Pluralismuskritik schärfere Konturen gewannen: "Für den konsequenten Liberalismus gibt es nur eine Realität, das Individuum, und als Ganzes nur die Menschheit. Die kämpfende Klasse, die der Kommunist als Realität auffaßt, wird für die pluralistische Lehre zur freien, politisch neutralen Gewerkschaft und zu einer von mehreren politischen Parteien. Das 'soziale Leben' der Individuen wird von einer Mehrzahl von Verbänden, Genossenschaften, Assoziationen aller Art getragen, die keine 'höchste Einheit' über sich haben sollen, die sich vielmehr gegenseitig relativieren und es dadurch verhindern, daß das Individuum seine liberale Überlegenheit verliert."(320)

Die Verwirklichung der Laski'schen Ideen sei - so Schmitt - nur möglich, "solange der Staat als liberaler 'Rechtsstaat' gelähmt ist und jedem echten Konfliktfall aus dem Wege geht."(321) Der pluralistische Staat bleibe "in einem Zwielficht zwischen Liberalismus und Sozialismus, und in einem dazugehörigen Zwielficht von privat und öffentlich"(322) und sei letztlich nicht mehr als ein Symptom des Zerfalls bzw. "ein Werkzeug der Auflösung und Verneinung des Staates".(323)

d) In **"Staat, Bewegung, Volk"**(324) unternimmt Schmitt nach seiner vorangestellten lapidaren Feststellung: "Die Weimarer Verfassung gilt nicht mehr"(325), den

(320) Der Begriff des Politischen (1933), S. 23.

(321) Ebd. S. 25.

(322) Ebd. S. 27.

(323) Ebd. S. 26/27.

(324) Hamburg 1933; die Schrift wurde am 1. Dez. 1933 abgeschlossen, vgl. aaO S. 20; vgl. hierzu: Anonym, Der Staatsdenker Carl Schmitt, in: Das Neue Tage-Buch, 2. Jg. (Paris, 17. März 1934), Heft 11, S. 257 ff. sowie Günter Krauss, Staat, Bewegung, Volk - Zu der neuen Schrift von Carl Schmitt, in: Deutsches Recht - Zentral-Organ des Bundes Nationalsozialistischer Juristen 4. Jg., Heft 1 vom 10. Jan. 1934, S. 23 f..

(325) Staat, Bewegung, Volk, S. 5.

Versuch, dem nationalsozialistischen Staat verfassungsrechtliche Korsettstangen einzuziehen. Dabei steht die von ihm schon zuvor in die Diskussion gebrachte "Dreigliederung der politischen Einheit" im Vordergrund: "Das neue Staatsgefüge ist dadurch gekennzeichnet, daß die politische Einheit des Volkes und damit die Gesamtordnung seines öffentlichen Lebens sich in drei unterschiedenen Ordnungsreihen darstellt. Die drei Reihen stehen nicht gleichgeordnet nebeneinander, sondern eine von ihnen, nämlich die Staat- und Volk-tragende Bewegung, durchdringt und führt die beiden anderen." (326)

Hauptfeind des neuen Staates sind für Schmitt jene "liberale Zerreißungen, deren politischer Sinn die Aufhebung oder wenigstens die Relativierung des politischen Ganzen ist." (327) Dieses Ganze gegenüber den Teilen wieder in sein Recht einzusetzen, ist der Kern von Schmitts Strukturvorschlägen: "Jedes einzelne der drei Worte Staat, Bewegung, Volk kann für das Ganze der politischen Einheit gebraucht werden. Es bezeichnet aber gleichzeitig auch eine besondere Seite und ein spezifisches Element dieses Ganzen. So läßt sich der Staat im engeren Sinne als der politisch-statische Teil, die Bewegung als das politisch-dynamische Element und das Volk als die im Schutz und Schatten der politischen Entscheidungen wachsende unpolitische Seite betrachten." (328)

Diese Dreigliederung als seinem staatstheoretischen Ideal konterkariert Schmitt sodann mit der "zweiteiligen Staatskonstruktion der Liberaldemokratie". (329) Während jene "den früheren konfessionellen, klassenmäßigen oder sonstigen Pluralismus" (330) überwunden habe und in einem starken Staat dem Volk eine Sphäre der Selbstverwaltung überlasse (331), leide diese unter dem unüberbrückbaren Spannungsgegensatz zwischen Staat und Individuum (332). Daher gehe das Bestreben der liberalen Staat- und

(326) Ebd. S. 12.

(327) Ebd..

(328) Ebd..

(329) Ebd. S. 22.

(330) Ebd. S. 20.

(331) Ebd. S. 13.

(332) Ebd. S. 23 f..

Verfassungskonstruktion dahin, "die hilf- und schutzlose, arme, isolierte Einzelperson" mit Rechtsschutzmitteln auszustatten und sie so "vor dem mächtigen Leviathan 'Staat' zu schützen"(333). Genau dies jedoch sei der wunde Punkt der liberalistischen Staatstheorie; eben dieses dialektische Spannungsfeld zwischen Individuum und Staat werde zur Einbruchsstelle für pluralistische Machtavancen. Die Grundrechte des Einzelnen gegen den Staat, die ursprünglich nur die individuelle Freiheitssphäre garantieren sollten, würden zur pluralistischen Waffe im Kampf um die politische Macht umfunktioniert:

"Alles das wird aber ganz sinnwidrig, sobald starke k o l l e k t i v e V e r b ä n d e o d e r O r - g a n i s a t i o n e n die nichtstaatlich-unpolitische Freiheitssphäre besetzen und diese nichtstaatlichen (aber keineswegs unpolitischen) 'Selbstorganisationen' immer fester und stärker einerseits die Einzelpersonen zusammenfassen, andererseits dem Staat unter verschiedenen Rechtstiteln (als Volk, als Gesellschaft, als freies Bürgertum, als produzierendes Proletariat, als öffentliche Meinung usw.) gegenübertreten. Hinter dem Schutzwall zur Sicherung der individuellen Freiheit schutzbedürftiger unpolitischer Einzelpersonen nehmen dann politische Mächte verschiedenster Art Deckung. Nichtstaatliche, aber wie gesagt, durchaus politische Verbände beherrschen dann sowohl (auf dem Wege über die Gesetzgebung) den staatlichen Willen wie auch (durch gesellschaftlichen und 'rein privatrechtlichen' Zwang) das einzelne Individuum, das sie mediatisieren. Sie werden die eigentlichen und wirklichen Träger der politischen Entscheidungen und die Handhaber der staatlichen Machtmittel, aber sie herrschen aus der staats- und verfassungsfreien, nicht-'öffentlichen' Individualsphäre heraus und entgehen dadurch jeder politischen Verantwortung und Gefahr. In der staatlichen Verfassung des liberal-demokratischen Rechtsstaates

(333) Ebd., S. 24.

können sie rechtlich überhaupt niemals als d a s erscheinen, was sie in der politischen und sozialen Wirklichkeit sind, weil das liberale zweiteilige Schema für sie keinen Platz hat. Jeder Versuch, sie einzufügen, sprengt den liberal-demokratischen Staat und sein System. Gelingt es demnach solchen Verbänden, auf dem Wege über die von ihnen beherrschten politischen Parteien sich der staatlichen Machtpositionen und Machtmittel zu bemächtigen - und das ist die typische Entwicklung -, so nehmen sie i h r e Interessen im Namen der staatlichen Autorität und des Gesetzes wahr; sie genießen alle Vorteile der staatlichen Macht, ohne die Vorteile der politisch unverantwortlichen und unkontrollierten, weil angeblich unpolitischen Freiheitssphäre aufzugeben." (334)

Schmitt bündelt hier noch einmal seine Zustandsbeschreibungen eines "anarchischen Pluralismus sozialer Mächte" (335), der hinter "dem Schleier der liberal-demokratischen Freiheit und des bürgerlichen Rechtsstaates" (336) emporwuchern konnte. Gegenüber diesem pluralistischen Wildwuchs sei die liberalistische zweiteilige Staatsstruktur "gänzlich inadäquat und inkommensurabel". (337) Gierkes Genossenschaftslehre wird von Schmitt eingeordnet als eine Zwischenstufe bei dem Abstieg des deutschen Staatsgedankens aus den Hegel'schen Höhen in die Niederungen eines blinden und beziehungslosen Positivismus. (338) Es gelte, den im 19. Jahrhundert "von den Juristen verratene(n) große(n) deutsche(n) Staatsbegriff" (339) (!) wieder neu zu begründen und durch den Dreiklang von Staat, Bewegung und Volk eine "über dem Egoismus gesellschaftlicher Interessen stehende politische Führung" (340) zu inaugurierten.

Bei der Schilderung der neuen nationalsozialistischen Staatsstruktur vermeidet Schmitt sodann jedoch jegliche

(334) Ebd. S. 24/25.

(335) Ebd. S. 27.

(336) Ebd. S. 25.

(337) Ebd. S. 26.

(338) Ebd. S. 28/29.

(339) Ebd. S. 29.

(340) Ebd. S. 32.

nähere Konkretisierung und beschränkt sich darauf, die staatsrechtliche Marschrichtung grosso modo anzugeben. Er bekennt sich in Anlehnung an Mussolinis "stato corporativo"(341) zu einer "Herausbildung echter Stände", um "der Mannigfaltigkeit eigenwüchsigen Lebens" eine Form zu geben.(342) Voraussetzung hierfür sei jedoch ein starker Staat, der "das Ganze der politischen Einheit über alle Vielgestaltigkeiten hinaushebt und sichert."(343) Wie diese Unterordnung der Vielheit unter die Einheit in concreto realisiert werden soll, führt Schmitt nicht aus. Er jongliert vielmehr mit den unklaren Topoi "Führertum und Artgleichheit als Grundbegriffe des nationalsozialistischen Rechts"(344) recht ziellos im staatsrechtlichen Vakuum herum und beraubt sich so der Chance, den neuen Machthabern in Deutschland, die konkrete staatliche Konzepte jenseits parteiinterner Hackordnungen bitter nötig gehabt hätten, das Schmitt'sche Modell des antipluralistischen Staates zu präsentieren.

e) Das Jahr 1933 hatte eine revolutionäre Umwälzung der politischen Struktur Deutschlands herbeigeführt. Der hyperaktive nationalsozialistische Gesetzgeber hatte die alte Weimarer Verfassungsplattform durch eine Flut legislativer Aktionen gekippt. Die Reichsverfassung war zwar nicht de iure, aber de facto aus den Angeln gehoben und war von einem Ermächtigungsgesetz beerbt worden, das als "ein vorläufiges Verfassungswerk des neuen Deutschland"(345) fungierte. Die Weimarer Fassade war mit jeder Handlung der neuen Herrscher immer weiter abgebröckelt.(346) Es war klar, daß in einer solchen Situation Schriften, die sich darauf beschränkten, den aufgelösten Weimarer Staat

(341) Ebd. S. 13.

(342) Ebd. S. 33.

(343) Ebd..

(344) ebd. S. 32 ff.; vgl. dazu Werner Hill, Gleichheit und Artgleichheit, Berlin 1966, S. 64 ff..

(345) Staat, Bewegung, Volk, S. 7.

(346) Carl Schmitt, Ein Jahr nationalsozialistischer Verfassungsstaat aaO S. 28; vgl. auch Ernst Rudolf Huber, Das Ende des Parteienbundesstaates, in: Juristische Wochenschrift, 63. Jg., Heft 4 vom 27. Jan.1934, S. 193 ff..

quasi posthum an den nationalsozialistischen Pranger zu stellen, ohne gleichzeitig Alternativen aufzuzeigen, immer weniger Berechtigung hatten. Daher lag es nahe, den Versuch zu unternehmen, die konfuse nationalsozialistische Ideenwelt in einem strengen staatsrechtlichen Korsett zur Form zu zwingen. Mit solchen Überlegungen trug sich auch Carl Schmitt noch im Jahre 1934.

In der Abhandlung **"Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches"**(347)ordnet Schmitt zunächst seine Betrachtungen über die parlamentarisch-pluralistische Liberaldemokratie ein in die Beschreibung der allgemeinen staatshistorischen Entwicklung in Deutschland seit 1848. Die liberale Paulskirchenbewegung habe zwar 1848 nicht die direkte politische Macht erlangt, sie habe jedoch die Sprache und die Begriffe der Zeit als die entscheidenden geistigen Machtfaktoren beherrscht. Das außerordentliche politische Geschick Bismarcks, der die innenpolitischen Gegner gegeneinander ausgespielt und auf diese Weise die staatliche Einheit vor dem pluralistischen Chaos gerettet habe, habe diese geistige Defensive Preußens nur vorübergehend überdecken können. Nach Bismarcks Entlassung 1890 habe sich der "innerpreußische Zwiespalt von Soldatenstaat und bürgerlichem Konstitutionalismus"(348) auf das gesamte Reich ausgedehnt. Die inneren Spannungen des parlamentarischen Systems hätten schließlich das Zweite Reich einer dauernden politischen Zerreißprobe ausgesetzt. Dieses System "verhinderte die politische Auswirkung des Volkswillens und stellte eine Mehrzahl wohlorganisierter Parteien wie eine feste Mauer zwischen den politischen Willen der Regierung und den Willen eines durch eben diese Parteien zerrissenen

(347) Hamburg 1934; ein knapper Auszug aus dieser Schrift erschien unter dem Titel "Die Logik der geistigen Unterwerfung", in: Deutsches Volkstum, 1. Märzheft 1934, S. 177 ff..

(348) Staatsgefüge ... S. 24.

parzellierten Volkes."(349) Gezeichnet von pluralistischen Grabenkämpfen auf allen Ebenen des Staates sei dann "ein großes Volk von unerhörter soldatischer Kraft ... politisch führerlos in einen Weltkrieg gezogen."(350)

Die Epoche von den Tagen des preußischen Verfassungskonflikts (1862-1866) bis zum deutschen Zusammenbruch 1918 kennzeichnet Schmitt mit folgenden Entwicklungsreihen: "... erst die innerpolitische geistige Unterwerfung des preußischen Rechts- und Verfassungsstaates; dann die Unterwerfung unter das geistige Kriegsziel des Feindes, verbunden mit dem subalternen Bestreben, einen guten Eindruck im Ausland zu machen und den Feind durch geistiges Nachgeben und 'Objektivität' zu beschwichtigen; und schließlich der offene Verzicht auf den preußischen Soldatenstaat und die verfassungsmäßig sanktionierte Unterwerfung unter die Staats- und Rechtsideale eines eben dadurch siegreichen, erbarmungslosen Feindes. Die Logik der geistigen Unterwerfung vollendete sich in einer widerstandslosen politischen Knechtschaft."(351)

Die Weimarer Verfassung schließlich habe dem "Sieg des Bürgers über den Soldaten"(352) die politische Krone aufgesetzt. Die staatliche Substanz habe sich in Machtpositionen pluralistischer Gruppen aufgelöst und nur die neutralen Elemente Heer und Beamtentum hätten den Ausbruch eines offenen Bürgerkrieges verhindert.(353)

Diese Schrift legt eine der maßgebenden Wurzeln des Schmitt'schen Antipluralismus frei: sein Trauma von der politischen Ohnmacht des Reiches in Zeiten äußerer Bedrohung. Die Wahrung bzw. Wiederherstellung der

(349) Ebd. S. 23.

(350) Ebd. S. 24.

(351) Ebd. S. 42.

(352) So der Untertitel der Schrift.

(353) Ebd. S. 46/47; zu Carl Schmitts Sicht deutscher staatstheoretischen Entwicklung vgl. auch: Das "allgemeine deutsche Staatsrecht" als Beispiel rechtswissenschaftlicher Systembildung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 100. Band (1940), S. 5 ff..

staatlichen Einheit figuriert bei Schmitt nicht als das l'art-pour-l'art-Ziel eines politologischen Ästheten, sondern als die entscheidende Voraussetzung für das Überleben eines Volkes.

f) Nach dieser rechtshistorischen Verortung seiner antipluralistischen Ideenstränge dringt Carl Schmitt in der Abhandlung **"Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens"**(354) zu seinem dem Pluralismus entgegengesetzten Staatsmodell vor.

Im Mittelpunkt dieser Schrift, die im Werk Schmitts eine "Scharnierstellung"(355) einnimmt und seine antipluralistische Phase im engeren Sinne abschließt, steht der Begriff der k o n k r e t e n O r d n u n g . Diese Schmitt'sche Wortprägung ist entstanden aus seinem Bemühen, die eigentliche Substanz eines Staates darzustellen, "dessen Wesen ja nicht Freiheit, sondern Dauer" sei.(356) Die Rolle des konkreten Ordnungsdenkens als das dem Pluralismus diametral gegenüberstehenden Ideenzentrums macht es erforderlich, auf die "Drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens" näher einzugehen, auch wenn der eigentliche politiktheoretische Schlagabtausch mit dem pluralistischen Gegner im Jahr 1934 schon beendet war und in dieser Schrift nur noch am Rande aufscheint.

Schmitt unterscheidet zunächst drei Möglichkeiten, Recht aufzufassen, nämlich entweder als Regeldenken (Normativismus) oder als Entscheidungsdenken (Dezisionismus) oder als konkretes Ordnungsdenken (Institutionalismus).

Sodann werden normativistisches und konkretes Ordnungsdenken gegenübergestellt: "Für das konkrete Ordnungsdenken ist 'Ordnung' auch juristisch nicht in

(354) Hamburg 1934; vgl. dazu Georg Dahm, Die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 95. Band (1935), S. 181 ff..

(355) A. Mohler, Carl Schmitt und die "Konservative Revolution", in: Quaritsch (Hrsg.), Complexio Oppositorum aaO S. 148.

(356) Carl Schmitt, Illyrien - Notizen von einer dalmatinischen Reise, in: Hochland, Dez. 1925, S. 296.

erster Linie Regel oder eine Summe von Regeln, sondern, umgekehrt, die Regel nur ein Bestandteil und ein Mittel der Ordnung ... Die Norm oder Regel schafft nicht die Ordnung; sie hat vielmehr nur auf dem Boden im Rahmen einer gegebenen Ordnung eine gewisse regulierende Funktion mit einem relativ kleinen Maß in sich selbständigen, von der Lage der Sache unabhängigen Geltens. Für eine rein normativistische Methode ist es dagegen kennzeichnend, daß sie die Norm oder Regel (in Gegensatz zur Entscheidung oder zur konkreten Ordnung) isoliert und verabsolutiert." (357) Bei der normativistischen Vorstellung einer Herrschaft des Gesetzes in Gegensatz zu einer Herrschaft von Menschen "werden König, Führer, Richter, Staat zu bloßen Normen - - Funktionen, und der höhere Rang in der Hierarchie dieser Instanzen ist nur Ausfluß der höheren Norm, bis schließlich die höchste oder tiefste Norm, das Gesetz der Gesetze, 'die Norm der Normen', in der reinsten und intensivsten Weise nichts als Norm oder Gesetz wird. In concreto ist damit nichts anderes erreicht, als daß die Norm oder das Gesetz politisch - polemisch gegen den König oder Führer ausgespielt wird; das Gesetz zerstört mit dieser 'Herrschaft des Gesetzes' die konkrete Königs- oder Führer-Ordnung; die Herren der Lex unterwerfen den Rex." (358)

Dieser vor allem von **Hans Kelsen** in nuce vertretenen normativistischen "Reinen Rechtslehre" (359) setzt Carl Schmitt seine "substanzhafte institutionelle Ordnung" entgegen, bei der freilich unklar bleibt, was Schmitt unter 'Substanz' versteht: "Die konkrete innere Ordnung, Disziplin und Ehre jeder Institution widersteht, solange die Institution andauert, jedem Versuch restloser Normierung und Regelung; sie stellt jeden Gesetzgeber und jeden, der das Gesetz anwendet, vor das Dilemma, entweder die mit der Institution gegebenen, konkreten Rechtsbegriffe zu übernehmen und zu verwenden, oder aber

(357) Über die drei Arten ... S. 13.

(358) Ebd. S. 15.

(359) Vgl. Hans Kelsen, Reine Rechtslehre, Wien und Leipzig 1934, S. 102: "... durch Interpretation kann aus einer Norm nicht herausgeholt werden, was nicht schon vorher in ihr enthalten war"; vgl. dazu unten Kap. IV, Abschnitt 3.

die Institution zu zerstören." (360) Die Geltung einer Norm sei also im luftleeren Raum jenseits einer konkreten Ordnung nicht denkbar, sie setze immer eine "normale stabilisierte Situation" voraus: "Eine Norm mag sich so unverbrüchlich geben wie sie will, sie beherrscht eine Lage nur soweit, als die Lage nicht völlig abnorm geworden und solange der als normal vorausgesetzte konkrete Typus nicht verschwunden ist ... Eine reine, situationslose und typenlose Norm wäre ein juristisches Unding." (361)

Für einen dezisionistischen Denker schließlich sei "nicht der Befehl als Befehl, sondern die Autorität oder Souveränität einer letzten Entscheidung, die mit dem Befehl gegeben wird, die Quelle allen 'Rechts', d.h. aller folgenden Normen und Ordnungen." (362)

Bei der nachfolgenden Einordnung dieser drei juristischen Denkart in die moderne europäische Rechtsgeschichte gerät die "eigentümliche Kombination von Dezisionismus und Normativismus" (363), der juristische Positivismus des 19. Jahrhunderts, bei dem das Rechtsdenken zum Legalitätsdenken degeneriert sei, in die Schmitt'sche Schußlinie. Im Gegensatz zu den beiden juristischen Denkelementen, aus denen er zusammengesetzt sei, sei der Positivismus kein immerwährender Typus rechtswissenschaftlichen Denkens, sondern ganz ein Kind des 19. Jahrhunderts und dessen staatlicher und gesellschaftlicher Lage. Auch das klassische positivistische Schlagwort **Georg Jellineks** von der "normativen Kraft des Faktischen" habe nicht davon ablenken können, daß der juristische Positivismus ohne das Koordinatensystem einer konkreten Ordnung Recht und Unrecht nicht zu unterscheiden in der Lage sei.

Gerade in Deutschland habe die positivistische Fassade die alten Ordnungs- und Gestaltungsstrukturen nie

(360) Über die drei Arten ... S. 20.

(361) Ebd. S. 23.

(362) Ebd. S. 25.

(363) Ebd. S. 35.

gänzlich verhüllen können. Neben Fichte und Schelling habe sich das konkrete Ordnungsdenken vor allem in der Rechtsphilosophie **Hegels**(364) widergespiegelt, der den genuin deutschen Reichsgedanken in den preußischen Staat transplantiert habe. Erst im Zweiten Reich sei dieses Ordnungsbollwerk unter Gierkes Theorie von der realen Verbandspersönlichkeit und Labands positivistischer Staatslehre zusammengebrochen.

Im Rekurs auf **Santi Romanos** "L'Ordinamento giuridico"(365) und vor allem auf **Maurice Hauriou** "La Théorie de l'Institution"(366) sieht Carl Schmitt für das 20. Jahrhundert einen "Auflösungsprozeß des Positivismus", der von dem "gewaltigen Anlauf zum konkreten Ordnungs- und Gestaltungsdenken, den das rechtswissenschaftliche Denken der Völker heute nimmt"(367), beerbt werden müsse: "Der Staat selbst ist für die institutionalistische Denkweise nicht mehr eine Norm oder ein Normensystem, auch keine bloße souveräne Dezision, sondern die Institution der Institutionen, in deren Ordnung zahlreiche andere, in sich selbständige Institutionen ihren Schutz und ihre Ordnung finden."(368) Von Maurice Hauriou, den er einmal seinen

(364) Instrukтив zur Hegel-Deutung Schmitts: Carl Schmitt, Die andere Hegel-Linie - Hans Freyer zum 70. Geburtstag, in: Christ und Welt, 10. Jg., Nr. 30 vom 25. Juli 1957, wo Schmitt in Fortführung kartesischer Gedanken den Satz formuliert: "Ich denke, also habe ich Feinde; ich habe Feinde, also bin ich, (ebd.); Schmitt hat das Fehlen einer grundlegenden Auseinandersetzung mit Hegel in seinem Werk als eines seiner größten Versäumnisse bezeichnet (siehe Verfassungsrechtlich Aufsätze, S. 428 f.); ohne Zweifel ist Schmitts Staatsbild entscheidend durch Hegels Philosophie geprägt; vgl. dazu jetzt Jean-Francois Kervegan, Politik und Vernünftigkeit - Anmerkungen zum Verhältnis zwischen Carl Schmitt und Hegel in: Der Staat 1988, S. 371 ff..

(365) Pisa 1918; deutsche Ausgabe hrsg. und eingeleitet von Roman Schnur, Die Rechtsordnung, Berlin 1975.

(366) Paris 1925, deutsche Ausgabe hrsg. und eingeleitet von Roman Schnur, Die Theorie der Institution, Berlin 1965.

(367) Über die drei Arten ... S. 58.

(368) Ebd., S. 56/57; Vorstufen zu Schmitts Institutionendenken, das sich erst in mehreren Jahren entwickelte, finden sich in: Verfassungslehre (1928), S. 170 - 174, Freiheitsrechte und institutionelle Garantien der Reichsverfassung (1931), in: Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 140 ff. sowie in der Vorbemerkung zur zweiten Ausgabe von "Politische Theologie" im Nov.1933. Dort auch die kennzeichnenden Sätze: "Während der reine Normativist in unpersönlichen Regeln denkt und der Dezisionist das gute Recht der richtig erkannten politischen Situation in einer persönlichen Entscheidung durchsetzt, entfaltet sich das institutionelle Rechtsdenken in überpersönlichen Einrichtungen und Gestaltungen. Und während der Normativist in seiner Entartung das Recht zum bloßen Funktionsmodus einer staatlichen Bürokratie macht und der Dezisionist immer in der Gefahr steht, durch die Punktualisierung des Augenblicks das in jeder großen politischen Bewegung enthaltene ruhende Sein zu verfehlen, führt ein isoliert institutionelles Denken in den Pluralismus eines souveränitätslosen, feudalistischen Wachstums." (aaO S. 8, Hervorhebungen nicht von Schmitt).

"Bruder"(369) nannte, stark beeinflusst, ist Schmitts Gedankenwelt getragen von der Überzeugung, daß Rechtsnormen immer nur Ideen der Beschränkung darstellen, statt Ideen des schöpferischen Unternehmens zu verkörpern. Darin sieht er das parasitäre Element der "Reinen Rechtslehre", die von einer Substanz lebt, die zu schaffen und zu erhalten sie selbst keinen Beitrag leistet.

Man kann sich Schmitts konkretes Ordnungsreich als eine Art politisches Biotop vorstellen, in dem das menschliche Leben von einer staatsrechtlichen Formenwelt eingefaßt wird. Solche festen institutionellen Strukturen sind nach seiner Überzeugung die Grundvoraussetzungen für ein Überleben eines Staates im Pluralismus der Staatenwelten. Schmitts konkrete Ordnung "ist die Antwort auf das Politische in Gestalt der Intensität des Freund-Feind-Verhältnisses." (370) In diesem institutionellen Ideenzentrum fließen seine gesamten pluralismuskritischen Argumente zusammen.

Die konkrete Ordnung als die Überwindung des pluralistischen Chaos, der wiedererstandene Leviathan als der Triumphator über den besiegten Behemoth, das ist der Stoff, aus dem Carl Schmitts Staatsideal gewebt ist.

(369) Joseph H. Kaiser, Konkretes Ordnungsdenken, in: Quaritsch, (Hrsg.), Complexio Oppositorum aaO S. 319, Anm. 3.

(370) Odo Marquard, Diskussionsbeitrag, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 335.

#### IV. Carl Schmitts Pluralismuskritik im Spiegel des politischen und staatsrechtlichen Denkens im postwilhelminischen Deutschland

##### 1) Der Geist von Weimar und die Konservative Revolution

a) Die geistige Stimmung in Deutschland nach dem I. Weltkrieg war gekennzeichnet von politischer Orientierungslosigkeit, die sich mit dunklen Zukunftsahnungen paarte. Der Zusammensturz der monarchischen Ordnung verursachte bei den Deutschen eine kollektive Identitätsstörung, die sich in vielen Fällen mit einer individuellen Sinnkrise verband. Mit dem Abtritt des Kaisers und dem Ausbruch der Revolution geriet das politische Koordinatensystem gründlich aus den Fugen. Nicht wenige Deutsche fühlten in diesen Tagen so, wie der Weltkriegsgeneral Ludendorff: "Am 9. November sank Deutschland, bar jeder festen Hand und bar jeden Willens, seiner Fürsten beraubt, wie ein Kartenhaus zusammen. Wofür wir gelebt und jetzt wiederum vier schwere Jahre lang geblutet hatten, verschwand. Wir hatten kein Vaterland mehr, auf das wir stolz sein konnten. Die staatliche und gesellschaftliche Ordnung wurde vernichtet. Jede Autorität hörte auf." (1)

Zu dem Verlust der alten politischen Strukturen kam die völkerrechtliche Hypothek des Versailler Friedensvertrages hinzu, die den Handlungsspielraum des neuen Staates von Anbeginn stark einschränkte. (2) "Wir bekamen eine Republik, deren Grundlage nicht die Verfassung von Weimar ist, sondern der Vertrag von

(1) Erich Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914 - 1918, Berlin 1919, S. 618; zu den mentalen Auswirkungen des I. Weltkriegs auf das politische Selbstwertgefühl der Deutschen vgl. Armin Mohler, Konservative Revolution, S. 43 ff..

(2) So auch Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band 7, Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1984, S. 1267f..

Versailles", beschrieb Arthur Moeller van den Bruck(3) die Bewußtseinslage der Kriegsgeneration, deren politischer Horizont nicht von hehren Verfassungsidealen, sondern von bedrückenden Realitäten des Alltags wie zum Beispiel der Hungersnot bestimmt wurde. Unter diesen Vorzeichen waren Zweifel an der Zukunft deutscher Staatlichkeit die ständigen Weggefährten der politischen Diskussion in der Weimarer Republik. Auch nach dem Ende der stürmischen und von bürgerkriegsähnlichen Unruhen gekennzeichneten Anfangsphase des neuen Staates, etwa im Jahre 1924, hätten sich wohl nur wenige Bürger finden lassen, die der ersten deutschen Republik eine unbeschwerter Zukunft prognostiziert hätten. Die "Besiegten von 1918"(4) dachten noch zu sehr in vorrepublikanischen Strukturen, um die neue Verfassungsordnung internalisieren zu können. Ein "Geist von Weimar" existierte nicht, mit den wenigen loyalen "Vernunftrepublikanern" ließ sich kein Staat bauen, und so war es fast unvermeidlich, daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze verfassungsethisch ungebremst aufeinander prallten und die staatliche Substanz hierbei mehr und mehr zerrieben wurde.

b) Der Anti-Weimar-Affekt verkörperte sich am deutlichsten in der K o n s e r v a t i v e n R e v o l u t i o n (5), in der der soldatische Geist des I. Weltkrieges nach politischen Formen rang. Jene Männer um Oswald Spengler, Stefan George, Arthur Moeller van den Bruck, Edgar Julius Jung, Ernst Jünger, Hans Blüher, Wilhelm Stapel, Ernst Niekisch und August Winnig, um nur einige der wichtigsten Köpfe zu nennen, waren sich bei

(3) Arthur Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, 2. Aufl., Berlin 1926, S. 31; vgl. dazu H.-J. Schwierskott, Arthur Moeller van den Bruck und der revolutionäre Nationalismus in der Weimarer Republik, Göttingen 1962.

(4) So Bernard Willms, Carl Schmitt - jüngster Klassiker des politischen Denkens? aaO S. 591 in Anlehnung an den Buchtitel von H.-J. Arndt, Die Besiegten von 1945 - Versuch einer Politologie für Deutsche, Berlin 1978.

(5) Der Begriff wurde in Weimar zuerst von Thomas Mann verwendet; in die politische Diskussion führte in Hugo v. Hofmannsthal in seiner berühmten Rede von 1927 "Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation" ein; vgl. dazu Mohler, Konservative Revolution, S. 18.

all ihrer Verschiedenheit in einem Punkte einig: in der Ablehnung der parlamentarischen Demokratie von Weimar. "Der deutsche demokratische Philister"(6) und der "betäubende Dunst parteiamtlicher Weltanschauung"(7): das waren die Gegner jener konservativ-revolutionären Geisteshaltung. Man dachte völkisch, rassistisch, alldeutsch, bündisch, jungkonservativ oder nationalrevolutionär(8), jedenfalls nicht parlamentaristisch und nicht liberalistisch. "Parlamentarismus in Deutschland ist Unsinn oder Verrat", in dieser lapidaren Formel, die **Oswald Spengler** schon 1919 ausgegeben hatte(9), bündelte sich die Haltung der antirepublikanischen Kräfte. Der Kampf gegen die parlamentarische Ordnung, jenem "deutschen Engländerium"(10), nahm mit den Jahren an Härte zu und ließ sich auch in der Zeit relativer wirtschaftlicher Prosperität (1924 - 1928) nicht begrenzen. In weiten Kreisen des politischen Lebens bestimmte irrationale Ablehnung des Weimarer Staates, den man als die Verkörperung deutscher Ohnmacht betrachtete, die politische Grundhaltung; eine vernunftorientierte Einschätzung der Einrichtungen des neuen Staates trat demgegenüber fast vollständig in den Hintergrund. Zu den Motiven für die Verachtung gegenüber Weimar schrieb **Arthur Moeller van den Bruck**: "Revolution und Republik haben kein Genie hervorgebracht, sondern Kompromißler: Geduldmenschen, nicht Tatmenschen: Gestoßene, nicht Stoßende: Langmut, nicht Wagemut: Gehenlassen, nicht

(6) So Edgar Julius Jung, Die Herrschaft der Minderwertigen, Berlin 1927, S. 13; zu Jung vgl. Edmund Forschbach, Edgar Julius Jung - Ein konservativer Revolutionär - 30. Juni 1934, Pfullingen 1984.

(7) Jung aaO S. 12.

(8) Zu den unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der Konservativen Revolution vgl. Mohler, Konservative Revolution, S. 165 ff. und passim.

(9) Preußentum und Sozialismus, München 1919, S. 55 f., 63 ff. und passim; zu Spengler vgl. jetzt Detlef Felken, Oswald Spengler - Konservativer Denker zwischen Kaiserreich und Diktatur, München 1988.

(10) Spengler aaO S. 51.

Inangriffnahme - und niemals Schöpfung."(11)

An der Somme und an der Yser hatte man eine Welt kennengelernt, die nur zwischen Leben und Tod unterschied und die keine Diskussion kannte. Der Realität von **Charles Darwin's** struggle for life und eben nicht der Wunschphilosophie von **Jeremy Bentham's** greatest happiness of the greatest number war man auf den Schlachtfeldern von Verdun und Douaumont begegnet. Diese soldatische Gedankenwelt versank nicht im Versailler Vertrag, sondern übertrug sich auf die politische Ebene, auf der **Edgar Julius Jung** dann formulierte: "Es ist nicht richtig, daß das Lebens- und Daseinsrecht für alle Völker gleich sei; die Geschichte hat immer gegen diese Auffassung entschieden. Denn stets noch haben sich die kräftigeren Völker behauptet, die schwächeren sind zugrunde gegangen. Ob nachträglich eine den Einzelmenschen als höchsten Wert behauptende Sittenlehre hier Gerechtigkeiten oder Ungerechtigkeiten feststellt, ist belanglos. Entscheidend ist, daß die Völker, die es verstanden haben, durch geschickte Führung einen möglichst hohen Grad von Opferwillen zum Einsatz zu bringen, sich in der Geschichte durchgesetzt haben."(12) Mit diesen existenzialistischen Augen blickten die konservativen Revolutionäre auf eine Republik, die nicht die ihre war: "Aus der Angst um den Beuteanteil entstand auf den großherzoglichen Samtsesseln und in den Kneipen von Weimar die deutsche Republik, keine Staatsform, sondern eine Firma. In ihren Satzungen ist nicht vom Volk die Rede, sondern von Parteien; nicht von Macht, Ehre und Größe, sondern von

(11) aaO S. 34; der Antiliberalismus Moeller van den Brucks ist - im Gegensatz zu Schmitts antiliberalistischen Positionen - prononciert anti-westlich und stark von der russischen Literatur des 19. Jahrhunderts geprägt vgl. etwa Fjodor M. Dostojewski, Der Idiot, Insel-Taschenbuchausgabe, München 1986: "Erstens: was ist den der Liberalismus, allgemein gesprochen, anderes als ein Angriff ... auf die bestehende Ordnung der Dinge? Nicht wahr? Die von mir beobachtete Tatsache besteht nur darin, daß der russische Liberalismus nicht ein Angriff auf die bestehende Ordnung der Dinge ist, sondern ein Angriff auf das Wesen unserer Dinge selbst, auf die Dinge selbst und nicht nur auf ihre Ordnung, ein Angriff nicht auf russische Einrichtungen, sondern auf Rußland selbst." (ebd. S. 518); zum genuin westlichen Ansatz von Schmitts Antiliberalismus jetzt: Eberhard Straub, Der Fall Carl Schmitt - Facetten seines Denkens, in: Die politische Meinung, 33 Jg., Nr. 240 (Sept./Okt. 1988), S. 77.

(12) Moeller van den Bruck aaO S. 41.

Parteien. Wir haben kein Vaterland mehr, sondern Parteien; keine Rechte, sondern Parteien; kein Ziel, keine Zukunft mehr, sondern Interessen von Parteien."(13)

c) Die pluralistische Zersplitterung Weimars wurde in diesen Kreisen als ein Symptom des politischen Zerfalls bewertet. In antiplutokratischer Diktion heißt es bei **Moeller van den Bruck** über die Weimarer Lage: "Der Gedanke an den täglichen Stand des Dollar wurde ein Ersatz für das tägliche Gebet. Wir denken wirklich nur noch an unser elendes Heute. Der Kapitalist denkt daran, und der Proletarier denkt daran. Wir alle sind in unseren Interessen so heruntergekommen, wie noch niemals eine Menschheit herunterkam."(14) Der Antipluralismus der Konservativen Revolution wurzelte zu einem großen Teil auf antikapitalistischem Boden(15). Den "großen Siegern auf der Rennbahn des modernen Kapitalismus"(16) und ihrer verdeckten plutokratischen Macht im Staate galten die intellektuellen Angriffe einer Generation, die im preußischen Geist erzogen worden war und für die Macht und Verantwortung untrennbar waren.

**Oswald Spengler** konstatierte in seinem "Neubau des deutschen Reiches", daß "die großen beweglichen Vermögen in ein Souveränitätsverhältnis zur Parteipolitik getreten sind"(17) und daß "sich allenthalben fest organisierte Gruppen mit eigenen Interessen gebildet

(13) Spengler, Neubau des deutschen Reiches, München 1924, S. 9; zur Kritik an Spengler vgl. Hermann Heller, Europa und der Faschismus (1929), in: Gesammelte Schriften, Band 2, S. 493 f., der dem Elitedenken und der Massenverachtung der Konservativen Revolution einen interessanten Einwand entgegenhielt: "Die Entscheidung für die ästhetisch-ethischen Lebenswerte, besonders für das in Stefan George verleblichte Gesetz, hat politisch integrierende Kraft schon deshalb nicht, weil es die verachtete Masse nichts angeht und nichts angehen soll, diese Masse aber durch mitleidlosen Hochmut weder geformt noch zum Verschwinden gebracht werden kann. Ohne Beziehung auf das Absolute und ohne eine die Individuen, die Klassen, Nationen und Rassen verbindende Rechtsidee gelangt die Lebensphilosophie im Politischen genau so wenig zum 'lebendigen Gesetz' wie der Positivismus des neunzehnten Jahrhunderts." (ebd.).

(14) aaO S. 73/74.

(15) Instruktiv dazu: Wolfgang Hock, Der deutsche Antikapitalismus - Der ideologische Kampf gegen die freie Wirtschaft im Zeichen der großen Krise, Frankfurt/Main 1960.

(16) Werner Sombart, Der Bourgeois - Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen (1913), Reinbek bei Hamburg 1988, S. 180.

(17) aaO S. 23.

haben, die ausgeschaltet werden müssen, wenn die Regierung eines Gesamtvolkes ihren "Sinn behalten soll." (18) Der Schuldige an der Omnipotenz der Verbände war für ihn der Parlamentarismus, der die Substanz des Staates zur Disposition pluralistischer Elemente gestellt habe und sich daher als eine "verfassungsmäßige Anarchie" (19) entpuppt habe: "Die alten ehrwürdigen Formen liegen in Trümmern. Sie sind durch den formlosen Parlamentarismus ersetzt worden, ein Schutthaufen ehemaliger Autorität, Regierungskunst und staatsmännischer Weisheit, auf dem die Parteien, Horden von Geschäftspolitikern, sich um die Beute streiten." (20)

**Edgar Julius Jung** geißelte den modernen "Mammutstaat" als einen politischen Selbstbedienungsladen, der zum Sklave seiner pluralistischen Kunden werde: "Am Ende scheint der Staat nur noch den Zweck zu haben, die zahllosen, an ihn gerichteten Wünsche der Staatsbürger zu befriedigen. Alle verletzten Interessen verlangen ihre Wiedergutmachung durch den Staat; alle Schwachen und Minderwertigen schreien nach seiner Hilfe (Almosenstaat). Er lebt nur noch von dem kärglichen Lob, das ihm die befriedigten Gruppen spenden, und in der dauernden Furcht vor den Ansprüchen, welche die unzufriedenen an ihn stellen." (21) Der Pluralismus war für Jung verbunden mit dem Vordringen der "sogenannten Innenpolitik", "ein Begriff, der knapp hundert Jahre alt ist: der erst entstehen konnte, als der moderne Staat Aufgaben an sich riß, welche die Gesellschaft unter sich zu regeln hat und nicht der Staat." (22) Demgegenüber setzte er sich ein für das **P r i m a t d e r A u ß e n p o l i t i k**, die die Selbstbehauptung eines Volks gegenüber einem anderen als zentrale politische

(18) Ebd.: Vgl. zu den Hintergründen dieses politischen Motivs: Spengler, Der Untergang des Abendlandes - Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte (1919), München 1963, S. 961 ff. und passim.

(19) Jahre der Entscheidung, Erster Teil - Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung, München 1933, S. 27.

(20) Ebd. S. 104.

(21) aaO S. 69.

(22) Ebd..

Aufgabe habe. Die Verteidigung des Ganzen nach außen und nicht die Verteilung von einzelnen Stücken des Staatskuchens im Innern mache das Wesen des Politischen aus: "Im Staatsinnern konnte der Begriff der Politik erst Anerkennung und Geltung erlangen, als die staatliche Tätigkeit nicht mehr als eine das Volksganze betreuende, sondern als Gegenstand von Machtkämpfen einzelner Interessengruppen gesehen wurde: historisch gekennzeichnet durch das Entstehen der Partei und des Parlaments." (23)

Die zentrale politische Aufgabe sahen die konservativen Denzkirkel in dem Ausbruch Deutschlands aus dem völkerrechtlichen Gefängnis von Versailles und in der Wiederherstellung der uneingeschränkten Souveränität des deutschen Staates. Die Lösung dieser Aufgabe traute man dem Weimarer Staat und seinem politischen Instrumentarium nicht zu. Deshalb wurden die Männer der Konservativen Revolution zu den Feinden eines politischen Systems, das für sie den Keim des Todes schon in sich trug: "Die Vorform des Cäsarismus wird sehr bald bestimmter, bewußter, unverhüllter werden. Die Masken aus dem Zeitalter parlamentarischer Zwischenzustände werden ganz fallen. Alle Versuche, den Gehalt der Zukunft in Parteien aufzufangen, werden rasch vergessen sein." (24)

d) Als sich dann am Ende der 20er Jahre die wirtschaftliche Lage drastisch verschlechterte und die Episode der Notverordnungsregierungen anbrach, war die Stunde gekommen, um in der republikanischen Götterdämmerung den entscheidenden intellektuellen Hieb gegen Weimar zu führen. **Ernst Jünger**, dessen Kriegstagebuch "In Stahlgewittern" (25) zum Vademecum einer politisch heimatlosen Soldatengeneration geworden war, ging Anfang der 30er Jahre zum publizistischen Generalangriff über und prangerte "die Ideale jener

(23) Ebd..

(24) Spengler, Jahre der Entscheidung aaO S. 165.

(25) München 1920.

geistigen Oberkellner ..., durch die heute das öffentliche Gesicht des Landes verkörpert wird", (26) an und sprach von einer "Atmosphäre des Sumpfes, die nur durch Explosionen gereinigt werden kann." (27)

Das finale furioso der Weimarer Republik im Jahre 1932 schließlich machte vor allem eines deutlich: Es gab nur wenige, die willens, und keinen, der fähig gewesen wäre, das schlingende Weimarer Staatsschiff wieder auf Kurs zu bringen. Statt dessen bestieg man die politisch-pluralistischen Rettungsboote in Form von Parteien und Verbänden und sah zu, wie die Weimarer res publica allmählich am Horizont verschwand. In der Stunde seiner äußersten Bedrohung fehlten dem Weimarer Staat Bürger, die für ihn Partei ergriffen und sich zum Anwalt der Republik gemacht hätten.

Am 30. Januar 1933 räumte das parlamentarisch-demokratische System mehr oder minder kampflos das Feld. Die nationalsozialistische Machtübernahme war nur der konsequente Schlußpunkt unter den sukzessiven Zerfall eines Staates, der politisch wehrlos auf den Wogen des Parteien- und Interessenkampfes hin- und hergetreten worden war. Der weise Satz **Arthur Schopenhauers** "Republiken sind leicht zu errichten, hingegen schwer zu erhalten: von Monarchien gilt gerade das Umgekehrte" (28), hatte sich einmal mehr bewahrheitet.

(26) Die totale Mobilmachung, S. 18.

(27) Der Arbeiter, Hamburg 1932, S. 257.

(28) Parerga und Paralipomena, in: Eduard Grisebach (Hrsg.), Arthur Schopenhauer's Sämtliche Werke in sechs Bänden, Leipzig o.J., zweiter Band, Kap. IX (Zur Rechtslehre und Politik), S. 264; vgl. Carl Schmitt, Schopenhauers Rechtsphilosophie außerhalb seines philosophischen Systems in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform, 10. Jg. (April 1913 - März 1914), S. 27 ff..

Die konservativen Revolutionäre(29) aber, die die intellektuelle Demontage der ersten deutschen Republik forciert hatten, jedoch keine eigene politische Streitmacht gebildet hatten, mußten am Ende ohnmächtig mitansehen, wie ihr Teufel Weimar durch den nationalsozialistischen Beelzebub Hitler ausgetrieben wurde.(30)

## 2) Staatsrechtslehre und Pluralismusdebatte

a) Mit der Abdankung des Kaisers im November 1918, bei der dieser alle Beamten und Soldaten von dem auf ihn geleisteten Treueeid entbunden hatte und der Verkündung der Weimarer Reichsverfassung im August 1919 wurde in der Verfassungsgeschichte Deutschlands ein neues Blatt aufgeschlagen. "Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus", hieß es in schlichten Worten in Art. 1 der Reichsverfassung. Die Souveränität des Volkes war eine absolute verfassungsrechtliche Novität in Deutschland. Die - von konstitutionell-monarchischem Geist und positivistischer Methode geprägte - deutsche

(29) Die Frage, ob Carl Schmitt der Konservativen Revolution zuzurechnen ist oder nicht, ist ein akademischer Schubladenstreit ohne politologischen Erkenntnisgehalt. Tatsächlich ist Schmitt ein "jede Klassifizierung sprengender Geist", der "es stets minderen Geistern überlassen (hat), das 'Grundsätzliche' auf Flaschen zu ziehen." (Mohler, *Konservative Revolution*, 2. Aufl., S. 67). Einerseits gehört Schmitt in die Front gegen Weimar - Genf - Versailles, andererseits dachte er weder völkisch, noch konservativ, noch nationalrevolutionär. Auch hier gilt: tertium datur. Armin Mohlers Eingemeindung Schmitts in die Konservative Revolution als deren "Schlüsselfigur" (aaO S. 319) ist schon wegen des katholischen backgrounds und des Anti-Nietzsche-Affekts bei Schmitt wenig glücklich. Auf der anderen Seite ist es wenig überzeugend, Carl Schmitt als Nur-Staatsrechtler darzustellen, der - abgehoben von seiner Zeit - juristische Nüsse geknackt hätte. Wer wirklichen Zugang zu Schmitts Werk sucht, muß diese Etikettierungen außer acht lassen; vgl. zu dieser Diskussion Armin Mohler, Carl Schmitt und die "Konservative Revolution", in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 129 ff. sowie die erhellenden Diskussionbeiträge von G. Maschke und H. Meier zu diesem Referat, aaO S. 153 ff.; Bendersky aaO S. 57, Fußn. 56; George Schwab, *The Challenge of the Exception - An Introduction to the Political Ideas of Carl Schmitt between 1921 and 1936*, Berlin 1970, S. 29 ff..

(30) Zur Konservativen Revolution vgl. Klemens von Klemperer, *Germany's New Conservatism - Its History and Dilemma in the Twentieth Century*, Princeton 1957, deutsch: *Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1962; Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, Studienausgabe, München 1968; Bracher aaO; Walter Struve, *Elites against Democracy - Leadership Ideals in Bourgeois Political Thought in Germany, 1890 - 1933*, Princeton 1973, S. 219 ff.; Panajotis Kondylis, *Konservatismus - Geschichtlicher Gehalt und Untergang*, Stuttgart 1986, S. 469 ff.; Mohler aaO; Schwierrskott aaO; Felken aaO; Forschbach aaO.

Staatsrechtslehre mußte sich an dieser neuen Verfassungsgrundlage orientieren. Trotz der Zäsur des 9. November 1918, die politische Schockwirkung hatte und das Staatsleben schwer erschüttert hatte, suchten die Verfassungsrechtler nach Anknüpfungspunkten für eine staatliche Kontinuität. "Die Revolution hat das Reich nicht zerstört, sondern nur seine Verfassung geändert"(31), formulierte **Gerhard Anschütz** in seinem Leitkommentar zur Weimarer Reichsverfassung und versuchte mit staatsrechtlichem Öl die Wogen der Revolution zu glätten: "Was sich in jenen Tagen ereignete, bedeutet nicht Untergang und Aufgang von Staaten, sondern den Sturz der Monarchie und die Errichtung der Republik."(32) Dennoch konnte kein Zweifel sein, daß sich die verfassungsrechtliche Szene grundlegend verändert hatte. Die Staatsrechtslehre hatte einige Mühe, sich an die neuen politischen Kategorien des parlamentarisch-demokratischen Staates zu gewöhnen. Gleichzeitig blieben bei vielen Professoren Zweifel und Skepsis gegenüber der neuen Ordnung zurück(33), was mit der Tatsache zusammenhängen mag, daß Weimar - auch im wissenschaftlichen Bereich - über weite Strecken eine Republik ohne Republikaner war(34).

Wissenschaftshistorisch war die Weimarer Staatslehre geprägt von der Hinterlassenschaft des juristischen Positivismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. An diesem Positivismus schieden sich unverändert die Geister. Versucht man, die intellektuellen Kräftefelder innerhalb der Staatsrechtslehre mit wenigen Sätzen zu skizzieren(35), so ergibt sich etwa folgendes Bild: Als

(31) Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches, S. 12.

(32) Ebd. S. 11.

(33) So auch Ulrich Scheuner, Die Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehre in der Zeit der Weimarer Republik, in: Archiv des öffentlichen Rechts, 97. Band, 1972, S. 355.

(34) Vgl. dazu Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 63 ff. sowie Herbert Döring, Der Weimarer Kreis - Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1975, S. 1 ff., 77 ff. und passim.

(35) An dieser Stelle kann es nur darum gehen, das ideenpolitische Umfeld kurz anzureißen, um die Einordnung Carl Schmitts in die Weimarer Staatsrechtslehre zu erleichtern; eine ausführliche Darstellung findet sich z.B. bei Renate Granert, Die Staatsrechtslehre in der politischen Auseinandersetzung der Weimarer Republik, Freiburg 1980; instruktiv auch Manfred Friedrich, Die Grundlagendiskussion in der Weimarer Staatsrechtslehre, in: Politische Vierteljahresschrift, Band 13, (1972) S. 582 ff.,

die legitimen Erben des Laband'schen Positivismus der wilhelminischen Zeit trat eine positivrechtlich-konstruktive Schule auf, die auf dem Boden der Weimarer Reichsverfassung argumentierte und die sich - ausgerüstet mit den vier juristischen Auslegungswerkzeugen (historische, systematische, grammatische und teleologische Interpretation) - streng an den legislatorischen Vorgaben orientierte. Stellvertretend für diese Richtung stehen die Namen **Gerhard Anschütz**(36), der Verfasser des führenden Kommentars zur Weimarer Reichsverfassung, sowie **Richard Thoma**, der als erster Carl Schmitts Antiparlamentarismus unter die Lupe nahm.(37)

Eine zweite Gruppe um den Staatsrechtler **Hans Kelsen** und seine normativistische Wiener Schule dachte den Positivismus konsequent zuende und war bemüht, die Jurisprudenz zu einer von jeglichen inhaltlichen Elementen befreiten, "exakten" Wissenschaft zu machen. Ziel war der "Reine Rechtsstaat", in dem Gesetze und nicht Entscheidungen von Menschen im Mittelpunkt stehen. Diese normativistische Methode betrachtete die traditionelle Auslegung und Interpretation von Gesetzen als das Einfallstor für rechtsfremde Manipulationen und sah ihr Ideal in einer Herrschaft des "Rechtsgesetzes", dem die Menschen in gleicher Weise ausgesetzt sein mußten wie den Naturgesetzen.(38)

In diametralem Gegensatz zu diesem Normativismus und in Ablehnung zu dem Positivismus stand eine dritte "neu aufsteigende Gruppe von Männern ... , die über diese ihnen allzu konstruktiv und begriffsjuristisch

(36) Zu Anschütz vgl. Döring aaO S. 102 ff. und passim sowie Carl Schmitt, Besprechung von Anschütz' Buch "Die Verfassung des Deutschen Reiches zum 11. Aug. 1919", 3. und 4. Aufl., Berlin 1926, in: Juristische Wochenschrift 1926, Heft 19, S. 2270 ff.,

(37) Richard Thoma, Zur Ideologie des Parlamentarismus und der Diktatur, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 53 (1925), S. 212 ff.; zu Thoma vgl. Döring aaO S. 158 ff. und passim.

(38) Hans Kelsen, Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, 2. Aufl., Tübingen 1923, S. 395; vgl. dazu Hendrik J. van Eikema Hommes, The Development of Hans Kelsen's Concept of Legal Norm, in: W. Krawietz / H. Schelsky (Hrsg.), Rechtssystem und gesellschaftliche Basis bei Hans Kelsen, Berlin 1984, S. 159 ff.; zu Kelsen siehe unten Abschnitt 3.

erscheinende Methodik hinaus zu führen suchten, indem sie die Rechtssätze und ihre Auslegung in den weiteren Kreis historischer und politisch-sozialer Hintergründe zu stellen suchten."(39)

Diese "geisteswissenschaftliche"(40) Richtung in der Staatsrechtslehre war sich einig in ihrem Kampf gegen den inhaltsleeren Normativismus und den überkommenen Positivismus(41) des Kaiserreichs, die man als "Lehren einer dahingesunkenen Epoche"(42) betrachtete: "Die Staatsrechtslehrer des wilhelminischen Reiches setzten einen besonderen Stolz darein, ihre Wissenschaft aus einer politischen Rezeptur in den Bereich positivistischen Denkens erhoben zu haben. Ihre psychologische Basis war die allgemeine Überzeugung von der Trefflichkeit der nur noch kommentierbedürftigen Verfassung. Diese Basis änderte sich durch die Tatsache und die staatsrechtlichen Ergebnisse der Revolution. Der Pendel schlug zurück, das allgemeine dialektische Gesetz meldete sich, eine 'neue ' Lehre kam auf, die neben der Verfassung als Urkunde auch die V e r f a s s u n g a l s d a s p o l i t i s c h e K l e i d d e r N a t i o n betrachtete und den Beruf der Wissenschaft zur Mitarbeit an der Reform eindringlich und unter bemerkenswerter Ausnutzung der von der alten Schule gelieferten geistigen Waffen anmeldete und ausübte."(43) Wie dieses politische Kleid Deutschlands allerdings auszusehen habe, darüber herrschte innerhalb der geisteswissenschaftlichen Richtung wenig Einigkeit.

(39) Scheuner, Die Vereinigung ... aaO S. 367.

(40) Diese Bezeichnung geht zurück auf Günther Holstein, Von Aufgaben und Zielen heutiger Staatsrechtswissenschaft, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Band 50 (1926), S. 1 ff., 31 und wurde maßgeblich von Rudolf Smend geprägt, vgl. nur Verfassung und Verfassungsrecht aaO S. 126; vgl. dazu jetzt: K. Rennert, Die 'geisteswissenschaftliche Richtung' in der Staatslehre der Weimarer Republik - Untersuchungen zu E. Kaufmann, G. Holstein und R. Smend, Berlin 1987.

(41) So auch Smend, Die Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer und der Richtungsstreit, in: H. Ehme und andere (Hrsg.), Festschrift für Ulrich Scheuner zum 70. Geburtstag, Berlin 1973, S. 578.

(42) Ernst Forsthoff, Staatsrechtswissenschaft und Weltkrieg, in : Blätter für deutsche Philosophie, 1931/32, Band V, Heft 2/3, S. 292.

(43) Georg Quabbe, Die Interpreten des Ausnahmezustandes - Ein staatsrechtlicher Leitfaden für Diktaturbeflissene, in: Vossische Zeitung Nr. 437 vom 11. Sept. 1932, 4. Beilage; Hervorhebung nicht im Original.

Tatsächlich waren Männer wie **Erich Kaufmann**, **Gerhard Leibholz**, **Rudolf Smend** oder **Heinrich Triepel**, die in diesem Zusammenhang zuallererst genannt werden müssen(44), zu verschieden, um sich zu einer staatsrechtlich-methodischen bzw. politisch-theoretischen Phalanx verbinden zu lassen. Im Mittelpunkt stand das Bemühen, die gerade auch auf der wissenschaftlichen Ebene empfundene "Desorganisation, die das geistige Leben dieses Volkes bis in die tiefsten verborgensten Schichten ergriffen hat"(45), zu überwinden und die Staatsrechtslehre wieder "in die Nähe des politischen Lebens" zu führen, "die sie lange Zeit gescheut hat wie das gebrannte Kind das Feuer ..."(46). Für diese Rückkoppelung des Staatsrechts an die Politik(47) traten im übrigen auch **Hermann Heller**(48) und **Carl Schmitt** ein, die sich jedoch wegen ihrer in vielen Punkten deutlich werdenden Sonderstellung in der Weimarer Staatsrechtslehre nur teilweise der geisteswissenschaftlichen Richtung zuordnen lassen.(49)

Die intellektuelle Sprengkraft der neuen Staatsideen lag vor allem an ihrem genuin politischen Ansatz: Zum ersten Mal fand sich eine Gruppe von Juristen, die sich nicht damit zufrieden gab, den Staat, wie er ist, zu legitimieren(50), sondern die den Staat, wie er sein soll, postulierte.

b) Es lag nahe, daß gerade diese neue Staatsrechtslehre, die ihre Berufung nicht in der Verteidigung des Weimarer Status quo, sondern in der

(44) So auch Helge Wendenburg, Die Debatte um die Verfassungsgerichtsbarkeit und der Methodenstreit der Staatsrechtslehre in der Weimarer Republik, Göttingen 1984, S. 137 ff..

(45) Forsthoff, Staatsrechtswissenschaft ... aaO S. 292.

(46) Forsthoff ebd..

(47) Dazu fast programmatisch: Heinrich Triepel, Staatsrecht und Politik aaO.

(48) Zu Heller siehe unten Abschnitt 5.

(49) So auch Wendenburg aaO; Scheuner, Die Vereinigung ... aaO S. 367, Fußn. 88 und Smend, Die Vereinigung ... aaO S. 585 gehen ebenfalls von Schmitts Sonderstellung aus, wollen jedoch Heller mit in die geisteswissenschaftliche Richtung einbeziehen. Wie unten (siehe Abschnitt 5.) deutlich werden wird, ist dies jedoch nur zum Teil gerechtfertigt.

(50) Nach einer Formulierung von Jacob Taubes, Ad Carl Schmitt ... S. 72.

Projizierung ihrer Staatsideale sah, sich des pluralistischen Themas früher oder später annehmen würde. Von Anfang an war der Weimarer Parlamentarismus von mehreren Seiten in die Zange genommen worden: Auf der einen Seite von Positionen, die sich für eine Stärkung der Exekutive gegenüber der Legislative einsetzte, auf der anderen Seite von Ideengängen, die den Parlamentarismus ablösen wollten durch einen sozialistischen Rätestaat bzw. einen korporativen Ständestaat(51). Als dann Carl Schmitt Mitte der 20er Jahre den Laski'schen Pluralismus mit der Weimarer Wirklichkeit in Beziehung setzte(52), entfachte sich in Deutschland eine Pluralismuskussion, in deren Verlauf die entscheidenden strukturellen Defizite der Weimarer Republik deutlich werden sollten.

Als Auftakt der Pluralismusdebatte fungierte **Heinrich Triepels** berühmte Rektoratsrede "Die Staatsverfassung und die politischen Parteien", die er am 3. August 1927 in der Berliner Universität hielt(53). Triepel schilderte hierin, wie es der politischen Partei - als einer der wichtigsten pluralistischen Gruppierungen - in den vergangenen 100 Jahren nach und nach gelungen sei, sich die Macht im Staate anzueignen. Die jeweilige Regierungsgewalt habe dem Siegeszug der politischen Partei weitgehend tatenlos zugesehen: "Geschichtlich angesehen, hat sich das Verhalten des Staats gegenüber den politischen Parteien in einer vierfachen Stufenfolge bewegt. Wir können von einem Stadium der Bekämpfung, dann von einem Stadium der Ignorierung sprechen. An dieses schließt sich die Periode der Anerkennung und Legalisierung, und als letzte würde die Ära der

(51) Siehe dazu etwa Heinrich Herrfahrdt, Das Problem der berufsständischen Vertretung, Berlin 1921 und Edgar Tatarin-Tarnheyden, Die Berufsstände, Berlin 1922; zu beiden Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, S. 29; vgl. auch Scheuner, Die Vereinigung ... aaO S. 356.

(52) Siehe oben Kap. III, Abschnitt 1.

(53) Rede bei der Feier der Ernennung an den Stifter der Berliner Universität König Friedrich Wilhelm III in der alten Aula am 3. Aug. 1927, Berlin 1927; vgl. A. Hollerbach, Zu Leben und Werk Heinrich Triepels, in: Archiv des öffentlichen Rechts Band 91 (1966), S. 434 ff. sowie Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 102.

verfassungsmäßigen Inkorporation folgen ..."(54). Tatsächlich sei die Nation heute nichts anderes "als eine durch den Kampf vielspältiger Interessengruppen aufgelockerte Gesellschaft"(55), deren politisches Schicksal bestimmt werde "von mannigfachen Interessentenverbänden, vielleicht von solchen, die sich mit politischen Parteien decken oder mit ihnen verschwistert sind ..."(56). Diese pluralistische Tendenz führe zu einer Aushöhlung der parlamentaristischen Staatsidee, das Parlament diene schließlich nur noch als staatsrechtliche Fassade zur Verdeckung der tatsächlichen Machtstrukturen: "Die Parteiorganisation greift den Parlamentarismus von außen und von innen an. Sie bemächtigt sich des Wählers und treibt ihn mehr und mehr in ihre Netze. Sie bemächtigt sich des Parlamentsverfahrens in allen seinen Stadien und Richtungen. ... Der Parlamentsbeschluß ist, wenn das Parlament eine homogene Mehrheit besitzt, ein Parteibeschuß, bei Parteizersplitterung ein Parteienkompromiß. Und der Abgeordnete ist nicht mehr ein Vertreter des Volks, sondern ein Vertreter seiner Partei, er fühlt sich als solcher und handelt als solcher."(57)

Staatsrechtlich ordnete Triepel die politische Partei ein als "eine extrakonstitutionelle Erscheinung, ihre Beschlüsse sind, vom Standpunkte des Rechts aus gesehen, unverbindliche und unmaßgebliche Äußerungen eines dem Staatsorganismus fremden sozialen Körpers."(58) Philosophisch machte er den "atomistischen Individualismus" für das Vordringen des Parteienstaates verantwortlich: "Wenn die öffentliche Gewalt letzten

(54) Triepel, Die Staatsverfassung ... aaO S. 8; vgl. auch Otto Koellreutter, Die politischen Parteien im modernen Staat, Breslau 1926; derselbe, Der deutsche Staat als Bundesstaat und als Parteienstaat, Tübingen 1927 sowie H. Herrfardt, Die Kabinettsbildung nach der Weimarer Verfassung unter dem Einfluß der politischen Praxis, Berlin 1927.

(55) Triepel, Die Staatsverfassung ... aaO S. 7.

(56) Ebd..

(57) Ebd. S. 13/14.

(58) Ebd. S. 24/25.

Endes in die individualistisch aufgelockerte Masse verlegt wird, so schafft sich diese, da sie als Masse nicht wollen und handeln kann, die Organisationen, durch die sie einen Willen zu erzeugen vermag. ... Das politische Parteiensystem ist die Selbstorganisation, die sich die Massendemokratie geschaffen hat." (59) Allein in der Überwindung der individualistischen Staatsauffassung durch den organischen Staatsgedanken - so schließt Triepel seine Rede - liegt die Chance, der Hydra des Parteienstaates zu entfliehen: "Wenn es gelingt, die sich mit elementarer Gewalt aus dem Schoße des Volks herausringenden Kräfte einer personell und territorial reich gegliederten neuen Selbstverwaltung wirtschaftlicher und geistiger Art in den Dienst des Staates zu zwingen, der durch sie nicht zerstört, sondern zusammengehalten werden soll, - wenn der Staat nicht abgebaut, sondern im Gegenteil von unten her aufgebaut sein wird, dann wird er zum echten Organismus geworden sein, wo 'alles sich zum Ganzen webt, eins in dem andern wirkt und lebt.'" (60)

Dieser Rede, die nicht nur in akademischen Kreisen weite Beachtung fand (61), kam Pilotfunktion für die Ende der 20er Jahre einsetzende und sich Anfang der 30er Jahre mehr und mehr verschärfende Auseinandersetzung um den Pluralismus zu. Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, diese Diskussion in extenso darzustellen. Dazu wäre es erforderlich, ein Querprofil der staatsrechtlichen *civitas academica* zu liefern, was den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Statt dessen wollen wir im folgenden eine individualisierende Analyse in systematischer Absicht liefern, wobei wir vier verschiedene Staatsdenker herausgreifen, die für das vorliegende Thema von besonderer Bedeutung sind. Dabei

(59) Ebd. S. 27/28.

(60) Ebd. S. 31; zu Triepel vgl. Rudolf Smend, Heinrich Triepel (1966), wieder abgedruckt in: Staatsrechtliche Abhandlungen aaO S. 594 ff., sowie Wendenburg aaO S. 139 ff.; die Triepelschen Analysen scharf ablehnend: Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, Neudruck der 2. Aufl. von 1929, Aalen 1963, S. 107 ff. und passim.

(61) Vgl. Hollerbach aaO.

sollen zuerst die Grundlinien der einzelnen Staatsmodelle skizziert werden (a), um anschließend die Stellungnahmen zum pluralistischen Thema im Lichte des Gesamtwerks untersuchen zu können (b). Neben den Aussagen der Staatsrechtler **Hans Kelsen**, **Rudolf Smend** und **Hermann Heller** sollen abschließend auch die Lehren des Nationalökonomen und Soziologen **Othmar Spann** wegen der besonderen Pluralismusrelevanz seines Ständestaatsmodells betrachtet werden.

### 3) Im Reich der Normen:

#### Hans Kelsens Reiner Rechtsstaat

a) Hauptanliegen von Hans Kelsens(62) Reiner Rechtslehre war es, die Jurisprudenz, "diese dem Zentrum des Geistes entlegene Provinz, die dem Fortschritt nur langsam nachzuhumpeln pflegt"(63), aus den Niederungen der Rechtspolitik "auf die Höhe einer echten Wissenschaft, einer Geistes-Wissenschaft zu heben"(64). Dazu war es nach seiner Auffassung erforderlich, die Rechtswissenschaft einerseits vor einer methodologischen Unterwanderung durch die Soziologie(65) und andererseits vor einer inhaltlichen Überflutung durch die Politik zu bewahren und sie als "reine" Wissenschaft zu rekonstruieren. Während die Soziologie eine "Realitätswissenschaft" sei, die sich mit Fakten in einer Welt des Seins beschäftige, sei die Rechtswissenschaft eine Idealitätswissenschaft, die Normen in einer Welt des Sollens zum Inhalt habe.(66) In der sorgfältigen Trennung von Sein und Sollen, in der Unterscheidung zwischen der Soziologie als Naturwissenschaft und der Jurisprudenz als

(62) Zur **Biographie** vgl. Rudolf Aladár Metall, Hans Kelsen - Leben und Werk, Wien 1969; zur **Bibliographie** derselbe, Chronologisches Verzeichnis der Veröffentlichungen Hans Kelsens, in: Hans Kelsen, Reine Rechtslehre, 2. Aufl., Wien 1960, S. 499 ff..

(63) Reine Rechtslehre, Vorwort zur 1. Aufl. (1934), 2. Aufl., Wien 1960, S. IV.

(64) Ebd. S. III.

(65) Über Grenzen zwischen juristischer und soziologischer Methode, Neudruck der Ausgabe von 1911, Aalen 1970, S. 5 ff. und passim; Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, S. 19 ff. und passim.

(66) Hauptprobleme ... S. 6.

Geisteswissenschaft, in der 'Betonung der "Eigengesetzlichkeit des Rechtes gegenüber der Natur"(67), sieht Kelsen den Weg zu einer Rückgewinnung verlorengegangenen rechtswissenschaftlichen Terrains(68).

In der Abgrenzung gegenüber der Politik erkennt Kelsen ein weiteres wichtiges Essential für die Rechtswissenschaft, wenn sie sich nicht von wesensfremden Elementen beherrschen lassen wolle. Ihm geht es "um den Verzicht auf die eingewurzelte Gewohnheit, im Namen der Wissenschaft vom Recht, unter Berufung also auf eine objektive Instanz, politische Forderungen zu vertreten, die nur einen höchst subjektiven Charakter haben können, auch wenn sie, im besten Glauben, als Ideal einer Religion, Nation oder Klasse auftreten."(69) Bei der Verquickung der Politik mit dem Recht würden nach Kelsen Kategorien vermengt, die schon von ihrem Ansatz her unvereinbar sind: "Mit dem 'Politischen' behauptet man eine Sphäre, die, dem Recht wesensfremd, sich der rechtlichen Regelung und somit auch der V e r f a s s u n g a l s e i n e m K o m p l e x v o n N o r m e n entzieht."(70)

Das Recht bezeichnet Kelsen als "Willen des Staates"(71), das Gesetz als "hypothetisches Urteil über den Willen des Staates zu eigenem Verhalten."(72) Demgemäß existiert der Staat nur auf einer normativen Ebene, er ist die "vollendete Form des positiven Rechts"(73), mithin sind Staat und Rechtsordnung für

(67) Ebd. S. VI.

(68) Vgl. dazu Carl Schmitt, Politische Theologie, S. 27 f. sowie Wolfgang Schluchter, Entscheidung für den sozialen Rechtsstaat - Hermann Heller und die staatsrechtliche Diskussion in der Weimarer Republik, Köln / Berlin 1968, S. 29 f. sowie Wendenburg aaO S. 122 f..

(69) Reine Rechtslehre, S. IV.

(70) Wesen und Entwicklung der Staatsgerichtsbarkeit, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Heft 5, S. 119; Hervorhebung nicht von Kelsen.

(71) Hauptprobleme ... S. X.

(72) Ebd.: vgl. dazu Hartmann aaO S. 176; Schluchter aaO S. 31.

(73) Die Idee des Naturrechts, in: Zeitschrift für öffentliches Recht, Band 7 (1928), S. 226.

Kelsen identisch(74). Die Ordnung innerhalb dieses "Reinen Rechtsstaats" soll gewährleistet werden durch ein hierarchisches Normensystem, ein "Stufenbau der Rechtsordnung"(75), bei dem am Ende nur Normen, nicht Menschen das Individuum in seinem Willen beschränken und also herrschen können(76). Die Souveränität eines Staates ist für Kelsen identisch mit der Positivität seines Rechts(77); noch existierende Spannungen zwischen einzelnen Staaten müßten zu guter Letzt in einer Normen-One-World, in einem "Weltstaat als Weltorganisation"(78) aufgelöst werden(79).

b) Von der Ebene dieser reinen Rechtsstaatstheorie(80), die in der Weimarer

(74) Reine Rechtslehre S. 29 f.; dazu Schluchter aaO S. 38, Wendenburg aaO S. 127 f. und Hartmann aaO S. 176.

(75) Reine Rechtslehre S. 228 ff.; dazu Jürgen Behrend, Untersuchungen zur Stufenbaulehre Adolf Merklis und Hans Kelsens, Berlin 1977; W. Krawietz, Die Lehre vom Stufenbau des Rechts - Eine sekularisierte politische Theologie, in: W. Krawietz / H. Schelsky (Hrsg.), Rechtssystem ... S. 255 ff..

(76) Deckungsgleich damit: Hugo Krabbe, Die moderne Staats-Idee, 2. Aufl., Den Haag 1919; "Wir leben jetzt nicht mehr unter der Herrschaft von Personen, ... sondern unter der Herrschaft von Normen ..." (ebd. S. 9).

(77) Das Problem der Souveränität und die Theorie des Völkerrechts, Unveränderter Neudruck der 2. Aufl. von 1928, Aalen 1960, S. 86; siehe dazu die scharfe, aber präzise Kritik von Hermann Heller, Die Souveränität, in: Gesammelte Schriften, Band 2, S. 41 ff. und passim.

(78) Kelsen, Das Problem der Souveränität, S. 320.

(79) Vgl. dazu Albert Bleckmann, Monismus mit Primat des Völkerrechts - Zur Kelsenschen Konstruktion des Verhältnisses von Völkerrecht und Landesrecht in: W. Krawietz / H. Schelsky (Hrsg.), Rechtssystem ... S. 337 ff..

(80) Für eine grundlegende Kritik an Kelsen ist hier nicht der Ort. Die Gretchen-Frage, die Kelsen nicht beantwortet hat, sei dennoch gestellt: Wer setzt die Norm der Normen? Und wer entscheidet, wenn das Normensystem aus dem Lot ist, wenn alle Ampeln auf grün geschaltet sind? An diesem Punkt erweist sich die Reine Rechtslehre als machtverschleiern, bestenfalls als wirklichkeitsfremd; vgl. Eleonore Sterling, Studie über Hans Kelsen und Carl Schmitt, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Band 47 (1961), S. 569 ff.: "Ein System, das versucht, die sozialökonomische Macht in juristische Verhältnisse aufzulösen und das Element der persönlichen Herrschaft ausschließen will, verhindert die Feststellung der eigentlichen politischen Machtlagerung." (ebd. S. 585). Die Kelsensche Allmacht des Rechts ist nur ein Traum und nicht einmal ein schöner; vgl. dazu schon Rudolf v. Ihering, Geist des römischen Rechts, Dritter Teil, 4. Aufl., Leipzig 1888: "Es hat allerdings etwas höchst erlockendes, ja man möchte sagen, es ist eine im Wesen der Jurisprudenz selber tief begründete Versuchung, daß sie den realen Mächten gegenüber, mit denen sie sich in die Schöpfung des Rechts zu teilen hat, die Autonomie ihres eigenen juristischen Denkens zur möglichststen Geltung zu bringen und auch das Positive zur idealen Höhe einer logischjuristischen Wahrheit zu erheben versucht ... Sollte man doch nach manchen neueren Erscheinungen fast glauben, als sei das Recht im Wesentlichen nichts als eine Schöpfung der juristischen Dialektik, zu deren Verständnis praktische Anschauungen überhaupt nicht nöthig seien, ein Tummelplatz für die Akrobaten scholastischer Spitzfindigkeit. Geblendet durch den Glanz des Logischen, der das römische Recht bedeckt und jedem, der sich ihm naht, zuerst in die Augen fällt, wird das Wahrnehmungsvermögen des Auges, wenn nicht die frische Luft des Lebens es wieder kräftigt, nur zu leicht für alles andere abgestumpft; statt der wirklichen Welt, in der die realen Mächte des Lebens regieren, erblickt es ausschließlicn nur noch die Fata Morgana einer Welt, in welcher der abstrakte Gedanke das Scepter führt. Da schwingt sich denn der Begriff zur Rolle des Demiurgen auf: Er hat die Welt des Rechts gemacht, er regiert sie. An die Stelle der realen Kräfte, welche im Schoße des Rechts walten, setzt sich die Dialektik des Begriffes; was jene geschaffen und hervorgebracht, gibt sie für ihr Werk aus, indem sie, je nachdem es positiver oder negativer Art ist, das eine als logisch nothwendig, das andere als logisch unmöglich deducirt." (ebd. S. 318/319).

Staatsrechtslehre auf erbitterten Widerstand stieß(81), aus argumentierend, setzte sich Hans Kelsen Anfang der 30er Jahre in einer immer mehr von Polemik gekennzeichneten intellektuellen Atmosphäre mit den Schmitt'schen Aussagen zum Pluralismus auseinander. In dem Aufsatz "Wer soll der Hüter der Verfassung sein?"(82) wirft er Schmitt zunächst vor, dieser habe in "Der Hüter der Verfassung" "aus der Rumpelkammer des konstitutionellen Theaters dessen ältestes Versatzstück hervorgeholt, die These nämlich: das Staatsoberhaupt und kein anderes Organ sei der berufene Hüter der Verfassung, um dieses recht verstaubte Requisit für die demokratische Republik im allgemeinen und die Weimarer Verfassung im besonderen wieder in Verwendung zu nehmen."(83) Diesem "Versuch, die Constantsche Ideologie vom pouvoir neutre des Monarchen auf das Staatsoberhaupt einer demokratischen Republik zu übertragen"(84), setzt Kelsen sein justizförmiges Staatsmodell entgegen, in dem ein unabhängiges Verfassungsgericht über die Wahrung der Verfassung wacht.(85) Sodann wendet er sich den Schmitt'schen Begriffen des Pluralismus und des totalen Staates zu, die seines Erachtens einer soziologischen Kritik nicht standhalten können.(86) Schmitt habe aus der "ursprünglich wertfreien soziologischen Kategorie" des

(81) Vgl. vor allem Erich Kaufmann, Kritik der neukantianischen Rechtsphilosophie, Tübingen 1921, S. 20 ff. und passim, nach Smend (Festschrift für Scheuner aaO S. 579) "eine philosophische Kampfschrift hohen Ranges"; Carl Schmitt, Das Reichsgericht als Hüter der Verfassung aaO S. 80, Fußn. 39, Der Hüter der Verfassung (1931), S. 39, Fußn. 2, Legalität und Legitimität aaO S. 308 f.; über die Beziehung von Schmitts Frühwerken "Gesetz und Urteil" und "Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen" zu dem Neukantianismus Kelsen'scher Prägung vgl. Hofmann, Legitimität ... S. 44 ff.; polemisch, aber instruktiv zum Verhältnis Schmitt - Kelsen: Maschke, Der Tod ... S. 84 ff., für den Kelsen als "Mystifikateur" und als "artistische(r) Leugner des Offenkundigen" (ebd. S. 86) das Politische "hinter einer dicken Normenmauer verstecken will." (ebd. S. 85); Zur Kelsenkritik vgl. auch Rudolf Smend, Verfassung und Verfassungsrecht (1928) aaO S. 122, 200, 204, 241 und H. Heller, Die Krisis der Staatslehre (1926), in: Gesammelte Schriften, Band 2, S. 15 ff., für den Kelsens Reine Rechtslehre "der zu spät geborene Erbe des logistischen Rechtspositivismus, die folgerichtige Erfüllung des soziologie- und wertfremden Programms des Labandismus" ist (ebd. S. 15/16); vgl. auch Heller, Die Souveränität, in: Gesammelte Schriften, Band 2, S. 75 ff., 129 ff. und passim.

(82) Veröffentlicht in: Die Justiz, Band VI (1930/31), Heft 11/12, S. 576 ff.; zu dieser Schrift vgl. Günther Krauss, Erinnerungen an Carl Schmitt, Teil 2 (1931 - 1933), in: Criticon Nr. 96 (Juli / Aug. 1986) S. 181.

(83) Wer soll der Hüter der Verfassung sein? aaO S. 579.

(84) Ebd. S. 581/582.

(85) Ebd. S. 583 ff..

(86) Ebd. S. 606.

Pluralismus(87) eine staatsrechtliche Kampfvokabel gemacht, die dazu dienen soll, den real existierenden Dualismus von Staat und Gesellschaft zu leugnen und das Ideal einer wirklichkeitsfremden Staatseinheit zu preisen: "Eine Ideologie, die eine Einheit von Staat und Gesellschaft behauptet, die nicht besteht, weil sich der Klassenkampf nicht als Gegensatz zwischen staatlichen Organen, sondern als ein Kampf abspielt, den ein Teil der Gesellschaft, der nicht im Staate steht, weil er sich nicht mit dem Staat identifiziert, gegen einen anderen Teil der Gesellschaft führt, der darum der Staat 'ist', weil und sofern dessen Ordnung die Interessen dieses Teils der Gesellschaft garantiert." (88)

Tatsächlich sei - so führt Kelsen weiter aus - die Annahme eines staatlichen Gesamtinteresses bzw. einer staatlichen Interesseneinheit bei Carl Schmitt nicht mehr als eine Fiktion(89), ja sogar "ein naturrechtliches Wunschideal"(90), das gegenüber dem einzig gangbaren Weg eines Interessenkompromisses Utopiecharakter habe. Aus dieser Verkenntung dessen, was die Einheit eines Staates sinnvollerweise nur ausmachen könne, rühre bei Schmitt - so Kelsen - eine Fehleinschätzung der Rolle des Staatsoberhauptes her: "Allein es heißt Ideologie für Realität nehmen, wenn man ... in der Institution des Staatsoberhauptes nicht nur ein Symbol ethisch-politisch postulierte, sondern das Produkt oder den Erzeuger realer, im Sinne einer effektiven Interessensolidarität gegebenen Staatseinheit auffaßt. Denn das ist der eigentliche Sinn

(87) Ebd. S. 625.

(88) Ebd. S. 605.

(89) Ebd. S. 601; vgl. dazu auch Hans Kelsen, Über Grenzen zwischen juristischer und soziologischer Methode, S. 30.

(90) Wer soll Hüter der Verfassung sein? aaO S. 625; Carl Schmitt unter Naturrechtsverdacht zu stellen, ist eine in der Sekundärliteratur immer wieder auftauchende, freilich ungeeignete Methode, sein schillerndes und sich jeder Kategorisierung entziehendes Werk geistesgeschichtlich zu etikettieren; vgl. etwa die Versuche von Christian Graf von Krockow, Die Entscheidung - Eine Untersuchung über Ernst Jünger, Carl Schmitt, Martin Heidegger, Stuttgart 1958, S. 102 f.; Badke aaO S. 136. Schmitts anti-naturrechtliche Position wird jedoch schon in seiner Habilitationsschrift deutlich; vgl. Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen: "Nur die Aufstellung einer Norm begründet den Unterschied von Recht und Unrecht, nicht aber die Natur. Die Sonne scheint über Gerechte und Ungerechte." (ebd. S. 31); zum Problem vgl. Hofmann, Legitimität ... S. 58 f..

der Lehre vom pouvoir neutre ..., daß sie die effektiv vorhandene, radikale Interessengegensätzlichkeit verhüllen soll, die sich in der Tatsache der politischen Parteien und der noch bedeutsameren; dahinter stehenden Tatsache des Klassengegensatzes ausdrückt." (91) Für Kelsen ist es nur eine konsequente Fortführung der Schmitt'schen Staatslehre, wenn diese schließlich gipfelt in eine "Apotheose des Art. 48" (92), der allein die Suprematie des Reichspräsidenten über die pluralistischen Elemente staatsrechtlich garantieren könne. Am Ende seiner Kritik von "Der Hüter der Verfassung", "dieses an logischen Überraschungen nicht armen Buches" (93), vermengt Kelsen den Gegensatz zwischen Reichspräsident und Reichstag mit der Freund-Feind-Unterscheidung Carl Schmitts: "Aus den beiden von der Verfassung eingesetzten Trägern der Staatsgewalt wird ein Feind und ein Freund des Staates; einer, der ihn, d.h. seine 'Einheit' zerstören will, und ein anderer, der ihn gegen diese Zerstörung verteidigt; der Verletzer und der Hüter der Verfassung. Das alles hat mit einer positivrechtlichen Interpretation der Verfassung nichts mehr zu tun; das ist - in staatsrechtlichem Gewande - die Mythologie von Ormuzd und Ahriman." (94)

Für Kelsen ist der Pluralismus die politische Konsequenz aus der sozialpsychologischen Tatsache, daß es nur eine Vielheit einzelner Interessen und Willen, nicht aber einen organischen Gesamtwillen geben kann. (95) Kelsen hält den dem Schmitt'schen Einheitstopos zugrunde liegenden Gesamtwillen eines Volkes für ein Phantom, das nur verschleiern könne, daß letztlich immer Einzelne über Einzelne herrschen. (96) Das ist der entscheidende Kritikpunkt an Schmitts Antipluralismus. Berücksichtige

(91) Wer soll der Hüter der Verfassung sein? aaO S. 614.

(92) Ebd. S. 625.

(93) Ebd. S. 622.

(94) Ebd. S. 627.

(95) Über Grenzen zwischen juristischer und soziologischer Methode aaO S. 24 ff.

(96) Ebd. S. 29.

man die Tatsache, daß sich der Einzelwille einem Gemeinschaftswillen immer nur partiell und temporär unterordne, "dann muß das innerhalb der Staatsgrenze lebende Volk in eine Vielheit von Gruppen zerfallen." (97) Gerade der Freiheitsdrang des Einzelnen, der "aus einer letzten Quelle der menschlichen Seele, aus eben jenem staatsfeindlichen Urinstinkt entspringt, der das Individuum gegen die Gesellschaft stellt" (98), mache deutlich, wie wirklichkeitsfremd die Annahme eines Gesamtwillens sei: Tatsächlich seien Staatswille und Einzelwille schon in ihrem Wesen grundverschieden. Während dieser ein psychischer Vorgang sei, sei jener nur eine juristische Konstruktion. Staatswille sei also im strengen Wortsinn überhaupt kein Wille, sondern nur "die Einheit einer Vielheit von Einzelwillen" bzw. "die Einheit einer Ordnung" (99).

Wie bei Laski, so wurzelt auch bei Kelsen die Pluralismusüberzeugung in einer individualistischen Grundhaltung, die davon ausgeht, daß es nur eine zweckorientierte und jederzeit kündbare Interessenverbindung von im übrigen souveränen Individuen geben könne. Die Annahme einer Gemeinschaftsbildung jenseits einer Addierung von atomistischen Einzelinteressen, bei der die Rechte des Individuums einer Ganzheit Volk oder Staat untergeordnet sind, lehnt er kategorisch ab. (100) Aus diesen Gründen bekämpft Kelsen mit prinzipieller Schärfe das Schmitt'sche Staatsbild, bei dem Individuen wie pluralistische Interessenbündelungen genötigt sind, sich einer staatlichen Autorität unterzuordnen, die als

(97) Ebd. S. 28.

(98) Vom Wesen und Wert der Demokratie, S. 6.

(99) Der soziologische und der juristische Staatsbegriff - Kritische Untersuchung des Verhältnisses von Staat und Recht, Neudruck der 2. Aufl. von 1928, Aalen 1962, S. 69 f. und passim; zur Schlüsselfunktion des Willens in Kelsens Staats- und Rechtslehre vgl. Reine Rechtslehre aaO S. 95 ff. und Hauptprobleme ... aaO S. 97 ff..

(100) Der soziologische und der juristische Staatsbegriff aaO S. 69; auch einer korporativen bzw. berufsständischen Staatsordnung steht Kelsen äußerst skeptisch gegenüber, vgl. dazu Vom Wesen und Wert der Demokratie aaO S. 47 ff..

Delegierter des Volkes und nicht als Leibeigener der Interessen den politischen Weg eines Staates bestimmt.(101)

4) Die Überwindung der deutschen  
Staatsfremdheit:  
Rudolf Smends Integrationslehre

a) Die Staatslehre Rudolf Smends(102) ist geprägt von ihrer antithetischen Stellung zum Positivismus der wilhelminischen Zeit und zu dessen geistesgeschichtlichem Nachfolger, dem Kelsen'schen Normativismus. Der Laband'sche positivistische Formalismus, "der im Grunde nur als Denktechnik für Bürokraten brauchbar ist"(103) und dem jeglicher "Sinn für den Wurzelboden des öffentlichen Rechts"(104) abgegangen sei, ist für Smend nur das juristische Korrelat des politisch-passiven Zeitgeistes des Kaiserreichs: "Die Bürger des wilhelminischen Deutschland sind begeisterte Verehrer des Reichsgründers und genießen das Gefühl neuer Einheit und Macht, ...aber das alles in einem im letzten Grunde ästhetisch apolitischen Sinne - sie werden nicht durch seine Verfassung stärker aktiviert, im Sinne der Willenserziehung und Willensbildung politischer Völker."(105) In dieser "von echt deutscher letzter Staatsfremdheit"(106) gekennzeichneten Atmosphäre der Monarchie seien "die beiden politischen Hauptmängel des Deutschen"(107) offenbar geworden: "unpolitische Staatsenthaltung und ebenso unpolitische Machtanbetung. Sie sind zwei Seiten derselben Sache; es ist die innere

(101) Vgl. zum Ganzen: Horst Dreier, Rechtslehre, Staatssoziologie und Demokratietheorie bei Hans Kelsen, Baden-Baden 1986.

(102) Zur **Biographie** vgl. Scheuner, Rudolf Smend - Leben und Werk, in: E. Kaufmann und andere (Hrsg.), Rechtsprobleme in Staat und Kirche, Festschrift für Rudolf Smend, Cöttingen 1952, S. 433 ff.; zur **Bibliographie** vgl. Rudolf Smend, Staatsrechtliche Abhandlungen, 2. Aufl., Berlin 1968, S. 609 ff..

(103) Rudolf Smend, Politisches Erlebnis und Staatsdenken seit dem 18. Jahrhundert (1943), in: Staatsrechtliche Abhandlungen aaO S. 356..

(104) Verfassung und Verfassungsrecht (1928), in: Staatsrechtliche Abhandlungen aaO S. 231.

(105) Politisches Erlebnis ... aaO S. 355.

(106) Verfassung und Verfassungsrecht aaO S. 122.

(107) Ebd. S. 123.

Unsicherheit dem Staat gegenüber, die so zwischen Unter- -  
und Überschätzung des Staates schwankt."(108)

Aus dieser Analyse heraus lehnt Smend mit ungewöhnlich scharfer Polemik Kelsens Reine Rechtslehre ab. Er spricht von "Kelsens Täuschungs- und Illusionskonstruktionen"(109), die das Ziel verfolgten, "geistige Wirklichkeit möglichst weitgehend in Fiktion, Illusion, Verschleierung und Betrug aufzulösen."(110) Smend betrachtet den Kelsenschen Normativismus als den konsequenten Schlußpunkt der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzenden Epoche der positivistischen Staatstheorie, die er einordnet als "ein Symptom und zugleich eine Ursache der entpolitisierten Erziehung der im Bismarckschen Reich aufgewachsenen Generation."(111) Ein staatsrechtliches Hauptziel Smends war es, die neukantianisch geprägte Normlogik Kelsens, "in deren Reich auch bei Tage alle Katzen grau sind"(112), wissenschaftlich zu zerschlagen.(113) Daneben steht sein Bemühen, dem Staat in der verworrenen Weimarer Situation wieder Form und Inhalt zu geben: "Das politische Leben will in die Zucht der sachlichen Einordnung genommen werden. Sonst zerfließt es in den Kreis der dem vitalen Leben als solchem und insbesondere dem Erlebnishunger des irgendwie entwurzelten Menschen gewidmeten Bereiche: der Unterhaltung, des Sports, der Geselligkeit - eine Entwicklung im Zeitalter der Zeitung und des Rundfunks, die eine schwere politische Entnervung und Entartung bedeutet. Wenn Erlebnisdrang schon überhaupt eine im tiefsten passive, intransitive Haltung ist, so kann er im politischen Bereich eine Krankheit zum Tode werden."(114)

(108) Ebd..

(109) Ebd. S. 200.

(110) Ebd. S. 204.

(111) Ebd. S. 234/235.

(112) Ebd. S. 241.

(113) So auch Schluchter aaO S. 56; in dieser Beziehung kann Smend durchaus als der "Anti-Kelsen" betrachtet werden; vgl. M. Friedrich aaO S. 11.

(114) Politisches Erlebnis ... aaO S. 360.

Instrument dieser politischen Formung des deutschen Volkes, "das einer Belehrung über das Wesen des Politischen sicherlich bedarf"(115), ist für Smend ein "Kernvorgang des staatlichen Lebens"(116), den er mit der Vokabel "Integration" umschreibt. Geprägt von der Geisteswissenschaft **Theodor Litts**(117) betrachtet Smend den Staat als einen "Teil der geistigen Wirklichkeit"(118), als einen dynamischen Prozeß und nicht als einen statischen Pol. Für ihn ist der Staat "nicht ein ruhendes Ganzes, das einzelne Lebensäußerungen, Gesetze, diplomatische Akte, Urteile, Verwaltungshandlungen von sich ausgehen läßt. Sondern er ist überhaupt nur vorhanden in diesen einzelnen Lebensäußerungen, sofern sie Betätigungen eines geistigen Gesamtzusammenhanges sind, und in den noch wichtigeren Erneuerungen und Fortbildungen, die lediglich diesen Zusammenhang selbst zum Gegenstande haben. Er lebt und ist da nur in diesem Prozeß beständiger Erneuerung, dauernden Neuerlebtwerdens; er lebt, um Renans berühmte Charakterisierung der Nation auch hier anzuwenden, von einem Plebiszit, das sich jeden Tag wiederholt."(119) Von diesem präzise fixierten Integrationsbegriff(120) als dem "Angelpunkt des Staatlichen im Bereiche der Wirklichkeit"(121) ausgehend, definiert Smend die Verfassung als die "Rechtsordnung des Staats, genauer des Lebens, in dem

(115) Die politische Gewalt im Verfassungstalt und das Problem der Staatsform (1923), in: Staatsrechtliche Abhandlungen aaO S. 68, 82.

(116) Verfassung und Verfassungsrecht aaO S. 136.

(117) Theodor Litt, Individuum und Gemeinschaft - Grundlegung der Kulturphilosophie, 2. Aufl., Leipzig und Berlin 1926; vgl. zu dem starken Einfluß der Litt'schen Philosophie auf Smend: Schluchter aaO S. 58 ff., Hartmann aaO S. 240 f.; Manfred H. Mols, Allgemeine Staatslehre oder politische Theorie?, Berlin 1969, S. 142 f. und passim; eine scharfe Kritik an Mols' Buch findet sich bei Hartmann aaO S. 238 ff..

(118) Verfassung und Verfassungsrecht aaO S. 136.

(119) Ebd.; vgl. auch die spätere Definition: "Der Staat ist der Staat eines bestimmten Volkes, das in dieser staatlichen Form seinen geschichtlichen Beruf, die ihm aufgegebenen Lebensbewältigung zu erfüllen sucht." (Artikel "Staat" im Evangelischen Kirchenlexikon (1959), wieder abgedruckt in: Staatsrechtliche Abhandlungen aaO S. 524).

(120) Eine exaktere und sorgfältigere Begriffsschöpfung als die der Smend'schen Integration ist kaum vorstellbar. Die Behauptungen, es handele sich um einen "Kautschuk-Begriff" "mystisch-romantischen Inhalts" (Wohlgemuth aaO S. 43/44), der "proteusartig" (Kelsen, Der Staat als Integration, Wien 1930, S. 62) bzw. "inhaltlos" (Schluchter aaO S. 73, 87) sei, sind daher wenig überzeugend; vgl. Peter Badura, Staat, Recht und Verfassung in der Integrationslehre - Zum Tode von Rudolf Smend, in: Der Staat, Band 16 (1977), S. 307.

(121) Verfassung und Verfassungsrecht aaO S. 137.

der Staat seine Lebenswirklichkeit hat, nämlich seines Integrationsprozesses. Der Sinn dieses Prozesses ist die immer neue Herstellung der Lebenstotalität des Staates, und die Verfassung ist die gesetzliche Normierung einzelner Seiten dieses Prozesses." (122) Das Politische schließlich als dem eigentlichen Gegenstand des Staatsrechts verkörpert sich für Smend in der Anlehnung an **Treitschke** in der "Gesamtheit der Einrichtungen und Funktionen, 'durch welche der Wille des Staates als Einheit begründet und ausgesprochen wird', d.h. durch die der Staat sich dauernd und immer wieder von neuem zur Einheit integriert." (123) In diesem Integrationsvorgang, bei dem er im übrigen zwischen persönlicher, funktioneller und sachlicher Integration unterschied (124), sah Smend das wahre Strukturgesetz eines Staates und die Überwindung der herrschenden "Staatsfremdheit" (125) bzw. "Unstaatlichkeit des Liberalismus" (126): "Liberale Staatstheorie ist keine Staatstheorie, weil sie sich auf ethisierenden, technisierenden und anderen Abwegen bewegt - liberale Staatsform, d.h. Parlamentarismus ist keine Staatsform, weil auf funktionelle Integration allein kein Staat gegründet werden kann ..." (127)

Grundsätzlich ist Smends Werk durchzogen von einem gegenmodernistischen Grundzug, sein Integrationskonzept "verwirft den Individualismus und Rationalismus des

(122) Ebd. S. 189.

(123) Die politische Gewalt im Verfassungsstaat aaO S. 82.

(124) Vgl. im einzelnen Verfassung und Verfassungsrecht S. 142 ff., 148 ff., 160 ff.; dazu Mols aaO S. 133 ff., Wendenburg aaO S. 158 ff. sowie Hartmann aaO S. 241 ff. mit der richtigen Kritik, daß die sachliche Integration gegenüber der persönlichen und der funktionellen Integration keine neuen Aspekte bringt (ebd. S. 245).

(125) Verfassung und Verfassungsrecht aaO S. 129; siehe auch ebd. S. 185.

(126) Ebd. S. 222; siehe auch Smends Einordnung liberaler Denkweisen als "innere Unbeteiligung am Staat", "die in die unlösliche Antinomie von Kratos und Ethos hineinführt" (ebd. S. 122); vgl. dazu Theodor Ossadnik, Die Liberalismusfremdheit in der Staatstheorie Rudolf Smends, gesellschaftswissenschaftliche Dissertation Gießen 1977; lapidar-schadenfroh die Bemerkung von Wohlgemuth aaO: "Der arme Liberalismus, heute der Prügelknabe der meisten Staatstheoretiker und Politiker Europas, kann einem wirklich leid tun." (ebd. S. 158).

(127) Verfassung und Verfassungsrecht aaO S. 219.

politischen Liberalismus und überhaupt die Vernunft der bürgerlichen Aufklärung und fordert die Staatstheorie auf, die verobjektivierende Entzweiung von Mensch und Gemeinschaft zu überwinden."(128) Diese Neuordnung des Verhältnisses Individuum - Gemeinschaft jenseits individualistischer Libertinage und kollektivistischer Vergewaltigung ist das Hauptcharakteristikum der Smend'schen Integrationslehre. Diese überwindet sowohl die "primitive Teleologie der Staatsvertragslehre"(129) als auch "die Dissoziation von Norm und Wirklichkeit, das Erbgut des staatsrechtlichen Positivismus"(130), und betrachtet den Integrationsvorgang als einen politischen Katalysator, durch den sich Individuum und Gemeinschaft wechselseitig zum Staat transformieren. Smends Leistung besteht darin, daß er - über die geistesgeschichtliche Abrechnung mit Positivismus und Normativismus hinausreichend - ein konkretes staatsrechtliches Modell mittels einer präzisen geisteswissenschaftlichen Methode vorgestellt hat, das im Detail Schwächen haben mag(131), das jedoch im Ganzen gesehen eines der großen Staatsentwürfe der Neuzeit darstellt.(132)

(128) Badura aaO S. 309.

(129) Verfassung und Verfassungsrecht S. 160.

(130) Friedrich aaO S. 19.

(131) Die Vielschichtigkeit der Kritik an Smend ist das klassische Indiz für den geistesgeschichtlichen Rang seiner Integrationslehre. Während Kelsen Smend vorwarf, er könne "eben nicht aus seiner juristischen Haut heraus, wenn er auch eifrig bemüht ist, sie mit allen Kriegsfarben 'soziologischer' Geisteswissenschaft zu bemalen" (Der Staat als Integration aaO S. 41), behauptet Hartmann, die Integrationslehre werde letztlich "zum Weichmacher jeder objektiven Kodifikation" (aaO S. 250 ff.). Während Heller kritisierte, durch die "Vielheit einander ablösender Integrationsprozesse muß gerade das aufgelöst werden und verschwinden, was allein Gegenstand der Staatslehre sein kann: die in allem Wechsel sich behauptende Einheit des Staates" (Staatslehre, Leiden 1934, S. 49; siehe auch ebd. S. 69 f., 88 f., 166, 229), bezeichnet Schluchter das Integrationskonzept als "eine geisteswissenschaftlich nur mühsam verharmloste Machtstaattheorie" (aaO S. 79/80, 88 ff.), bei der sich "das Politische zum irrationalen Erlebniszusammenhang" (ebd. S. 81) reduziere. Koellreutter schließlich unterstellte Smend eine Vernachlässigung der nationalen Komponente in seiner Staatstheorie: "Ohne ... den Einbau des Verhältnisses von Staat und Nation kann ... meines Erachtens die Integrationslehre Smends zur Erkenntnis des Wesens des modernen Staates noch nichts Entscheidendes beitragen. Sie läuft etwas Gefahr ein bloßes 'Sinngedicht' des Staates zu werden und unterliegt damit ähnlichen Bedenken wie die Kelsensche Staatslehre ohne Staat, d.h. sie verkennt oder vernachlässigt die Untrennbarkeit von Nation und Staat und damit das notwendige Wesen des heutigen Staates als Nationalstaat." (Integrationslehre und Reichsreform, Tübingen 1929, S. 9/10; zur Kritik im übrigen vgl. Wendenburg aaO S. 162 f., Friedrich aaO S. 16 ff., Badura aaO S. 307; Mols aaO S. 271 ff.; zur Wirkungsgeschichte der Integrationslehre vgl. Friedrich, aaO S. 18 f..

(132) Vgl. Wilhelm Hennis, Politik und praktische Philosophie - Eine Studie zur Rekonstruktion der Politischen Wissenschaft, Neuwied / Berlin 1963, der Smends Verfassung und Verfassungsrecht als den "bedeutendsten staatsrechtlichen Versuch der zwanziger Jahre" bezeichnet (ebd. S. 10); die beste Gesamtdarstellung von Smends Wert ist nach wie vor die Arbeit von Richard Bartschperger, Die Integrationslehre Rudolf Smends als Grundlegung einer Staats- und Rechtstheorie, juristische Dissertation Erlangen 1964.

b) Das gemeinsame Ziel der Durchsetzung bzw. Wahrung der staatlichen Einheit Deutschlands ist der Schnittpunkt der Smend'schen Integrationslehre mit der Schmitt'schen Pluralismuskritik. "Mir erschien die politische Einheit des deutschen Volkes 1918 ff. wie eine umgefallene Mauer aus Lehm: daher die Integrationslehre", schrieb Smend 1967(133) aus der Rückschau, und tatsächlich gab es in der Analyse, wie der Weimarer Pluralismus die Substanz des Staates zerfraß, zwischen Schmitt und Smend trotz der persönlichen Spannung zwischen diesen beiden Staatslehren(134) keine unterschiedlichen Ansichten. Smend interpretierte die Weimarer Verfassung aus dem "Gedanke(n) des sittlich an den Staat gebundenen Bürgers"(135) heraus und lehnte das herrschende Verfassungsverständnis "als die Ordnung einer Lage, in der jeder nur das Seine und nicht das Ganze sucht"(136), kategorisch ab. Sinkt das Staatsbild beim Bürger auf ein solches Niveau und degeneriert die Verfassung zu einer staatsrechtlich veredelten Hackordnung, dann zerfällt für Smend die staatliche Einheit in eine "Organisation des P l u r a l i s - m u s , d.h. des letzten Endes anarchischen Nebeneinander

(133) Brief an Manfred Friedrich vom 29. März 1967, veröffentlicht in: Friedrich aaO S. 25/26.

(134) Über das Verhältnis Schmitt - Smend siehe den luziden Beitrag von Hans-Dietrich Sander, Wie der Pluralismus den Staat zerstört - Zum 100. Geburtstag des deutschen Staatsrechtlers Rudolf Smend, in: Die Welt vom 15. Jan.1982: "Der gegenseitige Respekt, die neidlose Anerkennung der Leistung des anderen gerieten nie außer Takt. Aber die Spannung war vor 1933 doch so stark, daß Rudolf Smend 1932 die Parole verbreiten konnte: 'Es wird nicht eher ein deutsches Staatsrecht geben, als bis der letzte Schüler von Carl Schmitt verschwunden ist.'" (ebd. S. 15); Ende der 30er Jahre jedoch, als beide bereits innerlich emigriert waren, standen sich Smend und Schmitt persönlich wieder sehr nahe, Schmitt in einem Brief an Smend: "Sie sind wir kein anderer deutsche Professor der Gegenwart herkömftig und wesensmäßig ein Teil der deutschen Universität als konkrete Institution und der deutschen Geistesgeschichte als konkreter Situation. Bei Ihnen ist mehr als bei irgendeinem anderen die Klärung der sachlichen Fragen immer wesentlich mit ihrer eigenen Klärung und Selbstbegreifung verbunden, eine sozusagen inklusive Art der Wissenschaftlichkeit, ein Prozeß der Selbstintegration, der bei Ihnen in wunderbarer glücklicher Weise einen persönlich-existentiellen und zugleich sachlich-institutionellen Sinn hat." (Sander aaO); wichtig dazu auch H. Mayer, Ein Deutscher auf Widerruf, Band I, Frankfurt/Main 1982, S. 140 ff..

(135) Bürger und Bourgeois im deutschen Staatsrecht - Rede, gehalten bei der Reichsgründungsfeier der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin am 18. Jan.1933, in: Staatsrechtliche Abhandlungen aaO S. 322; zum Verständnis des ethischen Hintergrundes und des historischen Fundamentalismus bei Smend auch wichtig: "Das aufgegebene Bild des deutschen Mannes im öffentlichen Leben, dem unsere Väter und Großväter - einerlei welcher Parteizugehörigkeit - nachzuleben gesucht haben, war stolz und ehrenwert und nicht so kümmerlich und verächtlich wie wertblindes Ressentiment und agitatorisch desillusionierende Geschichtskonstruktion es heute zu zeichnen pflegen." (ebd.).

(136) Ebd. S. 323.

der politischen Gruppen, ein modus vivendi zwischen ihnen, ein Waffenstillstand oder eine taktische Lage im Klassenkampf, wie sie oft charakterisiert wird. Was im zweiten Teil der Verfassung einzelnen Volksteilen zugesichert wird, erscheint dann je als das mehr oder weniger gute Geschäft, das Eigentümer und Arbeiter, Mittelstand und Frauen, Beamte und Lehrer, Kirche und Gewerkschaften in Weimar gemacht haben: sie haben hier mit mehr oder weniger Glück, wie ein bourgeoiser Rentner, ihr Schäfchen ins Trockene gebracht, es, wie der technische Ausdruck lautet, 'reichsverfassungskräftig' 'verankert' und können nun aus dieser Position heraus den Kampf aller gegen alle mitansehen oder weiterführen. Es bedarf keines Worts näherer Begründung, daß die Beurkundung eines solchen Handelsgeschäfts zwischen Interessentenhaufen keine Verfassung wäre, nichts, dem man Treue schwören kann, wie Beamte und Soldaten es tun müssen." (137)

Smend hatte die Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts sorgfältig analysiert und ordnete daher - wie Schmitt (138) - "das Ringen der aufsteigenden gesellschaftlichen Mächte mit Monarchie und Bürokratie um die Macht, um die Souveränität" (139) als das entscheidende staatssoziologische factum brutum des Kaiserreiches ein. Ihm ging es nicht um die Leugnung stets vorhandener Interessengegensätze, im Gegenteil sah er in der Lösung solcher Konflikte ein Element seines staatlichen Integrationsprozesses: "Das Erlebnis beim Austragen innerpolitischer Kämpfe ist bei gesunden politischen Verhältnissen das einer wohltuenden - Entladung von Spannungen, einer Katharsis, ähnlich wie

(137) Ebd.: Hervorhebung nicht von Smend; vgl. auch: "Die zerstörende Wirkung dieses Pluralismus auf Staat und Verfassung hat Carl Schmitt hinlänglich beschrieben. Hier, in der Frage, ob die Verfassung noch ernst genommen wird, liegt das Problem der 'Verfassungstreue', nicht beim Kriterium der republikanischen Gesinnung, an das bei der Abgrenzung der 'verfassungstreuen' Parteien, Hochschullehrer usw. meist gedacht wird." (ebd., Anm. 23).

(138) Staatsgefüge ... S. 7 ff. und passim, Verfassungslehre S. 289, Hugo Preuß ... S. 7.

(139) Smend, Bürger und Bourgeois ... aaO S. 322.

beim Ausgang eines Spieles. Der tiefere Grund dieser wohlthuenden, kathartischen Wirkung ist unabhängig von der Genugtuung über ein sachlich richtiges Ergebnis und von der Befriedigung über die Herstellung und Bewährung der formalen Einheit: der Austrag ist ein wesentlicher integrierender Lebensakt der Gemeinschaft und deshalb zugleich eine Erhöhung des Lebensgefühls des Einzelnen, einerlei ob er zur Mehrheit oder zur Minderheit gehört."(140) Maßgeblich blieb aber für Smend, daß trotz aller innenpolitischer Gegensätze der Grundgedanke der Verfassung erhalten bleibt, nämlich "ein Volk in die Form zu bringen, in der es handelnde Einheit wird und seine geschichtliche Aufgabe erfüllen kann, die ihm gestellt ist, die Form zu sein, in der wir alle zusammen unseren gemeinsamen geschichtlich-sittlichen Beruf als Nation ergreifen."(141)

In Anlehnung an **Maurice Hauriou** muß für Smend "ein einmütiger politischer Lebenswille"(142) eines homogenen(143) Volkes, "dessen Gegenstand der bloc des idées incontestables"(144) ist, der Ariadnefaden staatlichen Handelns bleiben. Obgleich Smend einige antipluralistische Schlußfolgerungen Schmitts ablehnte(145), muß seine Integrationslehre dennoch als wichtiges staatstheoretisches Komplement zu Schmitts Analysen gesehen werden.(146)

(140) Verfassung und Verfassungsrecht S. 151/152.

(141) Bürger und Bourgeois ... aaO S. 323/324; zu dem Denkhintergrund Smends diesbezüglich vgl. die Arbeit des Smend-Schülers Jürgen Poeschel, Anthropologische Voraussetzungen der Staatstheorie Rudolf Smends - Die elementaren Kategorien Leben und Leistung, Berlin 1978.

(142) Verfassung und Verfassungsrecht S. 181/182.

(143) Zur Homogenität vgl. Verfassung und Verfassungsrecht S. 221; wenig erhellend dazu: Hill aaO S. 160 ff..

(144) Verfassung und Verfassungsrecht S. 182.

(145) Vgl. dazu nur Smends Ablehnung der Artikel - 48 WRV - Interpretation durch Carl Schmitt, in: Verfassung und Verfassungsrecht S. 212 f., 258 ff.; siehe dazu Badura aaO S. 323.

(146) So auch Sander aaO: "Der tiefe Grund der Gemeinsamkeit von Smend und Schmitt liegt in der klaren schonungslosen Analyse der auflösenden staatszerstörerischen Qualitäten des Pluralismus und in dem stringenten Nachweis, daß die elementarste Voraussetzung für das Gedeihen eines politischen Gemeinwesens seine politische Einheit ist. Es ist schade, daß die Dioskuren des deutschen Staatsrechts keine Einheit in einer Person waren ... Beides war wegen der verschiedenen Voraussetzungen in einem nicht zu haben. Aber wir haben die Werke, die sich in diesem Sinne ergänzen."; vgl. auch Hartmann aaO S. 258 sowie Ernst-Wolfgang Böckenförde, Der Begriff des Politischen als Schlüssel zum staatsrechtlichen Werk Carl Schmitts, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 292 f.; insgesamt betrachtet ist es bedauerlich, daß die gesamte Smend- und Schmitt-Sekundärliteratur die intellektuelle Beziehung Schmitt/Smend nicht thematisiert bzw. nur flüchtig streift; diese Lücke monographisch zu schließen, ist ohne Zweifel ein wichtiges staatsrechtliches, aber auch politologisches Forschungsdesiderat.

5) Von der kapitalistischen Gesellschaft  
zur sozialistischen Gemeinschaft:  
Hermann Hellers Staatsideal

a) Hermann Hellers(147) Staatslehre wurzelt - darin Smends und Schmitts Werk ähnelnd - auf antipositivistischem und antinormativistischem Grund. Auf der methodischen Ebene(148) ging es ihm zunächst darum, aus den "Gefängnismauern der sinnlosen Vergesetzlichung"(149) auszubrechen, Kelsens "Nomokratie"(150) zu überwinden und die Weimarer Staatslehre, "die nicht ihre Begriffe beherrscht, sondern von ihren Begriffen beherrscht wird"(151), als "empirische Sozialwissenschaft"(152) und als politische Wissenschaft(153) zu rekonstituieren. Bei der Lösung der Hauptaufgabe der Staatslehre, der "Vergemeinschaftung der individuellen Willen zur Wirkungseinheit eines Gemeinwillens"(154), sei wegen des modernen Dualismus Staat - Gesellschaft die Soziologie als wissenschaftliche Disziplin unverzichtbar: "Ausnahmslos jedes juristische Problem ist nach unten in der Soziologie und nach oben in der ethisch-politischen Sphäre verwurzelt."(155)

(147) Zur **Biographie** vgl. Wolfgang Schluchter, Hermann Heller - Ein wissenschaftliches und politisches Portrait, in: Chr. Müller / Ilse Staff (Hrsg.), Staatslehre in der Weimarer Republik - Hermann Heller zu Ehren, Frankfurt 1985, S. 24 ff.; zur **Bibliographie** vgl. Hans Rädle, Bibliographie der Veröffentlichungen Hermann Hellers in: Hermann Heller, Gesammelte Schriften, Band 3, S. XIII ff.; zur Heller-Rezeption nach 1945 vgl. Stephan Albrecht, Hermann Hellers Staats- und Demokratieverfassung - Zum Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus, philosophische Dissertation Hamburg 1980 S. 244 ff..

(148) Vgl. dazu Wendenburg aaO S. 185f..

(149) Europa und der Faschismus (1929), in: Gesammelte Schriften, Band 2, S. 483.

(150) Genie und Funktionär in der Politik (1930), in: Gesammelte Schriften, Band 2, S. 616; zur Kritik Hellers an Kelsen vgl. Die Krisis der Staatslehre (1926), in: Gesammelte Schriften, Band 2, S. 12 ff.; Die Souveränität (1927) in: Gesammelte Schriften, Band 2, S. 72 ff. und passim; Europa und der Faschismus aaO S. 475 ff.; vgl. Christoph Müller, Kritische Bemerkungen zur Kelsen-Rezeption Hermann Hellers, in: Müller / Staff (Hrsg.) aaO S. 128 ff..

(151) Die Krisis der Staatslehre aaO S. 30; vgl. auch Die Souveränität aaO, wo er die Jurisprudenz "im Netz ihrer Begriffe verfangen" sieht (ebd. S. 57).

(152) Ebd. S. 26.

(153) Schluchter, Entscheidung für den sozialen Rechtsstaat aaO S. 183.

(154) Die Souveränität aaO S. 105; Smend sah dies ebenfalls als staatsrechtliches Hauptproblem und hat Hellers Formel ausdrücklich begrüßt, vgl. Verfassung und Verfassungsrecht aaO S. 186.

(155) Die Souveränität aaO S. 57, vgl. auch Die Krisis der Staatslehre aaO S. 8, 28; Artikel "Staat" (1931), in: Gesammelte Schriften, Band 3, S. 9.

Inhaltlich strebte Heller danach, die bürgerliche Weimarer Gesellschaft in eine "nationale Volksgemeinschaft"(156) bzw. in eine "nationale sozialistische Kulturgemeinschaft"(157) umzugestalten. Dabei spielt der Gedanke der Gemeinschaft in Hellers Staatslehre eine zentrale Rolle. Politik ist für ihn die "Organisation von Willensgegensätzen auf Grund einer Willensgemeinschaft"(158): "Voraussetzung jeder Staatsbildung ist die Betätigung eines gemeinsamen Willensgehaltes, der fähig ist, die ewig antagonistische gesellschaftliche Vielheit zur staatlichen Einheit zu integrieren."(159) Hauptziel Hellers war es, die unter den deutschen Sozialisten weit verbreitete Staatsfeindlichkeit(160) zu überwinden und die Sozialisten davon zu überzeugen, Sozialismus und Staat als synthetische Einheit und nicht als diametralen Gegensatz zu begreifen: "Sozialismus ist nicht Aufhebung, sondern Veredelung des Staates. Der Arbeiter kommt dem Sozialismus um so näher, je näher er dem Staate kommt."(161) Diesen Staat faßt Heller im klassischen Sinne auf, er versteht darunter "denjenigen menschlichen Verband, der das geordnete Zusammenwirken der menschlichen Beziehungen auf einem geographischen Gebiet in letzter Instanz zwangsweise sichert"(162). Gegenüber politischen Elementen, die als "pazifistische und ökonomische Sekuritätsideologien"(163) den Nationalstaat europäischer Prägung beseitigen wollten und die verantwortlich seien für die staatsrechtliche Degenerierung des Souveränitätsbegriffs(164), gelte es

(156) Sozialismus und Nation (1925), in: Gesammelte Schriften, Band 1, S. 468; siehe auch ebd. S. 444.

(157) Ebd. S. 477.

(158) Europa und der Faschismus aaO S. 467; gegen Schmitt und dessen Freund-Feind-Unterscheidung wandte Heller ein, Politik komme von polis, nicht von polemos (Politische Demokratie und soziale Homogenität (1928), in: Gesammelte Schriften, Band 2, S. 425); vgl. dazu Hofmann, Legitimität ... aaO S. 115.

(159) Europa ... aaO S. 467.

(160) Vgl. dazu die wichtige Dissertation von Kurt Schumacher, Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie (1920), Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1973, S. 42 ff., 102 ff. und passim sowie August Winnig, Vom Proletariat zum Arbeitertum, Hamburg 1930 und derselbe, Der weite Weg, Hamburg 1932.

(161) Sozialismus und Nation aaO S. 496.

(162) Ebd. S. 485; Vgl. auch seine Staatsdefinition in: Artikel "Staat" aaO: "Staat ist ein durch repräsentativ aktualisiertes Zusammenhandeln von Menschen dauernd sich erneuerndes Herrschaftsgefüge, das die gesellschaftlichen Akte auf einem bestimmten Gebiet in letzter Instanz ordnet." (ebd. S. 23).

(163) Die Souveränität aaO S. 52.

(164) Ebd..

- so Heller -, den alten S o u v e r ä n i t ä t s -  
 a n s p r u c h d e s S t a a t e s neu zu begründen  
 und dem Staat das zuzuerkennen, was des Staates sei,  
 nämlich "die tatsächliche Fähigkeit einer  
 Herrschaftseinheit, auf ihrem Gebiet regelmäßig jeden  
 ihre Existenz bedrohenden Willensakt selbständig zu  
 brechen."(165) Carl Schmitts brennglasartiger  
 Definition "Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand  
 entscheidet"(166), ordnet Heller einem  
 Souveränitätsbegriff zu, der scheinbar Schmitts Satz  
 widerspricht, tatsächlich aber diesen nur präzisiert:  
 "Souverän ist ..., wer über den Normalzustand durch die  
 geschriebene oder ungeschriebene Verfassung entschieden  
 hat und dadurch, daß er sie willentlich in Geltung  
 erhält, dauernd weiter entscheidet. Und nur wer über den  
 verfassungsmäßigen Normalzustand entscheidet,  
 entscheidet juristisch auch über den Ausnahmezustand  
 ..." (167).

Seine grundsätzliche Ablehnung geopolitischer(168) und  
 rassetheoretischer(169) Politikkonzepte hinderte Heller  
 gleichwohl nicht, in der "Schicksalgemeinschaft des

(165) Artikel "Staat" aaO S. 21.

(166) Politische Theologie, S. 11; siehe auch Carl Schmitt, Besprechung von Gerhard Anschütz, Die Verfassung ... aaO: "In jedem Staate muß es eine Instanz geben, die ausnahmsweise und mit souveräner Macht Handlungen vornimmt, welche aus dem normalen System der geregelten Zuständigkeiten herausfallen oder es durchbrechen." (ebd. S. 2272).

(167) Die Souveränität aaO S. 88 f., 127; der Einwand von Stephan Albrecht aaO, in Hellers Staatslehre fehle eine Krisentheorie (ebd. S. 227), überzeugt daher nicht.

(168) Die Souveränität aaO S. 105.

(169) Ebd. S. 106; Hellers scharfe Ablehnung der nach-gobineau'schen Rasselehren inklusive deren Antisemitismus war der entscheidende Grund für seinen Affekt gegen den Nationalsozialismus, den er ideengeschichtlich als "ein zusammenhangsloses Gemisch von Houston Stewart Chamberlain, Silvio Gsell, Moeller van den Bruck, Damaschke, Rathenau und Mussolini" (Europa und der Faschismus aaO S. 605/606) bewertete. Dessen ungeachtet war die Synthese von Nationalismus und Sozialismus eines der Hauptanliegen Hellers (so auch Schluchter, Entscheidung ... S. 279). Dem italienischen Faschismus sprach er den Rang einer politischen Idee ab, für ihn entsprang der Erfolg Mussolinis lediglich aus "Antwortgefühl(e)n, die nicht aus der Kraft der eigenen Zielsetzung, sondern lediglich aus der Reaktion auf ein Fremdes kommen" und die daher "nur zersetzen, nicht schöpferisch" sein könnten (Sozialismus und Nation aaO S. 488/489; Europa und der Faschismus aaO S. 495, 604). Staatsrechtlich habe das faschistische Italien den blutleeren Normativismus gegen einer rechtlosen Politikaktivismus eingetauscht: "Die willenlose Norm wurde ersetzt durch den normlosen Willen, das machtlose Recht durch die rechtlose Macht ..." (Europa und der Faschismus aaO S. 528). Wegen seiner analytisch scharfen und stilistisch brillant dargestellten Beobachtungen bleibt Hellers "Europa und der Faschismus" - trotz der starken Polemik - d i e beste zeitgenössische Faschismuskritik.

Bodens"(170) und der "Blutsverfestigung mit Herausbildung eines einheitlichen anthropologischen Typus"(171) die entscheidenden gemeinschaftsbildenden Faktoren eines Staates zu sehen: "Die stärksten und dauerndsten menschlichen Vergemeinschaftungen beruhen nicht auf organisatorischer, zweckbewußter Interessenverbindung, sondern haben einen organischen, naturhaften Kern. Die wichtigsten naturhaften Bindungen, welche die Menschen ohne ihr Zutun zusammenführen und von anderen absondern, sind das Blut und der Boden, die Abstammung und die Landschaft. Beide bilden auch natürliche Grundlagen der Nation."(172)

b) Hellers Überzeugung, daß der Staat nur Existenzberechtigung habe, wenn er die politische Einheit eines Volkes verkörpere und zugleich garantiere(173), ist der Grund dafür, daß sich die P l u r a l i s m u s a n a l y s e n H e l l e r s weitgehend mit Schmitts Beobachtungen decken. Wie Schmitt(174) leugnete Heller keineswegs die pluralistische Interessenvielfalt(175), mit Vehemenz verwahrte er sich jedoch gegen die - auch beim Weimarer "Durchschnittssozialisten"(176) vorherrschende - Ansicht, man könne mit dem allein an seinem egoistischen Interesse orientierten Wirtschaftsmenschen des 20. Jahrhunderts, dem " h o m o o e c o n o m i c u s d e s L i b e r a l i s m u s "(177), einen Staat bauen, eine Gemeinschaft bilden. Diesen "von allen natürlichen Grundlagen losgelösten, durch keine irrationalen Kräfte des Blutes und der Gefühle bestimmten, frei und vernünftig sich selbst bestimmenden Menschen(178) dürfe man nicht zum Ausgangspunkt einer Staatserneuerung

(170) Die Souveränität aaO S. 105.

(171) Ebd. S. 106.

(172) Sozialismus und Nation aaO S. 452.

(173) Europa und der Faschismus aaO S. 467.

(174) Über Parallelen zwischen dem Frühwerk Schmitts und den späten Schriften Hellers siehe Schluchter, Entscheidung ... S. 216 ff..

(175) Staatslehre, Leiden 1934, S. 163.

(176) Sozialismus und Nation aaO S. 480.

(177) Ebd.; Hervorhebung nicht von Heller.

(178) Ebd..

machen: "Dieses wandelnde Gehirn läßt sich ... nach Belieben aus- und einorganisieren, es ist nirgends in Natur und Kultur verwurzelt, die Nation ist ihm unbekannt. Zum Teufel mit diesen ausgedienten Ladenhütern des Liberalismus! Zum Teufel mit diesen wirklichkeitsfremden Gespenstern ohne Instinkt und Gefühl, ohne Mark und Bein! Die Menschheit gliedert sich in Gesamtheiten, die jeden Tag auseinanderfallen müßten, wenn ihr einziger oder auch nur ihr wesentlicher Kitt das vernünftige Interesse wäre." (179) Der Staat müsse sich aus der "Verhaftung mit Interessenkämpfen" lösen und mit Blick auf die Gemeinschaft "Interessen ohne Ansehen des Übergewichts einer gesellschaftlichen Macht" abwägen. (180) Zwar liege es im Wesen der Politik, daß "pluralistic groupings" (181) danach strebten, die Staatsgewalt zu erobern und "ihre gesellschaftliche Macht in staatliches Recht umzusetzen" (182); die Existenzfrage für den Staat bestehe jedoch darin, sich gegenüber diesen pluralistischen Machtavancen zu behaupten und seine Rolle als die politische Leitinstitution zu verteidigen (183). Der entscheidende Unterschied eines Staatsverbandes zu anderen Verbänden liegt für Heller in der Tatsache der G e b i e t s - h e r r s c h a f t , der Verortung von letztinstanzlicher Macht auf einem bestimmten Staatsgebiet: "Durch die Souveränität und Gebietsbezogenheit der Staatsgewalt empfangen alle Elemente der Staatsorganisation ihren spezifischen Charakter. Souverän kann der Staat nur sein, weil er seiner Ordnung gegenüber allen andern gesellschaftlichen Ordnungen eine besondere Geltung zu verschaffen, d.h. weil er die Menschen, welche ihn durch ihre Akte verwirklichen, in ganz anderer Weise zu ergreifen vermag als die sonstigen Organisationen." (184)

(179) Ebd. S. 480/481.

(180) Gesellschaft und Staat (1924), in: Gesammelte Schriften, Band 1, S. 264.

(181) Political Power (1934), in: Gesammelte Schriften, Band 3, S. 38.

(182) Gesellschaft und Staat aaO S. 263.

(183) Staat, Nation und Sozialdemokratie, Referat, gehalten auf der Dritten Reichskonferenz der Jungsozialisten am 12. und 13. April 1925 in Jena, in: Gesammelte Schriften, Band 1, S. 532/533; Die Souveränität aaO S. 103/104.

(184) Staatslehre aaO S. 237; siehe auch Sozialismus und Nation aaO S. 486.

Von der sozialistischen Staatsidee **Ferdinand Lassalles** ausgehend ging es Heller darum, den Staat als "archimedische(n) Punkt über der sonst handlungsunfähigen Gesellschaft"(185) zu retten. Mit Nachdruck wendet er sich gegen eine Auslieferung des Staates an die Wirtschaft und gegen eine "Verwirtschaftlichung der Geschichte"(186). In Hellers sozialistischem Staatsbild sind Staat und Wirtschaft ineinander verwobene Elemente und nicht antagonistische Gegensätze(187): "Der sozialistische Staat bedeutet souveräne Ordnung der Wirtschaft, nicht allgemeine Staatswirtschaft, noch viel weniger aber Auflösung des Staates in die Wirtschaft."(188) Folgerichtig wendet sich Heller gegen die pluralistische Staatslehre **Harold Laskis**, die für ihn "ein seltsames Gemisch von englischem Liberalismus und Pragmatismus mit Gierkes Genossenschaftslehre und syndikalistischem Antietatismus"(189) darstellt und deren Hauptfehler darin liege, daß sie den klassischen Souveränitätsbegriff völlig mißverstanden habe: "Die von Laski emphatisch :beteuerte Tatsache, daß 'my allegiance is divided between the different groups to which I belong', hat noch niemand bestritten, während den von ihm so heftig bekämpfte Satz 'what the State wills has therefore moral pre-eminence', noch niemand behauptet hat."(190) Laski gehe von der Utopie aus, daß die pluralistischen Verbände im luftleeren, sprich staatsfreien Raum aus sich selbst heraus überlebensfähig wären. Ohne 'essential connections' mit dem Staate"(191) und seiner Rechtssetzung breche jedoch auch jegliche Ordnung innerhalb einer pluralistischen Gruppe zusammen: "Die dem Staate eingeordneten Rechtssubjekte

(185) Sozialismus und Nation aaO S. 487; siehe auch Die Souveränität aaO S. 125/126.

(186) Sozialismus und Nation aaO S. 478.

(187) Ebd. S. 489; dort auch: "Wer das eingesehen hat, bleibt sein Leben lang vor der liberalen Staatsangst bewahrt, die noch so vielen Sozialisten in den Knochen sitzt." (ebd.).

(188) Ebd. S. 486/87.

(189) Die Souveränität aaO S. 50.

(190) Ebd..

(191) Ebd. S. 79.

mögen historisch älter, politisch und ökonomisch noch so eigenständig und mächtig sein - die juristische Geltung ihrer Normen beruht dennoch letztlich auf der Positivität der staatlichen Normen."(192)

Im Gegensatz zu Carl Schmitt hält Heller die Existenz politischer Parteien als Vermittlungsinstanz von gesellschaftlicher Vielheit zu politischer Einheit für unverzichtbar. P a r l a m e n t a r i s m u s sei nicht der Glaube an die öffentliche Diskussion als solche, sondern vielmehr "der Glaube an die Existenz einer gemeinsamen Diskussionsgrundlage und damit die Möglichkeit eines fair play für den innenpolitischen Gegner, mit dem man sich unter Ausschaltung der nackten Gewalt einigen zu können glaubt."(193) Essentielle Voraussetzung hierfür sei aber - und an diesem Punkt treffen sich Schmitts und Hellers Demokratieanalysen wieder - ein gewisser Grad von "sozialer H o m o g e - n i t ä t , ohne welche eine demokratische Einheitsbildung überhaupt nicht mehr möglich ist."(194) Entfalle dieses Homogenitätsbewußtsein, könne sich also das Volk im Staat nicht mehr wiedererkennen und sich mit dessen Repräsentanten nicht mehr identifizieren, dann werde "die bis dahin parlierende zur diktierenden Partei"(195): "In diesem Augenblick ist die Einheit gespalten, sind Bürgerkrieg Diktatur, Fremdherrschaft als Möglichkeiten gesetzt."(196) Homogenität bedeutet für Heller nicht die Leugnung "der notwendig antagonistischen Gesellschaftsstruktur"(197), sondern die Wahrung eines ausreichenden, die Gemeinschaft tragenden, politischen Nenners, der vor allem anthropologischer(198), kultureller(199),

(192) Ebd.; zu Laski vgl. auch ebd. S. 87 f. sowie Staatslehre aaO S. 99 f..

(193) Politische Demokratie und soziale Homogenität aaO S. 427.

(194) Ebd. S. 427/428; Hervorhebung nicht von Heller.

(195) Ebd. S. 427.

(196) Ebd. S. 428.

(197) Ebd..

(198) Ebd. S. 431; vgl. dazu Artikel "Staat" aaO S. 10 f..

(199) Politische Demokratie und soziale Homogenität aaO S. 433.

ökonomischer(200) und religiöser(201) Art ist. Im Unterschied zu Schmitt, bei dem die Homogenität in erster Linie substanziellen Charakter hat(202), geht es Heller um "eine Entsprechung zwischen sozialem Sein und Bewußtsein"(203), für ihn ist also die Homogenität vor allem eine Bewußtseinsfrage: "Soziale Homogenität ist immer ein sozial-psychologischer Zustand, in welchem die stets vorhandenen Gegensätzlichkeiten und Interessenkämpfe gebunden erscheinen durch ein Wirbewußtsein und -gefühl, durch einen sich aktualisierenden Gemeinschaftswillen."(204)

Den berufsständischen, korporativen Politikkonzepten des italienischen F a s c h i s m u s stand Heller äußerst skeptisch gegenüber, da nach seinem Staatsverständnis "die Ökonomie als solche niemals ein Faktor politischer Integration"(205) sein könne. Letzten Endes sei der faschistische "stato totalitario" nur funktionsfähig, weil der Staat Benito Mussolinis, "der das Glück hat, über ein kirchlich einheitliches Volk zu diktieren"(206), über ein solides metaphysisch-religiöses Fundament und somit über staatliche Autorität jenseits ökonomischer Gegebenheiten verfüge.(207) Diese Voraussetzungen lägen jedoch in Deutschland nicht vor, so daß es für den Weimarer Staat entscheidend darauf ankomme, die politische Suprematie unabhängig von und im Zweifel auch gegen pluralistischen Gruppenegoismus zu wahren.(208)

(200) Ebd..

(201) Ebd..

(202) Siehe Verfassungslehre, S. 228 ff.; Der bürgerliche Rechtsstaat aaO S. 202; vgl. Hofmann, Legitimität ... aaO S. 138 ff. sowie Schluchter, Entscheidung ... S. 237 ff.; zur Kritik an Schluchter vgl. Albrecht aaO S. 250 ff..

(203) Politische Demokratie und soziale Homogenität aaO S. 428.

(204) Ebd.; so auch Pasquale Pasquino, Politische Einheit, Demokratie und Pluralismus - Bemerkungen zu Carl Schmitt, Hermann Heller und Ernst Fraenkel, in: Müller / Staff (Hrsg.), Staatslehre ... aaO S. 120 ff..

(205) Europa und der Faschismus aaO S. 482; zu Hellers Korporativismuskritik vgl. auch ebd. S. 563, 584 sowie derselbe, Rechtsstaat oder Diktatur? (1929), in: Gesammelte Schriften, Band 2, S. 458; dazu Kondylis aaO S. 496.

(206) Autoritärer Liberalismus? (1933), in: Gesammelte Schriften, Band 2, S. 649.

(207) Ebd.; die scharfe Polemik Hellers gegen Schmitts Langnam-Vortrag (ebd. S. 651 ff.), bei der Heller Schmitts Formel vom totalen Staat zu einem kapitalistischen Ermächtigungsmittel stempelt, verzerrt Schmitts Aussagen und ist mithin nur erklärbar, wenn man die nach dem Preußenschlag-Verfahren vor dem Leipziger Staatsgerichtshof vom Herbst 1932 vollständig vergiftete intellektuelle Atmosphäre unter Deutschlands Staatslehrern berücksichtigt; instruktiv zu letzterem: Ernst Rudolf Huber, Reichsgewalt und Staatsgerichtshof, Tübingen 1932.

(208) Autoritärer Liberalismus? aaO S. 649.

Die Bedeutung Hermann Hellers für die deutsche Staatslehre im allgemeinen, und die Pluralismuskritik im besonderen liegt in seinem Versuch, den Gegensatz Sozialismus und Nation aufzulösen. Hierbei hat er der Auslieferung des Staates an die Wirtschaft und der damit einhergehenden Übertragung der Souveränität an ein pluralistisches Interessenkonglomerat eine Absage erteilt, die wegen ihrer prononciert antikapitalistischen Tendenz die Pluralismuskritik Carl Schmitts in vielen Punkten an Schärfe übersteigt. Er hat uns ein politisches Ideal hinterlassen, bei dem die seit der französischen Revolution scherenartig auseinanderlaufenden Antagonismen Gesellschaft und Staat noch einmal in klassischem Stil zusammengedacht werden. Wer die Geschichte der deutschen Staatsrechtslehre im 20. Jahrhundert schreibt, wird an den brillanten Ideengängen dieses Hegel der deutschen Arbeiterbewegung nicht vorbeikommen können. (209)

#### 6) Aus den Arsenalen des Korporativismus: Othmar Spann's Ständestaat

a) Das Weltbild Othmar Spann's (210), das geprägt ist von der idealistischen Philosophie der Antike (Plato, Aristoteles), der Scholastik (Thomas von Aquin) und der Romantik (Fichte, Schelling, Hegel) (211), betrachtet den Einzelnen nur im Sinnzusammenhang des Ganzen und sieht demgemäß in der atomistischen Versprengung des Individuums und in der Auflösung aller

(209) Vgl. zum Ganzen: Christoph Müller / Ilse Staff (Hrsg.), Der soziale Rechtsstaat - Gedächtnisschrift für Hermann Heller 1891 - 1933, Baden-Baden 1984 sowie Joachim Blau, Sozialdemokratische Staatslehre in der Weimarer Republik - Darstellung und Untersuchung der staatstheoretischen Konzeptionen von Hermann Heller, Ernst Fraenkel und Otto Kirchheimer, Marburg 1981.

(210) Zur Biographie vgl. Walter Heinrich, Othmar Spann - Gestalt, Werk und Wirkungen in: derselbe und andere (Hrsg.), Othmar-Spann-Gesamtausgabe, Band 21, Graz 1979, S. 17 ff.; zur Bibliographie vgl. ebenda S. 387 ff..

(211) Vgl. Wilhelm Andreae, Das Werk Othmar Spann's, in: Weltwirtschaftliches Archiv - Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, 27. Band, Heft 2 (April 1928), S. 143.

natürlichen Gemeinschaftsstrukturen die Tragödie der Moderne: "Aus dem großen Antlitz der Welt leuchtet uns allezeit ein Blick entgegen, der uns sagt: daß kein Ding für sich ist, noch sein kann, sondern alles gehalten wird und Dasein empfängt von einem Größeren, es Umfassenden, derart, daß es sofort ins Nichts versänke, wenn es aus seinem Umfassenden herausfiele und für sich zu sein sich unterfinge. Der Mensch müßte geistig absterben ohne jegliche Gemeinschaft; kein Tier ist ohne Genossen, kein Halm ohne Rasen; und wäre selbst ein Stein außer dem Elementarreich, die Erde außer dem Himmelsgebäude denkbar? Alles was ist, besteht als Glied eines Ganzen." (212)

Die mit der Renaissance entstandene und seit der Aufklärung herrschende individualistische Weltanschauung, nach der die Gesellschaft nur eine Summe in sich selbständiger, geistig autarker Einzelner ist, war Spanns geisteswissenschaftlicher Hauptfeind. Diese Philosophie, die das Individuum als Maß aller menschlichen Dinge betrachte, die Verbindungen zwischen Einzelnen nur als zeitlich begrenzte Kosten-Nutzen-Verhältnisse einordne und die nur eine Individual-, aber keine Sozialethik kenne, mache den Einzelnen zuletzt einsam und arm (213), da sich das Leben des Individuums nur in Beziehung auf andere, in "Gezweigung" (214), in Rückverbundenheit mit der Gemeinschaft entfalte: "Der Einzelne muß so begriffen werden, daß er zum Ganzen führt, daß eine wesenhafte Verbundenheit mit den anderen Geistern und so mit der Gesellschaft wie mit dem Weltganzen gefunden wird." (215) Erst diese universalistische Anknüpfung des Einzelnen an das Ganze überwinde die geistige Armut des Individualismus: "Je

(212) Othmar Spann, Kategorienlehre (1924), 3. Aufl., Band 9 der Gesamtausgabe, Graz 1969, S. 11.

(213) Othmar Spann, Der wahre Staat, 3. Aufl., Jena 1931, S. 22 und passim.

(214) Kategorienlehre aaO S. 251 und passim; siehe Walter Heinrich, Schlüsselbegriffe der ganzheitlichen Gesellschafts- und Staatslehre, in: Othmar Spann, Gesamtausgabe, Band 21, S. 343.

(215) Der wahre Staat aaO S. 22.

mehr der menschliche Geist die Gemeinschaft verschmäht, um so abirrender und kümmerlicher gestaltet sich sein eigenes Werden." (216) In den geistigen Gemeinschaften um den Einzelnen sah Spann erst die Voraussetzung dafür, daß die Unwiederholbarkeit, die Einzigartigkeit, die Besonderheit, eben die Individualität des Einzelnen zur Geltung kommen könne: "Wenn der Universalismus den Einzelnen als Glied einer Gesamtgeistigkeit, der Gemeinschaft oder Gezweigung, bestimmt, so ist damit der Einzelne nicht vernichtet, sondern ihm gegeben, was ihm zukommt, die Einzigartigkeit, Individualität (ebenso wie das Eigenleben). Der Stolz des Einzelnen, seine Einzigartigkeit, wird durch den Universalismus nicht angetastet. Was der Universalismus bestreiten muß, ist nur, daß die ursprüngliche Wirklichkeit (die primäre Realität) im Einzelnen liege. Die Ganzheit erweckt, sie ist daher zuerst, und sie ist etwas Eigenes; der Einzelne wird erweckt, er ist daher später (logisch wie zeitlich)." (217)

Der Individualismus, der den Einzelnen losgelöst von der Gemeinschaft konstituiert und ihn keinem schöpferischen Zwang unterstelle, sei - so Spann - letzten Endes auch für die kulturelle Dekadenz verantwortlich: "Wer Augen hat zu sehen, kann deutlich wahrnehmen, wie der tiefste Schaden des ganzen neueren Zeitalters mit seinem individualistischen Geiste (besonders der individualistischen Völker und Länder, z.B. Amerikas!) in dem Mangel an geistigen Gemeinschaften, in dem Irrtum liegt, jeder solle am besten tun, was er wolle, in dem Fehlen von fruchtbarem Zwang, das geistige Schwächung und Unkultur zur Folge hat. Daher ist Äußerlichkeit statt innerer Geistigkeit, Drang nach außen statt nach Vertiefung das Merkzeichen jeder individualistischen Entwicklung." (218)

(216) Ebd. S. 34.

(217) Ebd..

(218) Ebd. S. 42.

Demgegenüber sieht Spann in der schöpferischen Gezeiung, in der geistigen Interdependenz zwischen Individuum und Gemeinschaft den Schlüssel zur Überwindung jener individualistischen "Billardkugelnwelt" (219), in der die individuellen Interessen ohne jegliche soziale Rückkoppelung willkürlich aufeinanderprallen. Dem Einwand, die universalistische Lehre ende in einem Kollektivismus, bei dem der Einzelne sich dem Ganzen zu opfern gezwungen sei, bei dem das Ganze schließlich den Eigenwert des Einzelnen zerstöre, trat Spann entschieden entgegen: "Diese Ansicht beruht auf völligem Unverständnis; besonders der Begriff des 'Opfers' ist hier völlig schief und beruht auf einer falsch gestellten Frage und darauf, daß das individualistische Gehirn in diesem Falle aus seinem eigenen Irrtum herauskommt. Der Individualismus geht vom autarken, in sich beschlossenen Individuum aus, das Vorteil gegen Vorteil abwägt und fragt, was ihm mehr nütze, welches Opfer an Nutzen es bringen soll, um anderen Nutzen dafür einzutauschen. Dort aber, wo der Einzelne nur in und durch Gemeinschaft ist, kann er nicht der Gemeinschaft, dem Ganzen, etwas opfern, vielmehr: Wo die Gemeinschaft angegriffen ist, steht er selbst auf dem Spiele. Er opfert sich nicht für das Ganze, sondern setzt sich für sich selbst ein, da er als Glied der Ganzheit selbst bedroht ist. Wenn einem Kranken der Arm abgenommen wird, hat es einen Sinn, zu sagen, der Arm opfere sich dem Ganzen, um dieses zu erhalten?" (220)

Historisch teilt Spann den Siegeszug der individualistischen Idee ein in zwei Hauptschübe: Zuerst sei der in Lehen, Zunft und Kirche sich verkörpernde

(219) Walter Becher, Der Blick aufs Ganze - Das Weltbild Othmar Spanns, München 1985, S. 17 f., 110; zur Kritik dieses Buches vgl. Armin Mohler, Carl Schmitt und die "Konservative Revolution" aaO S. 138, Fußn. 19.

(220) Der wahre Staat aaO S. 38; zur Unterscheidung Universalismus - Individualismus vgl. auch Othmar Spann, Die Hauptprobleme der Volkswirtschaftslehre, 22. Aufl., Leipzig 1932, S. 25 ff.; zum Ganzen siehe Andreæ aaO S. 152 ff. und passim sowie Heller, Staatslehre aaO S. 96 ff., 230; zu Spanns Gesellschaftsbild siehe Ferdinand Frodl S.J., Gesellschaftslehre, Wien 1936, S. 169 ff., 175 ff. und passim.

ständische Geist des Mittelalters im Zuge der Renaissance verloren gegangen und anschließend habe die französische Revolution dem Individualismus den politischen Durchbruch gebracht.(221) Die hieraus resultierende Atomisierung der Gesellschaft habe im 19. Jahrhundert auf der politischen Ebene die neuzeitliche Massendemokratie, auf der wirtschaftlichen Ebene den modernen Kapitalismus gezeitigt.(222) Die vom Liberalismus des 19. Jahrhunderts geprägte Massendemokratie bedeutet für Spann "auf die Dauer den Kulturtod"(223), da sie ihr Hauptproblem, die politische Führungsauslese, nicht zu lösen imstande sei. Spann wendet sich ausdrücklich gegen Kelsens Demokratiemodell und fährt fort: "In der Demokratie aber ist im Grunde niemand verantwortlich, ja die Drahtzieher stehen oft hinter den Kulissen und sind unsichtbar, unerreichbar, sind hungrige Geldmächte, sind grundsätzlich nicht Träger allgemeiner öffentlicher Ziele, wie das selbst in den schlimmsten Zeiten die entartete Feudalaristokratie gewesen war."(224) Der Mangel an ordnenden Gemeinschaftsstrukturen sei der Geburtsfehler einer modernen Demokratie, die sich aus diesem Grund nach und nach in Anarchie verwandele und in der am Ende der Ruf nach dem starken Mann(225) ertöne, der zwar die

(221) Der wahre Staat aaO S. 61.

(222) Ebd. S. 199.

(223) Ebd. S. 91.

(224) Ebd. S. 92.

(225) Daß Spann wie Smend kategorisch eine Führerideologie ablehnte, "die von dem politischen Zauberer alles erwartet und deshalb von den Volksgenossen nichts verlangt" (Smend, Verfassung und Verfassungsrecht aaO S. 143), ist eine der entscheidenden Ursachen für die spätere Bekämpfung Spanns durch den Nationalsozialismus. Mitursächlich war zudem Spanns Ablehnung einer heidnischen Reformation sowie seine aus dem Primat des Geistigen motivierte Abneigung gegen die Blutmystik Günther'scher Provenienz. In letzterem Punkt dürfte Spanns Politikverständnis treffend zu beschreiben sein mit einem bissigen Wort Spenglers, wonach es "in der hohen Politik nicht auf Langschädel an(kommt), sondern auf das, was darin ist," (Neubau des deutschen Reiches aaO S. 18). Alfred Rosenberg bezeichnete Spann "als modernen Wortführer des scholastischen Mittelalters" (Der Mythos des 20. Jahrhunderts, 63. - 66. Aufl., München 1935, S. 696), dessen Universalismus "ein Zwillingsbruder des Individualismus" sei (ebd. S. 695) und der mit seiner universalistischen Philosophie nur seine am politischen Katholizismus orientierten "theokratischen Überzeugungen" (ebd. S. 696) tarnen wolle. In diesem Punkt gibt es interessante Parallelen zwischen der NS-Haltung gegenüber Spann und Schmitt. Im Rosenberg'schen Fahrwasser liegen folgende Schriften: Heinrich Härtle, Vom Ständestaat zur Priesterherrschaft - Eine Abrechnung mit Othmar Spann, Berlin 1938 und Max Frauendorfer, Der ständische Gedanke im Nationalsozialismus, 4. Aufl., München 1933; differenzierend: Ilija K. Nitzoff, Staat und Wirtschaft im Universalismus Othmar Spanns, wirtschaftswissenschaftliche Dissertation Heidelberg 1942; vgl. zum Ganzen Martin Schneller, Zwischen Romantik und Faschismus - Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservatismus der Weimarer Republik, Stuttgart 1970, S. 143 ff. sowie Becher aaO S. 123 f..

aufrührerische Masse kraft seiner Herrschergewalt im Zaume halten, jedoch nicht in politische Form bringen könne: "Die Demokratie führt notwendig zu einer solchen Atomisierung, d.h. zu einer solchen Spaltung und Zerreißung des Staates in Parteien (die keine starke, einheitliche Gewalt mehr im Zaume hält), daß der C ä s a r i s m u s zur einzigen Erlösung wird, welche schließlich die Völker noch ersehnen können. Philipp, Alexander, Cäsar und seine Nachfolger, Napoleon und viele andere Namen der Geschichte beweisen dies. Aus den Zuständen der Zerrissenheit, aus der Anarchie des demokratischen Regiments muß sich mit Notwendigkeit die absolutistische Staatsform entwickeln."(226)

Der K a p i t a l i s m u s ist für Spann "die Sintflut der Äußerlichkeit, die dadurch erzeugt wurde, daß der Mensch seine Kräfte von aller ideellen Bindung freimacht, sein Geistiges in mächtigste Außenwirkung verwandelt - deshalb, weil er innerlich verarmt, einsam, durch Bindung und Verbindung ungestützt und unbefeuert ist. ... Das einzelne Genie und jeder, dem die Gabe der Entsagung wurde, kann sich ja hoch über diese Gefahr hinwegsetzen, aber die Menge verarmt, das geistige Leben im Ganzen läßt nach ..." (227). Zerfalle aber das geistige Leben, so lockerten sich auch die überindividuellen Bindungen und "der aus dem Rahmen tretende Einzelne" (228) suche die Erfüllung seines Lebens in materiellen Dingen. Auf diese Weise zerfalle jegliche menschliche Ordnung und der Einzelne verliere sich in der geistigen Wüste des Materialismus: "... überall, wo der menschliche Geist die Fäden verliert, die ihn an das große Ganze, an das, was über ihm und seiner Wahrheit ist, an das All, knüpfen, dort fängt er an, sich selbst als ein Ganzes zu wähnen und die Kraft seines Einzeltums so sehr zu überschätzen, daß er die

(226) Der wahre Staat aaO S. 92; Hervorhebung nicht von Spann.

(227) Ebd. S. 67.

(228) Ebd. S. 250.

innere Abtrennung vom All nicht mehr für widersinnig und unmöglich hält. Je mehr er dann sich selbst Gegenstand wird, um so mehr wird das Geistige in seinem Leben entthront, um so mehr wird das Äußerliche, Stoffliche, Wirtschaftliche, wird Eitelkeit und leere Bewegung an Wichtigkeit zunehmen - der Kapitalismus ist da ..."(229).

b) Obgleich Othmar Spann und Carl Schmitt in ihrem umfangreichen Gesamtwerk sich gegenseitig vollständig ignoriert haben und obwohl Schmitt eine intellektuelle Verwandtschaft seiner Lehren mit Spanns Philosophie in einem Brief aus dem Jahre 1925 ausdrücklich bestritt(230), ist eine Auseinandersetzung mit Spanns Ständestaatsmodell im Rahmen der vorliegenden Pluralismusanalyse unumgänglich. Dies vor allem deshalb, weil sich Spann nicht mit der Darstellung der

(229) Ebd.; die intellektuellen Positionen Spanns gehörten in den 20er Jahren zu einem der umstrittensten geisteswissenschaftlichen Gebiete; einen Eindruck davon vermittelt: Carl Dunkmann, Der Kampf um Othmar Spann, Leipzig 1928.

(230) Siehe den Brief Carl Schmitts an Alfred Bäumler vom 6. Aug.1925:

"Sehr geehrter Herr Doktor!

Aus den letzten Ankündigungen Ihres philosophischen Gesamtwerkes, an welchem ich mitzuarbeiten die Ehre habe, entnehme ich, dass sich unter den Mitarbeitern auch Herr Prof. Othmar Spann befindet. Als ich es übernahm, für Ihr Gesamtwerk die Staatsphilosophie zu bearbeiten, wurde sein Name nicht genannt. Jedenfalls ist der sachliche Gegensatz zwischen Prof. Othmar Spann und mir so gross, dass meiner Meinung nach eine einheitliche Wirkung eines Werkes, an welchem beide mitarbeiten, unmöglich ist und der Eindruck entsteht, dem ich mich auf keinen Fall aussetzen möchte, daß ich mich an dem beteilige, was im prägnanten Sinne eine liberale Diskussion ist. Ich bitte mich nicht dahin misszuverstehen, als ob ich das Werk und die Bedeutung von Prof. Spann herabsetzen wollte, aber ich lehne es ab, an seiner Seite in der Öffentlichkeit zu erscheinen, nicht nur weil er zu dem Kreis derjenigen gehört, welche systematisch meine Arbeiten ignorieren und meinen Namen grundsätzlich nicht nennen, sondern auch deshalb, weil ich ein Problem wie Staatsphilosophie heute zu ernst nehme, als dass ich es in einer äusseren Umgebung erscheinen lassen könnte, die bei jedem ehrlichen Leser die Meinung hervorruft, als fügte ich mich mit meinen Ansichten irgendeiner der Gegensätze umfassenden und daher relativierenden Synthese oder einem organischen Höheren, oder wie man dergleichen immer nennt, relativistisch ein. Sie werden es, wenn Ihnen meine Schriften bekannt sind, verstehen, daß ich mit meinen Thesen über die liberale Diskussion, die heute, wenn auch meist ohne Quellenangabe, zum Gegenstand einer neuen Diskussion gemacht und daher nur zur Wiederbelebung der Diskussion gebraucht werden, - wenn ich also mit solchen Thesen mich einem im Grunde doch nur diskutierenden Gesamtwerke nicht einfügen kann. Der Gegensatz ist so gross, dass meiner Ansicht nach ein solches Gesamtwerk, wenn sowohl Spann wie ich darin vertreten wären, aufhörte ein Gesamtwerk zu sein und eine Art geisteswissenschaftlichen Magazines würde. Ich möchte daher von meiner Aufgabe zurücktreten und zweifle nicht daran, dass Sie leicht einen geeigneteren, anpassungsfähigeren Mitarbeiter finden werden. ..." (abgedruckt bei: Piet Tommissen, Problemen rond de houding van Carl Schmitt in en na 1933, in: Liber Memorialis - Tien Jaar Economische Hogeschool Limburg - Economische en socio - politieke wetenschappelijke bijdragen, Diepenbeek 1979, S. 180/181); vgl. auch Clemens Lang, Die Ideologie des Widerstandes - Bemerkungen zu Carl Schmitts "Begriff des Politischen", in: Deutsches Volkstum 1932, Zweites Halbjahr, S. 959 ff., der eine Zusammenfassung Schmitts mit Spann zu einem "katholischen Konservatismus" ablehnt (ebd. S. 962); zum Ganzen Bendersky aaO S. 60.

staatsauflösenden Tendenzen des Weimarer Pluralismus zufrieden gab, sondern in seinem "Wahren Staat" einen konkreten Weg zur Überwindung des Status quo aufzeigte, der nun am Ende dieses Abschnitts untersucht werden soll.

Die Entstehung pluralistischer Gruppen ist für Spann die zwangsläufige Folge der Zerstörung natürlicher Gemeinschaftsstrukturen und der damit einhergehenden Vereinzelung des Menschen. Der auf diese Weise allein auf sich selbst gestellte moderne homo oeconomicus(231) sei - gerade zur Verfolgung seiner egoistischen Interessen - wiederum gezwungen, aus der Isolierung auszubrechen und sich mit anderen zu einem wirtschaftlichen Interessenkonglomerat zu verbinden: "... die Bildung des Staatswillens aus dem Willen aller Einzelnen, die Demokratie ist ... so sehr gegen die Natur der Dinge, daß stets Klüngelwesen und Führerdespotie wildgewachsener Gruppen sich einstellen muß, um den Zerfall des atomisierten Gemeinwesens zu verhindern."(232) Spann sieht durchaus das Auseinanderstreben der 'unterschiedlichen Interessen in der Gesellschaft, es geht ihm auch nicht darum, diesen real existierenden Pluralismus zu leugnen(233); sein Bestreben ist es vielmehr, jede Gemeinschaftsverbindung als Teil eines Ganzen einzuordnen: "Um eine Gesellschaft zu sein, müssen die voneinander verschiedenen Gemeinschaften die Eigenschaft haben, Glieder eines echten geistigen Gesamt-Ganzen darzustellen; sie müssen die Natur der Gliedlichkeit besitzen. Erst durch Gliedlichkeit wird das unterschieden Geartete zum Teil-Ganzen, zum Stand der Gesellschaft."(234) Spann will also die bloße mechanische Addierung einzelner Interessen im Kapitalismus überwinden und eine s t ä n d i s c h g e g l i e d e r t e L e b e n s -

(231) Andrae aaO S. 147.

(232) Der wahre Staat aaO S. 87.

(233) So auch Becher aaO S. 119.

(234) Der wahre Staat aaO S. 158.

o r d n u n g begründen, in der das Individuum geformt, gleichsam eingerahmt wird durch seinen Stand: "Diejenigen, die sich den jeweils artgleichen Verrichtungen widmen, sind nicht eine Summe von nebeneinander bestehenden Einzelnen, sondern bilden durch die gleiche Gliedstellung, die sie im Gesamtganzen einnehmen, einen Stand." (235) Dabei beschränkt sich der Wirkungsbereich der Stände keineswegs auf die Wirtschaft; Staat und Kirche sind bei Spann ebenso ständisch gegliedert. Spann geht hierbei von einem dezentralisierten Gefüge der Gesellschaft aus, bei dem weder der Staat die Stände überwältigen, noch die Stände den Staat als ihre Marionette mißbrauchen sollen. (236) Die letztere Gefahr hat Spann klar gesehen: "Das bloße Nebeneinander der Stände wäre ein individualistischer Einschlag in den Aufbau der Gesellschaft, der ihrer Ganzheit Abbruch tun müßte. ... Die zu weit gehende Sonder-Einheit und Abgeschlossenheit der Stände gefährdet die Einheit des Ganzen." (237) Die Mittel gegen diese Gefahr hat er allerdings wenig exakt beschrieben: "Das Verhältnis der Stände zueinander soll daher darauf gegründet sein, daß ein Stand stets in einem gleichsam einheitlichen Urstande des Ganzen wurzelt und lebt." (238) Dem Staat als "Stand unter Ständen" bleiben in diesem korporativen Modell folgende Aufgaben: Zuallererst Schutz nach außen (Außenpolitik), im Innern Ordnung des nichtständischen Gemeinwesens in Heerwesen, Verwaltung und Justiz, sodann "Oberleiter aller Stände", also letzte Instanz bei Spannungen unter den verschiedenen Ständen und schließlich subsidiäre Aushilfsrolle (239) überall da, wo die unteren Organisationsstufen versagen. (240)

(235) Ebd. S. 184.

(236) Heinrich aaO S. 351, 354; Becher aaO S. 131.

(237) Der wahre Staat aaO S. 161/162.

(238) Ebd. S. 162.

(239) Zum Subsidiaritätsprinzip vgl. Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, Hinweis von 1963, S. 119 f.; über den Zusammenhang mit dem Pluralismus siehe Trutz Rendtorff, Kritische Erwägungen zum Subsidiaritätsprinzip, in: Der Staat, Band 1 (1962), S. 405 ff., 426 ff.; vgl. auch Heinrich aaO S. 359 f..

(240) Der wahre Staat aaO S. 185 f.; dazu Heinrich aaO S. 354 ff.; eine zusammenfassende Darstellung aus katholischer Sicht findet sich bei G. Gundlach S.J., Artikel "Stand" und "Ständestaat", in: Staatslexikon, Band 5, 5. Aufl., Freiburg 1932, Sp. 45 ff., 67 ff..

Othmar Spann's Vorschläge zu einem Neubau der Gesellschaft gerieten am Ende zwischen alle ideologischen Fronten der 20er und 30er Jahre dieses Jahrhunderts und verschwanden schließlich am Horizont der Ideengeschichte, ohne eine Chance zur praktischen Umsetzung bekommen zu haben.(241) Dies hatte vor allem zwei Ursachen: Einerseits fehlte den Formeln "Stand" bzw. "Ständestaat" jegliche begriffliche Schärfe(242), was dazu führte, daß jede politische Richtung wechselweise Spann's Lehren einmal zur Tarnung eigener Inhalte und ein andermal zum Kampf gegen den Gegner benutzte. Andererseits blieb der Korporativismus die Antwort auf die staatsrechtliche Gretchen-Frage, "worauf denn die Macht des Staates beruhen und wer die letzte Instanz bei Konflikten zwischen dem Staat und den 'Ständen' sein soll"(243), schuldig. Hermann Heller ordnete den Korporativismus dann auch ein als eine "politische Pseudorenaissance"(244), der - darin Kelsen vergleichbar - ein reines geistiges Theorieobjekt darstelle(245) und der "schon deshalb keine Wahrheit (hat), weil er weder eine zeit- noch menschengebundene Wirklichkeit ist."(246) Trotz einer beachtlichen Resonanz der Ständestaatslehre in den Ideenzirkeln der Konservativen Revolution(247) blieb Spann's neoscholastischem Modell letztlich die Umsetzung in die deutsche politische Realität versagt. Othmar Spann hatte mit dem Korporativismus eine ideenpolitische Karte präsentiert, die in der Bürgerkriegslandschaft des 20.

(241) Der Wiener "Ständestaat" von Engelbert Dollfuß hatte mit Spann's Lehre allenfalls den Namen gemeinsam; Spann bezeichnete dieses Modell dann auch als "Fastnachtsscherz" (Becher aaO S. 128); zur Beziehung zwischen Spann's Theorie und der Praxis des italienischen Faschismus vgl. Schneller aaO S. 160 ff..

(242) So auch Helmut Schelsky, Utopie eines wahren Staates, Othmar Spann zum 100. Geburtstag, in: Deutsche Zeitung vom 6. Okt.1978; die vollständige Begriffsverwirrung um den Ständestaat macht Ernst Rudolf Hubers Vorschlag deutlich, mit einer ständischen Ordnung den "korporativen Pluralismus" zu überwinden; vgl. Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches, 2. Aufl., Hamburg 1939, S. 457 ff.; wenig klar auch Forsthooff, Der totale Staat aaO S. 44 f..

(243) Kondylis aaO S. 498.

(244) Europa und der Faschismus aaO S. 481 ff..

(245) Staatslehre aaO S. 40.

(246) Ebd. S. 51; vgl. auch ebd. S. 45, 96, 160, 230; Rechtsstaat oder Diktatur? aaO S. 458 f. sowie Artikel "Staat" aaO S. 14; Smend stand dem Korporativismus wohlwollender gegenüber, vgl. Verfassung und Verfassungsrecht aaO S. 157; dazu Schluchter, Entscheidung ... S. 72; Kelsen wiederum war ein scharfer Gegner des korporativen Gedankens, vgl. Vom Wesen und Wert der Demokratie aaO S. 47 ff..

(247) Vgl. nur Jung aaO S. 124 f.; Moeller van den Bruck aaO S. 166 f.; dazu Schneller aaO S. 120 ff..

Jahrhunderts nicht stach und nicht stechen konnte, weil sie als eine im guten Sinne des Wortes mittelalterliche Theorie(248) nicht auf der Höhe der Zeit stand: "Eben weil der korporative Gedanke der Rechten des 20. Jahrhunderts im Grunde ein künstliches Programm ohne nennenswerten sozialen Rückhalt war, das im Kampf gegen den 'schlechten' Liberalismus und den Parlamentarismus eher erfunden denn wiederentdeckt wurde, konnte er fast nichts im Sinne seiner Verfechter bewirken, als Bewegungen an die Macht kamen, die ihn in ihrem antiparlamentarischen Feldzug propagandistisch benutzt hatten." (249)

(248) Zur Geschichte des Korporativismus siehe Kondylis aaO S. 432 ff., 494 ff..  
(249) Ebd., S. 498.

V. Positionen und Begriffe im Antipluralismus  
von Carl Schmitt

1) Das katholische Ethos

a) Der Affekt gegen die Moderne

In der Auflösung der mittelalterlichen Ordnung und dem Zerfall des e i n e n Glauben in Europa sah Carl Schmitt d i e Ursache für die Irrwege der Neuzeit. Reformation, Renaissance, Aufklärung, Französische Revolution und der Triumphzug der Technik im 19. Jahrhundert waren für Schmitt die Bewegungsreihen des modernistischen Alptraumes. Sein Gesamtwerk ist geprägt von einer elementaren Verachtung gegenüber der Moderne und all dem, was sie hervorgebracht hat. "Die Menschen sind arme Teufel geworden. ... Sie interessieren sich für alles und begeistern sich für nichts", schreibt Schmitt 1916 in "Theodor Däublers 'Nordlicht'"(1) und beklagt sich über den Geist der Zeit, "der alles auf die Formel seines Bewußtseins bringt und keine Geheimnisse und keinen Überschwang der Seele gelten läßt. Sie wollten den Himmel auf der Erde, den Himmel als Ergebnis von Handel und Industrie, der tatsächlich hier auf der Erde liegen soll, in Berlin, Paris oder New York, einen Himmel mit Badeeinrichtungen, Automobilen und Klubsesseln, dessen heiliges Buch der Fahrplan wäre."(2) An Däublers 'Nordlicht' rühmt Schmitt die Frontstellung gegen den Individualismus und die Vision einer monistischen Heimat der Menschen: "... es gibt hier

(1) Theodor Däublers 'Nordlicht' - Drei Studien über die Elemente, den Geist und die Aktualität des Werkes, München 1916, S. 64. Schmitts Buch über Däubler ist zum Verständnis seines Denkhintergrundes unerlässlich und kann in seiner Schlüsselfunktion für das Schmitt'sche Oeuvre kaum überschätzt werden. Leider wird dies in der Sekundärliteratur weitgehend verkannt; zu dem geistigen Einfluß von Däubler auf Schmitt vgl. Ellen Kennedy, Politischer Expressionismus aaO S. 233 ff., die Schmitts Däubler-Buch als "die philosophische Voraussetzung seiner Liberalismus-Kritik" einordnet (ebd. S. 234); zur Beziehung Däubler-Schmitt vgl. auch Bendersky aaO S. 17 f.; siehe auch Schmitts Aufsatz von 1912 "Theodor Däubler, der Dichter des 'Nordlichts'", jetzt abgedruckt in: P. Tommissen (Hrsg.), Schmittiana I, S. 22 ff..

(2) Theodor Däublers 'Nordlicht' aaO S. 64/65.

nichts Vereinzeltes und Isoliertes mehr, alles gehört zusammen und ist Ausdruck einer weltumspannenden Gemeinsamkeit." (3) Däublers Buch, das Schmitt auf eine Stufe stellte mit Dantes Divina Commedia und Thomas von Aquins Summa Theologiae, empfand er als ein geistig-seelisches Asyl, zu dem man Zuflucht nehmen konnte vor dem mechanistischen Lärm einer entkernten Welt: "Es ist so tief, wie die Zeit flach, so groß, wie die Zeit klein, so voll des göttlichen Geistes wie die Zeit leer davon; die Kompensation des Zeitalters der Geistlosigkeit; mehr als ein Buch der Zeit: das Buch des Aeons." (4) Die Vorstellung von der "Machbarkeit" der Welt, von der Omnipotenz des homo sapiens war für Schmitt das Verhängnis der Moderne. Er war angewidert von jener "entzauberten Welt", wie sie **Max Weber** genannt hatte, in der außer Produktion und Konsumtion nichts mehr heilig ist und in der "Fachmenschen ohne Geist" und "Genußmenschen ohne Herz" (5) das Erbe des Abendlandes zertrampeln. Die Okkupation der Seelen und die geistige Öde, die die technisch-wirtschaftliche Epoche bewirkt hatte, empfand Carl Schmitt als die Krankheit eines Zeitalters, "das durch die Objekte seiner Sehnsucht und Schwärmerei zeigt, was ihm fehlt." (6) **Werner Sombarts** luzider Beobachtung: "Alle Lebenswerte sind dem Moloch der Arbeit geopfert, alle Regungen des Geistes und des Herzens dem einen Interesse: dem Geschäft zum Opfer gebracht" (7), entsprach auch Schmitts Analyse. (8) Das ruhelose Umherirren des modernen Bourgeois auf den Plätzen des Geldes und der Maschinen war für Schmitt das

(3) Ebd. S. 58.

(4) Ebd. S. 69; wichtig war für Schmitt neben Däubler auch der schwäbische, katholische Dichter Konrad Weiß; vgl. Wilhelm Nyssen, Carl Schmitt, "der schlechte, unwürdige und doch authentische Fall eines christlichen Epimetheus, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 181, 184 ff. sowie Friedhelm Kemp / Karl Neuwirth, Der Dichter Konrad Weiß 1880 - 1940, in: Marbacher Magazin, Sonderheft 15/1980, S. 12, 14 und passim; Weiß hat Schmitt zwei seiner Gedichte gewidmet; vgl. Konrad Weiß, Gedichte, Zweiter Teil, München 1949, S. 276, 286.

(5) Max Weber, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band I, 6. Aufl., Gütersloh 1981, S. 188.

(6) Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen, S. 5.

(7) Der Bourgeois aaO S. 176.

(8) So auch H. Meier aaO: "Schmitts Bejahung des Politischen gewinnt ihre konkrete Gestalt aus der Absage an die Existenz des Bourgeois" (ebd. S. 47).

Symptom einer entorteten Welt, deren inneres Gefüge zerstört ist und die sich deswegen, wie Sombart es beschrieben hatte, mit äußerlichem Tand umgibt: "Ein wirklich großes Geschlecht, das mit den tiefen Problemen der Menschenseele ringt, wird nicht sich groß fühlen, weil ihm ein paar technische Erfindungen geglückt sind. Es wird diese Art von äußerlicher Macht gering schätzen. Unsere Zeit aber, der alle wahre Größe abgeht, ergötzt sich wie das Kind gerade an dieser Macht und überbewertet diejenigen, die sie besitzen." (9) Der moderne Geist der Technizität hat - nach Schmitt - zu einem "Massenglauben eines antireligiösen Diesseits-Aktivismus" (10) geführt, der mit einer "Pseudo-Religion der absoluten Humanität" (11) bemäntelt werde, die "den Weg zu einem unmenschlichen Terror" (12) öffne.

Als ein "homo catholicus" (13), der seine katholische Herkunft nie verleugnet hat (14), war Schmitt zutiefst davon überzeugt, daß in Wahrheit nicht der Mensch, sondern Gott handelt. (15) "Nihil facimus nisi auxilio potentiae quae nostra non est", zitiert er Cordemoy in "Politische Romantik" (16), und dieser Satz steht als Motto über Carl Schmitts gesamtem Oeuvre. Wer Schmitts tiefe Verwurzelung im Katholizismus außer Acht läßt, versperrt sich den Zugang zu seinem Werk und überhört die metajuristische Grundmelodie seiner Staatslehre. (17)

(9) Der Bourgeois aaO S. 174; zur Beziehung zwischen Carl Schmitt und Werner Sombart vgl. Nicolaus Sombart, Jugend in Berlin, S. 44, 54 und passim sowie derselbe, Spaziergänge mit Carl Schmitt, in: Merkur 1984, S. 191 ff..

(10) Das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen (1929), in: Positionen und Begriffe, S. 130/131.

(11) Donoso Cortes in gesamteuropäischer Interpretation, Köln 1950, S. 108.

(12) Ebd..

(13) Piet Tommissen, Carl Schmitt - metajuristisch betrachtet - Seine Sonderstellung im katholischen Renouveau des Deutschlands der Zwanziger Jahre, in: Criticon, Heft 30 (1975), S. 179.

(14) Klaus-Michael Kodalle, Politik als Macht und Mythos - Carl Schmitts 'Politische Theologie', Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1973, S. 109.

(15) Politische Romantik (1919), 4. Aufl., Berlin 1982, S. 125.

(16) Ebd.; eine präzise Kritik an Schmitts Darstellung der Romantik findet sich bei Kondylis aaO S. 383, Fußn. 830.

(17) So auch Nikolaus Lobkowicz, Carl Schmitt: Ein umstrittener Kopf setzt sich durch - Warum es in Deutschland keine katholische Staatsphilosophie gibt, in: Deutsche Tagespost Nr. 124 vom 17.10.1987, S. 11; Jose Maria Beneyto, Politische Theologie als politische Theorie - Eine Untersuchung zur Rechts- und Staatstheorie Carl Schmitts und zu ihrer Wirkungsgeschichte in Spanien, Berlin 1983, S. 81 und passim; Clemens Lang, Die Ideologie des Widerstandes aaO S. 962; zur katholisch durchtränkten "melodia intellectual de Schmitt" (Jose Caamano Martinez aaO S. 11) vgl. die vorzügliche Beobachtung von Rumpf, Carl Schmitt und Thomas Hobbes aaO: "Der Katholizismus wirkt in den Veröffentlichungen der ersten Schaffensperiode mehr als Habitus und Atmosphäre denn als Bekenntnis, er liegt im Blut, nicht auf den Lippen." (ebd. S. 17).

Schmitts christlichem Ethos liegt eine lineare Geschichtsauffassung zugrunde, die dem zyklischen Weltbild **Friedrich Nietzsches**(18) diametral gegenübersteht: "Der ganze christliche Äon ... ist eine einzige lange Erwartung, ein langes Interim zwischen zwei Gleich-Zeitigkeiten, zwischen der Erscheinung des Herrn zur Zeit des römischen Kaisers Augustus und der Wiederkunft des Herrn am Ende der Zeiten.(19) Dieser Weg der Menschheit ist für Schmitt vorbestimmt, die einzige Unbekannte in seiner historischen Rechnung ist das Tempo dieser Entwicklung.(20) Folglich unterscheidet er zwischen "Aufhalter"(21) bzw. "Verzögerer"(22) sowie "Beschleuniger"(23) der Weltgeschichte. **Luther**(24) und

(18) In diesem Gegensatz liegt die Hauptquelle des Anti-Nietzsche-Affekts bei Schmitt; vgl. Carl Schmitt, Drei Stufen historischer Sinngebung, in: Universitas, Heft 8, 5. Jg. (1950), S. 927 ff.: "Wir sind mit Karl Löwith überzeugt, daß das Heidentum keines geschichtlichen Denkens fähig ist, weil es kyklisch denkt. In den Kreisläufen einer ewigen Wiederkehr verliert das Geschichtliche seinen spezifischen Sinn." (ebd. S. 928); dennoch schwingen viele Motive Nietzsches im Werk Schmitts mit. Die Vielschichtigkeit der Beziehung Nietzsche-Schmitt völlig verzerrend: Peter Paul Pattloch, Recht als Einheit von Ordnung und Ortung - Ein Beitrag zum Rechtsbegriff in Carl Schmitts "Nomos der Erde", Aschaffenburg 1961; Pattloch stellt die These auf, Schmitt sei "der nietzscheischen Konzeption verhaftet" (ebd. S. 9) und sein konkretes Ordnungsdanken decke sich "in entscheidenden Punkten mit der Erkenntnis - 'Theorie' Friedrich Nietzsches" (ebd. S. 33); diese Behauptung beruht auf einer vollständigen Verkennung von Schmitts und Nietzsches Werk. Mögen auch manche Elemente von Schmitts Staatslehre den Geist Nietzsches atmen, so liegt jedoch kaum etwas ferner, als den gläubigen Katholiken Schmitt, der zu Ostern alljährlich nach Rom pilgerte (vgl. Tommissen, Over en in zake Carl Schmitt, S. 106), zu einem Epigonen des Antichristen Nietzsche zu stempeln; über einen Brief Schmitts an Pattloch berichtet Mohler, Carl Schmitt und die "Konservative Revolution" aaO S. 131; ähnlich schief: Friedrich August von der Heydte, Heil aus der Gefangenschaft? - Carl Schmitt und die Lage der europäischen Rechtswissenschaft, in: Hochland, 43. Jg. (1950/51), S. 288 ff., der Schmitt zum "Testamentsvollstrecker Nietzsches in der Theorie vom Staat" (ebd. S. 289) macht; zur Einordnung Nietzsches vgl. Karl Löwith, Von Hegel zu Nietzsche - Der revolutionäre Bruch im Denken des 19. Jahrhunderts, 3. Aufl., Stuttgart 1953; zu Schmitts Nietzsche-Bild siehe Maschke, Der Tod ..., S. 87, Fußn. 152.

(19) Carl Schmitt, Politische Theologie II - Die Legende von der Eridigung jeder Politischen Theologie (1970), 2. Aufl., Berlin 1984, S. 75.

(20) Vgl. dazu J. Taubes aaO: "Für mich ist entscheidend, daß Schmitt verstanden hat, daß Geschichte ein Fristendenken ist ..." (ebd. S. 61).

(21) Beschleuniger wider Willen - oder: Die Problematik der westlichen Hemisphäre, in: Das Reich vom 19. April 1942.

(22) Ebd..

(23) Ebd..

(24) Es ist bezeichnend, daß im ganzen Schmitt'schen Werk eine Auseinandersetzung mit Luther fehlt, sieht man einmal von Randerwähnungen ab (Der Wert des Staates ... S. 65, 81; Politische Romantik, S. 11; Über die drei Arten ... S. 42/43, wo Luther als Ahnherr des konkreten Ordnungsdenkens figuriert). Mag Schmitt auch als Staatsdenker Luther als den praecceptor rei publicae eingeordnet haben, als Katholik konnte er über ihn kaum anders denken als Gottfried Benn: "Luther, wohl einer der grössten Vernichter des besseren Deutschlands, Zerstörer der grossen mittelalterlichen Kultur, dreckiger Niedersachse: Gewissenbisse an Stelle von Formproblemen, moralisches statt konstruktives Denken, tiefstehender Freiheitsbegriff ('Selbstverantwortung' - so ein Blech für diese Schuld-Sühne-bastarde!) ..." (Briefe an F.W. Oelze 1932 - 1945, Wiesbaden / München 1977, Brief vom 21. Nov. 1935, S. 88); zum Reformationsbild bei Schmitt vgl. Die vollendete Reformation (1965), in: Carl Schmitt, Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes - Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols (1938), Neuausgabe Köln 1982, S. 137 ff..

die mit der Reformation einsetzende Abkehr von dem Rom-zentrischen Weltbild haben für Schmitt die historische Entwicklung zum "Ende der Zeiten" entscheidend dynamisiert. Er versucht mit seinem Werk, die tragenden politischen Prinzipien der katholischen Kirche dem Untergangsstrudel des Katholizismus zu entziehen und in den Staat herüberzuretten. In diesem Kräftefeld zwischen Kirche und Staat, in Schmitts Doppelrolle als Bewahrer der katholischen Ordnung einerseits und als Fürsprecher der staatlichen Idee andererseits steckt das Dilemma seines Werkes. Obgleich er sein Leben lang nie aufgehört hat, gläubiger Katholik zu sein, hat er als Staatslehrer innerlich vor der Reformation kapituliert. Dieser inneren Spannung zwischen katholischem Ethos und politischem Nomos, der eine katholische Staatsphilosophie in der Moderne freilich nicht entgehen kann, verdanken seine Schriften zu einem guten Teil ihre besondere geistesgeschichtliche Aura.

b) Die politische Idee des Katholizismus  
und der Geist des Kapitalismus

(1) Das politisch Konstituierende ist für Carl Schmitt immer nur die Inauguration einer Idee. Das Schicksal jeder Ordnung hängt für ihn ab von der Herrschaft eines geistigen Prinzips, das den Menschen seinen Stempel aufzudrücken in der Lage ist: "Kein politisches System kann mit bloßer Technik der Machtbehauptung auch nur eine Generation überdauern. Zum Politischen gehört die Idee, weil es keine Politik gibt ohne Autorität und keine Autorität ohne ein Ethos der Überzeugung." (25) Vom Untergang des Römischen Reiches bis zum Ausgang des

(25) Römischer Katholizismus und politische Form (1923), Neudruck der zweiten Auflage, Stuttgart 1984, S. 28; zur Rolle dieser Schrift als katholisches Gegengewicht zu Max Webers "Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus" vgl. Gary L. Ulmen, Politische Theologie und politische Ökonomie - Über Carl Schmitt und Max Weber, in: Quaritsch (Hrsg.) aao S. 341 ff.; zum Beziehungsfeld Weber-Schmitt siehe Helmut F. Spinner, Max Weber, Carl Schmitt, Bert Brecht als Wegweiser zum ganzen Rationalismus der Doppelvernunft - Über die beiden äußersten Möglichkeiten, sich in einer irrationalen Welt rational zu orientieren, in: Merkur, 40. Jg. (1986), Heft 11, S. 923 ff..

Mittelalters prägte die Formenstrenge der katholischen Kirche als der "wahre(n) Erbin der römischen Jurisprudenz"(26) die europäische Welt. "In dem Maße, wie der Machtanspruch des Klerus in der Neuzeit sank, verlor diese Formenwelt nach und nach ihre Konturen. Die beiden wichtigsten Elemente der politischen Idee des Katholizismus, A u t o r i t ä t und R e p r ä - s e n t a t i o n , sieht Schmitt einem Zentralangriff der Moderne ausgesetzt. Mit ihrer Kraft zur Autorität war es der Kirche über ein Jahrtausend gelungen, eine politische Plattform zu stabilisieren, die der Diskussion entzogen war und die aus sich selbst heraus herrschte. Mit ihrer Fähigkeit zur Repräsentation, nämlich "ein unsichtbares Sein durch ein öffentlich anwesendes Sein sichtbar (zu) machen und (zu) vergegenwärtigen"(27), war die Kirche imstande, ihr inneres Herrschaftsprinzip nach außen mit dem Schleier wirkungsmächtiger Arcana zu umgeben. Schmitt sieht in diesem Prinzip "konkrete(r), persönliche(r) Repräsentation konkreter Persönlichkeit"(28) das Geheimnis der politischen Potenz Roms: In dieser "Welt des Repräsentativen ... lebt die politische Idee des Katholizismus und seine Kraft zu der dreifach großen Form: zur ästhetischen Form des Künstlerischen, zur juristischen Rechtsform und endlich zu dem ruhmvollen Glanz einer weltgeschichtlichen Machtform."(29)

Mit dem Einbruch des ökonomisch-technischen Zeitalters an der Schwelle zum 19. Jahrhundert beginnt sich dieses Herrschaftsprinzip endgültig aufzulösen: "Man kann beobachten, wie mit der Ausbreitung des ökonomischen

(26) Römischer Katholizismus ... aaO S. 31.

(27) Verfassungslehre S. 209.

(28) Römischer Katholizismus ... aaO S. 31.

(29) Ebd. S. 36; wenn Schmitt die politische Idee des Katholizismus bewunderte, heißt das nicht, daß er für den politischen Katholizismus votierte, was ihm die Nationalsozialisten unterstellten (Anonym, Der Staatsrechtslehrer Prof.Dr. Carl Schmitt aaO). Die kruden Mutmaßungen nationalsozialistischer intellektueller über Roms Machtansprüche (vgl. dazu Heinrich Wolf, Geschichte der katholischen Staatsidee, Leipzig 1933) standen im übrigen in einem auffälligen Gegensatz zu der geschickten Konkordatspolitik Hitlers; Carl Schmitt jedenfalls kann überhaupt nicht "verstanden werden ohne seinen jahrzehntelangen Kampf g e g e n den politischen Katholizismus" (Maschke, Der Tod ..., S. 123).

Denkens auch das Verständnis für jede Art Repräsentation schwindet." (30) In diesem ökonomischen Denken, daß "nur eine Art Form, nämlich technische Präzision (kennt)" (31), und in "der modernen Bourgeoisie, dieser in Angst um Geld und Besitz verkommenen, durch Skeptizismus, Relativismus und Parlamentarismus moralisch zerrütteten Gesellschaftsschicht" (32), erblickt Schmitt den diametralen Gegensatz zur politischen Idee des Katholizismus, deren Bedeutung gerade "in einer spezifisch formalen Überlegenheit über die Materie des menschlichen Lebens" (33) gelegen habe. Schmitt spricht dem ökonomischen Prinzip die Fähigkeit, eine politische Idee zu verkörpern, kategorisch ab: "Kein großer sozialer Gegensatz läßt sich ökonomisch lösen. Wenn der Unternehmer den Arbeitern sagt: 'ich ernähre euch', so antworten ihm die Arbeiter: "'wir ernähren dich', und das ist kein Streit um Produktion und Konsumtion, es ist gar nichts Ökonomisches, sondern entsteht aus einem verschiedenen Pathos moralischer oder rechtlicher Überzeugung." (34) Gerade weil der traditionslosen Maschine und dem beziehungslosen Geld jegliches "Pathos der Autorität" (35) bzw. jegliche "Fähigkeit zur Form" (36) fehlten, könne es zwischen Kapitalismus und Katholizismus kein Sowohl-als-auch, sondern nur ein Entweder-oder geben: "Eine Vereinigung der katholischen Kirche mit der heutigen Form des kapitalistischen Industrialismus ist nicht möglich. Der Verbindung von Thron und Altar wird keine von Büro und Altar folgen, auch keine von Fabrik und Altar." (37) Wie kaum an einer anderen Stelle in Schmitts Werk, erhellt hier, daß seine Frontstellung gegen den Kapitalismus auf

(30) Römischer Katholizismus ... aaO S. 43.

(31) Ebd. S. 34.

(32) Die politische Theorie des Mythos (1923), in: Positionen und Begriffe, S. 11.

(33) Römischer Katholizismus ... aaO S. 14.

(34) Ebd. S. 30.

(35) Ebd. S. 31, vgl. Albrecht Erich Günther, Der Endkampf zwischen Autorität und Anarchie - Zu Carl Schmitts 'Politischer Theologie', in: Deutsches Volkstum, Band 1 (1931), S. 11 ff..

(36) Römischer Katholizismus ... aaO S. 38.

(37) Ebd. S. 40/41.

der einen Seite in seiner tiefen Katholizität(38), auf der anderen Seite in seiner Überzeugung wurzelt, daß der Herrschaft des Geldes jegliche politische Stiftungskraft abgehe. Wer dagegen Carl Schmitt zum intellektuellen Kombattanten auf dem Schlachtfeld Kapitalismus gegen Marxismus machen will und ihn dort klassifizieren will als Diener "einer reaktionären Großbourgeoisie"(39), der versucht habe, eine "Staatslehre der kapitalistischen Schwerindustrie zu schreiben"(40), macht sich zum Sklaven seiner eigenen ideologischen Vorgaben und verkürzt in unzulässiger Weise die geistesgeschichtlichen Dimensionen der Schmitt'schen Lehren.

(2) Aus den antikapitalistischen Motiven Schmitts(41) und seinem Affekt gegen die "unverschämte Herrschaft der Geldaristokratie ..., die dümmste und ordinärste Form einer Aristokratie"(42), erklärt sich seine Ablehnung gegenüber der dem Kapitalismus adäquaten politischen Herrschaftsform des P l u r a l i s m u s : Die hinter den Kulissen ausgeübte Herrschaft des 'Kapitals' ist noch keine Form, sie kann wohl eine bestehende politische Form aushöhlen und zur leeren Fassade machen."(43) Was Schmitt in Frage stellt, ist der Anspruch des kapitalistischen Pluralismus, auf den Prinzipien Produktion und Konsum einen Staat gründen zu wollen.(44) Politik bedeute immer "die Forderung einer spezifischen Art Geltung und Autorität"(45), und genau dazu sei die von "soziale(n) Machtgruppierungen"(46) getragene und "auf der ökonomischen Situation basierende

(38) Soch auch Klaus Kröger, Bemerkungen zu Carl Schmitts 'Römischer Katholizismus und politische Form', in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 159, 162 und passim.

(39) Schultes aaO S. 22.

(40) Ebd. S. 27; ähnliche Fehlinterpretationen bei Schulz aaO S. 38, 45/46 und passim sowie bei Jürgen Seifert, Theoretiker der Gegenrevolution: Carl Schmitt, 1888 - 1985, in: Kritische Justiz 1985, Heft 2, S. 193 ff..

(41) Vgl. auch: Der Wert des Staates ... aaO S. 91.

(42) Politische Theologie, S. 76.

(43) Römischer Katholizismus ... aaO S. 42.

(44) Ebd. S. 29.

(45) Ebd..

(46) Ebd..

Macht"(47) des Pluralismus nicht in der Lage(48): Tatsächlich werde im pluralistischen Staat die "Autorität" nur zum Vehikel für pluralistische Machtansprüche: "Es ist ganz selbstverständlich, daß in einem pluralistischen Parteienstaat jede Partei die 'Autorität' des Staates geltend macht, wenn sie den Staat im Augenblick auf ihrer Seite hat, und daß sie umgekehrt das ganze Pathos liberaler Freiheitlichkeit anschlägt, und von Diktatur, Obrigkeitsstaat, Reaktion, Fascismus oder Bolschewismus usw. spricht, wenn die staatliche Entscheidung der Gegenpartei zugute kommt."(49) Das Staatsziel, die "Vielheit der Interessen und Parteien zu einer Einheit"(50) zu transformieren, sei nur mit der politischen Kraft der Repräsentation, nicht aber mit dem Laissez-faire eines ökonomischen Pluralismus zu verwirklichen. Weil der Pluralismus keinen herrschenden Gedanken hervorbringe, sondern auf ein System hinauslaufe, in dem alles plurivalent werde(51), müsse der Staat zwangsläufig zu einem "Interessenten-Konzern"(52) degenerieren. Eine "Repräsentation organisierter Interessen"(53) ist für Schmitt eine *contradictio in adjecto*, da der repräsentative Gedanke gerade an den Suprematieanspruch einer Autorität ü b e r den Interessen geknüpft sei. Entfalle diese oberste Instanz, so werde jedes Gemeinwesen - gleichviel ob Kirche oder Staat - einem Erosionsprozeß überantwortet, an dessen Ende nur die Ruine einer zerfallenen Ordnung zurückbleiben

(47) Ebd. S. 41.

(48) Der Schmitt-Schüler Ernst Forsthoff brachte diese Haltung dann 1933 auf eine knappe Formel, deren Deutlichkeit Schmitt freilich gemieden hätte: "Die Gesellschaft hat nicht die Fähigkeit zur Autorität. Denn die Autorität verbindet sich nie dem Interesse. Autorität ist immer Ausdruck und Wirkung eines geistigen Ranges. Die Gesellschaft ist ein Pluralismus von Interessen, der keine Rangordnung in sich zu bilden vermag. Darum ist die Gesellschaft nicht fähig, Trägerin einer autoritär gezügelten, staatsbildenden und staatserhaltenden Kraft zu sein." (Der totale Staat aaO S. 25).

(49) Der Hüter der Verfassung (1931), S. 147, Anm. 1; zur Rolle der Autorität bei Schmitt vgl. auch Verfassungslehre, S. 9, 75; Legalität und Legitimität, S. 269, 273, 340 ff., 365 sowie Carl Schmitt, Besprechung von: Marie-Anne Cochet, *Essai sur l'emploi du sentiment religieux comme base d'autorité politique*, Paris 1925, in: Deutsche Literaturzeitung, Heft 47 (1925), Sp. 2308 ff., in der Schmitt sein Autoritätsprinzip den - auch von der Verfasserin vertretenen - "gut bürgerlichen Ideen von 1789" (ebd. Sp. 2310) gegenüberstellt.

(50) Römischer Katholizismus ... aaO S. 44.

(51) Politische Theologie II, S. 37.

(52) Römischer Katholizismus ... aaO S. 42.

(53) Kaiser, Die Repräsentation organisierter Interessen, S. 338 ff. und passim; zur Repräsentationsunfähigkeit des Pluralismus vgl. Hans-Dietrich Sander, Zwei neue Tendenzen der Carl-Schmitt-Literatur, in: Criticon Nr. 41 (Mai-Juni 1977), S. 156.

könne.(54)

Auch wenn Schmitts Pluralismuskritik an politiktheoretischen und staatsrechtlichen Gegenständen festgemacht ist, so darf dieser Befund jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sein Antipluralismus in erster Linie religiös motiviert ist(55) und in der Vorstellung wurzelt, daß die Auflösung der einheitlichen katholischen Welt die Quelle allen pluralistischen Übels ist. Der Verlust einer gemeinsamen religiösen Plattform der Menschen ist für Schmitt das factum brutum der Neuzeit. Die Reinkarnation der Einheit, die Machtansprüche von Teilen des Ganzen zurückweist, ohne die soziologische Tatsache pluralistischer Vielfalt zu leugnen, ist Schmitts katholisch motivierter und staatsrechtlich artikulierter politischer Imperativ.(56)

## 2) Der politische Nomos

### a) Die Entschleierung des Liberalismus

(1) "Der Liberalismus ist nicht an Schmitt gestorben ...", resümierte **Jacob Taubes** im Jahre 1987(57); mit dem Tod Carl Schmitts war freilich einer der schärfsten und brilliantesten Kritiker des Liberalismus von der geisteswissenschaftlichen Bühne des 20. Jahrhunderts abgetreten.

Schmitts Position gegen den Liberalismus erklärt sich zunächst aus seinem Bestreben, die Grundgesetze des

(54) Zum Repräsentationbild bei Schmitt siehe Die Diktatur (1921), S. 131; Hofmann, Legitimität ... S. 147 ff.; Mantl aaO S. 121 ff.; Hartmann aaO S. 205 ff..

(55) So auch H. Meier aaO S. 37; Günter Maschke, Drei Motive im Anti-Liberalismus Carl Schmitts, in: Hansen / Lietzmann (Hrsg.) aaO S. 56.

(56) Karl Löwiths Behauptung, Schmitts politischer Theorie fehle das theologische Fundament (Der okkasionelle Dezisionismus von C. Schmitt (1935), in: Gesammelte Abhandlungen - Zur Kritik der geschichtlichen Existenz, Stuttgart 1960, S. 97), zeugt deshalb von einer schweren Verkenntung der katholischen Wurzeln bei Schmitt; vgl. dagegen Maschke, Drei Motive ... aaO: "Allen politischen und politiktheoretischen Überlegungen Schmitts sind theologische Über- und vorgeordnet." (ebd. S. 56).

(57) aaO S. 71.

politischen Lebens ungeschminkt darzustellen; eine "durch den Liberalismus herbeigeführte Vernebelung der Wirklichkeit"(58) geriet dabei zwangsläufig in Schmitts ideenpolitische Schußlinie: "Der Liberalismus hat das Politische negiert; er hat es damit aber nicht aus der Welt geschafft, sondern nur verdeckt; er hat dazu geführt, daß vermittels einer antipolitischen Redeweise - Politik getrieben wird. Der Liberalismus hat also nicht das Politische, sondern nur das Verständnis des Politischen, die Aufrichtigkeit hinsichtlich des Politischen getötet ... . Das Politische muß aus seiner durch den Liberalismus verschuldeten Verdecktheit zuerst einmal als Tageslicht gezogen werden, damit die Frage nach dem Staat ernstlich gestellt werden kann."(59) Als ein Staatsdenker, der "die Verschleierungen einer seit zwei Generationen herrschenden liberalen Staatsrechtslehre"(60) enttarnen und den "für die kleinen Kampfmythen der Tagespolemik nötige(n) Wortnebel"(61) durchstossen wollten, erkannte Schmitt im Liberalismus den entscheidenden Widerpart seiner politischen Theorie, von der Helmut Kuhn sagte: "Der Feind, den sie im Auge hat, ist der Liberalismus."(62) Für Schmitt ist der Liberalismus die Negation des Politischen, weil dieser keine positive Staatstheorie zu begründen in der Lage sei, "sondern nur das Politische vom Ethischen her zu binden und dem Ökonomischen zu unterwerfen gesucht"(63) habe. Den Kern, das Wesen und die Wirkungsweise des Politischen darzustellen, habe die liberale Theorie stets sorgsam vermieden, um hierdurch nicht die wahren Herrschaftsstrukturen aufzudecken, die unter jener Decke von Frieden, Freude und Dialogbereitschaft nie

(58) Leo Strauss, Anmerkungen zu Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen (1932), in: derselbe, Hobbes' Politische Wissenschaft, Neuwied und Berlin 1965, S. 162.

(59) Ebd.; vgl. dazu H. Meier aaO.

(60) Staatsgefüge und Zusammenbruch ... aaO S. 9.

(61) Hugo Preuß ... aaO S. 5.

(62) Helmut Kuhn, Besprechung von "Der Begriff des Politischen" (1932), in: Kant-Studien, 38. Band (1933), S. 191; vgl. auch Badke aaO S. 46.

(63) Der Begriff des Politischen (1932), S. 61; vgl. dazu M. Kaufmann aaO S. 55 ff.

aufhörten zu bestehen: "In einer überaus systematischen Weise umgeht oder ignoriert das liberale Denken den Staat und die Politik und bewegt sich statt dessen in einer typischen, immer wiederkehrenden Polarität von zwei heterogenen Sphären, nämlich von Ethik und Wirtschaft, Geist und Geschäft, Bildung und Besitz." (64) In dieser dem Liberalismus innewohnenden "Polarität von ethischem Pathos und wirtschaftlicher Berechnung" (65) erkannte Schmitt eine anonyme Herrschaftsordnung, die nur solange existieren könne, wie ihr inneres Gesetz im Dunkeln bleibe: Sein "überwältigendes 'Nein!'" an den Geist der liberalen Welt" (66) erklärt sich gerade aus seiner Ablehnung unsichtbarer politischer Beherrschung der Menschen.

Weil Schmitt die liberale Welt ihrer liberalen Kostümierung entkleidet hatte und die tatsächliche - gänzlich illiberale politische Wirklichkeit aufgezeigt hatte, wurde er zum Liberalismus-Feind Nummer 1 erklärt, der mit allen Mitteln zu bekämpfen war. Schmitt hatte sich dem Dialog innerhalb des liberalistischen Systems entzogen (67) und analysierte von außen die einzelnen Herrschaftselemente und -strukturen des Liberalismus. Die Ergebnisse, zu denen er dabei kam, enthüllten die politische Welt, wie sie wirklich ist und nicht, wie sie eine liberale Apologie darstellt. Wegen dieser Diagnose der politischen Wirklichkeit und nicht wegen irgendwelcher politischer Absichten, wegen der "leidenschaftlichen Kälte des analytischen Ideologen" (68), kam Schmitt in das Visier des

(64) Der Begriff des Politischen (1932), S. 69.

(65) Ebd. S. 72.

(66) E. Kennedy, Politischer Expressionismus ... aaO S. 250; vgl. auch dieselbe, Carl Schmitt und die 'Frankfurter Schule' - Deutsche Liberalismuskritik im 20. Jahrhundert, in: Wolf Lepenies (Hrsg.), Wissenschaften im Nationalsozialismus - Geschichte und Gesellschaft, 12. Jg., Heft 3, Göttingen 1986, S. 380 ff.; die These Kennedys von einem Einfluß Schmitts auf die "Frankfurter Schule" scharf ablehnend: Alfons Söllner, Jenseits von Carl Schmitt - Wissenschaftsgeschichtliche Richtigstellungen zur politischen Theorie im Umkreis der "Frankfurter Schule", in: Geschichte und Gesellschaft 1986, Heft 12, S. 502 ff..

(67) Vgl. dazu Schmitts schon zitierten Brief (Kap. IV, Fußn. 230) an Alfred Bäumler, indem er sich gegen den Eindruck wehrt, "dem ich mich auf keinen Fall aussetzen möchte, dass ich mich an dem beteilige, was im prägnanten Sinne eine liberale Diskussion ist." (ebd.).

(68) A. Adam aaO.

Liberalismus: "Schmitt hatte zu deutlich eine Realität enthüllt, die mit bis zur Virtuosität gesteigerter Energie gerne geleugnet wird." (69) Das ist der Kern der cum-ira-et-studio-Beschäftigung mit Carl Schmitt, die freilich auf ihre Weise Schmitts Lehren ihre Referenz erweist: " ... je heftiger, blinder, unwissender der Haß auf Schmitt ist, desto sicherer stößt er auf den Kern von dessen Theorie." (70)

(2) Die Entschleierung verdeckter Machtstrukturen und die Wiederherstellung sichtbarer politischer Verantwortung ist auch eines der wesentlichen Motive in Schmitts Antipluralismus, der ein Segment seiner Liberalismuskritik darstellt. Das parlamentarisch-pluralistische System ist sein Gegner, weil es "nur eine schlechte Fassade vor der Herrschaft von Parteien und wirtschaftlichen Interessenten ist" (71), die politische Macht ausüben, ohne politische Verantwortung zu tragen: "Eine auf ökonomischer Grundlage beruhende Herrschaft über Menschen muß gerade dann, wenn sie unpolitisch bleibt, indem sie sich jeder politischen Verantwortlichkeit und Sichtbarkeit entzieht, als ein furchtbarer Betrug erscheinen." (72) Weil Schmitt den Staat einordnet als den offenen Träger des Monopols der politischen Entscheidung (73), wendet er sich gegen die Machtavancen pluralistischer Elemente,

(69) Maschke, Der Tod ..., S. 126, Fußn. 31; vgl. auch Ernst Forsthoff, Der Staatsrechtler im Bürgerkrieg - Carl Schmitt zum 70. Geburtstag, in: Christ und Welt, 11. Jg., Nr. 29 vom 17. Juli 1958: "Während Mediokritäten jeder Sinn und Unsinn nachgesehen wird, stellt man die erlauchten Geister unter ein Sonderrecht der Diskriminierung, indem man ihnen anlastet, klarer als andere erkannt zu haben, was ist."; vgl. dazu die Replik von Erich Kaufmann, Carl Schmitt und seine Schule - Offener Brief an Ernst Forsthoff, in: Deutsche Rundschau, 84. Jg. (1958), S. 1013 ff., wieder abgedruckt in: derselbe, Gesammelte Schriften, Band III, Göttingen 1960, S. 375 ff.; vgl. auch Clemens Lang, Die Ideologie ..., aaO: "Man darf sagen, daß im 'Begriff des Politischen' ein ziemlich erschöpfender Katalog typischer Fälle der liberalen Lüge und Illusion aufgestellt ist; Schmitt hat mit seiner unerbittlichen Sachlichkeit die 'großen Worte und Institutionen' des Systems von Versailles und die kleinen Tricks und Manöver seiner liberalen Verbündeten entlarvt." (ebd. S. 963).

(70) Maschke, Der Tod ... S. 48.

(71) Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, S. 29; zu dieser Schrift vgl. Friedrich Curtius, Demokratie und Parlamentarismus, in: Hochland, 22. Jg. (1924/25), 1. Heft, S. 112 ff.; zur Rolle des Parlaments "als Bureau für eine technische Umschaltung" pluralistischer Interessen vgl. Verfassungslehre, S. 319.

(72) Der Begriff des Politischen (1932), S. 76.

(73) Ebd., Vorwort von 1963, S. 10.

die als Marionettenspieler die politischen Fäden in der Hand halten wollen, ohne sich zu erkennen zu geben(74): "Es gehört zum Wesen einer indirekten Gewalt, daß sie die eindeutige Übereinstimmung von staatlichem Befehl und politischer Gefahr, von Macht und Verantwortung, Schutz und Gehorsam, trübt und, aus der Unverantwortlichkeit eines zwar nur indirekten, aber darum nicht weniger intensiven Herrschens heraus, alle Vorteile und keine Gefahr der politischen Macht in der Hand hat. Diese typisch indirekte Methode à deux mains machte es ihnen möglich, die eigene Aktion für etwas anderes als Politik, nämlich für Religion, Kultur, Wirtschaft oder Privatsache auszugeben und doch alle Vorteile der Staatlichkeit für sich auszunutzen. So konnten sie gegen den Leviathan kämpfen und doch sich seiner bedienen, bis sie die große Maschine zerstört hatten."(75) Nur die "Sichtbarkeit, Öffentlichkeit und Krönung"(76) einer konkreten politischen Instanz überwindet für Schmitt jene "satanische Versuchung zu einer unsichtbaren, anonymen und im Geheimen bleibenden Macht"(77), der jegliche politische Schöpfungskraft fehle: "Sobald ein echter Name erscheint, hört der nur oikonomische Nomos auf, der sich in Wirtschaft und Verwaltung erschöpft. Der Bienenkorb hat keinen Namen. Sowenig wie Archie und Kratie ohne Nomos bestehen, sowenig lebt der menschliche Nomos ohne Archie und Kratie."(78)

## b) Individualismus und Pluralismus

(1) In der Orientierung liberalistischer Staatstheorie an dem Individuum, das - von jeglichem

(74) Vgl. Hofmann, Legitimität ... S. 116 f., 156.

(75) Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes, S. 117/118; vgl. dazu die Besprechung der Neuauflage von Volker Neumann, Schatten und Irrlichter, in: Leviathan - Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg.12, Heft 1/ 1984, S. 28 ff..

(76) Nomos-Nahme-Name, in: Siegfried Behn (Hrsg.), Der Beständige Aufbruch - Festschrift für Erich Przywara, Nürnberg 1959, S. 104.

(77) Ebd.; die Wortwahl "satanisch" beleuchtet einmal mehr die religiöse Färbung von Schmitts antiliberalistischen und antipluralistischen Positionen; vgl. dazu H. Meier aaO: "Schmitt nimmt die Auseinandersetzung mit dem Liberalismus im Namen des Politischen auf, und er führt sie um der Religion willen." (ebd., S. 37).

(78) Nomos-Nahme-Name aaO S. 104.

Gemeinschaftsgedanken . losgelöst - den Staat als Zweckverband zur Erfüllung individueller politischer Ziele betrachtet, liegt für Schmitt ein entscheidender Konzeptionsfehler des Liberalismus. Unter Berufung auf **Bonald** führt er aus: "... nicht der einzelne Mensch oder die Masse der Einzelnen ist ... Träger historischer Aktivität, sondern die in der Geschichte lebende, nach bestimmten Gesetzen sich konstituierende Gesellschaft, die den Einzelmenschen überhaupt erst konstituiert." (79) Schmitt begreift den Staat "als eine überindividuelle, nicht interindividuelle Instanz, die ihre Würde keiner Schilderhebung der Einzelnen verdankt, sondern ihnen mit originärer Autorität entgegentritt." (80) Im Staat sieht er "das einzige Subjekt des rechtlichen Ethos" (81), demgegenüber der Wert des Individuums "in der Hingabe an den überindividuellen Rhythmus einer Gesetzmäßigkeit" bestehe (82). Das **Rousseau'sche contrat-social-Modell**, nach dem "der Einzelne das substantiell Gegebene" (83), der Staat jedoch "das prinzipiell Begrenzte" (84) ist, verwirft Schmitt und wendet sich gegen einen staatsrechtlichen Ansatz, der das isolierte Individuum zum Ausgangspunkt einer Staatstheorie macht: "Somit ist nicht der Staat eine Konstruktion, die Menschen sich gemacht haben, er macht im Gegenteil aus jedem Menschen eine Konstruktion. Die große, überpersönliche Organisation ist nicht von Einzelnen als ihr Werk geschaffen; sie fügt sich nicht in die Reihe von Mitteln und Zwecken von noch so vielen Menschen ein; es ist nicht denkbar, daß der Egoismus der Menschen, aus sich selbst

(79) Politische Romantik, S. 154; die Behauptung von O. Kirchheimer und N. Leites, Bemerkungen zu Carl Schmitts "Legalität und Legitimität" aaO, im Schmitt'schen Freiheitsbegriff werde vorwiegend auf die individuelle Freiheit abgestellt (ebd. S. 459), vermag daher nicht zu überzeugen.

(80) Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen, S. 85.

(81) Ebd..

(82) Ebd. S. 93; vgl. auch Carl Schmitt, Der Gegensatz von Gemeinschaft und Gesellschaft als Beispiel einer zweigliedrigen Unterscheidung aaO S. 165 ff..

(83) Die Diktatur, S. 119.

(84) Ebd.; Zu Schmitts Rousseau-Bild im übrigen vgl.: Carl Schmitt, Dem wahren Johann Jakob Rousseau - Zum 28. Juni 1962, in: Zürcher Weltwoche, 14. Jg., Nr. 26 vom 29. Juni 1962, S. 1.

über sich hinauswachsend, ein übermenschliches Gebilde für seine Zwecke als Mittel errichtet hätte, um dann von dessen Erhabenheit sofort ins Nichts zurückgeschleudert zu werden." (85) Schmitts Staatslehre geht letztlich aus von der "Bedeutungslosigkeit" (86) bzw. "Belanglosigkeit des Einzelnen" (87) gegenüber "einer überpersönlichen Dignität des Staates" (88), ohne freilich in kollektivistischer Manier dem Individuum als solchem den Wert abzusprechen. (89) Er verwirft jedoch den Gedanken einer politischen Autonomie des Individuums im Staat (90), weil für ihn der Staat "etwas anderes sein soll als der als selbständiges Wesen gedachte Effekt eines Zusammenwirkens einzelner Menschen, ein Schnittpunkt von Ursachen und Wirkungen, mehr als eine sinnlose Macht ..." (91). Schmitts Überzeugung, daß die Freiheit des Individuums als solches kein politisches Prinzip begründen könne, wurzelt in seiner tiefen Skepsis gegenüber der Natur des Menschen, gegenüber jener politischen catch-as-catch-can-Moral, die sich - nach Schmitt - stets dann ausbreitet, wenn es an einer die Individuen zwingenden obersten Instanz mangle, die kraft ihrer Autorität den bellum omnium contra omnes beende. (92) Der auf dem Vertragsgedanken beruhende Staat sei nicht mehr als "die angehäuften Angst der um ihr Leben zitternden Individuen" (93); was einem solchen, allein zweckorientierten Konglomerat von Einzelmenschen jedoch fehle, sei eine prägende politische Idee, die - losgelöst vom Interessenkampf - den Bestand eines Staates garantiere. (94)

(85) Der Wert des Staates ... S. 93; vgl. auch Die Diktatur, S. 204.

(86) Der Wert des Staates ... S. 88.

(87) Ebd. S. 88/89.

(88) Ebd. S. 85.

(89) Vgl. ebd. S. 108: "Durch die Zurückführung des Wertes des Individuums auf seine Aufgabe und deren Erfüllung ist daher nicht die Würde des einzelnen vernichtet, sondern erst der Weg zu einer gerechtfertigten Würde gezeigt."

(90) Ebd. S. 101; vgl. auch ebd. S. 11: "Weder das Recht noch der Staat enden im Individuum."

(91) Ebd. S. 46.

(92) Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes, S. 47 ff..

(93) Der Staat als Mechanismus bei Hobbes und Descartes, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Band 30 (1936/37), S. 629.

(94) Vgl. zum Verständnis der diesbezüglichen Schmitt'schen Motive die Beurteilung des Individualismus aus katholischer Sicht: F. Norikus, Der moderne Individualismus: das Wesen des Liberalismus und die Gefahr des 20. Jahrhunderts, in: Frankfurter Zeitgemässe Broschüren, Band XXVII, Heft 8 vom 15. Mai 1908, S. 1 ff.; zum "unausrottbare(n) Individualismus des Deutschen" und seiner "Ich-Verpanzerung" vgl. Carl Schmitt, Ex captivitate salus - Erfahrung aus der Zeit 1945/47, Köln 1950, S. 18.

(2) In der liberalistischen Zerteilung der politischen Ordnung in Individuum und Staat sieht Carl Schmitt in der Nachfolge **Tocquevilles**(95) die entscheidende Einbruchsstelle für die Überflutung der Gesellschaft durch pluralistische Mächte: "Die Institutionen und Begriffe des Liberalismus ... wurden zu Waffen und Machtpositionen höchst unliberaler Mächte. Auf diese Weise hat der Parteienpluralismus die dem liberalen Gesetzesstaat zugeordnete Methode der Staatszerstörung vollzogen. Der Leviathan im Sinne des Mythos vom Staat als der 'großen Maschine' zerbrach an der Unterscheidung von Staat und individueller Freiheit, in einem Zeitalter, in dem die Organisationen dieser individuellen Freiheit nur noch die Messer waren, mit denen anti-individualistische Mächte den Leviathan zerschnitten und sein Fleisch unter sich verteilten. So ist der sterbliche Gott zum zweitenmal gestorben." (96) Schmitt wendet sich gegen den Pluralismus, weil dieser für ihn nur eine Erscheinungsform des liberalistischen Individualismus ist. Die pluralistischen Verbände begreift er als gruppenegoistische, rein zweckorientierte Organisationen, die "glauben, den Leviathan vor ihre Fahrzeuge gespannt zu haben." (97) Im Gegensatz zu den mittelalterlichen *corps intermédiaires*, die der staatlichen Ordnung Struktur verliehen, weil sie sich auf ihren Wirkungsbereich beschränkten und im übrigen dem Kaiser ließen, was des Kaisers ist, trachteten die pluralistischen Elemente - - von ihrem utilitaristischen Ansatz her konsequent - nach der - verdeckten - Macht im Staate. Am Ausgange eines solchen pluralistischen Bürgerkrieges könne jedoch nur die Kapitulation des Staates vor den Verbänden stehen und damit die Auslieferung der politischen Macht an *pressure groups*, die allein den Interessen ihrer

(95) Siehe oben Kap. II, Abschnitt 1; über Schmitts Tocqueville-Bild vgl. Carl Schmitt, *Historiographia in Nuce: Alexis de Tocqueville*, in: derselbe, *Ex captivitate salus*, S. 25 ff..

(96) *Der Leviathan ...* S. 118.

(97) *Ebd.* S. 117.

Klientel, nicht aber dem staatlichen Ganzen verantwortlich seien. Verwandle sich jedoch der neuzeitliche Ordnungsbegriff Staat in ein solches pluralistisches "magnum latrocinium mit dem idealen Ziel, sich zur Versicherungsgemeinschaft emporzuentwickeln"(98), dann gehe die vom 16. bis zum 20. Jahrhundert reichende Epoche der Staatlichkeit unweigerlich im postetatistischen Nebel der Zukunft unter.(99)

### c) Die politische Einheit

(1) Ein Staat ist für Schmitt die Verkörperung der politischen Einheit eines Volkes. Diese politische Einheit im Innern zu ordnen und nach außen zu verteidigen, ist die Hauptaufgabe für einen Staat Schmitt'scher Prägung. Es nimmt daher nicht wunder, daß das Problem der politischen Einheit im Zentrum der Staatslehre von Carl Schmitt steht.(100).

Die "durchaus zeitgebundene, geschichtlich bedingte, konkrete und spezifische"(101) Form, in der sich ein Volk(102) zu "einer in sich befriedeten, territorial in sich geschlossenen und für Fremde undurchdringlichen, organisierten politischen Einheit"(103) zusammenschließt, ist bei Schmitt der moderne Nationalstaat: "El Estado nacional es un dogma implícito

(98) Der Wert des Staates ... S. 40.

(99) Staat als ein konkreter, an eine geschichtliche Epoche gebundener Begriff (1941), in: Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 375 ff.; Der Begriff des Politischen (1932), Vorwort von 1963, S. 10.

(100) So auch Kodalle aaO S. 77 ff.; Hofmann, Legitimität ... S. 116, 131 ff.; Schwab aaO S. 55 ff.; Pasquino aaO S. 114 ff.; A. Adam aaO; Chr. Meier aaO S. 548; E.W. Böckenförde, Der Begriff des Politischen als Schlüssel zum staatsrechtlichen Werk Carl Schmitts, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 285, 290; Badke aaO S. 70f..

(101) Carl Schmitt, Staat als ein konkreter, an eine geschichtliche Epoche gebundener Begriff aaO S. 376.

(102) Vgl. dazu Carl Schmitt, Artikel "Politik", in: Hermann Franke (Hrsg.), Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften, 1. Band, Berlin und Leipzig 1936, S. 547 ff.: "Heute ist das Volk der Normalbegriff der politischen Einheit. Deshalb bestimmen sich heute alle maßgebenden politischen Begriffe vom Volke her. Politisch ist alles, was die Lebensfragen eines Volkes als eines einheitlichen Ganzen betrifft" (ebd. S. 547); zum Begriff des Volkes bei Schmitt siehe Robert Hepp, Diskussionsbeitrag, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 308 f..

(103) Der Begriff des Politischen (1932), S. 47.

de todo el pensamiento schmittiano."(104) Völker und Staaten sind für Schmitt keine immerwährenden Konstanten der Weltgeschichte, sondern politische Gefäße, die ihren Inhalt und ihre Substanz ständig gegenüber dem anderen behaupten müssen. Politische Vakua gibt es in seiner Staatstheorie nicht; jedes Volk lebe unter den Augen derjenigen, die es in seiner Rolle als Herr über ein Land und als Substanz eines Staates beerben wolle. Schmitts Grundlegung des Politischen als der Unterscheidung zwischen Freund und Feind wurzelt eben in seinem "existenzphilosophische(n) Ethos"(105), das er in berühmt gewordene Sätze gekleidet hat:

"Solange ein Volk in der Sphäre des Politischen existiert, muß es, wenn auch nur für den extremsten Fall - über dessen Vorliegen es aber selbst entscheidet - die Unterscheidung von Freund und Feind selber bestimmen. Darin liegt das Wesen seiner politischen Existenz. Hat es nicht mehr die Fähigkeit oder den Willen zu dieser Unterscheidung, so hört es auf, politisch zu existieren. Läßt es sich von einem Fremden vorschreiben, wer sein Feind ist und gegen wen es kämpfen darf oder nicht, so ist es kein politisch freies Volk mehr und einem andern politischen System ein- oder untergeordnet. ... Wenn ein Volk die Mühen und das Risiko der politischen Existenz fürchtet, so wird sich eben ein anderes Volk finden, das ihm diese Mühen abnimmt, indem es seinen 'Schutz gegen äußere Feinde' und damit die politische Herrschaft übernimmt; der Schutzherr bestimmt dann den Feind, kraft des ewigen Zusammenhangs von Schutz und Gehorsam. ... Dadurch, daß ein Volk nicht mehr die Kraft oder den Willen hat, sich in der Sphäre des Politischen zu halten, verschwindet das Politische nicht aus der Welt. Es verschwindet nur ein schwaches Volk."(106)

(104) Jose Caamano Martinez aaO S. 155; vgl. auch Stefan Breuer, Nationalstaat und pouvoir constituant bei Sieyes und Carl Schmitt, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 1984, S. 495 ff.; Maschke, Der Tod ... S. 61, Fußn. 102.

(105) Kuhn aaO S. 191.

(106) Der Begriff des Politischen (1932), S. 50, 53, 54; die beiden letzten zitierten Sätze bezeichnet Maschke, Drei Motive ... aaO als "die Schlüsselformulierung des Schmitt'schen Werkes überhaupt" (ebd. S. 69).

Diese Zeilen offenbaren - in einer bei Schmitt seltenen Klarheit - das intellektuelle Movens seiner Liberalismuskritik. Sein anthropologisch eingefärbtes(107), vom Primat der Außenpolitik ausgehendes Politikverständnis(108) beurteilt die Qualität eines politischen Systems danach, inwieweit es in der Lage ist, die politische Einheit eines Volkes zu garantieren. In dieser existenzialistischen Wurzel(109) seines Denkens, in diesem politischen To-be-or-not-to-be-Weltbild(110) liegen die Gründe für Schmitts nationalistische Wendung nach 1918 "gegen Weimar - Genf - Versailles"(111): "Schmitt ist gegen Weimar, weil Weimar nicht 'sticht' gegen Genf und Versailles. Weimar sticht nicht, weil es die Unterwerfung unter die Maßstäbe der Sieger ist."(112) Der deutsche Liberalismus war für Schmitt "der natürliche Verbündete des Systems von Versailles"(113), das sich durch ideologische Schachzüge den politischen und wirtschaftlichen Beutewert der Deutschen zu erhalten trachte: "Denn wir wissen, daß es nicht genügt zur Umklammerung und Knechtung eines Volkes, ihm seine Waffen für Angriff und Verteidigung wegzunehmen und es friedlich-ökonomisch auszubeuten, wenn man nicht gleichzeitig seine ideologische Widerstandskraft zerstört und ihm

(107) Vgl. dazu: Der Begriff des Politischen (1933), S. 41 ff. sowie Der Begriff des Politischen (1932), S. 59 ff.; von einer "anthropologischen Grundanschauung" bei Schmitt zu sprechen (so Kuhn aaO S. 193), erscheint angesichts seines katholisch bedingten, anti-biologistischen Affekts zu weitgehend. In der Spannung zwischen seiner Katholizität und seinem Existentialismus liegt im übrigen einer der zentralen Bruchstellen im Werk Schmitts; vgl. zu diesem Problem Maschke, Der Tod ... S. 103 f., Fußn. 187; Krockow, Die Entscheidung, S. 132 f., Fußn. 4; M. Kaufmann aaO S. 231 ff.; Badke aaO S. 145 ff.; Schmitz aaO S. 110 ff.; zur Beziehung zwischen Carl Schmitt und Konrad Lorenz jetzt: Alexander Demandt, Staatsform und Feindbild bei Carl Schmitt, in: Der Staat, 27. Band (1988), S. 29 und passim.

(108) Seither aaO spricht von Schmitts "rein 'ritterliche(r)'" Vorstellung von Außenpolitik" (ebd., S. 237); zur Kritik dieser außenpolitischen Orientierung Schmitts vgl. Otto Koellreutter, Integrationslehre und Reichsreform aaO S. 6 f..

(109) So auch Hofmann, Legitimität ... S. 85.

(110) Entscheidend beeinflusst wurde dieses Weltbild durch Schmitts Tätigkeit als Referatsleiter im bayerischen Kriegsministerium zwischen 1917 und 1919, bei der er Gelegenheit hatte, hinter die Kulissen des Weltkrieges zu schauen (vgl. P. Tommissen, Bausteine ... aaO S. 76 f.); vgl. auch Schmitts Studie "Diktatur und Belagerungszustand", in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 38. Band (1917), in der die ersten existenzialistischen Ansätze Schmitts deutlich werden (ebd., S. 106 f. und passim).

(111) Positionen und Begriffe aaO.

(112) Maschke, Der Motive ... aaO S. 57; vgl. auch derselbe, Der Tod ... aaO: "Schmitt wollte das deutsche Volk davor warnen, den moralischen Suggestionen der Siegermächte zu verfallen und sich deren Geiste zu unterwerfen." (ebd., S. 133/134).

(113) Clemens Lang aaO S. 961.

sozusagen das Gehirn durch die Nasenlöcher auspumpt." (114)

Versailles ordnete Schmitt ein als den "größte(n) Schritt zu (der) Entthronung Europas" (115), bei der das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes seine Substanz verloren habe: "Ein Fremder verfügt über das, was ihn interessiert und bestimmt, was 'Ordnung' ist; den ihn nicht interessierenden Rest überläßt er gerne dem beherrschten Volk unter Namen wie Souveränität und Freiheit. ... So kann einem Volke buchstäblich der Boden unter den Füßen weggezogen werden, obwohl es immer noch den Namen eines freien und sogar souveränen Volkes trägt. ... Was innerhalb des kontrollierten Landes als staatliche Autorität auftritt, ist mehr oder weniger abhängig von der Entscheidung des Fremden und nur eine Fassade vor dessen Herrschaft, die in einem System von Verträgen unsichtbar gemacht ist." (116) Die Wiedergewinnung der nationalen Freiheit Deutschlands, die für ihn mehr ist als die "fiktive Freiheit von Sklaven, die in ihren Ketten rasonieren" (117), prägt nach 1918 auch elementar Schmitts Wissenschaftsverständnis: "Es gibt keine freie Wissenschaft in einem von Fremden beherrschten Volk und keinen wissenschaftlichen Kampf ohne diese politische Freiheit. Bleiben wir uns also auch hier bewußt, daß wir in der unmittelbaren Gegenwart des Politischen, das heißt des intensiven Lebens stehen! Setzen wir alles daran, den großen Kampf auch wissenschaftlich zu bestehen, damit wir nicht zu Sklaven werden, sondern zu freien Deutschen." (118) Diese n a t i o n a l i - s t i s c h e K o m p o n e n t e in Schmitts Denken, die seinem Topos von der politischen Einheit des Volkes

(114) Ebd..

(115) Carl Schmitt, Die Rheinlande als Objekt internationaler Politik - Rede gehalten zur Jahrtausendfeier der Rheinlande in Köln am 14. April 1925, wieder abgedruckt in: Positionen und Begriffe, S. 32.

(116) Ebd. S. 31.

(117) Reich-Staat-Bund, Antrittsvorlesung gehalten an der Kölner Universität am 20. Juni 1933, wieder abgedruckt in: Positionen und Begriffe, S. 198.

(118) Ebd..

zugrunde liegt, wird bei der Analyse seiner Staatslehre gern übersehen, was vor allem(119) damit zusammenhängt, daß dem Schmitt'schen Nationalismus jegliche geistige Provinzialität fehlt(120), was man von dem zeitgenössischen deutschen Nationalismus ansonsten kaum sagen kann.(120a)

Im Innern des Staates wird die politische Einheit gewährleistet von der "allgemeinen Identität und Homogenität des Volkes"(121), die sich für Schmitt aus mehreren Elementen zusammensetzt: gemeinsame Sprache, gemeinsame geschichtliche Schicksale, Traditionen und Erinnerungen, gemeinsame politische Ziele und Hoffnungen.(122) Neben diesen Gemeinsamkeiten auf Geistes- und Erlebnisebene gehören für Schmitt zur substantiellen Homogenität auch ethnische Gleichheit der Bürger, was er explizit auszusprechen vermeidet, was jedoch im Zusammenhang des Schmitt'schen Kontextes deutlich wird: "Jede wirkliche Demokratie beruht darauf, daß nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nichtgleiche nicht gleich behandelt wird. Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens - - nötigenfalls - die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen. Als Illustrierung dieses Satzes sei mit einem Wort an zwei verschiedene Beispiele moderner Demokratien erinnert: an die heutige Türkei mit ihrer radikalen Aussiedlung der Griechen und ihrer

(119) Vgl. aber auch Maschke, Der Tod ...: "Der Nationalismus Schmitts wird verdeckt durch sein Etatismus einerseits, seine romanische Kultur andererseits." (ebd. S. 61, Fußn. 102).

(120) So auch Volker Neumann, Carl Schmitt und die Linke - Zum 95. Geburtstag des Rechtsphilosophen und Staatsrechtlers, in: Die Zeit vom 8. Juli 1983, S. 22.

(120 a) Oswald Spengler, Neubau des Deutschen Reiches: " ... die nationale Rechte ... hat alles, was zum Begriff eines Ehrenmannes gehört, viel selbstlose Unterordnung, viel Opferbereitschaft, private Sauberkeit, Treue, aber sie besitzt nichts an staatsmännischen Fähigkeiten, wie sie in Deutschland nie etwas davon besessen hat ... Es ist ein folgenschwerer Irrtum konservativer Kreise gerade in revolutionären Zeiten, daß Ehrlichkeit, tadellose Gesinnung und Wärme des Gefühls einen Mangel an Intelligenz aufwiegen könnten." (ebd. S. 15).

(121) Verfassungslehre, S. 235; vgl. dazu Ernst-Wolfgang Böckenförde, Der Begriff des Politischen als Schlüssel ... aaO S. 290; zur Homogenität in zwischenstaatlichen Ordnungen vgl. Carl Schmitt, Die Kernfrage des Völkerbundes, Berlin 1926, S. 63 ff., 67 ff. und passim.

(122) Verfassungslehre, S. 231.

rücksichtslosen Türkisierung des Landes - und an das australische Gemeinwesen, das durch Einwanderungsgesetzgebung unerwünschten Zuzug fernhält. Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende, zu beseitigen oder fernzuhalten weiß."(123) Nur eine aus diesen beiden Elementen zusammengesetzte Homogenität gewährleiste "die demokratische Identität von Regierenden und Regierten"(124) und damit die *volonté générale* des Volkes(125). Diese vom Ganzen ausgehende "demokratische Homogenität"(126) sieht Schmitt im diametralen Gegensatz zu einem "von moralischem Pathos getragenen liberalen Individualismus"(127) und dessen "liberalem Einzelmensch-Bewußtsein"(128). Schmitts Lehre von der Homogenität ist das Unterpfand seiner Forderung nach der politischen Einheit(129); der Staat verhält sich zu einem solchen in seiner Konsistenz gefestigten, homogenen Volk, wie das Gefäß zu seinem Inhalt, wobei beide voneinander abhängig sind: ohne Inhalt ist das Gefäß sinnlos, ohne Gefäß ist der Inhalt im wahrsten Sinne des Wortes fassungslos.(130)

(123) Der Gegensatz von Parlamentarismus und moderner Massendemokratie aaO S. 59.

(124) Ebd. S. 63.

(125) Ebd.; vgl. dazu Bookbinder aaO S. 87; auch für den Bestand und die Geltung des Rechts ist Homogenität für Schmitt unverzichtbar; vgl. Carl Schmitt, Politische Theologie: "Die Norm braucht ein homogenes Medium" (ebd. S. 19).

(126) Der Gegensatz von Parlamentarismus ... aaO S. 66; vgl. auch Schmitts interessanten Hinweis darauf, daß die politische Substanz eines Staates nicht im ökonomischen liegen könne und daß aus ökonomischer Gleichheit noch lange keine politische Homogenität folge (ebd. S. 59, Fußn. 1); auch hier also Schmitts Absage an jegliche politische Stützkraft des Geldes.

(127) Ebd. S. 66.

(128) Ebd.; vgl. auch Der bürgerliche Rechtsstaat aaO S. 203.

(129) Hofmanns These, Schmitts Begriff von der politischen Einheit bleibe "im Dunkel eines Mythos" (Legitimität ... S. 155), ist schwierig nachzuvollziehen; vielleicht resultieren manche begriffliche Unschärfen aus der Natur der politischen Einheit als einem "äußerst zwitterhaften Wesen, denn es ist durch seine Existenz die Wasserscheide zwischen zwei konträren Verhaltensverhältnissen. Es definiert durch seine Existenz das Rücken an Rücken eines Innen, in dem jede Kontingenz zugeschlüpft ist, und eines Außen, das sich ihm als Raum für politisches Handeln auftut." (Seitter aaO S. 23); und schließlich: Welcher Begriff würde nicht anfangen zu verschwimmen, wenn man ihn nur lange genug betrachtet?; vgl. Pasquino aaO S. 114 und passim sowie derselbe, Bemerkungen zum 'Kriterium des Politischen' bei Carl Schmitt, in: Der Staat 1986, S. 386 und passim; Badke aaO S. 69 f.; Schneider aaO S. 295; zur Kritik an Schmitts Homogenitätsbegriff vgl. Wilhelm Hennis, Das Problem der Souveränität - Ein Beitrag zur neueren Literaturgeschichte und gegenwärtigen Problematik der politischen Wissenschaften, juristische Dissertation Göttingen 1951 (Erstgutachter: Rudolf Smend).

(130) Vgl. dazu auch Friedrich Hölderlins schönes Wort: "Die rauhe Hülle um den Kern des Lebens und nichts weiter ist der Staat. Er ist die Mauer um den Garten menschlicher Früchte und Blumen. Aber hilft die Mauer um den Garten, wo der Boden dürré liegt?" (Hyperion oder der Eremit aus Griechenland, in: Marie Joachimi-Dege (Hrsg.), Hölderlins Werke, Zweiter Teil, Berlin / Leipzig / Wien / Stuttgart o.J., S. 54).

(2) Die Schlüsselrolle, die der Topos von der politischen Einheit im Werk Schmitts einnimmt, erklärt seinen Kampf gegen die pluralistischen Elemente, die eben jene Einheit aufzulösen drohten: "Only in the context of rescuing the remnants of the Weimar state from the onslaught of the various political parties may one understand his polemics against Laski's pluralism. Schmitt specifically attacked Laski's attempt to debase the state as the highest political entity by permitting individuals to have a plurality of loyalties." (131) Die antithetische Stellung von Schmitts Staatslehre zum Pluralismus wurzelt in seiner Überzeugung, daß die Gewährleistung der politischen Einheit eines Volkes der Punkt ist, an dem sich das Schicksal eines Staates entscheidet. In Schmitts Plädoyer für die politische Einheit läßt sich somit unschwer das staatsrechtliche Herzstück seines Antipluralismus lokalisieren, was schon ein flüchtiger Blick auf Kapitelüberschriften in der einschlägigen Schmitt-Sekundärliteratur wie z.B. "El Estado pluralista de partidos y la disolución de la unidad política" (132) oder "Political Unity versus Pluralism (Laski)" (133) zeigt. Die Überantwortung der politischen Gewalt an in sich heterogene und sich gegeneinander bekämpfende pluralistische Gruppierungen ist Schmitts staatsrechtlicher Alptraum schlechthin, denn "... die wunderbare Armatur einer modernen staatlichen Organisation erfordert einen einheitlichen Willen und einen einheitlichen Geist. Wenn mehrere verschiedenartige, miteinander streitende Geister aus dem Dunkeln heraus diese Armatur bewegen, wird die Maschine bald zerbrechen und mit ihr das System einer gesetzesstaatlichen Legalität." (134)

Das historische Schicksal Weimars war für Schmitt ab dem Zeitpunkt besiegelt, ab dem pluralistische Teilsegmente den Weg des politischen Ganzen bestimmten, so daß am Ende

(131) Schwab aaO S. 57.

(132) J. Caamano Martínez aaO S. 79.

(133) Schwab aaO S. 55.

(134) Der Leviathan ... S. 118.

"der Gedanke der unteilbaren politischen Einheit dem von innen heraus betriebenen Zerstörungswerk der indirekten Gewalten erlag."(135) Weil er in der Erhaltung der politischen Einheit die *conditio sine qua non* eines jeden Staates sah, über die zu diskutieren sich kein Staat, der Zukunft haben wolle, erlauben könne, gab es für ihn in dieser zentralen Frage keine goldenen Mittelwege; wegen seiner Angst vor einer pluralistischen Zerfaserung des deutschen Reiches waren in diesem Punkte "compromises ... by their very nature an anathema to Schmitt."(136)

Die pluralistische Kompromißpraxis des Weimarer Parlamentarismus, bei der essentielle Lebensfragen des deutschen Volkes zum "Abfallprodukt der wechselnden Koalitionen"(137) degeneriert seien, war für Schmitt die politische Krankheit zum staatlichen Tod: "Das klassische Profil des Staates zerbrach, als sein Politik-Monopol entfiel."(138)

(3) Die Ursachen und Konsequenzen der Zerstörung der politischen Einheit zwischen den Mühlrädern des Pluralismus, die Schmitt aufgezeigt hatte, waren das Thema, mit dem sich auch seine wissenschaftlichen Schüler Anfang der 30er Jahre verstärkt auseinandersetzen. Weil diese dabei oft jene geistigen Linien des Schmitt'schen Denkens stringent weiterführten, die dieser ganz bewußt nur angedeutet

(135) Ebd. S. 130; vgl. auch Otto Koellreutter, Die Gestaltung der deutschen politischen Einheit - Rede gehalten bei der Reichsgründungsfeier der Universität München am 18. Jan. 1934, München / Berlin / Leipzig 1934.

(136) Bookbinder aaO S. 85.

(137) Artikel "Politik" aaO S. 548.

(138) Vorwort von 1971 zur italienischen Ausgabe von "Der Begriff des Politischen", in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 271; vgl. dazu Chr. Meier aaO S. 539; zum Ganzen Hofmann, Legitimität ... S. 16 f., 122.

hatte(139), lohnt es sich, zum Verständnis des intellektuellen Hintergrundes von Schmitts Antipluralismus kurz auf einige dieser Schriften einzugehen.

**Ernst Rudolf Huber** kennzeichnet den Pluralismus als die "Auflösung und Zersetzung der verfassungsmäßigen Einheit des Staates"(140) und warnt davor, politische Existenzfragen in juristische Verfassungsdiskussionen umzuwandeln: "Die Substanz der politischen Einheit, die Nation, ist ein wesentliches Element der Einheit selbst und kann nicht durch die Verfassungsgebung bestimmt werden."(141) Tatsächlich setze jede Verfassungsordnung einen politischen Gründungsakt voraus. Der Inhalt der Verfassung sei nicht beliebig nach dem jeweils

(139) Daß Schmitts Schriften "die Wirkkraft der Skizze" (Schneider aaO S. 21) besitzen und es stets vermeiden, "einen Gedanken breit auszuwalzen" (Schneider ebd.), ist eines der Geheimnisse für seine andauernde Aktualität und für "jenes Faszinosum, dem die Urteilskraft nicht leicht gewachsen ist, jene(m) erregende(n) Eindruck von Unergründlichkeit, den Schmitts Werk auslöst und der Über- und Unterschätzung gleichzeitig veranlaßt." (Schneider ebd. S. 22); zu Schmitts Stilistik, seinem "untrügliche(n) Spürsinn für das mythische Bild" (N. Sombart, Jugend in Berlin, S. 272) und "seiner scharf, freilich in fragwürdigen Sprüngen vorausdenkenden Art" (Bracher aaO S. 44) vgl. N. Sombart ebd., der von Schmitts "Oszillieren zwischen begrifflichem Diskurs und Bilderzauber" (ebd. S. 259) spricht, für die zweite Schaffensphase Schmitts einen "Schritt von der dezisionistischen Begrifflichkeit zur gnostischen Ikonographie" (ebd. S. 278) konstatiert, um sodann fortzufahren: "Er war ein Mann der Wissenschaft, des begrifflichen Denkens - ein Professor wie mein Vater, dem rationalen, diskursiven Denken verpflichtet, ein Meister des Syllogismus, der logischen Deduktion. Gleichzeitig aber war er auch der schauende Myste, der Epopt, der seine Einsichten nicht in Begriffen faßt und vermittelt, sondern in Symbolen und Bildern. Er beherrschte beide Register. Er machte perfekte Wissenschaft - Staatstheorie, Verfassungslehre, Völkerrecht, immer mit einem leichten Vorbehalt, was die Positivität betrifft, aber mit einer emphatischen Betonung der 'Wissenschaftlichkeit'. Dahinter stand seine Privat-Mythologie. Er maskierte seine Mythologeme mit einem Anschein von Theoriebildung. Seine Begriffe sind immer bildhaft, suggerieren Symbolisches, evozieren Archetypen. Er spielt mit dem Doppelsinn der Worte, die er als Zeichen benutzt, mit denen er aber Emotionen mobilisiert, die aus der Tiefe aufsteigen. Seine berühmten Formulierungen sind nie einfache 'Sätze', sondern Beschwörungsformeln. Wenn er auch nicht gerade von 'Dämonen' und 'Wesenheiten' sprach, so war doch so etwas im Spiel, wenn er die Mächte beschwor, die die Geschichte bewegen. Mit der griechischen und asiatischen Mythologie hatte er nichts im Sinn. Er bevorzugte die Gedankenfiguren der christlichen Theologie und Gnosis bis hin zu ihren hegelianischen Spätformen. Mit ihrer Hilfe mythologisierte er das ganze 19. Jahrhundert." (Spaziergänge mit Carl Schmitt aaO S. 196/197); vgl. auch Robert Hepp, Diskussionsbeitrag, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO: "Für Schmitts Stil sind seine Blitzaufnahmen typisch. Ein Blitz und dann kommen diese großartigen Formulierungen, die keiner vergißt. ... Es blitzt im Dunkeln, nicht wahr, und man hat den Eindruck, alles gesehen zu haben." (ebd. S. 258); Maschke, Der Tod ... S. 29, 129; Schmitts für einen Juristen wahrlich ungewöhnliche stilistische Fähigkeiten veranlaßten Ernst Bloch schon 1919 nach der Lektüre von "Politische Romantik" zu dem prophetischen Satz: "Dieser unbekannte junge Mann hat alle Aussichten, einer der meistbestohlenen Autoren der nächsten Jahrzehnte zu werden." (vgl. Sepp Schelz, Der Begriff des Politischen - Vor 50 Jahren schrieb Carl Schmitt seinen berühmten Aufsatz - Ursprung und Legende, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt Nr. 36 vom 4. Sept. 1977, S. 16).

(140) Verfassung und Verfassungswirklichkeit bei Carl Schmitt, in: Blätter für deutsche Philosophie, Band V (1931/32), Heft 2/3 ("Staatsrecht und Wirklichkeit"), S. 303.

(141) Ebd. S. 306.

herrschenden politischen Gusto veränderbar, sondern stehe in ständiger Wechselbeziehung zu der die Verfassung tragenden politischen Existenz eines Staates: "Jede politische Einheit trägt an und für sich ... ein Minimum politischer Formen in sich. Eben durch dieses Minimum unmittelbar gegebener Formen unterscheidet sich die politische Einheit von einer 'formlosen Masse', wird sie willens- und handlungsfähig. So zeigt jede Revolution, daß von Beginn an bestimmte Formprinzipien für die neue Einheit maßgebend sind und daß ihr Erfolg davon abhängt, in welchem Maße diese unmittelbar gegebenen Formen sich festigen und eine tragfähige Einheit konstituieren, bevor eine bewußte Entscheidung eines Trägers der verfassungsgebenden Gewalt erfolgen kann." (142) Die Weimarer Reichsverfassung sei "nach zehnjährigem Bestehen entgegen ihrem ursprünglichen 'Geist' mit Elementen des Pluralismus, der Polykratie und des Föderalismus durchsetzt worden" (143) und bestehe nurmehr als juristische Hülse, die die zerstörte politische Substanz der Republik verdecke: "Ein Pluralismus, der den Staat in seiner politischen 'Homogenität und Einheit auflöst und durch eine Vielheit sozialer Gruppen zersetzt, ist kein Zeichen für einen Wandel in der politischen Idee, die den Staat trägt, sondern gerade die Leugnung und Zerstörung dieses geistigen Einigungsprinzips des Staats." (144) Solche politischen Entwicklungstendenzen vernichteten am Ende "nicht nur die geltende Verfassung, sondern den Staat" (145). Die Kunst der Politik bestehe darin, zwischen dem Inhalt und dem Gefäß eines politischen Gemeinwesens einen fruchtbaren Ausgleich zu schaffen, von dem letztlich beide profitierten: "Darin liegt die große Dialektik aller politischen Gestaltung, daß der Staat einerseits des lebendigen Zustroms der gesellschaftlichen Kräfte bedarf und eine lebensvolle

(142) Ebd..

(143) Ebd. S. 308.

(144) Ebd. S. 311.

(145) Ebd..

Verkörperung der nationalen Werte sein muß, daß er aber andererseits als Form der Herrschaft vom Volk in seinem natürlichen Zustand geschieden bleibt und eine besondere Art der Existenz besitzt."(146) Nach dem Zerfall des Weimarer Staates diagnostizierte Huber schließlich in seinem "Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches"(147) die politischen Defekte des pluralistischen "Parteienstaates"(148): "Jede dieser Parteien fühlte sich als eine politisch autonome Organisation. Es gab kein gemeinsames weltanschauliches Band und kein schlechthin anerkanntes politisches Gesamtziel zwischen ihnen. Die Parteien entwickelten sich zu festen geschlossenen Machtkörpern mit einer eigenen Weltanschauung, einer festumrissenen politischen Idee, mit einer starken inneren Hierarchie und einer schlagkräftigen Wehrformation. Sie waren die entscheidenden Träger öffentlicher Macht im Staate, die jedoch ohne öffentliche Verantwortung ihre Zwecke verfolgten. In der inneren Logik der Weimarer Verfassung lag die Entwicklung zu einem solchen Zustand, in dem das ganze Volk in eine Mehrzahl von festgefügtten Parteiformationen aufgespalten war, lag also die Ausbildung eines totalen Parteiensystems, in dem das Volk keine Einheit war, sondern in einen Pluralismus von politischen Parteien zerfiel."(149)

**Ernst Forsthoff** konstatierte eine Verlagerung der politischen Substanz vom Weimarer Staat auf die pluralistisch strukturierte Gesellschaft: "Das Politische, von seinem legitimen Ort vertrieben, ging in die Gesellschaft ein und begann hier eine illegitime, verborgene, darum aber um so brutalere Rolle zu

(146) Ebd. S. 315; vgl. auch Ernst Rudolf Huber, 'Positionen und Begriffe' - Eine Auseinandersetzung mit Carl Schmitt aaO S. 14 ff.; derselbe, Das Ende des Parteienbundesstaates aaO S. 193 ff.; derselbe, Reichsgewalt und Staatsgerichtshof aaO S. 18 ff..

(147) 2. Aufl., Hamburg 1939.

(148) Ebd. S. 15.

(149) Ebd., siehe auch S. 160, 239 ff., 362 f., 457 ff.; zur Beurteilung der Polykratie vgl. Ernst Rudolf Huber, Die Gestalt des deutschen Sozialismus, Hamburg 1934, S. 9 f. sowie derselbe, Das Deutsche Reich als Wirtschaftsstaat, Tübingen 1931, S. 19 ff. und passim; zu den Ursachen des Untergangs der Weimarer Republik siehe derselbe, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band 7, S. 1255 ff..

spielen."(150) Der sukzessive Verlust dieser politischen Substanz habe zwangsläufig an dem Bestand des Staates rütteln müssen: "Jeder Staat hat eine Substanz, die er nicht schafft, sondern voraussetzt, aus der er seine Kraft bezieht, die seine Formen mit Leben füllt. Diese Substanz kann die Monarchie von Gottes Gnaden, das Volk, der Führer und sein Mythos sein; niemals aber die in den Gesetzen in ihren Rechten und Umgrenzungen festgelegte Summe der Wahl- und Stimmberechtigten. Die Weimarer Verfassung, die Demokratie ohne Volk, die liberale Ordnung mit vielfach antiquierten Freiheiten, bedeutete den Versuch zum Staat ohne Substanz."(151) Dieser Versuch sei jedoch zum Scheitern verurteilt gewesen, da sich die pluralistischen Gruppen der staatlichen Inhalte bemächtigt hätten und anschließend mit politischem Anspruch aufgetreten seien: "Diese Verschleuderung des Politischen und der staatlichen Substanz konnte ungehemmt geschehen, da es einen Staat, der diesem Treiben hätte Einhalt gebieten können, nicht gab. Der Staat wurde über der Auslieferung der politischen Entscheidung an die gesellschaftlichen Mächte zu einer bloßen Apparatur, zu einem Funktionalismus ohne einen ihm wesenhaften Gehalt; ein Gebilde also, das allen möglichen Zwecken dienstbar sein konnte. Der Staat als bloße Apparatur wurde zu einem Instrumentarium in der Hand des Stärkeren unter den in allen möglichen Verkleidungen auftretenden gesellschaftlich-politischen Mächten. Er wurde das Objekt des totalen gesellschaftlichpolitischen Machtkampfes."(152) Der Gesellschaft fehle aber alles, was zur Gestaltung und Formung eines Staates erforderlich sei, denn sie ist für Forsthoff "keine Einheit, kein Gefüge, sondern ein Vielerlei und Nebeneinander und gelegentlich auch Durcheinander, dem die innere Ausrichtung fehlt, ohne die man keine Politik, sondern nur ein Gelegenheitsspiel

(150) Der totale Staat aaO S. 26.

(151) Ebd. S. 20.

(152) Ebd. S. 26/27.

betreiben kann."(153) Die Gesellschaft könne den Staat zwar beherrschen und ihn vor ihre Interessen spannen; was sie aber nicht könne, sei die Begründung eines politischen Prinzips: "Die Auslieferung der Politik an die gesellschaftlichen Mächte ... bedeutet die Einbeziehung des Politischen in eine Ebene ohne den Rang, der erst Politik ermöglicht. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß unter der Geltung der Weimarer Verfassung der deutsche Staat zugrunde ging, weil er zum Raub des gesellschaftlichen Pluralismus wurde."(154)

Ruth Büttner beschäftigte sich in ihrer bei Carl Schmitt entstandenen wirtschaftswissenschaftlichen Dissertation in der Nachfolge von **Werner Webers** Arbeit über "Parlamentarische Unvereinbarkeiten (Inkompatibilitäten)"(155) mit den Möglichkeiten, den pluralistischen Staat durch "Wirtschaftliche Inkompatibilitäten"(156) zur Form zu zwingen, in dem man bestimmte wirtschaftliche Berufsstellungen mit öffentlich-rechtlichen Funktionen für unvereinbar erklärt und dadurch den Einfluß der Ökonomie auf die Politik begrenzt.(157) Büttners Arbeit setzt sich ausführlich mit Laskis Lehren vom Pluralismus auseinander(158) und ordnet den pluralistischen Staat ein als historischen Nachfolger des Liberalismus und als politischen Erblasser des totalen Staates: "Auf die entpolitisierende Tendenz des Liberalismus folgte der pluralistische Staat, in dem jedem Sachgebiet eine eigene politische Bedeutung zukommt und der in der Politisierung, schließlich in der Verstaatlichung der Wirtschaft die Lösung für unlösbar gewordene Fragen suchte. Beiden folgte der schwache totale Staat, der

(153) Ebd. S. 28.

(154) Ebd.; vgl. auch Ernst Forsthoff, Staatsrechtswissenschaft und Weltkrieg aaO S. 292 ff.; zum Einfluß Carl Schmitts auf Ernst Forsthoff siehe Storost aaO S. 357 ff.; wenig ergiebig zum Thema Forsthoff und Nationalsozialismus: Gerhard Mauz, Ernst Forsthoff und andere ..., in: Karl Corino (Hrsg.), Intellektuelle im Bann des Nationalsozialismus, Hamburg 1980, S. 193 ff..

(155) aaO; der Veröffentlichung im Archiv des öffentlichen Rechts liegt Webers Bonner Dissertation von 1928 über Inkompatibilitäten zugrunde; vgl. Carl Schmitt, Verfassungslehre, S. 191.

(156) Bochum 1933.

(157) Ebd. S. 3.

(158) Ebd. S. 131, 139 ff., 153, 170 und passim.

nicht mehr zwischen den verschiedenen Lebenssphären unterscheiden kann. So geht die Entpolitisierung und Repolitisierung der Wirtschaft in die Totalität des Staates über; aus dem Chaos des Ununterscheidbaren, Verschleierte wird schließlich durch die starke Hand des politischen Führers der konstruktive, ständisch geordnete Staat, der ... aus der Natur seiner Ordnung die Trennung fordert." (159) Büttner übersieht bei ihren Analysen freilich, daß der Pluralismus gegenüber dem Liberalismus keine eigene politische Theorie, sondern nur eine Ausprägung und Erscheinungsform des Liberalismus ist. Sie kommt schließlich zu dem ernüchternden Ergebnis, daß die Inkompatibilitäten vielleicht die Entstehung eines pluralistischen Staates verhindern, jedoch nicht die Überwindung desselben bewirken könnten, da im Pluralismus jede staatliche Einrichtung und jeder neue Ansatz zu einem politischen Formprinzip letztlich ein Raub der "gesellschaftlich relevanten" und den Staat dominierenden Kräfte werde: "Der pluralistische Parteienstaat, dessen Schwerpunkt im Ökonomischen liegt, benutzt das Rechtsinstitut der parlamentarischen wirtschaftlichen Inkompatibilitäten als ein Instrument der kämpfenden Gruppen. Die Legitimierung der Inkompatibilität geschieht dabei lediglich durch die Machtposition der sie erzwingenden Gruppe; es kann auf Rechtfertigung und Begründung verzichtet werden." (160)

Von besonderem Interesse ist in unserem Zusammenhang die Arbeit einer anderen Schmitt-Schülerin: **Johanna Kendziora** verknüpft in ihrer ebenfalls bei Carl Schmitt entstandenen wirtschaftswissenschaftlichen Dissertation "Der Begriff der politischen Partei im System des politischen Liberalismus" (161) die Schmitt'sche

(159) Ebd. S. 131.

(160) Ebd. S. 153; zu dem gleichen Ergebnis war Carl Schmitt, Verfassungslehre, S. 255 gekommen.

(161) Handelshochschule Berlin 1933; gedruckt Bottrop 1935; Zweitgutachter war M.J. Bonn. Die Arbeit war am 6. Jan. 1933 fertiggestellt. Bei der Veröffentlichung im Jahre 1935 stellte J. Kendziora ihrer Arbeit folgende für eine Dissertation ungewöhnliche Vorbemerkung voran: "Inzwischen hat in Deutschland die politische Wirklichkeit die Konsequenzen aus den in dieser Arbeit aufgestellten Thesen über Parteien und Parteienstaat gezogen." (1) (ebd. S. III).

Aufschlußreich ist ihre historische Analyse über die Wesensveränderungen der politischen Partei seit den Zeiten des Vormärz. Die politischen Parteien, für Kendziora "Kinder des politischen Liberalismus"(163), seien ursprünglich nicht gegen den Staat gerichtet gewesen, sondern gerade gegründet worden, um der erwachenden Staatsgesinnung der Menschen eine politische Form zu geben. Ihre Entstehung zu Beginn des 19. Jahrhunderts sei also ein Zeichen dafür gewesen, "daß der Geist des 'bourgeois' vom Geist des 'citoyen' überwunden"(164) worden sei. Noch in der konstitutionellen Phase seien die Parteien erschienen "... als Transformatoren der gesellschaftlichen Kräfte in das politische Leben, jedoch nicht als Träger von Einzelinteressen und Sonderwünschen, sondern durchaus als Ausdrucksformen des erwachenden Gemeinnsinns."(165) In dieser Umsetzung des politischen Willens des Individuums zu einer gemeinschaftlichen Staatsräson habe die Funktion der politischen Partei ursprünglich gelegen: "Politische Parteien sind in diesem System noch nicht Vertreter von Privatinteressen beim Staat, sondern Vertreter der Staatsinteressen Privater. Die Parteien entstehen nicht, weil die Menschen für ihre Privatsphäre den Staat brauchen und sich dienstbar machen wollen, sondern aus dem erwachenden Bewußtsein heraus, über die Sphäre des Privaten hinaus für die Allgemeinheit Verantwortung zu haben."(166) In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sei jedoch nach und nach die Auffassung, daß der Staat über den Parteien stehen müsse, verloren gegangen(167), und die politische Partei

(162) Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie - Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1911), Neudruck der zweiten Auflage Stuttgart 1957; Hinweise auf Carl Schmitt ebd. S. XXVIII, 410, 523; Schmitt und Michels haben eine umfangreiche Korrespondenz miteinander geführt (vgl. Mohler, Links-Schmittisten ... aaO S. 267).

(163) Der Begriff ... aaO S. 2.

(164) Ebd. S. 15.

(165) Ebd..

(166) Ebd..

(167) Ebd. S. 14.

klassischer Prägung habe schließlich vor den gesellschaftlichen Kräften kapituliert, die ihrerseits nun die politische Bühne betreten hätten: "Der massedemokratische Staat bedingt die Auflösung der staatlichen Einheit und Homogenität in eine Vielzahl gesellschaftlicher Strömungen und Gruppen; der massendemokratische Staat öffnet allen diesen Strömungen und Bestrebungen unterschiedslos - aber auch ausschließlich - ein Ventil in die Sphäre des Politischen. Deshalb geht im massendemokratischen Staat die Tendenz dahin, daß alle gesellschaftlichen Differenzierungen und Gegensätze auch politische Gegensätze werden." (168)

Diese Entwicklung habe dann - so Kendziora weiter - dazu geführt, daß die politischen Parteien von Interessenten durchdrungen worden seien, was zu einer grundsätzlichen Wesensveränderung der Parteien geführt habe: "Die Interessenten organisieren sich deshalb in politischen Parteien, weil sie glauben, ihre Belange und Angelegenheiten mit Hilfe des Staates besser durchsetzen zu können. Die Interessenten kommen zum Staat, nicht weil ihnen am Staat als solchem etwas liegt, sondern weil sie den Staat für ihre privaten Interessenssphären brauchen können. Die politische Partei steht über dem Staat, jedoch nicht in dem demokratischen Sinn, daß sie den Staat erobern und nach ihren Anschauungen umgestalten will, sondern nur in dem Sinn, daß Gruppeninteresse vor Staatsinteresse geht. In den Händen von Interessentenparteien ist der Staat nicht mehr Ziel der Politik, sondern ein Mittel neben anderen Mitteln zur Durchfechtung gesellschaftlicher Gruppenkämpfe. In demselben Maße wie Interessentenparteien das politische Kampffeld beherrschen, wird der Staat zu einem bloßen Mittel der Parteipolitik herabgedrückt." (169) Dadurch aber, daß Teile die politische Szene beherrschten, die gar nicht daran dächten, sich zum Ganzen zu verbinden, sondern die im Gegenteil das ganze Volk

(168) Ebd. S. 25.

(169) Ebd. S. 33.

durchpluralisierten(170), verliere das politische Gelenkstück zwischen Bürger und Staat, die Wahl, ihren demokratischen Charakter und damit auch ihre institutionelle Berechtigung: "Mit der Durchpluralisierung des Staatsganzen schwindet die Möglichkeit, eine echte Wahl vornehmen zu können, infolge der innerlichen Bindung der Wählenden und auch der Gewählten an ihren Interessentenstandpunkt mehr und mehr." (171) Die Wahl, die auf der Voraussetzung beruhe, "daß es noch Dinge gibt, die alle angehen und daher für alle gelöst werden müssen" (172), verwandele sich schließlich in eine "innerstaatliche Option" (173), bei der die Bürger, die "gar nicht mehr eine für die Gesamtheit gültige Entscheidung herbeiführen (wollen)" (174), für die eine oder andere pluralistische Interessentengruppe votiere. (175) Der freie Abgeordnete, der ursprünglich nur "ein ausschließlich seinem Gewissen unterworfenen Vertreter des ganzen Volkes" (176) gewesen sei, verwandele sich in einen "Parteimandatar" (177), der mittels Fraktionszwang und imperativem Mandat von den im Hintergrund stehenden pluralistischen Mächten zu ihren Zwecken ferngesteuert werde. (178) Das Parlament schließlich verlöre seinen alten Charakter als ein Ort, in dem Einzelne um den richtigen Weg für das Wohl des Ganzen stritten und sinke herab zu einem Schauplatz des pluralistischen Kampfes um die Macht: "Die Versammlungen, in welchen die Vertreter ... pluralistischer Gruppen sitzen, müssen aufhören, der Ort öffentlicher Diskussion zu sein, wo die dem allgemeinen Wohl dienenden Beschlüsse gefaßt werden. Die Parlamente sind zu Zusammenkünften sachlich gebundener Beauftragter von Partei- und Interessentenorganisationen geworden, die mit

(170) Ebd. S. 61.

(171) Ebd. S. 83.

(172) Ebd. S. 84.

(173) Ebd. S. 85.

(174) Ebd..

(175) Ebd..

(176) Ebd..

(177) Ebd..

(178) Ebd..

fortschreitender Politisierung des gesellschaftlichen Pluralismus und der entsprechenden Auflösung der politischen Einheit mehr und mehr den Charakter von Diplomatenkonferenzen annehmen ..." (179).

Die genannten Arbeiten von **E. R. Huber**, **E. Forsthoff**, **W. Weber**, **R. Büttner** und **J. Kendziora**, die hier nur als partes pro toto für zahlreiche von Carl Schmitt beeinflusste Schriften stehen, zirkulieren alle um den Gedanken der politischen Einheit, der Wahrung des Ganzen gegenüber den Teilen, und bestätigen dadurch auf eindrucksvolle Weise den hohen Stellenwert, den dieser Topos in Carl Schmitts antipluralistischer Staatslehre einnimmt.

#### d) Pluralismus der Staatenwelt

Daß diese Welt eine pluralistische Welt ist und sich aus zahllosen Vielheiten zusammensetzt, dessen war sich Schmitt immer bewußt. Er hat sich sogar ausdrücklich zu einer Philosophie des Pluralismus bekannt, wie sie etwa **Boris Jakowenko** oder **William James** formuliert hatten und in deren Mittelpunkt die Vielheit der Weltbilder steht. (180) Schmitts Pluralismusbekenntnis war jedoch keineswegs nur auf den philosophischen Bereich beschränkt, es bezog sich gerade auch auf die Politik: "Auch die politische Welt ist wesentlich pluralistisch. Doch sind die Träger dieses Pluralismus die politischen Einheiten als solche, d.h. die Staaten." (181) Eine solche "Pluralität der zu Staaten geeinten Völker" (182) war für Schmitt "der echte Ausdruck eines richtig

(179) Ebd. S. 85/86.

(180) Vgl. Jakowenko aaO; James, A Pluralistic Universe; zu beiden Carl Schmitt, Staatsethik und pluralistischer Staat aaO S. 142; zu James: Carl Schmitt, Die Einheit der Welt, in: Merkur, VI. Jg., Heft 1 (Jan. 1952), S. 3; eine Kurzfassung des zuletzt genannten Aufsatzes erschien unter dem Titel "Der verpflanzte Planet" am 11. April 1952 in "Der Fortschritt", Nr. 15, S. 3/4.

(181) Staatsethik ... S. 141.

(182) Ebd. S. 143.

verstandenen Pluralismus"(183) und jenes Stück konkreter Ordnung, das der politischen Welt Struktur verschaffe und diese vor dem Absolutheitsanspruch einer universalistischen Ideologie bewahre, "die die ganze Erde in das Schlachtfeld ihrer Intervention verwandelt und sich jedem natürlichen Wachstum lebendiger Völker in den Weg stellt."(184) Der Staat als "das immanente Maß der sozialen Größe"(185), also als die Verkörperung der politischen Einheit eines Volkes, ist für Schmitt ein politisches Element, das man in sich nicht weiter zerteilen kann, ohne seinen Wesensgehalt zu zerstören. Sein Pluralismus geht also von Staaten als politischen Molekülen aus, wobei die Molekularmasse der innerstaatlichen Ordnung nicht zur - pluralistischen - Disposition steht. Gerade dieser "Molekularpluralismus" bietet nach Schmitt die Gewähr für "eine Koexistenz mehrerer politischer Größen, die sich gegenseitig nicht als Verbrecher, sondern als Träger autonomer Ordnungen betrachten."(186)

Im Zentrum von Schmitts Weltpluralismus steht die "Idee einer Familie der Staaten"(187), wobei "eine stabile innerstaatliche Ordnung"(188) der einzelnen Mitglieder die "Voraussetzung jeder außenpolitischen, internationalen Ordnung ist."(189) Die Ordnungsleistung des europäischen Völkerrechts habe gerade darin bestanden, daß es eine konkrete Raumordnung in Europa geschaffen und garantiert habe(190), in der die "impermeable Flächenordnung 'Staat'"(191) die Machtansprüche ständischer, konfessioneller oder anderer pluralistischer Elemente in ihre Grenzen verwiesen habe. In dem Untergang dieses Völkerrechts, in

(183) Ebd. S. 142.

(184) Großraum gegen Universalismus - Der völkerrechtliche Kampf um die Monroedoktrin (1939), in: Positionen und Begriffe, S. 302.

(185) Staatsethik ... S. 143.

(186) Die Einheit der Welt aaO S. 5.

(187) Die Kernfrage des Völkerbundes, S. 70.

(188) Ebd. S. 68.

(189) Ebd..

(190) Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum (1950), 2. Aufl., Berlin 1974, S. 198; vgl. Hermann Schmidt, Der Nomosbegriff bei Carl Schmitt, in: Der Staat 1963, S. 81 ff..

(191) Ebd. S. 99.

dem Verlust seiner Einhegung des Krieges und in der Preisgabe seiner gesamten Raumstruktur ab etwa 1890(192) sieht Schmitt "die Zerstörung der bisherigen globalen Ordnung der Erde"(193). Die "auf dem Grundsatz der Nichtintervention raumfremder Mächte beruhende Raumordnung"(194) habe sich ins Allgemein-Universale eines mit ideologischem Anspruch auftretenden Weltrechts aufgelöst.(195) Europa habe seine alte Rolle als "die sakrale Mitte der Erde"(196) endgültig verloren und habe ebenso aufgehört, der völkerrechtliche Nabel der Welt zu sein.(197) Dieser Universalisierungsprozeß führt für Schmitt, der die beiden Prinzipien Ordnung und Ortung immer zusammengedacht hatte(198), zu einer allgemeinen Entortung des Denkens(199): "Die Menschen flüchteten sich in monistische Traumvisionen von einem "irdischen Paradies der one- world"(200) und übertrügen in ihrem Fortschrittsglauben der Technik die Aufgabe, eine "Einheit der elektrifizierten Erde" zu schaffen, von der schon **Lenin** geschwärmt hatte.(201)

Solche One-world-Träumereien haben jedoch nach Schmitt keinerlei politischen Regelungsgehalt und erweisen sich vielmehr als ideologische Potemkinsche Dörfer. Tatsächlich brächen hinter diesen monistischen Wunschbildern stets neue Formationen "eines echten Pluralismus"(202) auf. Schmitt glaubt nicht an die bevorstehende politische Einheit der Welt(203), er weiß um die pluralistische Natur alles Irdischen(204) und

(192) Ebd. S. 195.

(193) Ebd. S. 200.

(194) Großraum gegen Universalismus aaO S. 302.

(195) Der Nomos der Erde, S. 200.

(196) Ebd. S. 190.

(197) Ebd. S. 206.

(198) Vgl. dazu nur: Carl Schmitt, Die Frage nach der Frage - Gespräch über den neuen Raum, in: Estudios de Derecho Internacional - Homenaje al Profesor Camilo Barcia Trelles, Universidad Santiago de Compostela 1958, S. 263 ff., sowie Carl Schmitt, Land und Meer - Eine weltgeschichtliche Betrachtung (1944), Neuauflage Köln-Löwenich 1981; über den Zusammenhang zwischen Ordnung und Ortung bei Schmitt siehe Hofmann, Legitimität ... S. 211 f.; Rumpf, Carl Schmitt und Thomas Hobbes, trifft mit seiner Bezeichnung dieses Denkens von Schmitt als "Geojurisprudenz" (ebd. S. 83) den Kern der Sache.

(199) Der Nomos der Erde, S. 210.

(200) Die Einheit der Welt aaO S. 9.

(201) Ebd..

(202) Ebd. S. 5.

(203) Ebd. S. 10.

(204) Der Leviathan ... S. 51.

versucht, diesen real existierenden Weltenpluralismus mit seinen Ordnungskonzepten Staat, Reich, Großraum zu strukturieren.(205) Er verwirft den universalistischen Anspruch auf "das globale Monopol einer einzigen Macht"(206) und postuliert demgegenüber sein Modell eines "Pluralismus in sich geordneter, koexistierender Großräume, Interventionssphären und Kulturkreise"(207).

Eine einheitliche Organisation politischer Macht, die die ganze Menschheit lenkt und beherrscht, ist der Feind, den Schmitts Theorie im Auge hat. In seinem tiefen Mißtrauen gegenüber dem universalistischen Zukunftsanspruch einer dann im eigentlichen Sinne des Wortes totalen Weltregierung wurzelt Schmitts Credo zu einem Pluralismus der Staaten.(208)

### 3) Die konkrete Ordnung

#### a) Ausgangslage

Nach dem in den ersten beiden Abschnitten dieses Kapitels unternommenen Versuch, die ethischen Wurzeln und die politischen Ideale des - a b s t r a k t e n - antipluralistischen Denkens von Carl Schmitt

(205) Es ist hier nicht der Ort, Schmitts weltpolitische Ordnungsangebote en detail unter die Lupe zu nehmen; vgl. Carl Schmitt, Staat als ein konkreter, an eine geschichtliche Epoche gebundener Begriff (1941) und Nehmen, Teilen, Weiden, (1953), beide in: Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 375 ff., 489 ff.; Nomos-Nahme-Name aaO; Der Reichsbegriff im Völkerrecht (1939), in: Positionen und Begriffe, S. 303 ff.; Großraum gegen Universalismus (1939) aaO; Die Kernfrage des Völkerbundes (1926) aaO S. 19 ff.; Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, Berlin / Wien 1939, S. 37 ff., 54 ff. und passim; Die Raumrevolution, in: Das Reich 1940, Nr. 19 vom 29. Sept.1940, S. 3 sowie Der Nomos der Erde, S. 187 ff. und passim; dieser Teil des Schmitt'schen Oeuvres wird in der Sekundärliteratur unterbelichtet; vgl. die Ansätze bei Hofmann, Legitimität ... S. 198 ff., 215 ff.; Rumpf, Carl Schmitt und Thomas Hobbes, S. 81 ff.; Bendersky aaO S. 243 ff.; Schmitz aaO S. 187 ff.; wenig erhellend: Peter Schmidt, Kontinentalmächte und Seemächte im weltpolitischen Denken Carl Schmitts, Mannheim 1980; wichtig dagegen die Skizze von Jean-Louis Feuerbach, La theorie du Großraum chez Carl Schmitt, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 401 ff..

(206) Der Nomos der Erde, S. 216.

(207) Ebd..

(208) So auch Hofmann, Legitimität ... S. 206 f., 209; über den Gegensatz eines universalistischen zu einem politisch-pluralistischen Weltbild vgl. auch: Carl Schmitt, Die Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff (1938), Neuauflage Berlin 1988, S. 43, Anm. 45.

herauszuarbeiten, soll nun Schmitts Modell eines konkreten Ordnungs- und Gestaltungsdenkens, wie er es in den "Drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens" entwickelt hat, etwas näher betrachtet werden.(209) Auffallend ist dabei zunächst, daß der Begriff der konkreten Ordnung als Gegenentwurf zu dem von Schmitt kritisierten liberalistisch-pluralistischen System scharfe Konturen vermissen läßt(210), was zur Folge hat, "daß sich über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens ein gewisses Halbdunkel legt, das hier und dort zu Mißverständnissen Anlaß gibt."(211) Diese begriffliche Unschärfe resultiert aus einem eigentümlichen argumentativen Dilemma, in dem viele Schriften Schmitts stecken: Während seine Kritiken am Pluralismus, Parlamentarismus, etc. streng rationalistisch konzipiert sind, lassen sich Schmitts "positive" Gegenmodelle hierzu wie z.B. "Autorität" oder eben "konkrete Ordnung" oft nur unter Zuhilfenahme metaphysischer und damit notwendig rationalistisch ungenauer Bilder aufrichten. Schmitts Stärken lagen jedoch immer in der Präzision seiner Analysen und nicht in der Überzeugungskraft seiner Gegenentwürfe, er war eben vor allem "ein Diagnostiker der Zeit- und Gesellschaftskrankheiten, aber nicht ihr Therapeut."(212) Die fehlende Tiefenschärfe des konkreten Ordnungsdenkens ist mitursächlich für dessen intellektuelles Schicksal: Hatte die Schrift "Über die Arten ..." sofort nach ihrem Erscheinen 1934 eine "verblüffende Breitenwirkung"(213) im

(209) Vgl. schon oben Kap. III, Abschnitt 5 f..

(210) So auch Rüthers aaO S. 63.

(211) Dahm aaO S. 186.

(212) Paul Müller, Entscheidung und Ordnung - Zu den Schriften von Carl Schmitt, in: Schweizerische Rundschau, 34 Jg., Heft 7 vom 1. Okt.1934, S. 568; über Schmitts "Mangel an Metaphysischem" vgl. auch Pattloch aaO S. 123 ff..

(213) Kaiser, Diskussionsbeitrag, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 334; beispielhaft dafür: Franz Schlegelberger, Abschied vom BGB, Berlin 1937, der am BGB monierte, es huldige einem "übersteigerten Individualismus", sei überhaupt ein Gesetzbuch für ein "Krämervolk" und müsse durch konkrete Ordnungen ersetzt werden (ebd. S. 8 ff. und passim) sowie Karl Larenz, Über Gegenstand und Methode des völkischen Rechtsdenkens, Berlin 1938, S. 29 ff. und passim; vgl. auch Erich Schwinge, Wesensschau und konkretes Ordnungsdenken im Strafrecht, Bonn 1937.

nationalsozialistischen Rechtsdenken, weil man in ihr juristische Antworten auf nationalsozialistische Fragen suchte, so verschwand sie nach 1945, weil man das konkrete Ordnungsdenken als die Frucht einer prononciert nationalsozialistischen Rechtslehre betrachtete. Beide Sichtweisen verkürzen jedoch in unzulässiger Weise den geistesgeschichtlichen Horizont einer Schrift, die "sicherlich eine der bedeutendsten Leistungen der deutschen Rechtswissenschaft überhaupt (ist)"(214) und ohne deren Verständnis ein Zugang zu Schmitts Werk schwer möglich ist. Es soll daher zunächst das Verhältnis des konkreten Ordnungsdenkens im geistigen Ambiente seiner Entstehungszeit untersucht werden, um anschließend Schmitts Institutionalismus dem Pluralismus gegenüberstellen zu können.

b) Das konkrete Ordnungsdenken und  
der nationalsozialistische Pluralismus

"Es war mein Irrtum, daß ich glaubte, man könnte 1933 etwas stiften", resümierte Carl Schmitt nach dem Kriege(215), und dieser Satz beleuchtet ein maßgebliches Motiv Schmitts für sein anfänglich starkes Engagement im Nationalsozialismus.

Neben diesem rationalen Versuch, dem Dritten Reich staatstheoretische Konzepte anzubieten, darf freilich Schmitts innere Zustimmung zu den Nationalsozialisten, die mit Schmitts politischen Gegnern "Weimar - Genf - Versailles" aufgeräumt hatten, nicht übersehen werden. Schmitt war - was er später gerne in einem etwas anderen Licht dargestellt hat - jedenfalls in den Jahren von 1933

(214) Günther Krauss, Zum Neubau deutscher Staatslehre - Die Forschungen Carl Schmitts, in: Jugend und Recht, Organ der Jungen Rechtswahrer des National-Sozialistischen Rechtswahrerbundes und der Reichsfachgruppe Rechtswissenschaft der Deutschen Studentenschaft, 10. Jg., Heft 11 vom 10. Nov.1936, S. 253; dieser schmale Aufsatz des Schmitt-Schüler Krauss, der bei Carl Schmitt mit einer Arbeit über Rudolf Sohm promoviert hatte, wurde zum Auslöser der SS-Aktion gegen Schmitt; vgl. Bendersky aaO S. 231 ff., 237 ff..

(215) In einem Gespräch mit E.-W. Böckenförde; vgl. Böckenförde, Diskussionsbeitrag, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 336.

bis 1936 bewußter Nationalsozialist, auch wenn er nicht rassisch, heidnisch oder sozialistisch dachte. Wer sich in Schmitts damalige Bewußtseinslage zurückversetzen will, muß die besondere geistige Stimmung, die in Deutschland im Jahre 1933 herrschte, mit in sein Kalkül ziehen: Weite Kreise der deutschen Bevölkerung glaubten zu diesem Zeitpunkt an ein neues Kapitel der deutschen Geschichte und fühlten sich verpflichtet, ihren Teil an der Neuordnung des Reiches beizutragen. **Gottfried Benn** brachte diese Haltung in einem Brief vom 21.10.1933 an Gertrud Hindemith auf den entscheidenden Punkt: "Man muß sich entschließen, Sie müssen sich entschließen, in den heute vorliegenden Fragen des Volkes und seiner Regeneration Grundlegendes zu sehen. Es hat mit Politik, Schiebung, Wirtschaft nichts zu tun. Es ist der Kampf um die neue Substanz, von dem wir so oft gesprochen und geschrieben haben ... Wie schnell kehren wir alle in dies Volk zurück ... Man sieht das jetzt plötzlich so exact, es kommt doch vor, daß sich plötzlich Durchblicke öffnen ...: hier ist der letzte Versuch, ein Volk zu regenerieren, ich weiß nicht, ob die angewandten Methoden richtig sind, das bezweifle ich sogar, aber ein bewundernswerter Wille ist doch da - ... Hier ist Geschichte - ertrage sie. Hier ist Schicksal - friß Vogel oder stirb. Gefahren, Untergang - liebe sie! Amor fati - - dennoch die Schwerter halten." (216)

Dieses Bewußtsein, nach dem Chaos der Weimarer Endzeit und nach dem "Bankerott der idées générales" (217) eine neue Epoche mitgestalten zu können, prägte auch die Vorstellungswelt des Intellektuellen Schmitt. Sein konkretes Ordnungskonzept leitet sich somit aus zwei

(216) Zitiert nach Jürgen Schroeder, Benn in den dreißiger Jahren, in: Karl Corino (Hrsg.) aaO S. 55; vgl. auch den Brief Martin Heideggers an Carl Schmitt vom 22. Aug. 1933, in dem Heidegger unter anderem schreibt: "Sehr geehrter Herr Schmitt! ... Heute möchte ich Ihnen nur sagen, daß ich sehr auf Ihre entscheidende Mitarbeit hoffe, wenn es gilt, die juristische Fakultät im Ganzen nach ihrer wissenschaftlichen und erzieherischen Ausrichtung von Innen her neu aufzubauen. Hier ist es leider sehr trostlos. Die Sammlung der geistigen Kräfte, die das Kommende heraufführen sollen, wird immer dringender. Für heute schließe ich mit freundlichen Grüßen. Heil Hitler! Ihr Heidegger." (abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung - Magazin Nr. 410 vom 8. Jan. 1988, S. 15).

(217) Carl Schmitt, Nationalsozialistisches Rechtsdenken, in: Deutsches Recht - Zentralorgan des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, 4. Jg., Heft 10 vom 25. Mai 1934, S. 225.

entgegengesetzten Motivsträngen ab: Zum einen aus dem Bestreben, der politischen Kraft der NS-Faktizität ein staatstheoretisches Ordnungsmodell unterzuschieben, zum anderen aus der - national-sozialistischen - Überzeugung, "auf der Seite der kommenden Dinge"(218) zu stehen. Das konkrete Ordnungsdenken besteht also auch, aber eben nicht nur, aus nationalsozialistischen Komponenten.(219)

Betrachten wir zunächst das dezidiert national-sozialistische Element des neuen Schmitt'schen Konzeptes: Sein konkretes Ordnungsdenken ist gegen jene liberale Rechtslehre gerichtet, die nur normiertes Recht als Recht akzeptiere, ohne die tragenden Pfeiler, auf denen jede Rechtsordnung basiere, anzuerkennen. Er wendet sich gegen ein "rechtswissenschaftliches System, dessen Besonderheit darin besteht, losgelöste Allgemeinbegriffe anstelle der konkreten Wirklichkeit zu setzen"(220); Schmitts ideenpolitischer Gegner ist jener "normativistische Typus juristischen Denkens, der mit dem Anspruch auftritt, das Monopol des juristischen Denkens zu besitzen"(221): "Wir kommen von einem abstrakt-normativistischen Typus zu einem Typus konkreten Ordnungsdenkens. Überall schafft der Nationalsozialismus eine andere Art Ordnung, von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei angefangen bis zu den zahlreichen neuen Ordnungen, die wir vor uns wachsen sehen: ständische Ordnungen, Betriebsordnungen, Lager und Verbände, Ordnungen der verschiedensten Art. Alle diese Ordnungen bringen ihr inneres Recht mit sich und wenn ein Teil der deutschen Juristen das nicht versteht, auch als rechtswissenschaftliches Problem nicht versteht, wird es ihm nichts nützen, sich auf die zusammenschmelzende Eisscholle eines krampfhaften Normativismus und

(218) Ebd. S. 229.

(219) Wer diese Differenzierung übersieht (wie Rüthers aaO S. 57 ff., 66 ff. und passim; M. Kaufmann aaO S. 355 ff.; Hofmann, Legitimität ... S. 177 ff. und Ingeborg Maus, Bürgerliche Rechtstheorie und Faschismus - Zur sozialen Funktion und aktuellen Wirkung Carl Schmitts, München 1976, S. 127 ff.), kann dem konkreten Ordnungsdenken insgesamt nicht gerecht werden.

(220) Nationalsozialistisches Rechtsdenken aaO S. 225.

(221) Ebd. S. 228.

Positivismus alter Art zurückzuziehen."(222) Der "Sieg der bürgerlich-individualistischen Gesellschaft über Recht und Staat"(223), der sich für Schmitt in der Idee des Rechtsstaates symbolisiert hatte, war für ihn nur die Endstufe einer fatalen Entwicklung in der deutschen Rechtsgeschichte: "Wir Deutschen sind stets in größter Gefahr gewesen, fremden Rechtsbegriffen widerstandslos zu unterliegen. Wir sind das Volk der Rezeption des römischen Rechts. Wir haben uns im 15. Jahrhundert in einer ungeheuerlichen Weise geistig unterworfen. Wir sind aber auch das Volk noch einer zweiten, ebenso gefährlichen und schädlichen Rezeption geworden. Wir haben im 19. Jahrhundert das sogenannte 'konstitutionelle', d.h. liberal-rechtsstaatliche Verfassungsdenken rezipiert und uns den liberal-demokratischen Staats- und Rechtsidealen des Westens unterworfen. Daran sind wir im Kriege zusammengebrochen, und als Dokument dieses geistigen Zusammenbruches ist 1919 die Weimarer Verfassung geschrieben worden."(224)

Der liberale Individualist denke gesetzesstaatlich und normativistisch, "weil er keinem Menschen, keinem König und keinem Führer traut, sondern sich an fixierte, unverbrüchliche, vorherbestimmte, berechenbare, feste Regeln hält."(225) Schmitts Denken, in dem "Ordnung und nationale Gemeinschaft unverrückbare Bezugspunkte (bilden)"(226), geht davon aus, daß Voraussetzung jeder Norm eine Ordnung ist, deren Wesen und Berechtigung nicht normativ zu erklären oder zu begründen ist. Daher ist für Schmitt auch die Änderung einer Norm mehr die Folge als die Ursache der Änderung einer Ordnung.(227) Das Verhältnis der Ordnung zu der Norm in diesem Sinne neu zu gestalten, um den politischen Kern eines Staates zu garantieren, war eine der Leistungen, die der

(222) Ebd.,

(223) Was bedeutet der Streit um den "Rechtsstaat"? aaO S. 190.

(224) Nationalsozialismus und Rechtsstaat, in: Juristische Wochenschrift, 63. Jg., Heft 12/13 vom 24. und 31. März 1934, S. 717; zu Schmitts Wendung gegen die Rezeption des römischen Rechts vgl. auch Carl Schmitt, Aufgabe und Notwendigkeit des deutschen Rechtsstandes, in: Deutsches Recht 1936, S. 181 ff.,

(225) Nationalsozialismus und Rechtsstaat aaO S. 174.

(226) Schneider aaO S. 294.

(227) Über die drei Arten ... S. 24.

Nationalsozialismus nach Schmitts Überzeugung zu erbringen hatte: "... Schmitt had hoped to perpetuate a system of justice in Germany which would have negated what he considered the 'unjust' normativist approach of subsuming every legal case to existing norm. He argued for the introduction of a concept of justice based on the practices of members in a given order. This type of justice would not only have overcome the liberal legal achievement of separating morality from justice, but it would also have introduced a concept of institutional justice which would, he noted, survive major political upheavals because the practices of such orders cannot be destroyed as easily as a political system." (228)

Diese Hoffnung wurde gründlich enttäuscht: die Normen wurden nicht durch Schmitts konkrete Ordnung, sondern durch eine Flut von Führerbefehlen und Maßnahmen ersetzt: "Carl Schmitts Entwurf eines konkreten Ordnungsdenkens in dieser Zeit entglitt die Wirklichkeit ..., weil das Dritte Reich sukzessiv dezisionistischem Denken verfiel." (229) Die Machthaber des Dritten Reiches, die versäumt hatten, die NSDAP rechtzeitig aufzulösen und ein politisches Ordnungssubjekt jenseits des Braunen Hauses zu konstituieren, versanken so nach und nach im Sumpf des Maßnahmestaates. Das pluralistische Durcheinander der Weimarer Endphase wurde abgelöst von einem pluralistischen Nebeneinander der einzelnen nationalsozialistischen Machtsegmente. Zwischen den neuen pluralistischen Mühlsteinen von SA und SS, Gestapo und SD, Amt Rosenberg und preußischem Ministerpräsidenten, Militär und Partei, etc. wurde die res publica der Deutschen abermals zerrieben und dem politischen Machthunger einzelner Elemente des nationalsozialistischen "Doppelstaates" (230) geopfert: "Im Nationalsozialismus hat nicht der Staat die Verbände

(228) Schwab aaO S. 124.

(229) Hans-Dietrich Sander, "Die Maßnahme", rechtsphilosophisch betrachtet, Carl Schmitt - Karl Korsch - Bertholt Brecht, in: Deutsche Studien, 17. Jg., Heft 66 (Juni 1979), S. 150.

(230) Vgl. dazu das schon 1940 in den USA erschienene, wichtige Buch von Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat, Frankfurt 1975.

integriert, sondern die Verbände den Staat. Nationalsozialismus war eine Bewegung von eigentlich verschiedenen gleichgeschalteten, oder besser: sich gleichschaltenden Verbänden, die sich staatliche Autorität aneigneten. Dies führte in letzter Konsequenz zum Teilen des 'Fleisches des Leviathans', der staatlichen Einheit und Souveränität. ... So könnte man es auch deuten, daß die Nationalsozialisten wirklich nie etwas mit Schmitt anfangen konnten, weil sie nämlich selbst sich durchaus bewußt waren, was sie machten, sich nämlich staatliche Autorität zu, wenn man will, privaten und Verbandszwecken anzueignen. Schmitt selbst ging es aber immer um die Erhaltung oder Erneuerung staatlicher Einheit und Ordnung, unter den spezifischen Formen des Legitimationsverfalls unter modernen Bedingungen." (231) Carl Schmitts mit großem publizistischen Aufwand unternommener (232) Versuch, dem Nationalsozialismus staatsrechtlich tragfähige Strukturen zu verschaffen, erwies sich schon nach wenigen Jahren als aussichtsloses Unterfangen: "Adolf Hitler wollte gar keine Staatsrechtler ..." (233), sieht man einmal von Pro-domo-Juristen wie Reinhard Höhn oder Otto Koellreutter ab. (233a) Schmitts Vorhaben, den Nationalsozialismus - gewissermaßen als "Montesquieu des Dritten Reichs" (234)

(231) Dag Krienen, Diskussionsbeitrag, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 230/231; auf der Basis dieses faktischen nationalsozialistischen Pluralismus konnte dann Otto Koellreutter schon 1935 Carl Schmitts Kant-Vortrag "Staatsethik und pluralistischer Staat" aus dem Jahre 1930 einer scharfen Kritik unterziehen. In "Volk und Staat in der Weltanschauung des Nationalsozialismus" (Berlin 1935) heißt es etwa, der Fehler des Weimarer Pluralismus habe nicht in der Existenz von Verbänden gelegen, sondern an deren "a-völkischer Haltung". (ebd. S. 21); vgl. auch ebd. S. 5 ff. und passim.

(232) Neben den schon erwähnten Aufsätzen und Artikeln vgl.: Die Rechtswissenschaft im Führerstaat, in: Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht, 2. Jg. (1935), S. 435 ff.; Neue Leitsätze für die Rechtspraxis, in: Juristische Wochenschrift, 62. Jg., Heft 50 vom 16. Dez. 1933, S. 2793 ff.; Der Führer schützt das Recht - Zur Reichstagsrede Adolf Hitlers vom 13. Juli 1934, in: Deutsche Juristenzeitung, Band 39, Heft 15 vom 1. Aug. 1934, S. 945, wieder abgedruckt in: Positionen und Begriffe, S. 199 ff.; zum Ganzen vgl. E.R. Huber, Positionen und Begriffe aaO S. 4 f..

(233) Robert Leicht, Die unselbige Lust an der Ausnahme - Zum Tod des deutschen Staatsrechtlers Carl Schmitt, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 84 vom 11. April 1985, S. 11; vgl. schon derselbe, Ein Staatsrecht ohne das Recht - Über die Machtphantasien eines Unpolitischen in: Süddeutsche Zeitung Nr. 154 vom 8./9. Juli 1978, S. 102.

(233a) Der Aufstieg zum nationalsozialistischen Leibjuristen war freilich verbunden mit einem fatalen wissenschaftlichen Niveauverlust; vgl. Reinhard Höhn, Die Wandlung im staatsrechtlichen Denken, Hamburg 1934 sowie Otto Koellreutter, Wesen und Rechtscharakter des deutschen Volksstaates, in: Reichsverwaltungsblatt 1934, S. 806 f., wo Koellreutter mit dem Satz "Der Führer ist nicht ein Halbgott, sondern der erste Kamerad", ... das Wesen des Politischen in seinem Kern bestimmt" (1) (ebd. S. 806) und glaubt, damit gegen Carl Schmitts Begriff des Politischen antreten zu können (ebd. S. 807).

(234) Fraenkel, Zur Auseinandersetzung mit Carl Schmitt - Besprechung von Schneider, Ausnahmezustand ..., in: Neue Politische Literatur, 2. Jg. (1957), Sp. 831.

durch die verdeckt konstitutionelle Methode des konkreten Ordnungsdenkens "in Verfassung" zu bringen, entpuppte sich sehr schnell als graue Theorie und zugleich als gefährliche Utopie. Sein "lip-service to the terminology of National-Socialist propaganda"(235) hat die Ideologiewächter des Dritten Reichs nicht darüber hinwegtäuschen können, daß Schmitts Schriften jenes völkische Timbre abging, das zum guten nationalsozialistischen Ton gehörte. So geriet er schließlich wissenschaftlich immer mehr unter Beschuß(236), verlor 1936 die meisten seiner zahlreichen offiziellen Ämter im Staat(237) und sah sich ab dieser Zeit durch persönliche Angriffe der SS in "Das Schwarze Corps" letztlich auch physisch bedroht.(238) Am Ende stand Schmitts vollständige Kapitulation vor der "Sportpalastdemokratie der Nazis"(239), sein intellektuelles Abenteuer mit den Nationalsozialisten endete in einem persönlichen Desaster: "This is the price the intellectual must pay when he enters the world of politics, abandoning the purity of the ivory tower."(240)

Auch wenn er sich noch auf völkerrechtliches und geschichtsphilosophisches Ideenterain flüchten konnte, so blieb seine Staatslehre doch in einem eigenartigen

(235) Schwab aaO S. 101; das klassische Beispiel für Schmitts Kotau vor der nationalsozialistischen Rasseideologie: Die deutsche Rechtswissenschaft im Kampf gegen den jüdischen Geist - Schlußwort auf der Tagung der Reichsgruppe Hochschullehrer des NSRB vom 3. und 4. Okt. 1936, in: Deutsche Juristen-Zeitung, 41. Jg., Heft 20 vom 15. Okt. 1936, S. 1193 ff..

(236) Krupa, Carl Schmitts Theorie des 'Politischen' aaO, der von einem "großdeutsche(n) völkische(n) Hochziel" (ebd., S. 41) ausgehend Carl Schmitt vorwirft, er vertrete eine "substanzlose Staatstheorie" (ebd.); vgl. die Besprechung von Krupas Buch durch Otto von Schweinichen, in: Archiv des öffentlichen Rechts 1938, Heft 3, S. 373 ff.; interessant auch die bei Keollreutter entstandene juristische Dissertation von Johannes Kulenkampff, Rechtsstaat und Demokratie - Eine Studie zu Carl Schmitts Verfassungslehre, Leipzig 1931, in der die ersten Ansätze einer völkischen Kritik an Schmitts Etatismus sichtbar werden; zum Ganzen Keollreutter, Volk und Staat in der Weltanschauung des Nationalsozialismus, S. 8 ff.

(237) Einen guten Überblick über die diversen gesellschaftlich-politischen Rollen Carl Schmitts im Dritten Reich gibt Manfred Lauer, Versuch über Carl Schmitt im Nationalsozialismus, in: Hansen / Lietzmann (Hrsg.) aaO S. 37.

(238) Vgl. Maschke, Zum 'Leviathan' von Carl Schmitt aaO S. 181 ff..

(239) V. Neumann, Der Staat im Bürgerkrieg, S. 86.

(240) Joseph W. Bendersky, The Politics of an Intellectual - The Political Activity and Ideas of Carl Schmitt, 1910 - 1945, Michigan State University 1975, S. 182; diese Dissertation, der Bendersky Buch "Theorist for the Reich" zugrunde liegt, ist zwar stilistisch ungeschliffener, jedoch materialreicher als die Buchveröffentlichung und darf - gerade auch wegen des informativen "Bibliographical Essay" am Ende der Arbeit - nicht übersehen werden.

politischen Zwielficht, dessen Ursache Ernst Jünger in einer Tagebucheintragung vom 14.12.1943 präzise beschrieben hat: "Als klassischer Rechtsdenker ist er (sc. Schmitt) der Krone zugeordnet, und seine Lage wird notwendig schief, wo eine Garnitur des Demos die andere ersetzt. Bei der Heraufkunft illegitimer Mächte bleibt an der Stelle des Kronjuristen ein Vakuum, und der Versuch es auszufüllen, geht auf Kosten der Reputation. Das sind so Mißgeschicke des Berufs."(241)

Schmitts Versuch, seine konkrete Ordnung in den Geist des Nationalsozialismus zu implantieren, war spätestens 1936 gescheitert, die braune Ideologiekarawane zog weiter und verwies Schmitts innerpolitisches Ordnungsmodell ins juristisch-politische Abseits. Damit war freilich nur der nationalsozialistische Aspekt des konkreten Ordnungsdenkens erledigt(242). Da man "den Zugang zum Arcanum Carl Schmitts todsicher (verfehlt), wenn man versucht, ihn von der Rolle her zu beurteilen, die er mutmaßlich oder tatsächlich während des Dritten Reiches gespielt hat"(243), und weil Schmitts intellektueller Flirt mit den Nationalsozialisten "sicherlich nicht das wichtigste Element der geistigen Wirkungen (ist), die bis auf den heutigen Tag von diesem Mann ausgehen"(244), soll nachfolgend untersucht

(241) Jünger, Strahlungen, S. 348; zum Verhältnis zwischen Jünger und Schmitt vgl. Horst Mühleisen, Die Beziehung zwischen Carl Schmitt und Ernst Jünger, in: Tommissen (Hrsg.), Schmittiana I, S. 108 ff..

(242) Zu kurz greift daher Helmut Spinner, der von einem "Intermezzo des konkreten Ordnungsdenkens" spricht und damit die nicht-nationalsozialistischen Elemente von Schmitts Institutionalismus vernachlässigt (Diskussionsbeitrag, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 338).

(243) N. Sombart, Carl Schmitt - Ein deutsches Schicksal aaO S. 21; differenzierend: Joachim Schickel, Die unerwiderte Liebe zur Macht - Am 9. April starb der Cheflegitimator des Führerstaats, Carl Schmitt, in: tageszeitung vom 11. April 1985, S. 3.

(244) Ulrich K. Preuß, Die latente Diktatur im Verfassungsstaat - Zum 95. Geburtstag von Carl Schmitt, in: tageszeitung vom 12. Juli 1983, S. 8/9; diesen Umstand erkennt völlig: Theo Rasehorn, Das lange Fortleben des NS-Staatsrats Prof. Carl Schmitt, in: Die Neue Gesellschaft 1985, Heft 8, S. 741 ff.; vgl. zur NS-Verzerrung Carl Schmitts die lapidare Feststellung von Schnur, Aufklärung aaO: "Wer sich jetzt noch durch aufgeregte Hinweise auf Schmitts Engagement für das frühe NS-Regime politisch profilieren will, ist outdated, Nachzügler seiner selbst; Das längst Bekannte regt nicht mehr auf ..." (ebd. S. 437); überhaupt wird das Schicksal der Carl-Schmitt-Forschung stark davon abhängen, inwieweit sie der Forderung gerecht werden wird, "das Gesamtwerk unvoreingenommen auf Richtigkeit zu prüfen, es nicht auf seine NS-Schriften perspektivisch zu verkürzen und auf den Schwefeldunst der Vergangenheitsbewältigung zu verzichten." (Jan de Smet, Carl Schmitt in Wissenschaftskolleg, in: Criticon Nr. 102 (Juli/Aug. 1987, S. 167).

werden, welchen ideenpolitischen Gehalt - gerade unter dem Pluralismusaspekt - das konkrete Ordnungsdenken noch aufweist.

c) Maurice Hauriou, Carl Schmitt und die  
Überwindung des Laski'schen Pluralismus

Die Entwicklung des konkreten Ordnungsdenkens ist, was Schmitt selbst so gesehen hat(245), ganz entscheidend von **Maurice Haurious** Institutionstheorie beeinflusst worden. Hauriou hatte den Staat als "ein politisches Gebilde am Ende zivilisatorischer Entwicklung"(246) begriffen, dessen Bestand von einem gemeinsamen *b l o c d e s i d e e s i n c o n t e s t a b l e s* (247) abhängen. Die Verkörperung dieser Ideen sind für Hauriou die Institutionen, die "im Recht wie in der Geschichte die Kategorie der Dauer, der Beständigkeit und des Wirklichen (bilden)"(248) und von deren "schöpferischer Macht"(249) das Schicksal jeder menschlichen Gemeinschaft abhängen. Vom Katholizismus und dessen Repräsentationsbegriff ausgehend(250), wendet er sich gegen eine theologische Verkürzung der Rolle des Staates: "Die Idee des Staates geht in eigentümlicher Weise auch über den Begriff seiner Funktion hinaus. ... In der Vorstellung der Leitidee steckt ... noch ein Teil unbestimmbaren Wirkungsvermögens, das über die Vorstellung der Funktion hinausreicht."(251) Weil Hauriou diese *L e i t i d e e n* als "das Vitalprinzip der sozialen Institutionen"(252), als politisches Lebenselixier jenseits juristischer Fixierungen betrachtet, sieht er

(245) Politische Theologie, Vorbemerkung zur 2. Aufl. vom Nov.1932, S. 8.

(246) Maurice Hauriou, Die Theorie der Institution, S. 30.

(247) Schmitt hat diese Formulierung im Gespräch gerne benutzt; vgl. Maschke, Drei Motive ... aaO S. 64, 76, Fußn. 35.

(248) Die Theorie der Institution, S. 27; vgl. auch Haurious Definition: "... Institution ist eine Idee vom Werk oder vom Unternehmen, die in einem sozialen Milieu Verwirklichung und Rechtsbestand findet." (ebd. S. 34).

(249) Ebd. S. 32.

(250) Zum katholischen Hintergrund bei Hauriou vgl. die Einleitung von Roman Schnur, ebd. S. 24 ff..

(251) Hauriou aaO S. 37.

(252) Ebd. S. 66.

im Normativismus ein blutleeres System, das auf die Frage, was das Wesen menschlicher Gemeinschaft ausmache, keine Antwort geben könne: "Die bezeichnende Tatsache ..., daß nämlich die Rechtsnormen, soweit sie überhaupt als Leitidee in Frage kommen, nicht genügend Lebenskraft in sich haben, um einen Verband um sich herum aufzubauen, der zu ihnen gehört und in dem sie Gestalt gewinnen, beweist zur Genüge, daß sie den Leitideen unterlegen sind, die über ausreichende Lebenskraft verfügen, um sich zu verselbständigen. Dieser schlagende Beweis lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die uralte Wahrheit hin, daß die entscheidenden Elemente in einem Rechtssystem diejenigen sind, die Rechtshandlungen vollziehen, nämlich die I n d i v i d u e n einerseits, die verbandsmäßigen I n s t i t u t i o n e n andererseits, weil sie die lebendigen und schöpferischen Persönlichkeiten sind, sowohl durch die Ideen von den Unternehmen, die sie repräsentieren, wie durch ihre Macht zu deren Verwirklichung. ... In einer Welt, die leben und handeln will, ganz in der Verbindung von Handlung mit Kontinuität und Dauer, nehmen die V e r - b a n d s i n s t i t u t i o n e n neben den E i n - z e l p e r s o n e n den ersten Rang ein, weil sie ebensosehr Handlung wie Kontinuität verkörpern. Die Rechtsnormen dagegen sind zweitrangig, weil sie, mögen sie auch Kontinuität verkörpern, doch keine Handlung repräsentieren. ... Es sind die Institutionen, welche die Rechtsnormen schaffen, aber nicht die Rechtsnormen, welche die Institutionen schaffen."(253)

Diese Hauriou'sche Institutionenlehre, die einen katholischen Kern hat und das Recht mit der Wirklichkeit versöhnt, hat Carl Schmitt Ende der Zwanziger Jahre entscheidend geprägt; Hauriou's Einfluß auf Schmitts Denken kann mithin kaum überschätzt werden. Das Phänomen der Institutionen, die Schmitt zu konkreten Ordnungen

(253) Ebd. S. 65; Hervorhebungen nicht von Hauriou.

weiterentwickelte(254), eröffnete Schmitt die Sicht auf das, was das Wesen des Rechts ausmacht: "Das Eigenartige und Auszeichnende des konkreten Ordnungsdenkens ist sein sowohl rechtsmethodischer wie rechtsphilosophischer Gehalt. Es will einen Interpretationszugang vermitteln und zugleich auf die Frage, worauf Recht sich gründet und wie es sich bildet, antworten. Was Carl Schmitt seit seiner Studienzeit in der Rechtswirtschaft erlebt hat, war der abstrakte Normativismus, der sich mit dem Positivismus verbunden hatte: "Recht ist allein das, was im Gesetz steht; es gibt vier Interpretationsmittel, um den normativen Gehalt des Gesetzes zu ermitteln; was sich daraus ergibt, ist Recht; alles weitere ist juristisch normativ ohne Belang. Demgegenüber macht das konkrete Ordnungsdenken die Beziehung des Rechts zu der Wirklichkeit geltend, auf die es hingeeordnet ist und von der es auch seinen Inhalt mitempfängt, und stellt überhaupt die Frage, ob sich nicht in den wirklichen Lebensvollzügen schon eine Ordnung abzeichnet und bildet, die das Recht nur normativ aktualisiert und näher ausgestaltet. Darum geht es. Damit verbindet sich ein Zweites: Die Opposition gegen die Auflösung der gewachsenen sozialen Lebensordnungen und aller statusmäßigen Bindungen in bloß wechselseitige individuelle Rechtsbeziehung, die von der liberalen, rein normativ verstandenen Rechtsordnung bewirkt wurde und als kategorial, in der Struktur des Rechts als einem System normativer Regeln angelegt, ausgegeben wurde."(255) Bei näherer Betrachtung erweist sich die konkrete Ordnungskonzeption nicht als dritte juristische Denkart, sondern als die Begründung eines Strukturprinzips, als die Gewinnung einer

(254) Zu dem Unterschied zwischen institutionellem Denken und konkretem Ordnungsdenken vgl. Carl Schmitt, Über die drei Arten ... S. 57; Dahm aaO S. 186; Hofmann, Legitimität ... S. 187; zum geistigen Beziehungsdreieck Gierke-Hauriou-Schmitt siehe Schwab aaO S. 123 f., der freilich mit einem unpräzisen Pluralismusbegriff arbeitet und die unzutreffende Behauptung aufstellt, Hauriou sei "by not integrating his institutions into the state" ein Pluralist gewesen (ebd. S. 123, Fußn. 38).

(255) Ernst Wolfgang Böckenförde, Diskussionsbeitrag, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 356.

Ordnungsebene, auf der erst Normen gelten können(256). Schmitt geht es also um "die alles tragende Grundvoraussetzung, nämlich eine normale, stabilisierte Situation"(257), um die "dem dualistischen Auseinanderreißen von Sein und Sollen vorausliegenden konkreten Lebensordnungen und überpersönlichen Institutionen der geschichtlich-sozialen Wirklichkeit."(258)

Schmitts katholisch motiviertes(259) Ordnungsdenken, in dem sich romanische Formprinzipien mit germanischen Gemeinschaftsvorstellungen verquickt haben, geht stromaufwärts zu den Quellen menschlicher Ordnungen zurück. Es beleuchtet das innere Lebensgesetz jeglicher Vergemeinschaftung und betont die Bedeutung jener tragenden Elemente und Institutionen, die der Normativismus stets stillschweigend voraussetzt, ohne deren Bestand zu sichern. Dabei ist der Staat bei Schmitt nur ein historisches Modell konkreter Ordnung, so daß mit dem Abtritt des Staates das Institutionendenken keineswegs obsolet wird. Im Gegenteil: "Das 'konkrete Ordnungsdenken' ist die Nachfolge des Staatsdenkens"(260), und der Zerfall des Staates ist der Ernstfall des konkreten Ordnungsdenkens.

Aus der Tatsache, daß der Schmitt'sche Institutionalismus die tragende Bedeutung einzelner Lebens Elemente der Gemeinschaft betont, ohne ihnen

(256) Genausowenig wie das konkrete Ordnungsdenken die dritte juristische Denkart ist, ist der Dezisionismus die zweite rechtswissenschaftliche Denkweise: Tatsächlich ist die Jurisprudenz immer eine allein normative (nicht: normativistische!) Wissenschaft gewesen und wird es auch bleiben. Jura ist technisches Handwerk, nicht sozialer Inhalt. Das Recht ist immer so gut oder so schlecht, wie die Pfeiler von Ethos, Sitte und Ordnung, auf denen es ruht, beschaffen sind. Wenn eine Rechtsordnung zusammenstürzt, zeigt sich darin in erster Linie das Versagen der Ordnung und nicht das des Rechts. Die Einteilung des Schmitt'schen Denkens in drei Phasen analog der "Drei-Arten"-Differenzierung, die sich seit Krupas Buch "Carl Schmitts Theorie des 'Politischen'" von 1937 in der Sekundärliteratur eingebürgert hat (etwa Hofmann, Legitimität ... S. 22 f., der freilich auch auf die Grenzen einer solchen Unterteilung hinweist), erscheint daher wenig hilfreich.

(257) Über die drei Arten ... S. 56.

(258) E.-W. Böckenförde, Artikel "Ordnungsdenken, Konkretes", in: J. Ritter/K. Gründer (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Band 6, Basel 1984, Sp. 1312/1313; vgl. auch die interessante, freilich nur torsoartige Analyse des konkreten Ordnungsdenkens durch Krockow, Die Entscheidung, S. 97 f., der Schmitts Ordnungstopos in Beziehung setzt zur Differenzierung zwischen Wesenwillen und Kürwillen, wie sie Ferdinand Tönnies in seinem berühmten Werk "Gemeinschaft und Gesellschaft", 8. Aufl., Leipzig 1935, S. 85 ff. vorgenommen hatte.

(259) So auch Josef Isensee, Diskussionsbeitrag, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 339.

(260) Bernard Willms, Diskussionsbeitrag, in: Quaritsch (Hrsg.) aaO S. 420.

jedoch ordnungspolitisch das Feld zu überlassen, resultiert: "Das konkrete Ordnungsdenken ist die Antipode zu dem 'Pluralismus eines souveränitätslosen, feudal-ständischen Wachstums'(261). Weil es das Leben in seiner Mannigfaltigkeit anerkennt und diese Vielfalt in institutionelle Formen gießt, dennoch aber die Einordnung der Institutionen im ganzen fordert, vermeidet es monistische Überdehnung und pluralistische Anarchie gleichzeitig. Weil die Institutionen nur innerhalb einer Ordnung und eben nicht vor ihr oder über ihr Geltung beanspruchen(262), verfallen sie nicht dem Machthunger von pluralistischen Verbänden. Weil sie die Suprematie der politischen Einheit und jenen bloc des idées incontestables nicht zur Disposition stellt bzw. der Diskussion unterwirft, ist Schmitts konkrete Ordnung ein Modell zur Überwindung des Laski'schen Pluralismus.

(261) Carl Schmitt, Politische Theologie, Vorbemerkung zur 2. Aufl., S. 8.

(262) Carl Schmitt, Verfassungslehre, S. 173.

### C. Schlußbetrachtung

Carl Schmitts Kritikansätze und die neo-pluralistische Gegenwartsdiskussion

#### I.

Die Pluralismusdebatte in Westdeutschland(1) ist zähflüssig geworden. Sie bringt wenig neue Aspekte ans politikwissenschaftliche Tageslicht, begnügt sich in vielen Fällen damit, Altbekanntes wieder aufzuwärmen und muß sich mithin den Vorwurf gefallen lassen, daß sie sich - trotz oder vielleicht sogar wegen eines unverminderten Quantitätsanstiegs der Pluralismusarbeiten - in eine theoretische Spielwiese verwandelt hat, die den Bezug zur politischen Realität weitgehend verloren hat.

Das war nicht immer so. In den 50er Jahren waren die Arbeiten über den Pluralismus(2) begleitet von der Notwendigkeit, dem neuen Staat Bundesrepublik Deutschland festumrissene Konzepte mit auf den Weg zu geben, also konkrete Antworten auf die politischen Fragestellungen der einsetzenden "Wirtschaftswunder-Ära" zu geben. Zu Beginn der 60er Jahre wurden die ersten Bruchstellen des real existierenden Pluralismus deutlich. Der Versuch, dieser Entwicklung mit dem Modell einer "formierten Gesellschaft" entgegenzusteuern,

(1) Angesichts der Fülle der Arbeiten über den Pluralismus kann an dieser Stelle der Diskussionsstand nur mit ganz wenigen Strichen skizziert werden; zur Vertiefung der Problematik vgl. die nachfolgenden Literaturhinweise.

(2) Zur Pluralismusdiskussion der 50er Jahre vgl. neben der schon erwähnten Arbeit von Kaiser, Die Repräsentation organisierter Interessen, vor allem: Werner Weber, Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem, Stuttgart 1951, S. 121 ff. und passim; Götz Briefs, Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus, Bonn 1952, S. 20 ff. und passim; Hans Domizlaff, Es geht um Deutschland, Hamburg 1952, S. 85 ff. und passim; Theodor Eschenburg, Herrschaft der Verbände?, Stuttgart 1955; Herbert Krüger, Die Stellung der Interessenverbände in der Verfassungswirklichkeit, in: Neue Juristische Wochenschrift 1956, S. 1217 ff.; Hans Huber, Staat und Verbände, Tübingen 1958; Josef H. Kaiser, Die Dialektik der Repräsentation sowie Werner Weber, Die Teilung der Gewalten als Gegenwartsproblem, beide in: Hans Barion / Ernst Forsthooff / Werner Weber (Hrsg.), Festschrift für Carl Schmitt zum 70. Geburtstag, S. 71 ff. und 253 ff..

scheiterte vollständig.(3) In den 70er Jahren ging der Pluralismustreit vor allem um den sozialen Gehalt pluralistischer Politik, wobei es gerade einer fundierten marxistischen Kritik gelang, die entscheidenden politiktheoretischen Defizite des Pluralismus herauszuarbeiten.(4) Am Anfang der 80er Jahre schließlich begann die Pluralismuskritik zusehends zu verflachen, was vor allem auf ihren Wirklichkeitsverlust zurückzuführen ist: "Tief aus dem Keller des Elfenbeinturms werden Argumente hervorgeholt, die ganz einfach nicht mehr in eine den realen Bedingungen der Bundesrepublik entsprechende Pluralismus-Diskussion passen."(5)

Die Pluralismusdebatte der 80er Jahre(6) ist "steril"(7)

(3) Carl Schmitt hatte schon den Entwurf der "formierten Gesellschaft" mit der skeptischen Bemerkung kommentiert: "L'etat se meurt ne troublez pas son agonie"; vgl. Rüdiger Altmann, Analytiker des Interims - Wer war Carl Schmitt, was ist von ihm geblieben?, in: Hansen / Lietzmann (Hrsg.) aaO S. 31; zum Modell der "formierten Gesellschaft" vgl. nur: Rüdiger Altmann, Späte Nachricht vom Staat, Stuttgart 1968, S. 48 ff. und passim; zum pluralistischen Diskussionsstand der 60er Jahre vgl. etwa Otto Heinrich von der Gablentz, Der Staat in der pluralistischen Gesellschaft, in: derselbe, Der Kampf um die rechte Ordnung, Köln / Opladen 1964, S. 165 ff.; Götz Briefs (Hrsg.), Laissez-faire-Pluralismus, Berlin 1966; Mancur Olson jr., Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968; Eike Hennig, Zur Dialektik von Pluralismus und Totalitarismus, in: Der Staat 1968, S. 287 ff., für den die Pluralismuslehre "nichts als eine magische Formel für die Naturwüchsigkeit der modernen Gesellschaft (ist)" (ebd. S. 306); Klaus von Beyme, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969.

(4) Das wichtigste Buch zum Pluralismus in den 70er Jahren stammt von Rainer Eisefeld, Pluralismus zwischen Liberalismus und Sozialismus, Stuttgart 1972, der - aus marxistischer Sicht - eine präzise Pluralismusanalyse vorgelegt hat. Vgl. auch Heribert Kohl, Pluralismuskritik in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage der Wochenzeitung "Das Parlament", Beilage 12/70 vom 21. März 1970, S. 3 ff.; Hans F. Zacher, Pluralität der Gesellschaft als rechtspolitische Aufgabe, in: Der Staat 1970, S. 161 ff.; Nuscheler / Steffani (Hrsg.) aaO mit einer vorzüglichen Bibliographie zum Pluralismus (ebd. S. 331 ff.); Doeker / Steffani (Hrsg.) aaO; Ulrich K. Preuß, Legalität und Pluralismus - Zur Entwicklung einer neuen politischen Legitimität, Frankfurt 1973; Udo Bernbach / Franz Nuscheler (Hrsg.), Pluralistischer Sozialismus - Texte zur Theorie und Praxis sozialistischer Gesellschaftsformen, Hamburg 1973; Winfried Martini, Gewerkschaften im pluralistischen Staat, in: Zeitbühne, 3. Jg. (1974), Heft 12; Hans Herbert v. Arnim, Gemeinwohl und Gruppeninteressen, Frankfurt 1977; Hans Kremendahl, Pluralismustheorie in Deutschland, Leverkusen 1977; Peter Massing, Interesse und Konsensus - Zur Rekonstruktion und Begründung normativ - kritischer Elemente neopluralistischer Demokratietheorie, Opladen 1979.

(5) Franz Lehner, Ideologie und Wirklichkeit - Anmerkungen zur Pluralismuskritik in der Bundesrepublik, in: Der Staat 1985, S. 92.

(6) Vgl. dazu Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Pluralismus - Grundlegung und Diskussion, Opladen 1980; Winfried Steffani, Pluralistische Demokratie, Opladen 1980; Peter Häberle, Die Verfassung der Pluralismus, Königstein 1980; Heribert Franz Köck, Die Rolle der Demokratie in einer pluralistischen Gesellschaft, in: Festschrift für J. Broermann, Berlin 1982, S. 145 ff.; Stefan Smid, Pluralismus und Zivilreligion, in: Der Staat 1985, S. 3 ff.; Rudolf Steinberg (Hrsg.), Staat und Verbände - Zur Theorie der Interessenverbände in der Industrie- und Gewerkschaft, Darmstadt 1985; Heinrich Erdmann, Neopluralismus und institutionelle Gewaltenteilung - Ernst Fraenkel's pluralistische Parteienstaatstheorie als Theorie parlamentarisch - pluralistischer Demokratie, Opladen 1988; Joachim Detjen, Neopluralismus und Naturrecht - Zur politischen Philosophie der Pluralismustheorie, Paderborn 1988; Wolfgang Luthardt / Alfons Söllner (Hrsg.), Verfassungsstaat, Souveränität, Pluralismus - Otto Kirchheimer zum Gedächtnis, Opladen 1989.

(7) Lehner aaO S. 97.

und unattraktiv geworden, weil sie nur noch wenig innovative konzeptionelle Energie aufbringt, sondern sich vielmehr über weite Strecken auf das Wiederkäuen veralteter Pluralismusdogmen beschränkt. Dieser Zustand ist unbefriedigend und harrt der Überwindung. Gerade ein Blick in die USA, wo - verstärkt seit den 60er Jahren - eine äußerst ergiebige politikwissenschaftliche Auseinandersetzung um Chancen und Inhalte des Pluralismus geführt wird(8), sollte Anlaß genug sein, in den 90er Jahren die Pluralismusdebatte in Westdeutschland wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen und sie im Pendelblick zwischen politischer Theorie und pluralistischer Realität in fruchtbarere Regionen zu führen. Um zu diesem Ziel zu gelangen, bedarf es vor allem zweierlei: zum einen einer sorgfältigen Analyse der Strukturen und Wirkungsweisen des real existierenden Pluralismus in der Bundesrepublik Deutschland und zum anderen einem Rekurs auf die Kritiksätze desjenigen, der die Pluralismuskussion in Deutschland eröffnete: Carl Schmitt.

## II.

Der erste Blick auf den pluralistischen Status quo in der Bundesrepublik scheint eindeutige Schlüsse zuzulassen: In vierzig Jahren hat sich dieses System als äußerst stabil und resistent gegen politische Wechsellagen erwiesen. Der oft leichtfertig ausgesprochene Slogan "Bonn ist Weimar" ist nicht nur eine billige Propagandavokabel, er ist auch falsch, weil er die grundsätzlichen strukturellen Unterschiede zwischen der ersten und der zweiten deutschen Republik verkennt.

(8) Vgl. etwa Henry S. Kariel, The Decline of American Pluralism, Stanford University Press 1961; Theodore Lowi, The End of Liberalism, New York 1969; Gordon Tullock, Private Wants, Public Means, New York 1970; Mancur Olson jr., The Rise and Decline of Nations, New Haven University Press 1982; Heinz U. Brinkmann, Public interest groups im politischen System der USA - Organisierbarkeit und Einflußtechniken, Opladen 1984; Gottfried Dietze, Amerikanische Demokratie - Wesen des praktischen Liberalismus, München 1988; über die Beziehungen zwischen amerikanischer und westdeutscher Pluralismusdebatte siehe Quaritsch, Zur Entstehung der Theorie des Pluralismus aaO S. 52.

Auf den zweiten Blick läßt der gegenwärtige Pluralismus gleichwohl Bruchstellen und Defizite erkennen, die das erste Urteil über ihn wieder in Frage stellen. Zuweilen kommt der Verdacht auf, daß die wirtschaftliche Hochkonjunktur, daß die Fugenmasse Geld politische Elemente zusammenhält, die ansonsten auseinanderzubersten drohten.(9) Der steigende Lebensstandard scheint in der Tat eine erstaunliche politische Neutralisationskraft zu haben, was **Arnold Gehlen** schon vor 20 Jahren feststellte(10); Gehlen lächelte freilich noch über die konsumpolitische Anmaßung, die gesellschaftlichen Gegensätze im Wohlstand zu ertränken.(11) Heute würde er vielleicht nicht mehr lächeln. "Der Versuch, den innerstaatlichen Frieden durch das unentwegte Wachstum des Sozialprodukts zu finden"(12), scheint am Ende der 80er Jahre die Feuertaufe der politischen Praxis bestanden zu haben: "Deutschlands Staatsgesinnung ist die des repräsentativen Konsums."(13) Der bundesrepublikanische Leviathan, der "mehr und mehr die Züge einer Milchkuh"(14) angenommen hat, macht alles andere als einen ausgemergelten Eindruck und verspricht Interessentenservilität ad multos annos. Die "pluralistische Restauration nach 1945"(15), der Pluralismus als die "zweite Phase des wirtschaftlichen Liberalismus"(16): ein System, das sein "Funktionieren" tagtäglich unter Beweis zu stellen scheint.

Dennoch muß es dem politischen Theoretiker erlaubt sein, Skepsis anzumelden gegenüber einem pluralistischen Prinzip, das ohne eigene Begründungsleistung allein

(9) So schon Martini, Freiheit auf Abruf, S. 348.

(10) Moral und Hypermoral - Eine pluralistische Ethik, Frankfurt / Berlin 1969, S. 111.

(11) Ebd..

(12) Maschke, Zum 'Leviathan' ... aaO S. 214.

(13) Rolf Schroers, zitiert nach Theo Schiller, Die Faszination der Verfemten - Rolf Schroers, der Liberale und sein Verhältnis zu Carl Schmitt, in: Hansen / Lietzmann (Hrsg.) aaO S. 145.

(14) Gehlen aaO S. 110.

(15) Maschke, Zum 'Leviathan' ... aaO S. 213.

(16) Briefs, Artikel "Pluralismus" aaO Sp. 299 f..

darauf vertraut, mit dem sozialen Öl der D-Mark die Wogen eines pluralistischen Interessenkampfes glätten zu können, der tendenziell staatsauflösend ist. Die Flucht aus dem Politischen, die der Pluralismus angetreten ist, um im Wirtschaftlichen eine neue Heimat zu suchen, die er aber dort nicht finden konnte, hat zu - eben doch wieder politischen - Konsequenzen geführt, die nachdenklich machen müssen:

"Der auf das Wirtschaftliche reduzierte Pragmatismus der Parteien hat aus dem Staatsvolk eine Solidargemeinschaft gemacht, deren Daseinszweck sich darin erschöpft, im einen Teil des Lebens genausoviel, nach Möglichkeit noch etwas mehr als das zu verbrauchen, was sie im anderen hergestellt hat. Produzieren und Konsumieren, das sind die letzten Pflichten, die den Bürgern zugemutet werden; die aber auch erbarmungslos. Parteiarbeit scheint zu bedeuten, die Wählerschaft nach Beruf und Klasse, Alter und Geschlecht zu mustern, die Ergebnisse ihrem Stimmgewicht entsprechend zu ordnen und diese umgekehrte Pyramide so zu bedienen, daß man die nächste Wahl gewinnt. Politisch zählt nur, was sich eindrucksvoll beziffern läßt, die Frauen etwa und die Industriearbeiter; wer keine Stimme hat, die Kinder also, spielt auch keine Rolle."(17)

Lebens- und überlebensfähig ist dieser ins ökonomische Asyl verbannte pluralistische Staat nur, solange er die Wünsche seiner Klientel, jener "sich ausschließlich um die Achse ihres eigenen Vorteils drehenden und um sich schlagenden Interessengruppen(18), befriedigen kann. Da sowohl die Wünsche dieser Gruppen, als auch die Gruppen selbst immer mehr werden, ist ein unablässiges Wirtschaftswachstum conditio sine qua non einer Politik, die die pluralistische Apokalypse vermeiden will. Dieser Stoff freilich, aus dem sich der Pluralismus nährt, ist keine ewig sprudelnde Quelle und ebenso vergänglich, wie

(17) Konrad Adam, Dienstleistungspolitik - Immobilismus statt Stabilität: Gefahren für die politische Mitte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 62 vom 14. März 1989, S. 29.

(18) Gebhard Geiger, Das konservative Prinzip - Politik als Kunst des Erwünschten, München / Wien 1978, S. 59.

alles auf dieser Erde. Wer sich diese ökonomische Anfälligkeit des Pluralismus vor Augen führt, der erkennt die Staatsräson des Pluralismus in einer Formel, die **Odo Marquard** jüngst in Abwandlung eines Wortes von Carl Schmitt prägte: "Vernünftig ist, wer den Ausnahmezustand vermeidet." (19) Diese orakelhafte Wendung eröffnet den Blick auf das dünne Eis, auf dem der pluralistische Staat ruht: Entfällt der Kitt der Prosperität, zerfällt der Konsens der pluralistischen Gruppen. Die Gesellschaft löst sich sodann wieder in jene Antagonismen auf, die in den Zeiten des Wohlstandes nicht aufgehört haben zu existieren, sondern lediglich unsichtbar waren, weil der politische Kuchen des Staates für alle reichte und Streit also nicht aufkam. Füllt sich jedoch der Napf mit dem pluralistischen Mahl nur halb oder bleibt er gar leer, ist es mit der Harmonie oder Interessensolidarität unter den einzelnen pluralistischen Machtsegmenten und damit auch mit der pekuniären Ubi-bene-ibi-patria-Moral der Bürger vorbei. Solche Aussichten und drohenden Entwicklungen des Pluralismus machen vor allem eines erforderlich: die Rückgewinnung eines politischen Regelungsprinzips jenseits ökonomischer Schönwetterperioden

### III.

Wer einen solchen Neuansatz unternehmen will, muß die ausgetretenen Pfade der etablierten Pluralismustheorien, deren Hauptcharakteristika auch heute noch darin zu liegen scheinen, "daß jede von ihnen eine Welt verspricht, in der niemand, der überleben will, Machiavelli zu folgen braucht" (20), verlassen und wird um eine Beschäftigung mit den Strukturdefiziten des Pluralismus, wie sie Carl Schmitt herausgearbeitet hat, nicht herumkommen können.

(19) Vgl. Mark Siemons, Auch Pluralisten sind Prinzipienreiter - Der Fundamentalismus und die Vernunft - Zu einer Tagung in Münster über die Gründe politischen Handelns, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 83 vom 10. April 1989, S. 33.

(20) Lippmann aaO S. 203.

Im Mittelpunkt steht dabei die Erkenntnis, daß der Pluralismus als "Versuch, das dem Markt zugrundeliegende Konzept einer spontanen Ordnung auf das politische System zu übertragen"(21), allein nicht bestehen kann. Das Leben als solches muß zwar pluralistisch bleiben, mais "le politique ne se laisse pas pluraliser."(22) Was Not tut, ist die Wiederherstellung einer souveränen, ultrapluralistischen Entscheidungsinstanz, die Politik im Blick aufs Ganze und nicht im Dienst an Teilen verwirklicht. "Das Politische hat im zwanzigsten Jahrhundert seine Heimat im Eroberungswillen der Gruppen"(23), und die Schicksalsfrage des Staates ist, ob er noch die Kraft aufbringt, sich von den pluralistischen Tentakeln zu befreien.

Wo die Gefahren einer pluralistischen Überwucherung des Staates liegen, hat Carl Schmitt als erster beschrieben. Eine politische Remedur, die jene "Systeme von Einzelegoismen, Verbrüderungen zum Zweck raubsüchtiger Ausbeutung der Nicht-Brüder und ähnliche Schöpfungen utilitarischer Gemeinheit"(24), zu überwinden trachtet, wird an jenen wunden Stellen des Pluralismus ansetzen müssen, die Schmitt präzise diagnostiziert hat.(25) Schmitts Modellentwürfe zur Überwindung des Pluralismus, in erster Linie seine Vision einer konkreten Ordnung, sind freilich schemenhaft geblieben. Als Vademecum zur Entwicklung bündiger Politikkonzepte taugen Schmitts Schriften ohnehin kaum. Wer politische Programme schreiben will, braucht Carl Schmitt nicht. Vielleicht sind es aber gerade seine Fragen und nicht seine Antworten, die den eigentlichen Wert seiner Bücher

(21) Lehner aaO S. 99.

(22) Julien Freund, *L'Essence du politique*, Paris 1965, S. 214; zum Pluralismus vgl. ebd. S. 210 ff.; siehe auch derselbe, *Les Lignes de force de la pensée politique de Carl Schmitt*, in: *Nouvelle Ecole* Nr. 44 (April 1987), S. 11 ff. sowie derselbe, *Die Lehre von Carl Schmitt und die Folgen*, in: *Elemente für die europäische Wiedergeburt*, 1. Ausgabe 1986, S. 21 ff..

(23) Waldemar Besson, *Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928 - 1933*, Stuttgart 1959, S. 367; zum Pluralismus siehe auch ebd. S. 27.

(24) Friedrich Nietzsche, *Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben* (1873/74), in: Walter Linden (Hrsg.), *Friedrich Nietzsches Werke in sieben Teilen*, Berlin / Leipzig o.J. (1931), 2. Teil, S. 75.

(25) Vgl. dazu jetzt: Vilmos Holczhauser, *Souveränität und konkrete Ordnung - Carl Schmitts Verhältnis zum Pluralismus*, in: *Dritte ETAPPE* (März 1989), S. 31 ff..

und Aufsätze ausmachen.(26) Seine Lehre bleibt "die Hieroglyphe des Westens"(27), weil es dem politischen Ästheteten Schmitt, dem "Gabriele D'Annunzio der Staatslehre"(28), stets gelang, die Ausrichtung seiner Schriften sprachlich zu verschlüsseln. Was von Schmitt bleibt, sind staatsrechtliche Analysen und nicht politische Rezepturen. Aber haben wir nicht gerade in Deutschland, einem Land, "wo Geist und Macht ... seit langem getrennte Wege gehen"(29), immer zuviele gehabt, die uns sagten, wohin wir gehen sollen, wo wir nur einen gebraucht hätten, der gesagt hätte, wo wir stehen?

(26) So auch Günter Maschke, Positionen inmitten des Hasses - Der Staat, der Feind und das Recht - Der umstrittene Denker Carl Schmitt - Zu seinem Tode, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 84 vom 11. April 1985, S. 25; siehe dazu auch den wenig neue Aspekte eröffnenden Gegenekrolog von Dolf Sternberger, Irrtümer Carl Schmitts - Bemerkungen zu einigen seiner Hauptschriften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 125 vom 1. Juni 1985, Beilage Bilder und Zeiten.

(27) Sepp Schelz, Die Hieroglyphe des Westens - Carl Schmitt oder Das Ende der Staatlichkeit, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 21. April 1985, S. 16.

(28) Wolfgang Mantl, In der Waagschale der Zeit - Zum Tode von Carl Schmitt, in: Die Presse vom 12. April 1985, S. 5.

(29) Mohler, Konservative Revolution, 2. Aufl., S. 4.

## Bibliographie:

- Adam, Armin, Carl Schmitt: Scharfsinn und Amoral - Zur Neuausgabe von 'Positionen und Begriffe', in: Süddeutsche Zeitung Nr. 43 v. 21. Febr.1989, S. 22.
- Adam, Konrad, Dienstleistungspolitik - Immobilismus statt Stabilität: Gefahren für die politische Mitte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 62 v. 14. März 1989, S. 29.
- Albrecht, Stephan, Hermann Hellers Staats- und Demokratieauffassung - Zum Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus, phil.Diss. Hamburg 1980.
- Altmann, Rüdiger, Macht die Verfassung den Staat?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 8. Juli 1978.  
- Staatsdenker mit linken Epigonen - Carl Schmitt - ein fruchtbares Ärgernis, in: Deutsche Zeitung Nr. 27 v. 6. Juli 1973, S. 6.
- Andreae, Wilhelm, Das Werk Othmar Spann's, in: Weltwirtschaftliches Archiv - Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, 27. Band, Heft 2 (April 1928), S. 143 ff..
- Anonym, Der Staatsdenker Carl Schmitt, in: Das Neue Tage-Buch, 2.Jg. (Paris, 17. März 1934), Heft 11.
- Anonym, Der Staatsrechtslehrer Prof.Dr. Carl Schmitt, in: Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage - Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP, Nr. 1./3. Jahr vom 8. Jan.1937.
- Anschütz, Gerhard, Die Verfassung des Deutschen Reiches, Berlin 1921.
- Arendt, Hannah, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt 1955.
- Arndt, Hans-Joachim, Die Besiegten von 1945 - Versuch einer Politologie für Deutsche, Berlin 1978.
- Arnim, Hans Herbert v., Gemeinwohl und Gruppeninteressen, Frankfurt 1977.
- Badke, Rolf, Existenz und Ethos in der politischen Theorie Carl Schmitts, phil.Diss., Bonn 1956.
- Badura, Peter, Staat, Recht und Verfassung in der Integrationslehre - Zum Tode von Rudolf Smend, in: Der Staat, Band 16 (1977), S. 305 ff..
- Ball, Hugo, Carl Schmitts Politische Theologie, in: Hochland, 21. Jg., (1923/24), Band 2, S. 263 ff..
- Barion, Hans/Forsthoff, Ernst/Weber, Werner (Hrsg.), Festschrift für Carl Schmitt zum 70. Geburtstag, Berlin 1959.
- Barion, Hans/ Böckenförde, Ernst-Wolfgang/ Forsthoff, Ernst/Weber, Werner (Hrsg.), Epirrhosis - Festgabe für Carl Schmitt zum 80. Geburtstag, Berlin 1968.
- Barker, Ernest, The Discredited State - Thoughts on Politics before the War, in: Political Quarterly, Heft 2 (Febr. 1915), S. 101 ff..

- Political Thought in England 1848 to 1914, Reprint der 2. Aufl. von 1928, London 1947.
- Bartlsperger, Richard, Die Integrationslehre Rudolf Smends als Grundlegung einer Staats- und Rechtstheorie, jur. Diss. Erlangen 1964.
- Becher, Walter, Der Blick aufs Ganze - Das Weltbild Othmar Spann, München 1985.
- Becker, Werner, Nochmals zu Carl Schmitts "Begriff des Politischen", in: Der Friedenskämpfer, 5. Jg. (1929), Heft Nr. 1 (Jan.), S. 1 ff..
- Beckerath, Erwin v., Wesen und Werden des faschistischen Staates, Berlin 1927.
- Behrend, Jürgen, Untersuchungen zur Stufenbaulehre Adolf Merkl's und Hans Kelsens, Berlin 1977.
- Bendersky, Joseph W., The Politics of an Intellectual - The Political Activity and Ideas of Carl Schmitt, 1910 - 1945, Michigan State University 1975.
- Carl Schmitt - Theorist for the Reich, Princeton University Press 1983.
- Beneyto, Jose Maria, Politische Theologie als politische Theorie - Eine Untersuchung zur Rechts- und Staatstheorie Carl Schmitts und zu ihrer Wirkungsgeschichte in Spanien, Berlin 1983.
- Benn, Gottfried, Briefe an F.W. Oelze 1932 - 1945, Wiesbaden/München 1977.
- Bentin, Lutz-Arwed, Johannes Popitz und Carl Schmitt - Zur wirtschaftlichen Theorie des totalen Staates in Deutschland, München 1972.
- Bentley, Arthur F., The Process of Government: A Study in Social Pressures, Bloomington, Ind. 1908.
- Bernbach, Udo/Muscheler, Franz (Hrsg.), Pluralistischer Sozialismus - Texte zur Theorie und Praxis sozialistischer Gesellschaftsformen, Hamburg 1973.
- Besson, Waldemar, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928 - 1933, Stuttgart 1959.
- Beyme, Klaus von, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969.
- Birke, Adolf M., Pluralismus und Gewerkschaftsautonomie in England, Stuttgart 1978.
- Blau, Joachim, Sozialdemokratische Staatslehre in der Weimarer Republik - Darstellung und Untersuchung der staatstheoretischen Konzeptionen von Hermann Heller, Ernst Fraenkel und Otto Kirchheimer, Marburg 1981.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang, Die deutsche verfassungsgeschichtliche Forschung im 19. Jahrhundert, Berlin 1961.
- Besprechung von: Hasso Hofmann, Legitimität gegen Legalität, in: Die öffentliche Verwaltung 1967, Heft 19, S. 688 ff..
- Ordnungsdenken, Konkretes, in: J. Ritter/K. Gründer (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Band 6, Basel 1984, Sp. 1312 ff..
- Bonn, Moritz Julius, Die Auflösung des modernen Staates, Berlin 1921.

- Die Krisis der europäischen Demokratie, München 1925.
- So macht man Geschichte - Bilanz eines Lebens, München 1953.
- Bookbinder, Paul, From the Other Judge to the Other German
- Carl Schmitt 1910 - 1936, Brandeis University 1972.
- Bracher, K.,D., Die Auflösung der Weimarer Republik, 3. Aufl., Villingen 1960.
- Breuer, Stefan, Nationalstaat und pouvoir constituant bei Sieyes und Carl Schmitt, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 1984, S. 495 ff..
- Briefs, Götz, Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus, Bonn 1952.
- Artikel "Pluralismus", in: Staatslexikon 6. Aufl., Freiburg 1961, Sp. 295 ff..
- (Hrsg.), Laissez-faire-Pluralismus, Berlin 1966.
- Brinkmann, Carl, Recent Theories of Citizenship in its Relation to Government, New Haven (Yale University Press) 1927.
- Brinkmann, Heinz U., Public interest groups im politischen System der USA - Organisierbarkeit und Einfluß-techniken, Opladen 1984.
- Brock, Erich, "Der Begriff des Politischen", in: Hochland, Band 2 (April 1932 - Sept.1932), S. 394 ff..
- Bucheim, Hans, Totalitäre Herrschaft, München 1962.
- Büttner, Ruth, Wirtschaftliche Inkompatibilitäten, wirtschaftswiss. Diss. Bochum 1933.
- Caamano, José Martinez, El pensamiento juridico-politico de Carl Schmitt, Porto 1950.
- Cohen, Morris Raphael, Communal Ghosts and Other Perils in Social Philosophy, in: Journal of Philosophy, Psychology and Scientific Methods, Band XVI, Nr. 25 vom 4. Dez.1919, S. 673 ff..
- Coker, Francis William, Pluralist Theories and the Attack upon State Sovereignty, in: Ch.E. Merriam/H.E. Barnes (Hrsg.), A History of Political Theories, New York 1924, Kap. 3.
- Cole, G.D.H., Conflicting Social Obligation, in: Proceedings of the Aristotelian Society, New Series, 15 (1915) S. 140 ff..
- Guild Socialism Restated, London 1920.
- Gilden-Sozialismus, Dresden 1920.
- Conze, Werner, Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30, in: Historische Zeitschrift, Band 178, Heft 1 (1954), S. 57 ff..
- Corino, Karl (Hrsg.), Intellektuelle im Bann des Nationalsozialismus, Hamburg 1980.
- Curtius, Friedrich, Demokratie und Parlamentarismus, in: Hochland, 22. Jg. (1924/25), 1. Heft, S. 112 ff..
- Dahm, Georg, Die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 95. Band (1935), S. 181 ff..
- Deane, Herbert A., The Political Ideas of Harold J. Laski, New York 1955.

- Demandt, Alexander, Staatsform und Feindbild bei Carl Schmitt, in: Der Staat, 27. Band (1988), S. 23 ff..
- Detjen, Joachim, Neopluralismus und Naturrecht - Zur politischen Philosophie der Pluralismustheorie, Paderborn 1988.
- Dietze, Gottfried, Amerikanische Demokratie - Wesen des praktischen Liberalismus, München 1988.
- Doeker, Günther/Steffani, Winfried (Hrsg.), Klassenjustiz und Pluralismus - Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag, Hamburg 1973.
- Döring, Herbert, Der Weimarer Kreis - Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1975.
- Domizlaff, Hans, Es geht um Deutschland, Hamburg 1952.
- Doremus, André, Introduction à la pensée de Carl Schmitt, in: Archives de Philosophie 45 (1982), S. 585 ff.
- Dostojewski, Fjodor M., Der Idiot, Insel-Taschenbuchausgabe, München 1986.
- Dreier, Horst, Rechtslehre, Staatssoziologie und Demokratietheorie bei Hans Kelsen, Baden-Baden 1986.
- Dunkmann, Karl, Der Kampf um Othmar Spann, Leipzig 1928.
- Ehmke, Horst u.a. (Hrsg.), Festschrift für Ulrich Scheuner zum 70. Geburtstag, Berlin 1973.
- Eisfeld, Rainer, Pluralismus zwischen Liberalismus und Sozialismus, Stuttgart 1972.
- Elliott, W.Y., The Pragmatic Politics of Mr. H.J. Laski, in: The American Political Science Review, Band XVIII (Mai 1924), S. 251 ff..
- The Pragmatic Revolt in Politics, New York 1928.
- Erdmann, Heinrich, Neopluralismus und institutionelle Gewaltenteilung - Ernst Fraenkels pluralistische Parteienstaatstheorie als Theorie parlamentarisch-pluralistischer Opladen 1988.
- Eschenburg, Theodor, Herrschaft der Verbände?, Stuttgart 1955.
- Felken, Detlef, Oswald Spengler - Konservativer Denker zwischen Kaiserreich und Diktatur, München 1988.
- Fifoot, C.H.S., Frederic William Maitland, Cambridge 1971.
- Figgis, John Neville, Churches in the Modern State, London 1913.
- Fijalkowski, Jürgen, Die Wendung zum Führerstaat - Ideologische Komponenten in der politischen Philosophie Carl Schmitts, Köln/Opladen 1958.
- Das politische Problem der Feindschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 1965, Heft 1, S. 105 ff..
- Flade, Hermann, Die Chance der Freiheit, Meisenheim am Glan 1968.
- Forschbach, Edmund, Edgar Julius Jung - Ein konservativer Revolutionär, Pfullingen 1984.
- Forsthoff, Ernst, Staatsrechtswissenschaft und Weltkrieg, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1931/32, Band V, Heft 2/3, S. 292 ff..

- Der totale Staat, Hamburg 1933.
- Der Staatsrechtler im Bürgerkrieg - Carl Schmitt zum 70. Geburtstag, in: Christ und Welt, 11. Jg., Nr. 29 v. 17. Juli 1958.
- Fourest, Michel, Les théories du Professeur Harold J. Laski - Le declin de l'état moniste et l'avènement de l'état pluralist, Paris 1943.
- Fraenkel, Ernst, Der Doppelstaat, Frankfurt 1975.
  - Zur Auseinandersetzung mit Carl Schmitt, in: Neue Politische Literatur, 2. Jg. (1957), Sp. 827 ff..
  - Deutschland und die westlichen Demokratien, 5. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973.
- Frauendorfer, Max, Der ständische Gedanke im Nationalsozialismus, 4. Aufl., München 1933.
- Freund, Julien, L'Essence du politique, Paris 1965.
  - Die Lehre von Carl Schmitt und die Folgen, in: Elemente für die europäische Wiedergeburt, 1. Ausgabe 1986, S. 21 ff..
  - Les Lignes de force de la pensée politique de Carl Schmitt, in: Nouvelle Ecole Nr. 44 (April 1987), S. 11 ff..
  - /Tommissen, Piet (Hrsg.), Miroir de Carl Schmitt, Genf 1978.
- Freund, Michael, Die Politik der Freiheit - Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaft und Geschichte der Politik, Bremen 1970.
- Friedrich, Manfred, Die Grundlagendiskussion in der Weimarer Staatsrechtslehre, in: Politische Vierteljahresschrift, Band 13, (1972), S. 582 ff..
- Frodl, Ferdinand, Gesellschaftslehre, Wien 1936.
- Fromme, Friedrich Karl, Der Mann, der den lebenden Parlamentarismus sezierte - Carl Schmitt wird 85, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juli 1973.
- Gablentz, Otto von der, Der Staat in der pluralistischen Gesellschaft in: ders., Der Kampf um die rechte Ordnung Köln/Opladen 1964, S. 165 ff..
- Gehlen, Arnold, Moral und Hypermoral - Eine pluralistische Ethik, Frankfurt/Berlin 1969.
- Geiger, Gebhard, Das konservative Prinzip - Politik als Kunst des Erwünschten, München/Wien 1978.
- Gierke, Otto v., Das deutsche Genossenschaftsrecht, Bände I - IV (Berlin 1868 - 1913), Neudruck Graz 1954.
  - Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung, Berlin 1887.
  - Das Wesen der menschlichen Verbände, Berliner Rektoratsrede v. 15. Okt. 1902, Darmstadt 1954.
- Granert, Renate, Die Staatsrechtslehre in der politischen Auseinandersetzung der Weimarer Republik, Freiburg 1980.
- Griffiths, Thomas Hughes, Politischer Pluralismus in der zeitgenössischen Philosophie Englands, phil. Diss. Gießen 1933.

- Grimm, Dieter, Besprechungen von Quaritsch (Hrsg.), Complexio Oppositorum, Berlin 1988, Carl Schmitt, Positionen und Begriffe, Berlin 1988, Maschke, Der Tod des Carl Schmitt, Wien 1987, in: Neue Juristische Wochenschrift, Heft 45, 1988, S. 2870 ff..
- Grund, Henning, "Preußenschlag" und Staatsgerichtshof im Jahre 1932, Baden-Baden 1976.
- Günther, Albrecht Erich, Der Endkampf zwischen Autorität und Anarchie - Zu Carl Schmitts 'Politischer Theologie', in: Deutsches Volkstum, Band 1 (1931), S. 11 ff..
- Der Staatsfeind, in: Deutsches Volkstum, 2. Januarheft 1934, S. 45 ff..
- Gundlach, G., Artikel "Stand" und "Ständestaat", in: Staatslexikon, Band 5, 5. Aufl., Freiburg 1932, Sp. 45 ff., 67 ff..
- Habermas, Jürgen, Die Schrecken der Autonomie - Zu zwei früheren Publikationen des deutschen Staatsrechtlers Carl Schmitt, in: Babylon - Beiträge zur jüdischen Gegenwart, Heft 1/1986, S. 108 ff..
- Häberle, Peter, Die Verfassung des Pluralismus, Königstein 1980.
- Härtle, Heinrich, Vom Ständestaat zur Priesterschaft - Eine Abrechnung mit Othmar Spann, Berlin 1938.
- Hanemann, Wilhelm, Der Begriff des Politischen in der deutschen Wissenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts, phil. Diss. Heidelberg 1934, Urach 1935.
- Hansen, Klaus/ Lietzmann, Hans (Hrsg.), Carl Schmitt und die Liberalismuskritik, Opladen 1988.
- Hartmann, Volker, Repräsentation in der politischen Theorie und Staatslehre in Deutschland, Berlin 1979.
- Haubach, Theodor, Positive Verfassungskritik - Ein Beitrag zur Reorganisation der Republik, in: Die Justiz 1930/31, Band VI, Heft 11/12, S. 628 ff..
- Hauriou, Maurice, Die Theorie der Institution, Berlin 1965.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Grundlinien der Philosophie des Rechts, 2. Aufl., Berlin 1840.
- Heinrich, Walter, Die Staats- und Wirtschaftsverfassung des Faschismus, Berlin 1929.
- Heinrich, Walter u.a. (Hrsg.), Othmar Spann, Gesamtausgabe, Graz 1963 - 1979.
- Heller, Hermann, Staatslehre, Leiden 1934.
- Gesammelte Schriften, Bände I - III, Leiden 1971.
- Hennig, Eike, Zur Dialektik von Pluralismus und Totalitarismus, in: Der Staat 1968, S. 287 ff..
- Hennis, Wilhelm, Das Problem der Souveränität - Ein Beitrag zur neueren Literaturgeschichte und gegenwärtigen Problematik der politischen Wissenschaften, jur. Diss. Göttingen 1951.
- Politik und praktische Philosophie - Eine Studie zur Rekonstruktion der Politischen Wissenschaft, Neuwied/Berlin 1963.

- Hepp, Robert, Die Beisetzung Carl Schmitts im Pantheon der Wissenschaft, in: Criticon Nr. 107 (Mai/Juni 1988), S. 146 ff..
- Herrfahrdt, Heinrich, Das Problem der berufsständischen Vertretung, Berlin 1921.
- Die Kabinettsbildung nach der Weimarer Verfassung unter dem Einfluß der politischen Praxis, Berlin 1927.
- Herzog, Roman, Artikel "Pluralismus", in: Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart 1966, Sp. 1541 ff..
- Hill, Werner, Gleichheit und Artgleichheit, Berlin 1966.
- Hock, Wolfgang, Der deutsche Antikapitalismus - Der ideologische Kampf gegen die freie Wirtschaft im Zeichen der großen Krise, Frankfurt/Main 1960.
- Höhn, Reinhard, Die Wandlung im staatsrechtlichen Denken, Hamburg 1934.
- Hölderlin, Friedrich, Hyperion oder der Eremit aus Griechenland, in: Marie Joachimi-Dege (Hrsg.), Hölderlins Werke, Zweiter Teil, Berlin/Leipzig/Wien/Stuttgart o.J..
- Hösle, Vittorio, Carl Schmitts Kritik an der Selbstaufhebung einer wertneutralen Verfassung in "Legalität und Legitimität", in: Deutsche Vierteljahreshefte für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte, 61. Jg. (1987), Heft 1.
- Hofmann, Hasso, Legitimität gegen Legalität - Der Weg der politischen Philosophie Carl Schmitts, Neuwied und Berlin 1964.
- Feindschaft - Grundbegriff des Politischen?, in: Zeitschrift für Politik 1965, Heft 1 (Febr.), S. 17 ff..
  - Repräsentation - Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert, Berlin 1974.
  - Carl Schmitt oder: Die eigene Frage als Gestalt, in: Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte 1985, S. 64 ff..
  - Artikel "Schmitt, Carl", in: Staatslexikon, 7. Aufl., Band 4, Freiburg/Basel/Wien 1988, Sp. 1052 ff..
- Holczhauser, Vilmos, Souveränität und konkrete Ordnung - Carl Schmitts Verhältnis zum Pluralismus, in: Dritte ETAPPE (März 1989), S. 31 ff..
- Hollerbach, A., Zu Leben und Werk Heinrich Triepels, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Band 91 (1966), S. 434 ff..
- Holstein, Günther, Von Aufgaben und Zielen heutiger Staatsrechtswissenschaft, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Band 50 (1926), S. 1 ff.
- Horkenbach, Cuno, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, 1933, Berlin 1935.
- Hsiao, Kung Chuan, Political Pluralism, London 1927.
- Huber, Ernst Rudolf, Das Deutsche Reich als Wirtschaftsstaat, Tübingen 1931.

- Verfassung und Verfassungswirklichkeit bei Carl Schmitt, in: Blätter für deutsche Philosophie, Band V (1931/32), Heft 2/3 ("Staatsrecht und Wirklichkeit"), S. 302 ff..
  - Reichsgewalt und Staatsgerichtshof, Tübingen 1932.
  - Das Ende des Parteienbundesstaats, in: Juristische Wochenschrift, 63. Jg., Heft 4 vom 27. Jan. 1934, S. 193 ff..
  - Die Gestalt des deutschen Sozialismus, Hamburg 1934.
  - Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches, 2. Aufl., Hamburg 1939.
  - Positionen und Begriffe - Eine Auseinandersetzung mit Carl Schmitt, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 101. Band (1940), Heft 1, S. 15 ff..
  - Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band 7, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984.
- Huber, Hans, Staat und Verbände, Tübingen 1958.
- Hume, David, Essays Moral, Political and Literary (1741/42), Oxford University Press, London 1963.
- Ihering, Rudolf v., Geist des römischen Rechts, Dritter Teil, 4. Aufl., Leipzig 1888.
- Jakobs, Horst Heinrich, Carl Schmitt auf dem Wege der wissenschaftlichen Wahrheit, in: Juristenzeitung 43. Jg., Heft 23 v. 2. Dez. 1988, S. 1116.
- Jakowenko, Boris, Vom Wesen des Pluralismus, Bonn 1928.
- James, William, A Pluralistic Universe, London 1909.
- Some Problems of Philosophy, Reprint New York 1968.
- Jünger, Ernst, In Stahlgewittern, München 1920.
- Die totale Mobilmachung, Berlin 1931.
  - Der Arbeiter, Hamburg 1932.
  - Strahlungen, 5. Aufl., Tübingen 1955.
- Jung, Edgar Julius, Die Herrschaft der Minderwertigen, Berlin 1927.
- Kaiser, Joseph H., Die Repräsentation organisierter Interessen, Berlin 1956.
- Kariel, Henry S., The Decline of American Pluralism, Stanford University Press 1961.
- Kaufmann, Erich, Kritik der neukantianischen Rechtsphilosophie, Tübingen 1921.
- Carl Schmitt und seine Schule - Offener Brief an Ernst Forsthoff, in: Deutsche Rundschau, 84. Jg. (1958), S. 1013 ff..
  - u.a. (Hrsg.), Rechtsprobleme in Staat und Kirche, Festschrift für Rudolf Smend, Göttingen 1952.
- Kaufmann, Matthias, Recht ohne Regel? - Die philosophischen Prinzipien in Carl Schmitts Staats- und Rechtslehre, Freiburg/München 1988.
- Kelsen, Hans, Über Grenzen zwischen juristischer und soziologischer Methode, Neudruck der Ausgabe von 1911, Aalen 1970.
- Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, 2. Aufl., Tübingen 1923.

- Wesen und Entwicklung der Staatsgerichtsbarkeit, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Heft 5, S. 117 ff..
  - Die Idee des Naturrechts, in: Zeitschrift für öffentliches Recht, Band 7 (1928), S. 221 ff..
  - Das Problem der Souveränität und die Theorie des Völkerrechts, Unveränderter Neudruck der 2. Aufl. von 1928, Aalen 1960.
  - Der soziologische und der juristische Staatsbegriff - Kritische Untersuchung des Verhältnisses von Staat und Recht, Neudruck der 2. Aufl. von 1928, Aalen 1962.
  - Vom Wesen und Wert der Demokratie, Neudruck der 2. Aufl. von 1929, Aalen 1963.
  - Der Staat als Integration, Wien 1930.
  - Wer soll Hüter der Verfassung sein? in: Die Justiz, Band VI, 1930/31, Heft 11/12, S. 576 ff..
  - Reine Rechtslehre, Wien und Leipzig 1934.
- Kemp, Friedhelm/Neuwirth, Karl (Hrsg.), Der Dichter Konrad Weiß 1880 - 1940, in: Marbacher Magazin, Sonderheft 15/1980.
- Kempner, Robert M.W., Ankläger einer Epoche, Berlin 1983.
- Kendziora, Johanna, Der Begriff der politischen Partei im System des politischen Liberalismus, wirtschaftswiss. Diss. Handelshochschule Berlin 1933, Bottrop 1935.
- Kennedy, Ellen, Carl Schmitt und die 'Frankfurter Schule'
- Deutsche Liberalismuskritik im 20. Jahrhundert, in: Wolf Lepenies (Hrsg.), Wissenschaften und Nationalsozialismus - Geschichte und Gesellschaft, 12. Jg., Heft 3, Göttingen 1986, S. 380 ff..
- Kervegan, Jean-Francois, Politik und Vernünftigkeit - Anmerkungen zum Verhältnis zwischen Carl Schmitt und Hegel, in: Der Staat 1988, S. 371 ff..
- Kirchheimer, O. und Leites, N., Bemerkungen zu Carl Schmitts 'Legalität und Legitimität', in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 68 (1933), S. 457 ff..
- Kirchmann, Julius von, Die Werthlosigkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft, 3. Aufl., Berlin 1848.
- Kjellen, Rudolf, Der Staat als Lebensform, Leipzig 1917.
- Klemperer, Klemens von, Germany's New Conservatism - Its History and Dilemma in the Twentieth Century, Princeton 1957.
- Kodalle, Klaus-Michael, Politik als Macht und Mythos - Carl Schmitts 'Politische Theologie', Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973.
- Köck, Heribert Franz, Die Rolle der Demokratie in einer pluralistischen Gesellschaft, in: Festschrift für J. Broermann, Berlin 1982, S. 145 ff..
- Koellreutter, Otto, Die politischen Parteien im modernen Staat, Breslau 1926.
- Der deutsche Staat als Bundesstaat und als Parteienstaat, Tübingen 1927.
  - Integrationslehre und Reichsreform, Tübingen 1929.

- Volk und Staat in der Verfassungskrise, Berlin 1932.
  - Die Gestaltung der deutschen politischen Einheit
    - Rede gehalten bei der Reichsgründungsfeier der Universität München am 18. Jan. 1934, München/ Berlin/Leipzig 1934.
  - Wesen und Rechtscharakter des deutschen Volksstaates, in: Reichsverwaltungsblatt 1934, S. 806 f..
  - Volk und Staat in der Weltanschauung des Nationalsozialismus, Berlin 1935.
- König, Rene, Soziologie in Deutschland, Wien 1987.
- Kohl, Heribert, Pluralismuskritik in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage 12/70 v. 21. März 1970, S. 3 ff..
- Kondylis, Panajotis, Konservatismus - Geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart 1986.
- Krabbe, Hugo, Die moderne Staats-Idee, 2. Aufl., Den Haag 1919.
- Kraft-Fuchs, Margit, Prinzipielle Bemerkungen zu Carl Schmitts Verfassungslehre, in: Zeitschrift für Öffentliches Recht, Band 9 (1930), S. 511 ff..
- Kramme, R., Helmuth Plessner und Carl Schmitt - Eine historische Fallstudie zum Verhältnis von Anthropologie und Politik in der deutschen Philosophie der zwanziger Jahre, Berlin 1989.
- Krauss, Günther, Staat, Bewegung, Volk- Zu der neuen Schrift von Carl Schmitt, in: Deutsches Recht - Zentral-Organ des Bundes Nationalsozialistischer Juristen 4. Jg., Heft 1 v. 10. Jan. 1934, S. 23 ff..
- Zum Neubau deutscher Staatslehre - Die Forschungen Carl Schmitts, in: Jugend und Recht, Organ der Jungen Rechtswahrer des National-Sozialistischen Rechtswahrerbundes und der Reichsfachgruppe Rechtswissenschaft der Deutschen Studentenschaft, 10. Jg., Heft 11 v. 10. Nov. 1936, S. 252 f..
  - Erinnerungen an Carl Schmitt, Teil 1: 1929 - 1931, in: Criticon Nr. 95 (Mai/Juni 1986), S. 127 ff.; Teil 2: 1931 - 1933, in: Criticon Nr. 96 (Juli/Aug. 1986), S. 180 ff..
- Krawietz, Werner/Schelsky, Helmut (Hrsg.), Rechtssystem und gesellschaftliche Basis bei Hans Kelsen, Berlin 1984.
- Kremendahl, Hans, Pluralismustheorie in Deutschland, Leverkusen 1977.
- Krockow, Christian Graf von, Die Entscheidung - Eine Untersuchung über Ernst Jünger, Carl Schmitt, Martin Heidegger, Stuttgart 1958.
- Antwort auf die Frage "Welche geschichtlichen Gestalten verachten Sie am meisten?", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung - Magazin, Heft 320 v. 18. April 1986, S. 28.

- Krüger, Herbert, Die Stellung der Interessenverbände in der Verfassungswirklichkeit, in: Neue Juristische Wochenschrift 1956, S. 1217 ff..
- Krupa, Hans, Carl Schmitts Theorie des 'Politischen', Leipzig 1937.
- Otto von Gierke und die Probleme der Rechtsphilosophie, Breslau 1940.
- Kuhn, Helmut, Besprechung von "Der Begriff des Politischen" (1932), in: Kant-Studien, 38. Band (1933), S. 190 ff..
- Kulenkampff, Johannes, Rechtsstaat und Demokratie - Eine Studie zu Carl Schmitts Verfassungslehre, Leipzig 1931.
- Kuroda, Satoru, "Pluralismus und der totale Staat", in der japanischen Zeitschrift "Recht und Wirtschaft", Band 1 (1934), Heft 2, S. 31 ff. sowie Heft 4, S. 83 ff..
- Politischer Pluralismus und der Begriff des Politischen, in: Hogaku-Ronsho (Universität Kyoto), Band 31, Heft 6 (Dez. 1934), S. 1 ff..
- Lang, Clemens, Die Ideologie des Widerstandes - Bemerkungen zu Carl Schmitts "Begriff des Politischen", in: Deutsches Volkstum 1932, Zweites Halbjahr, S. 959 ff..
- Larenz, Karl, Über Gegenstand und Methode des völkischen Rechtsdenkens, Berlin 1938.
- Laski, Harold J., Platonism in Politics - Rezension zu E. Barker, Political Thought in England from Herbert Spencer to Today, in: The New Republic, 3. Juli 1915, S. 236.
- Studies in the Problem of Sovereignty, New Haven 1917.
  - Authority in the Modern State, New Haven 1919.
  - The Foundations of Sovereignty and Other Essays, London 1922.
  - A Grammar of Politics (1925), 5. Aufl., London 1967.
  - Morris Cohen's Approach to Legal Philosophy, in: University of Chicago Law Review, 15 (Frühjahr 1948), S. 575 ff..
- Laufer, Heinz, Das Kriterium politischen Handelns - Eine Studie zur Freund-Feind-Doktrin von Carl Schmitt auf der Grundlage der Aristotelischen Theorie der Politik, jur. Diss. Würzburg 1961.
- Lehner, Franz, Ideologie und Wirklichkeit - Anmerkungen zur Pluralismuskussion in der Bundesrepublik, in: Der Staat 1985, S. 91 ff..
- Leibholz, Gerhard, Zu dem Problem des faschistischen Verfassungsrechts, Berlin 1928.
- Das Wesen der Repräsentation, Berlin und Leipzig 1929.
- Leicht, Robert, Die unselige Lust an der Ausnahme - Zum Tod des deutschen Staatsrechtlers Carl Schmitt, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 84 v. 11. April 1985, S. 11.

- Ein Staatsrecht ohne das Recht - Über die Machtphantasien eines Unpolitischen, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 154 v. 8./9. Juli 1978, S. 102.
- Lippmann, Walter, Die öffentliche Meinung (1922), München 1964.
- Litt, Theodor, Individuum und Gemeinschaft - Grundlegung der Kulturphilosophie, 2. Aufl., Leipzig und Berlin 1926.
- Lobkowicz, Nikolaus, Carl Schmitt: Ein umstrittener Kopf setzt sich durch - Warum es in Deutschland keine katholische Staatsphilosophie gibt, in: Deutsche Tagespost Nr. 124 v. 17. Okt. 1987, S. 11.
- Loewenstein, Karl, Max Weber als 'Ahnherr' des politischen Führerstaats, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie / Neue Folge der Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie, 13. Jg. (1961), Heft 2, S. 275 ff..
- Löwith, Karl, Der okkasionele Dezisionismus von C. Schmitt (1935), in: ders., Gesammelte Abhandlungen - Zur Kritik der geschichtlichen Existenz, Stuttgart 1960., S. 93 ff..
- Von Hegel zu Nietzsche - Der revolutionäre Bruch im Denken des 19. Jahrhunderts, 3. Aufl., Stuttgart 1953.
- Lowi, Theodore, The End of Liberalism, New York 1969.
- Lübbe-Wolf, Gertrude, Von der Unperson zum Klassiker - Eine Tagung über Carl Schmitts Stellung in den Rechts- und Geisteswissenschaften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 8. Okt. 1986.
- Ludendorff, Erich, Meine Kriegserinnerungen 1914 - 1918, Berlin 1919.
- Luftwaffenführungsstab I c/VIII (Hrsg.), Helmuth von Moltke - Ein Lebensbild, Stuttgart o.J..
- Luthardt, Wolfgang/Söllner, Alfons (Hrsg.), Verfassungsstaat, Souveränität, Pluralismus - Otto Kirchheimer zum Gedächtnis, Opladen 1989.
- Magid, Henry M., John Neville Figgis, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, hrsg. von David L. Sills, Band 5, New York/London 1968, S. 424 ff..
- Maitland, Frederic William, Political Theories of the Middle Age, Cambridge 1900.
- Collected Papers, Cambridge 1911.
- Mantl, Wolfgang, Repräsentation und Identität, Wien/New York 1975.
- In der Waagschale der Zeit - Zum Tode von Carl Schmitt, in: Die Presse v. 12. April 1985, S. 5.
- Martini, Winfried, Freiheit auf Abruf - Die Lebenserwartung der Bundesrepublik, Köln/Berlin 1960.
- Gewerkschaften im pluralistischen Staat, in: Zeitbühne, 3. Jg. (1974), Heft 12.

- Maschke, Günter, Zum 'Leviathan' von Carl Schmitt, in: Carl Schmitt, Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes, Nachdruck der Erstausgabe 1938, Köln - Löwenich 1982, S. 179 ff..
- Die Carl-Schmitt-Diskussion in Spanien, in: Criticon Nr. 87 (Jan./Febr. 1985), S. 41.
  - Positionen inmitten des Hasses - Der Staat, der Feind und das Recht - Der umstrittene Denker Carl Schmitt - Zu seinem Tode, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 84 v. 11. April 1985, S. 25.
  - Carl Schmitt in Europa - Bemerkungen zur italienischen, spanischen und französischen Nekrologdiskussion, in: Der Staat 1986, S. 575 ff..
  - Der Tod des Carl Schmitt - Apologie und Polemik, Wien 1987.
  - Das 'Amt Rosenberg' gegen Carl Schmitt, in: Zweite ETAPPE 1988, S. 96 ff..
- Massing, Peter, Interesse und Konsensus - Zur Rekonstruktion und Begründung normativ - kritischer Elemente neopluralistischer Demokratietheorie, Opladen 1979.
- Maus, Ingeborg, Bürgerliche Rechtstheorie und Faschismus - Zur sozialen Funktion und aktuellen Wirkung Carl Schmitts, München 1976.
- Rechtstheorie und Politisch Theorie im Industriekapitalismus, München 1986.
- Mayer, H., Ein Deutscher auf Widerruf, Band I, Frankfurt/Main 1982.
- Meier, Heinrich, Carl Schmitt, Leo Strauss und 'Der Begriff des Politischen' - Zu einem Dialog unter Abwesenden, Stuttgart 1988.
- Métall, Rudolf Aladár, Hans Kelsen - Leben und Werk, Wien 1969.
- Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie - Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1911) Neudruck der zweiten Auflage Stuttgart 1957.
- Mickel, Wolfgang M. (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983.
- Moeller van den Bruck, Arthur, Das dritte Reich, 2. Aufl., Berlin 1926.
- Mohler, Armin, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932, 2. Aufl. Darmstadt 1972.
- Links-Schmittisten, Rechts-Schmittisten und Establishment-Schmittisten, in: Criticon Nr. 98 (Nov./Dez. 1986) S. 265 ff..
- Mols, Manfred Heinrich, Allgemeine Staatslehre oder politische Theorie - Interpretationen zu ihrem Verhältnis am Beispiel der Integrationslehre Rudolf Smends, Berlin 1969.
- Morsey, Rudolf, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.

- Müller, Christoph/Staff, Ilse (Hrsg.), Der soziale Rechtsstaat - Gedächtnisschrift für Hermann Heller 1891 - 1933, Baden-Baden 1984.
- Staatslehre in der Weimarer Republik - Hermann Heller zu Ehren, Frankfurt 1985.
- Müller, Paul, Entscheidung und Ordnung - Zu den Schriften von Carl Schmitt, in: Schweizerische Rundschau, 34. Jg., Heft 7 v. 1. Okt. 1934, S. 566 ff..
- Muth, Heinrich, Carl Schmitt in der deutschen Innenpolitik des Sommers 1932, in: Historische Zeitschrift, Beiheft 1 (Beiträge zur Geschichte der Weimarer Republik), München 1971, S. 75 ff..
- Neumann, Volker, Der Staat im Bürgerkrieg - Kontinuität und Wandlung des Staatsbegriffs in der politischen Theorie Carl Schmitts, Frankfurt/New York 1980.
- Carl Schmitt und die Linke - Zum 95. Geburtstag des Rechtsphilosophen und Staatsrechtlers, in: Die Zeit v. 8. Juli 1983, S. 22.
  - Schatten und Irrlichter, in: Leviathan - Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 12, Heft 1/1984, S. 28 ff..
- Niekisch, Ernst, Zum Begriff des Politischen, in: Widerstand, Dez. 1933, S. 369 ff..
- Das Reich der niederen Dämonen, Hamburg 1953.
  - Gewagtes Leben, Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs, Band 1 (1889 - 1945), Köln 1974.
- Nietzsche, Friedrich, Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben (1873/74), in: Walter Linden (Hrsg.), Friedrich Nietzsches Werke in sieben Teilen, Berlin/Leipzig o.J. (1931), 2. Teil.
- Nitzoff, Ilija K., Staat und Wirtschaft im Universalismus Othmar Spann's, wirtschaftswiss. Diss. Heidelberg 1944.
- Noelle-Neumann, Elisabeth, Die Schweigspirale - Öffentliche Meinung - unsere soziale Haut, München/Zürich 1980.
- Nolte, Ernst, Der europäische Bürgerkrieg 1917 - 1945, Frankfurt/Berlin 1987.
- Norikus, F., Der moderne Individualismus: das Wesen des Liberalismus und die Gefahr des 20. Jahrhunderts, in: Frankfurter Zeitgemässe Broschüren, Band XXVII, Heft 8 v. 15. Mai 1908, S. 1 ff..
- Nuscheler, Franz/Steffani, Winfried (Hrsg.), Pluralismus, München 1972.
- Oberreutter, Heinrich (Hrsg.), Pluralismus - Grundlegung und Diskussion, Opladen 1980.
- Olson jr., Mancur, Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968.
- The Rise and Decline of Nations, New Haven University Press 1982.
- Ortega y Gasset, José, Der Aufstand der Massen, Stuttgart 1947.
- Ossadnik, Theodor, Die Liberalismusfremdheit in der Staatstheorie Rudolf Smends, gesellschaftswiss. Diss. Gießen 1977.

- Pasquino, Pasquale, Bemerkungen zum 'Kriterium des Politischen' bei Carl Schmitt, in: Der Staat 1986, S. 385 ff..
- Pattloch, Peter Paul, Recht als Einheit von Ordnung und Ortung - Ein Beitrag zum Rechtsbegriff in Carl Schmitts "Nomos der Erde", Aschaffenburg 1961.
- Penty, A.J., The Restoration of the Guild System, London 1906.
- Petzold, Joachim, Die Büchse der Pandora oder die politische Funktion Carl Schmitts vor 1945, in: Jahrbuch für Geschichte, Band 10 (1974), S. 403 ff..
- Poeschel, Jürgen, Anthropologische Voraussetzungen der Staatstheorie Rudolf Smends - Die elementaren Kategorien Leben und Leistung, Berlin 1978.
- Popitz, Johannes, Wer ist der Hüter der Verfassung?, in: Germania v. 17. April 1931, wieder abgedruckt in: Carl Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 101 ff..
- Preuß, Ulrich K., Legalität und Pluralismus - Zur Entwicklung einer neuen politischen Legitimität, Frankfurt 1973.
- Die latente Diktatur im Verfassungsstaat - Zum 95. Geburtstag von Carl Schmitt, in: tageszeitung v. 12. Juli 1983, S. 8/9.
- Quabbe, Georg, Die Interpreten des Ausnahmezustandes - Ein staatsrechtlicher Leitfaden für Diktatur-beflissene, in: Vossische Zeitung Nr. 437 v. 11. Sept. 1932, 4. Beilage.
- Quaritsch, Helmut, Zur Entstehung der Theorie des Pluralismus, in: Der Staat 1980, S. 29 ff..
- Besprechung von Günter Maschke, Der Tod des Carl Schmitt, Wien 1987, in: Der Staat 1988, S. 303 ff..
  - (Hrsg.), Complexio Oppositorum - über Carl Schmitt, Vorträge und Diskussionsbeiträge des 28. Sonderseminars 1986 der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 1988.
- Rasehorn, Theo, Das lange Fortleben des NS-Staatsrats Prof. Carl Schmitt, in: Die Neue Gesellschaft 1985, Heft 8, S. 741 ff.
- Reifenrath, Roderich, Der Propagandist des Ausnahmezustandes - Ein Relikt aus den Weimarer Jahren ist gestorben: Der Staatsrechtler Prof. Carl Schmitt, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 84 v. 11. April 1985, S. 18.
- Rendtorff, Trutz, Kritische Erwägungen zum Subsidiaritätsprinzip, in: Der Staat 1962, S. 405 ff..
- Rennert, K., Die 'geisteswissenschaftliche Richtung' in der Staatslehre der Weimarer Republik - Untersuchungen zu E. Kaufmann, G. Holstein und R. Smend, Berlin 1987.
- Reupke, Hans, Das Wirtschaftssystem des Faschismus, Berlin 1930.

- Ridder, Helmut, Ex oblivione malum, Randnoten zum deutschen Partisanenprogreß, in: Gesellschaft, Recht und Politik - Wolfgang Abendroth zum 60. Geburtstag, Neuwied/Berlin 1968.
- Ritterbusch, Paul, Der Verfassungskompromiß von Weimar, das Experiment der Präsidialregierung und die nationalsozialistische Staatsidee, Wittenberg 1932.
- Romano, Santi, Die Rechtsordnung, hrsg. und eingeleitet von Roman Schnur, Berlin 1975.
- Rosenberg, Alfred, Der Mythos des 20. Jahrhunderts, 63. - 66. Aufl., München 1935.
- Rüthers, Bernd, Entartetes Recht - Rechtslehren und Kronjuristen im Dritten Reich, München 1988.
- Rumpf, Helmut, Carl Schmitt und Thomas Hobbes, Berlin 1972.
- Carl Schmitt und der Faschismus, in: Der Staat 1978, S. 233 ff..
  - Neues westliches Echo auf Carl Schmitt, in: Der Staat 1983, S. 381 ff..
- Salin, Edgar, Die deutschen Tribute, Berlin 1930.
- Sander, Hans-Dietrich, Zwei neue Tendenzen der Carl-Schmitt-Literatur, in: Criticon Nr. 41 (Mai-Juni 1977), S. 155 ff..
- "Die Maßnahme", rechtsphilosophisch betrachtet, Carl Schmitt - Karl Korsch - Bertholt Brecht, in: Deutsche Studien, 17. Jg., Heft 66 (Juni 1979), S. 1535 ff..
  - Wie der Pluralismus den Staat zerstört - Zum 100. Geburtstag des deutschen Staatsrechtlers Rudolf Smend, in: Die Welt v. 15. Jan. 1982, S. 15.
- Schelsky, Helmut, Utopie eines wahren Staates, Othmar Spann zum 100. Geburtstag, in: Deutsche Zeitung v. 6. Okt. 1978.
- Der "Begriff des Politischen" und die politische Erfahrung der Gegenwart - Überlegungen zur Aktualität von Carl Schmitt, in: Der Staat 1983, S. 321 ff..
- Schelz, Sepp, Der Begriff des Politischen - Vor 50 Jahren schrieb Carl Schmitt seinen berühmten Aufsatz - Ursprung und Legende, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt Nr. 36 v. 4. Sept. 1977, S. 16.
- Die Hieroglyphe des Westens - Carl Schmitt oder Das Ende der Staatlichkeit, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt v. 21. April 1985, S. 16.
- Scheuner, Ulrich, Carl Schmitt - heute, in: Neue Politische Literatur, 1. Jg. (1956), Heft 3, Sp. 181 ff..
- Die Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer in der Zeit der Weimarer Republik, in: Archiv des öffentlichen Rechts, 97. Band, 1972, S. 349 ff..

- Schickel, Joachim, Die unerwiderte Liebe zur Macht - Am 9. April starb der Cheflegitimator des Führerstaates, Carl Schmitt, in: tageszeitung v. 11. April 1985, S. 3.
- Schieder, Wolfgang, Carl Schmitt und Italien, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 37. Jg. (1989), 1. Heft, S. 1 ff..
- Schlegelberger, Franz, Abschied vom BGB, Berlin 1937.
- Schluchter, Wolfgang, Entscheidung für den sozialen Rechtsstaat - Hermann Heller und die staatsrechtliche Diskussion in der Weimarer Republik, Köln/Berlin 1968.
- Schmid, Carlo, Erinnerungen, 3. Band der Gesammelten Werke, Bern/München/Wien 1979.
- Schmidt, Heinrich, Philosophisches Wörterbuch, 21. Aufl., Stuttgart 1982.
- Schmidt, Hermann, Der Nomosbegriff bei Carl Schmitt, in: Der Staat 1963, S. 81 ff..
- Schmidt, Peter, Kontinentalmächte und Seemächte im weltpolitischen Denken Carl Schmitts, Mannheim 1980.
- Schmitt, Carl, Über Schuld und Schuldarten - Eine terminologische Untersuchung, jur. Diss. Straßburg, Breslau 1910.
- Theodor Däubler, der Dichter des 'Nordlichts' (1912), abgedruckt in: P. Tommissen (Hrsg.), Schmittiana I, S. 22 ff..
  - Gesetz und Urteil, Eine Untersuchung zum Problem der Rechtspraxis (1912), 2. Aufl., München 1969.
  - Schopenhauers Rechtsphilosophie außerhalb seines philosophischen Systems, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform, 10. Jg. (April 1913 - März 1914), S. 27 ff..
  - Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen (1914), Hellerau 1917.
  - Theodor Däublers 'Nordlicht' - Drei Studien über die Elemente, den Geist und die Aktualität des Werkes, München 1916.
  - Diktatur und Belagerungszustand, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 38. Band (1917), S. 138 ff..
  - Politische Romantik (1919), 4. Aufl., Berlin 1982.
  - Die Diktatur - Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf (1921), 4. Aufl. Berlin 1978.
  - Politische Theologie - Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität (1922), 4. Aufl., Berlin 1985.
  - Römischer Katholizismus und politische Form (1923), Neudruck der zweiten Auflage, Stuttgart 1984.
  - Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (1923), 6. Aufl., Berlin 1985.

- Besprechung von: Leo Wittmayer, Reichsverfassung und Politik, Tübingen 1923, in: Schmollers Jahrbuch, 47. Jg., München/Leipzig 1924, S. 349 ff..
- Reichspräsident und Weimarer Verfassung, in: Kölnische Volkszeitung, 66. Jg., Nr. 198 v. 15. März 1925, S. 1.
- Besprechung von: Marie-Anne Cochet, Essai sur l'emploi du sentiment religieuse comme base d'autorité politique, Paris 1925, in: Deutsche Literaturzeitung, Heft 47(1925), Sp. 2308 ff..
- Illyrien - Notizen von einer dalmatinischen Reise, in: Hochland, Dez. 1925, S. 293 ff..
- Die Kernfrage des Völkerbundes, Berlin 1926.
- Artikel "Absolutismus", in: Staatslexikon, hrsg. von H. Sacher, 5. Aufl., 1. Band, Freiburg 1926, Sp. 29 ff..
- Besprechung von: Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches v. 11. Aug. 1919, 3. und 4. Aufl., Berlin 1926, in: Juristische Wochenschrift 1926, Heft 19, S. 2270 ff.
- Macchiavelli - Zum 22. Juni 1927, in: Kölnische Volkszeitung, 68. Jg., Nr. 448 v. 21. Juni 1927, S. 1.
- Der Begriff des Politischen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 58 (1927), S. 1 ff..
- Volksentscheid und Volksbegehren - Ein Beitrag zur Auslegung der Weimarer Verfassung und zur Lehre von der unmittelbaren Demokratie, Berlin und Leipzig 1927.
- Verfassungslehre (1928), 6. Aufl., Berlin 1983.
- Der bürgerliche Rechtsstaat, in: Abendland, Heft 3, 1928, S. 201 ff..
- Der Hüter der Verfassung, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Neue Folge, Band 16 (1929), Heft 2 (März), S. 161 ff..
- Die deutsche Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und die Möglichkeiten zu ihrer Behebung, in: Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Neue Folge, Heft 19, Jg. 1930, S. 458 ff..
- Hugo Preuß in der deutschen Staatslehre, in: Die Neue Rundschau, Heft 3, März 1930.
- Hugo Preuß - Sein Staatsbegriff und seine Stellung in der deutschen Staatslehre, Tübingen 1930.
- Beitrag zur Diskussion über 'Presse und öffentliche Meinung', in: Schriften der deutschen Gesellschaft für Soziologie, Band VII, Tübingen 1930, S. 56 ff.
- Reichs- und Verfassungsreform, in: Deutsche Juristenzeitung 1931, Heft 1, S. 5 ff.
- Der Hüter der Verfassung (1931), 3. Aufl., Berlin 1985.

- Die Verfassungsmäßigkeit der Bestellung eines Reichskommissars für das Land Preußen, in: Deutsche Juristenzeitung, 37. Jg., Heft 15 v. 1. Aug. 1932, Sp. 953 ff..
- Konstruktive Verfassungsprobleme, Rede des Prof.Dr. Carl Schmitt, gehalten auf der Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands e.V. am 4. Nov.1932, Manuskript.
- Gesunde Wirtschaft im starken Staat, Nov.1932, in: Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen ("Langnamverein"), Neue Folge, Heft 21, Düsseldorf 1932, S. 13 ff..
- Der Begriff des Politischen, Text von 1932, Berlin 1963.
- Die Bedeutung des neuen Staatsrats, in: Westdeutscher Beobachter, 9. Jg., Nr. 169 v. 16. Juli 1933, S. 1.
- Der Staat des 20. Jahrhunderts, in: Westdeutscher Beobachter, Amtl. Organ der NSDAP, 98. Jg., Nr. 151 v. 28. Juni 1933, S. 1/2.
- Die deutschen Intellektuellen, in: Westdeutscher Beobachter, 9. Jg., Nr. 126 v. 31. Mai 1933, S. 1/2.
- Das gute Recht der deutschen Revolution, in: Westdeutscher Beobachter, 9. Jg., Nr. 108 v. 12. Mai 1933, S. 1/2.
- Das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, Deutsche Juristenzeitung, 38. Jg., Heft 7, 1933, Sp. 455 ff..
- 1 Jahr deutsche Politik - Rückblick v. 20. Juli 1932 - von Papen über Schleicher zum ersten deutschen Volkskanzler Adolf Hitler, Westdeutscher Beobachter, 9. Jg., Nr. 176 v. 23. Juli 1933, S. 1.
- Staat, Bewegung, Volk, Hamburg 1933.
- Neue Leitsätze für die Rechtspraxis, in: Juristische Wochenschrift, 62. Jg., Heft 50 v. 16. Dez. 1933, S. 2793 ff..
- Die Logik der geistigen Unterwerfung, in: Deutsches Volkstum, 1. Märzheft 1934, S. 177 ff..
- Ein Jahr nationalsozialistischer Verfassungsstaat, in: Deutsches Recht, Zentralorgan des Bundes National-Sozialistischer Deutscher Juristen, 4. Jg. (1934), S. 27 ff..
- Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens, Hamburg 1934.
- Nationalsozialismus und Rechtsstaat, in: Jurist. Wochenschrift, 63. Jg., Heft 12/13 v. 24. und 31. März 1934, S. 713 ff..
- Nationalsozialistisches Rechtsdenken, in: Deutsches Recht, 4. Jg., Heft 10 v. 25. Mai 1934, S. 225 ff..

- Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches, Hamburg 1934.
- Die Rechtswissenschaft im Führerstaat, in: Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht, 2. Jg. (1935), S. 435 ff..
- Was bedeutet der Streit um den Rechtsstaat?, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 95. Band (1935), S. 189 ff..
- Aufgabe und Notwendigkeit des deutschen Rechtsstandes, in: Deutsches Recht 1936, S. 181 ff..
- Artikel "Politik", in: Hermann Franke (Hrsg.), Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften, 1. Band, Berlin und Leipzig 1936.
- Faschistische und nationalsozialistische Rechtswissenschaft, in: Deutsche Juristen-Zeitung, 41. Jg. (1936), Heft 10, Sp. 619/620.
- Die deutsche Rechtswissenschaft im Kampf gegen den jüdischen Geist - Schlußwort auf der Tagung der Reichsgruppe Hochschullehrer des NSRB v. 3. und 4. Okt.1936, in: Deutsche Juristen-Zeitung, 41. Jg., Heft 20 v. 15. Okt.1936, S. 1193 ff..
- Der Staat als Mechanismus bei Hobbes und Descartes, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Band 30 (1936/37), S. 622 ff..
- Die Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff (1938), Neuauflage Berlin 1988.
- Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes - Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols (1938), Neuausgabe Köln 1982.
- Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, Berlin/Wien 1939.
- Die Raumrevolution, in: Das Reich 1940, Nr. 19 v. 29.Sept.1940.
- Das "allgemeine deutsche Staatsrecht" als Beispiel rechtswissenschaftlicher Systembildung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 100. Band (1940), S. 5 ff..
- Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar - Genf - Versailles 1923 - 1939, unveränderter Nachdruck der Ausgabe Hamburg 1940, Berlin 1988.
- Beschleuniger wider Willen - oder: Die Problematik der westlichen Hemisphäre, in: Das Reich v. 19. April 1942.
- Land und Meer - Eine weltgeschichtliche Betrachtung (1944), Neuauflage Köln-Löwenich 1981.
- Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum (1950), 2. Aufl., Berlin 1974.
- Ex captivitate salus - Erfahrungen aus der Zeit 1945/47, Köln 1950.
- Drei Stufen historischer Sinngebung, in: Universitas, Heft 8, 5. Jg. (1950), S. 927 ff..
- Donoso Cortes in gesamteuropäischer Interpretation, Köln 1950.

- Die Einheit der Welt - in: Merkur, VI. Jg., Heft 1 (Jan. 1952), S. 1 ff..
- Der verplante Planet, in: Der Fortschritt Nr. 15 v. 11. April 1952, S. 3/4.
- Hamlet und Hekuba - Der Einbruch der Zeit in das Spiel (1956), Stuttgart 1985.
- Die andere Hegel-Linie - Hans Freyer zum 70. Geburtstag, in: Christ und Welt, 10. Jg., Nr. 30 v. 25. Juli 1957.
- Verfassungsrechtliche Aufsätze, 3. Aufl., Berlin 1985.
- Die Frage nach der Frage - Gespräch über den neuen Raum, in: Estudios de Derecho Internacional - Homenaje al Profesor Camilo Barcia Trelles, Universidad Santiago de Compostela 1958.
- Nomos-Nahme-Name, in: Siegfried Behn (Hrsg.), Der Beständige Aufbruch - Festschrift für Erich Przywara, Nürnberg 1959.
- Der Gegensatz von Gemeinschaft und Gesellschaft als Beispiel einer zweigliedrigen Unterscheidung - Betrachtungen zur Struktur und zum Schicksal solcher Antithesen, in: Estudios juridico-sociales - Homenaje al Profesor Luis Legaz y Lacambra, Universidad de Santiago de Compostela 1960.
- Dem wahren Johann Jakob Rousseau - Zum 28. Juni 1962, in: Zürcher Weltwoche, 14. Jg., Nr. 26 v. 29. Juni 1962, S. 1.
- Theorie des Partisanen - Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen (1963), 2. Aufl. 1975 Berlin.
- Die vollendete Reformation (1965), in: Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes - Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols (1938), Neuausgabe Köln 1982, S. 137 ff..
- Politische Theologie II - Die Legende von der Erledigung jeder Politischen Theologie (1970), 2. Aufl., Berlin 1984
- Vorwort von 1971 zur italienischen Ausgabe von "Der Begriff des Politischen", in: Quaritsch (Hrsg.) Complexio Oppositorum, S. 269 ff..
- Schmitz, Matthias, Die Freund-Feind-Theorie Carl Schmitts - Entwurf und Entfaltung, Köln/Opladen 1965.
- Schneider, Peter, Ausnahmezustand und Norm - Eine Studie zur Rechtslehre von Carl Schmitt, Stuttgart 1957.
- Schneller, Martin, Zwischen Romantik und Faschismus - Der Beitrag Othmar Spann's zum Konservatismus der Weimarer Republik, Stuttgart 1970.
- Schnur, Roman, Preuße, an Deutschland gescheitert - Zum Tode des Staatsrechtlers Carl Schmitt, in: Die Welt v. 11. April 1985.
- Aufklärung - Bemerkungen zu einem Sammelband mit Studien über Carl Schmitt, in: Der Staat 1988, S. 437 ff..

- Schopenhauer, Arthur, Sämtliche Werke in sechs Bänden, Leipzig o.J..
- Schroeder, Friedrich-Christian, Die Perversion des Rechts-Lernen aus der Zeit des "Dritten Reichs", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 5. Nov.1988.
- Schultes, Karl, Der Niedergang des staatsrechtlichen Denkens im Faschismus - Die Lehre des Herrn Prof. Carl Schmitt, Kronjurist der Gegenrevolution, Weimar 1947.
- Schulz, Klaus, Thomas Hobbes und Carl Schmitt - Das Verhältnis von Staatstheorie und Klassenkampf im 17. und 20. Jahrhundert, Roskilde 1980.
- Schumacher, Kurt, Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie (1920), Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973.
- Schwab, George, The Challenge of the Exception - An Introduction to the Political Ideas of Carl Schmitt between 1921 and 1936, Berlin 1970.
- Schweinichen, Otto v., Besprechung von: Hans Krupa, Carl Schmitts Theorie der 'Politischen', Leipzig 1937, in: Archiv des öffentlichen Rechts 1938, Heft 3, S. 373 ff..
- Schwierskott, H.-J., Arthur Moeller van den Bruck und der revolutionäre Nationalismus in der Weimarer Republik, Göttingen 1962.
- Schwinge, Erich, Der Methodenstreit in der deutsche Rechtswissenschaft, Bonn 1930.  
- Wesenschau und konkretes Ordnungsdenken im Strafrecht, Bonn 1937.
- Seifert, Jürgen, Theoretiker der Gegenrevolution: Carl Schmitt, 1888 - 1985, in: Kritische Justiz 1985, Heft 2, S. 193 ff..
- Seitter, Walter, Menschenfassungen, München 1985.
- Siemons, Mark, Auch Pluralisten sind Prinzipienreiter - Der Fundamentalismus und die Vernunft - Zu einer Tagung in Münster über die Gründe politischen Handelns, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 83 v. 10. April 1989, S. 33.
- Smend, Rudolf, Staatsrechtliche Abhandlungen, 2. Aufl., Berlin 1968.
- Smet, Jan de, Carl Schmitt im Wissenschaftskolleg, in: Criticon Nr.102 (Juli/Aug. 1987), S. 166 f..
- Smid, Stefan, Pluralismus und Zivilreligion, in: Der Staat 1985, S. 3 ff..
- Söllner, Alfons, Jenseits von Carl Schmitt - Wissenschaftsgeschichtliche Richtigstellungen zur politischen Theorie im Umkreis der "Frankfurter Schule", in: Geschichte und Gesellschaft 1986, Heft 12, S. 502 ff..
- Sombart, Nicolaus, Jugend in Berlin 1933 - 1943, München/Wien 1984.  
- Spaziergänge mit Carl Schmitt, in: Merkur 1984, S. 191 ff..

- Erbe des Zweiten Reiches - Der politische Theoretiker Carl Schmitt (zum 100. Geburtstag), in: Die Welt v. 9. Juli 1988.
- Sombart, Werner, Der Bourgeois - Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen (1913), Reinbek bei Hamburg 1988.
- Sontheimer, Kurt, Politische Wissenschaft und Staatsrechtslehre, Freiburg 1963.
  - Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, Studienausgabe, München 1968.
  - Der Macht näher als dem Recht - Zum Tode Carl Schmitts, in: Die Zeit Nr. 17 v. 19. April 1985.
- Spandl, Oskar Peter, Schulpädagogik und pluralistische Gesellschaft, München 1973.
- Spann, Othmar, Die Hauptprobleme der Volkswirtschaftslehre, 22. Aufl., Leipzig 1932.
  - Der wahre Staat, 3. Aufl., Jena 1931.
- Spengler, Oswald, Der Untergang des Abendlandes - Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte (1919), München 1963.
  - Preußentum und Sozialismus, München 1919.
  - Neubau des deutschen Reiches, München 1924.
  - Jahre der Entscheidung, Erster Teil - Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung, München 1933.
- Spinner, Helmut, Max Weber, Carl Schmitt, Bert Brecht als Wegweiser zum ganzen Rationalismus der Doppelvernunft, in: Merkur, 40. Jg. (1986), Heft 11, S. 923 ff..
- Steffani, Winfried, Pluralistische Demokratie, Opladen 1980.
- Steil, Armin, Die imaginäre Revolte - Untersuchung zur faschistischen Ideologie und ihrer theoretischen Vorbereitung bei Georges Sorel, Carl Schmitt und Ernst Jünger, Marburg 1984.
- Steinberg, Rudolf (Hrsg.), Staat und Verbände - Zur Theorie der Interessenverbände in der Industriegesellschaft, Darmstadt 1985.
- Stenogrammbereich der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig v. 10. bis 14. und v. 17. Okt. 1932, Berlin 1932.
- Sterling, Eleonore, Studie über Hans Kelsen und Carl Schmitt, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Band 47 (1961), S. 569 ff..
- Sternberger, Dolf, Irrtümer Carl Schmitts - Bemerkungen zu einigen seiner Hauptschriften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 125 v. 1. Juni 1985, Beilage Bilder und Zeiten.
- Storost, Ulrich, Staat und Verfassung bei Ernst Forsthoff, Frankfurt/Bern/Las Vegas 1979.
- Straub, Eberhard, Der Fall Carl Schmitt - Facetten seines Denkens, in: Die politische Meinung, 33 Jg., Nr. 240 (Sept./Okt. 1988), S. 75 ff..

- Strauss, Leo, Anmerkungen zu Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 67 (1932), S. 732 ff..
- Struve, Walter, Elites against Democracy - Leadership Ideals in Bourgeois Political Thought in Germany, 1890 - 1933, Princeton 1973.
- Tatarin-Tarnheyden, Edgar, Die Berufsstände, Berlin 1922.
- Taubes, Jacob, Ad Carl Schmitt - Gegenstrebige Fügung, Berlin 1987.
- (Hrsg.) Der Fürst dieser Welt - Carl Schmitt und die Folgen, München/Paderborn/Wien/Zürich 1983.
- Thoma, Richard, Zur Ideologie des Parlamentarismus und der Diktatur, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 53 (Band 1925), S. 212 ff..
- Tocqueville, Alexis de, Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1985.
- Tönnies, Ferdinand, Gemeinschaft und Gesellschaft, 8. Aufl., Leipzig 1935.
- Tommissen, Piet, Over en in zake Carl Schmitt, Brüssel 1975.
- Carl Schmitt - metajuristisch betrachtet - Seine Sonderstellung im katholischen Renouveau des Deutschlands der Zwanziger Jahre, in: Criticon, Heft 30 (1975), S. 177 ff..
  - Problemen rond de houding van Carl Schmitt in en na 1933, in: Liber Memorialis - Tien Jaar Economische Hogeschool Limburg - Economische en socio - politieke wetenschappelijke bijdragen, Diepenbeek 1979.
  - (Hrsg.), Schmittiana I, Brüssel 1988.
- Triepel, Heinrich, Staatsrecht und Politik - Rede beim Antritt des Rektorats der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin am 15. Okt. 1926, Berlin/Leipzig 1927.
- Die Staatsverfassung und die politischen Parteien, Rede bei der Feier der Ernennung an den Stifter der Berliner Universität König Friedrich Wilhelm III. in der alten Aula am 3. Aug. 1927, Berlin 1927.
- Tullock, Gordon, Private Wants, Public Means, New York 1970.
- Ulmen, Gary L., Carl Schmitt und Max Weber, Weinheim 1989.
- Viesel, Hansjörg, Jawohl, d e r Schmitt - Zehn Briefe aus Plettenberg, Berlin 1988.
- Weber, Max, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band I, 6. Aufl., Gütersloh 1981.
- Weber, Werner, Parlamentarische Unvereinbarkeiten (Inkompatibilitäten), in: Archiv des öffentlichen Rechts, Neue Folge 19, 1930, S. 161 ff..
- Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem, Stuttgart 1951.
- Weiß, Konrad, Gedichte, Zweiter Teil, München 1949.

- Wendenburg, Helge, Die Debatte um die Verfassungsgerichtsbarkeit und der Methodenstreit der Staatsrechtslehre in der Weimarer Republik, Göttingen 1984.
- Wieland, Claus D., Carl Schmitt 1932 - 1945, München 1989.
- Willms, Bernard, Thomas Hobbes - Das Reich des Leviathan, München/Zürich 1987.
- Winnig, August, Vom Proletariat zum Arbeitertum, Hamburg 1930.
- Der weite Weg, Hamburg 1932.
- Wirsing Giselher, The Indian Experiment, Key to Asia's Future, New Delhi 1972.
- Wohlgemuth, Heinrich, Das Wesen des Politischen in der heutigen deutschen neuromantischen Staatslehre, jur. Diss. Erlangen 1932, Emmendingen 1933.
- Wolf, Heinrich, Geschichte der katholischen Staatsidee, Leipzig 1933.
- Zacher, Hans F., Pluralität der Gesellschaft als rechtspolitische Aufgabe, in: Der Staat 1970, S. 161 ff..
- Ziegler, Heinz Otto, Autoritärer oder totaler Staat, Tübingen 1932.
- Zylstra, Bernard, From Pluralism to Collectivism - The Development of Harold Laski's Political Thought, Assen 1968.

## Lebenslauf

Am 7.Nov.1959 wurde ich als zweiter Sohn des Rechtsanwalts Dr. Sigwalt v. Waldstein und seiner Ehefrau Lieselott, geb. Ursprung, in Mannheim geboren. Nach Absolvierung der Grundschule in Mannheim-Feudenheim von 1965 - 1969 besuchte ich ab 1969 das altsprachliche Lessing-Gymnasium in Mannheim. Dort bestand ich 1978 die Abiturprüfung. Im Wintersemester 1978/79 schrieb ich mich an der Ludwig-Maximilians-Universität in München für das Fach Rechtswissenschaft ein. Zum Sommersemester 1984 wechselte ich an die Universität Mannheim. Am 18. Dez.1985 legte ich in Mannheim das Erste Juristische Staatsexamen mit Erfolg ab. Von Anfang März 1986 bis Ende Nov. 1988 absolvierte ich in den Landgerichtsbezirken Waldshut-Tiengen, Baden-Baden und Mannheim den juristischen Vorbereitungsdienst. Im Rahmen der Referendarwahlstation nahm ich von März bis Juli 1988 meine Ausbildung bei der Deutsch-Indischen Handelskammer in Bombay und Madras wahr. Am 18. Nov.1988 bestand ich in Stuttgart die Zweite Juristische Staatsprüfung. Seit dem 9. Jan.1989 bin ich als Rechtsanwalt bei den Landgerichten Mannheim und Heidelberg zugelassen.









